

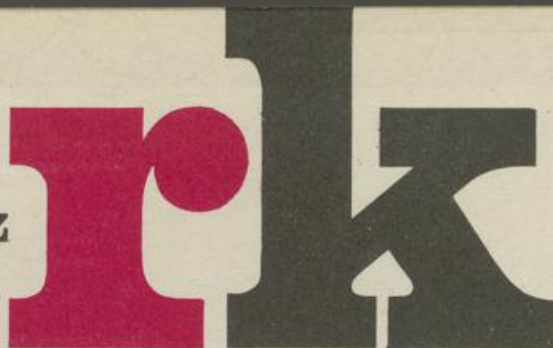
Wiener Stadtbibliothek

57291 F

F 57291

1974 Dezember Schein

rathaus · korrespondenz



118

gegründet 1867

Montag, 2. Dezember 1974

Blatt 2923

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

Vorschlag Hundertwasser-Peichl für Fußgängerzone
Seilergasse: Ziegelboden, Bäume und Grasdächer

Verstärktes Autoabschleppen gestartet: Feuer-
wehrroute wurde freigemacht

Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke: Fast eine
Milliarde Schilling fehlt

Prager Bürgermeister nach Wien eingeladen

Wiens alte Ortskerne werden analysiert

Pflegeheim Lainz: Schaffung von kleineren
Krankenzimmern

Slavik-Buch erschienen

Lokal:
(orange)

Düsseldorf in Wien

Steno-Ausstellung geschlossen: 6.800 Besucher
wurden gezählt

Kunsteisbahn Engelmann eröffnet

Wirtschaft:
(blau)

Gastarbeiter: In Wien fast 9.000 weniger als im
Vorjahr

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So. 14
bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

vorschlag hundertwasser-peichl fuer fussgaengerzone seilergasse:
ziegelboden, baeume und grasdaecher

4 wien, 2.12. (rk) ''waehrend das land zur wueste wird, kann die stadt zum wald werden.'' dies ist gleichsam das leitmotiv fuer den vorschlag von friedensreich hundertwasser fuer die umgestaltung der seilergasse zwischen kupferschmiedgasse und plankengasse in eine fussgaengerzone. der weltberuehmte kuenstler hat dieses projekt unter mitwirkung von architekt prof. gustav peichl ausgearbeitet. der vorschlag wurde montag von stadtrat ing. fritz h o f m a n n bei einer pressekonferenz praesentiert.

der gestaltungsvorschlag ist nicht zuletzt das ergebnis laenger zurueckreichender kontakte zwischen der stadtplanung und hundertwasser.

nach den vorstellungen von hundertwasser und peichl soll der bodenbelag dieser kuenftigen fussgaengerzone aus ziegel oder ziegelaehnlichen steinen bestehen. ''der braune farbtone der ziegel soll dabei den eindruck von erde vermitteln, der uns so fehlt''. ueberdies seien ziegel weicher als granit oder beton. die ziegel sollten unregelmassig gelegt werden, wobei der maler selbst beim verlegen dabei sein will, damit die erwuenschte unregelmassigkeit auch gewaehrleistet wird.

besonders wichtig ist hundertwasser auch eine im niveau unterschiedliche gestaltung des bodenbelages: am anfang und ende der zone sollen etwa kreisrunde, lediglich 50 bis 70 zentimeter hohe huegelartige erhoehungen entstehen, die freilich nur etwa ein drittel der gesamten breite einnehmen, damit der zustellverkehr muehelos passieren kann. ausserdem soll die gesamte zone wien ein ''sachter hohlweg'', mit dem tiefsten punkt in ihrer mitte, ausgestaltet werden. der eindruck einer mulde soll geborgenheit vermitteln.

selbstverstaendlich soll diese zone begruent werden. und zwar durch einen moeglichst reichhaltigen baumbestand - keine

nadelbaeume -, deren einzelne exemplare nicht in gleichen abstaenden oder in einer linie gepflanzt werden sollen. es soll ''der eindruck eines lockeren, lichten waldes entstehen''.

als weiteres gestaltungselement schlaegt hundertwasser die anbringung von begrasten, auf saeulen ruhenden vordaechern vor. diese grasdaecher sollen etwa bis zum ersten obergeschoss reichen, aber nicht begehbar sein. sie wuerden nicht nur mehr gruen in den staedtischen raum bringen, sondern darueber hinaus auch wie arkaden einen auch vom regen ungetruebten schaufensterbummel ermoeglichen. ''es entsteht ein kleinklima. sogar sauerstoff''. hundertwasser und peichl sehen auch die anlage von ''schanigaerten'' vor. die beleuchtung der fussgaengerzone soll ihrer meinung nach nicht aus ''sterilen serienleuchten bestehen''. es sollte vielmehr eine altmodische beleuchtung - etwa wandlaternen - installiert werden.

die weitere vorgangsweise, so hat stadtrat ing. hofmann entschieden, besteht nun darin, dass die zustaeudigen abteilungen zunaechst einmal klaeren, wo und in welchem ausmass es in diesem teil der seilergasse einbauten gibt, um festzustellen, wo genau baeume gepflanzt werden koennen. zum zweiten wird versucht werden, auch die rechtliche seite zwecks anschaffung der vorgeschlagenen grasbewachsenen vordaecher zu pruefen. die stadtplanung jedenfalls steht dem vorschlag hundertwasser-peichl grundsuetzlich positiv gegenueber.

(forts.moegl.)

1000

=

k o m m u n a l :

=====

verstaerktes autoabschleppen gestartet:

feuerwehrroute wurde freigemacht

7 wien, 2.12. (rk) die angekündigte aktion des verstaerkten autoabschleppens in wien wurde montag frueh zum ersten mal gestartet: um 8.40 uhr hob ein kranwagen im kreuzungsbereich faerbergasse - wipplingerstrasse den ersten pkw von der fahrbahn auf das plateau des lastwagens. der wagen wurde deswegen abgeschleppt, weil er - wie einige andere - eine stark befahrene ausfahrtsroute der feuerwehrzentrale am hof blockiert hatte.

ein feuerwehrauto, das einige zeit nach beginn der abschleppaktion ausruecken musste, stellte unter beweis, wie notwendig das ausraeumen dieses strassenzuges war: das feuerwehrauto kam nur mit muehe in die wipplingerstrasse.

bei der abschleppaktion stellte sich heraus, dass die verkehrsbehinderung durch das abschleppen relativ gering ist. fuer das verladen der pkws auf die kranwagen wurden rund vier minuten benoetigt. in etwas mehr als einer stunden wurden fuenf autos von der fahrbahn entfernt.

die abgeschleppten pkws wurden nach einer kurzen zwischenlagerung in die zentrale der ma 48 in die einsiedlergasse im 5. bezirk gebracht. sie koennen dort von den besitzern waehrend der amtsstunden nach bezahlung der kosten abgeholt werden.

vom heutigen tag an wird das verstaerkte abschleppen in wien kontinuierlich weitergefuehrt. insgesamt stehen drei kranwagen privater firmen zur verfuegung. in notfaellen - wenn beispielsweise strassenbahn oder autobus durch parkende autos blockiert werden - wird jedoch auch weiterhin die feuerwehr einschreiten.

1100

k o m m u n a l :

=====

wirtschaftsplan der wiener stadtwerke:

fast eine milliarde schilling fehlt

8 wien, 2.12. (rk) zum ersten mal in ihrer geschichte legen die wiener stadtwerke heuer einen wirtschaftsplan vor, in dem ein teil des geldbedarfs nicht gedeckt ist. wie stadtrat franz n e k u l a montag im unternehmensausschuss des gemeinderates berichtete, sieht der wirtschaftsplan einen geldbedarf von 11.572 millionen s vor, von denen 2.779 millionen s auf investitionen entfallen. vom geldbedarf sind 8.084 millionen s bedeckt, 1.049 millionen s investitionen sind vorlaeufig gesperst, 1.500 millionen s sollen durch eine anleihe aufgebracht werden. es bleibt eine ''geldluecke'' von 938 millionen s bestehen.

diese geldluecke entstand, obwohl die hoheitsverwaltung im kommenden jahr 1.169 millionen s den stadtwerken zuschiessen wird. die ursachen sind im wesentlichen die enorme verteuerung bei erdoelprodukten und bei erdgas, daneben die kostensteigerungen, die auf diese aus dem ausland kommenden verteuerungen zurueckzufuehren sind. die stadtwerke koennen auf diese kostensteigerungen keinen einfluss nehmen.

falls die geldluecke von fast einer milliarde s nicht geschlossen werden kann, muessen nicht nur lebenswichtige investitionen zur sicherung der energieverorgung und zur aufrechterhaltung des oeffentlichen verkehrs zurueckgestellt werden, sondern es ist auch die beschaffung der noetigen rohstoffe und die abdeckung der personalkosten in frage gestellt.

es ist deshalb nach ansicht der stadtwerke notwendig, die tarife den gestiegenen kosten anzupassen. bei der preisbehoerde wurden bereits entsprechende antraege fuer den strom- und gaspreis gestellt, ueber eine aenderung der tarifstruktur bei den verkehrsbetrieben, die neben einer rationalisierung auch mehr-einnahmen bringen soll, wurden gespraechе eingeleitet.

die vertreter der oevp anerkannten die grossen schwierigkeiten, deren ursachen ausserhalb des einflussbereiches der stadtwerke

./.

Liegen, beantragten aber trotzdem die zurueckweisung des wirtschaftsplanes an die generaldirektion der stadtwerke. die generaldirektion solle umgehend geeignete bedeckungsvorschlaege vorlegen, wobei die hoheitsverwaltung im sinne der foerderung der oeffentlichen nahverkehrsmittel die erforderlichen zuschuss- und entlastungsmassnahmen zu setzen habe, die e- und gaswerke von betriebsfremden lasten zu befreien seien und die neue tarifstruktur der verkehrsbetriebe dem grundsatz zu entsprechen habe, moeglichst viele autofahrer zum umsteigen auf ein oeffentliches verkehrsmittel zu veranlassen.

stadtrat nekula warf der oevp vor, sie mache es sich zu leicht: wenn der wirtschaftsplan nicht jetzt beschlossen werde, dann koennen die stadtwerke laut verfassung ab 1. jaenner 1975 weder gehaelter zahlen noch rechnungen begleichen. fuer den beschluss ueber tarifierhoehungen sei ausserdem nicht die generaldirektion, sondern der gemeinderat zustaendig.

der wirtschaftsplan wurde mit den stimmen der spoe genehmigt, der rueckweisungsantrag der oevp wurde abgelehnt. er wird als minderheitsantrag im stadtsenat und gemeinderat von stadtrat nekula entsprechend der verfassung referiert werden.

k o m m u n a l :

=====

prager buergermeister nach wien eingeladen

9 wien, 2.12. (rk) die stadtraete ing. fritz h o f m a n n und franz n e k u l a , mitglieder des wiener landtages und gemeinderates sowie eine gruppe wiener journalisten besuchten in der vergangenen woche prag, um sich ueber die altstadterhaltung und die u-bahn in der tschechoslowakischen hauptstadt zu informieren. die wiener delegation wurde vom ersten stellvertreter des primators (buergermeisters) von prag, josef k i l i a n , im rathaus empfangen. stadtrat hofmann uebermittelte dabei eine einladung von buergermeister leopold g r a t z an primator cdenek z u s k a zu einem wien-besuch in erwidernug des seinerzeitigen prag-besuchs von buergermeister felix s l a v i k .

1212

k o m m u n a l :

=====

pressekonferenz fussgaengerzone seilergasse (forts.)
diskussion mit mietern und hauseigentuemern

12 wien, 2.12. (rk) der vorschlag hundertwasser-peichl ueber die umgestaltung der seilergasse zwischen kupferschmiedgasse und plankengasse in eine fussgaengerzone werde mit den mietern und hauseigentuemern diskutiert werden, erklarte stadtrat ing. fritz h o f m a n n im verlauf der pressekonferenz im rathaus. es seien auch etliche bewohner der seilergasse gewesen, die seinerzeit in form einer unterschriftenaktion fuer die ausgestaltung dieses bereiches in eine fussgaengerzone eingetreten seien.

architekt gustav peichl sprach davon, dass seit einiger zeit ein umdenken im rathaus, speziell bei der stadtplanung, zu beobachten sei und nannte friedensreich hundertwasser einen echten impulsgeber fuer die stadtplanung. der maler selbst erklarte, die arbeit der architekten und der stadtplanung sei seiner meinung nach in gewisser weise steril. daran sei nicht zuletzt das denken in beton schuld, waehrend er gleichsam einen weg zurueck zur natur gehen moechte.

(schluss)

1330

k o m m u n a l :

=====

wiens alte ortskerne werden analysiert

1 wien, 2.12. (rk) die ortskerne der ehemaligen wiener dorfgebiete werden nun nach einem beschluss des gemeinderatsausschusses fuer stadtgestaltung und verkehr durch das institut fuer freiraum- und erholungsplanung einer speziellen untersuchung unterzogen. es geht dabei um die feststellung der 'einzelcharaktere' wie auch der typologisierung und um den funktionswandel, den diese ortskerne mitgemacht haben. im zuge dieser arbeit sollen auch zielvorstellungen und loesungsvorschlaege ausgearbeitet werden.

0914

pflegeheim lainz:

schaffung von kleineren krankenzimmern

2 wien, 2.12. (rk) in wiens staedtischen pflegeheimen und spitaelern sollen die grossen krankensaele allmaehlich verschwinden und durch kleinere krankenzimmer ersetzt werden. im zuge der schrittweisen durchfuehrung dieses vorhabens wird noch heuer damit begonnen werden, insgesamt 18 krankensaele im pflegeheim lainz und einen krankensaal im franz josef-spital in krankenzimmer mit drei bis sechs betten umzuwandeln. die dafuer notwendigen kosten in der hoehe von 18 millionen schilling wurden vom gemeinderatsausschuss fuer soziales und gesundheit genehmigt.

0915

L o k a l :

=====

duesseldorf in wien

wien, 2.12. (rk) das wiener rathaus steht seit samstag vormittag im zeichen duesseldorfs. die hauptstadt des deutschen bundeslandes nordrhein-westfalen zeigt in der volkshalle des rathauses eine grosse ausstellung und gibt einen repraesentativen querschnitt ueber den charakter dieser stadt.

bei der eroeffnung dieser ausstellung betonte buergemeister leopold g r a t z die wichtigkeit guter beziehungen der staedte untereinander. gerade in einer zeit, in der zentrifugale kraefte sich allerorten bemerkbar machen, sei die intensivierung freundschaftlicher kontakte besonders wichtig. die staedtefreundschaft wien-duesseldorf habe bereits so grosse tradition, dass man die chronik bemuehen muesse, wenn man den zeitpunkt des ersten kontaktes bestimmen wolle.

duesseldorfs oberbuergemeister klaus b u n g e r t , der in anwesenheit einer grossen anzahl von festgaesten - unter ihnen der deutsche botschafter in wien dipl.-ing. horst g r a b e r t , vizebuergemeister hubert p f o c h und die praesidentin des wiener landtages, maria h l a w k a , - die eroeffnung vornahm, gab zu verstehen, dass duesseldorf sich bei der praes^enta^tion der stadt nicht an wien messen wolle. es sei der versuch unternommen worden, einen moeglichst grossen ueberblick ueber die bedeutung der stadt in der kunst und in der wirtschaft zu geben.

im anschluss an die eroeffnung laedt oberbuergemeister bungert, der von einer delegation der stadt duesseldorf und journalisten begleitet wird, zu einem empfang in die wappensaele des wiener rathauses. danach wird er sich in das goldene buch der stadt wien eintragen.

die duesseldorf-ausstellung wird bis 16. dezember 1974 taeglich von 10 bis 18 uhr geoeffnet sein.

+++

l o k a l :

=====

steno-ausstellung geschlossen:

6.800 besucher wurden gezaehlt

6 wien, 2.12. (rk) 6.800 interessenten besuchten die ausstellung
''50 jahre steno'', die zum wochenende geschlossen wurde.

sechs wochen lang - die steno-ausstellung war wegen des grossen
interesses vierzehn tage laenger als vorgesehen geoeffnet - wurde im
kulturamt der stadt wien ein ueberblick ueber die entwicklung der
kurzschrift von der antike bis in die gegenwart, von der keilschrift
bis zur heutigen verbesserten einheitskurzschrift geboten.

1020

L o k a l :

=====

kunsteisbahn engelmann eroeffnet

10 wien, 2.12. (rk) prominenz aus politik, wirtschaft, der kirche und des sports, gab sich montag vormittag ein stelldichein, als sportstadtrat und oeoc-praesident kurt h e l l e r die kunsteisbahn engelmann auf dem dach eines kaufhauses in hernals feierlich eroeffnete.

heller wuerdigte in seiner ansprache die verdienste des 'kunsteisbahn-engelmann-vereins', insbesondere die des ebenfalls anwesenden olympiasiegers karl s c h a e f e r , um den eislaufsport. der sportstadtrat verwies auf das bemuehen der wiener stadtverwaltung, den wienern, vor allem aber der jugend, diese traditionelle sportstaette zu erhalten. die stadt wien hat durch ihre subventionen dazu beigetragen, dass nun der 'engelmann' wieder 'auferstanden' ist.

als vor mehr als hundert jahren im garten der wachstuchfabrik engelmann ein kleiner natureisplatz entstand, war das eislaufen nur ein privileg einiger hernalscher buergerfamilien. von da an wurde aber der name engelmann zum begriff. es entwickelte sich ein kleines sportzentrum. rollschuhsportler traten in aktion, kunstradfahrer zogen ein und es gab sogar ein bassin zum rudern.

der 'engelmann' sollte aber auch weiterhin als eisbahn dominieren. mit der devise: 'den wienern das beste eis am oefftesten zu bieten', uebergab 1884 der wachstuchfabrikant seinem sohn eduard engelmann den betrieb. der erfindergeist des jungen ingenieurs liess ihn jedoch nicht ruhen und schliesslich erbaute er die erste kunst-eisbahn der welt.

hier wurde karli schaefer entdeckt, der schliesslich eislaufgeschichte machte.

als jedoch vor zwei jahren der 'engelmann' unter die spitzhacke kam, bangten die wiener um diese sportstaette. bezirksvorsteher josef v e l e t a und das sportamt der stadt wien schal-

teten sich ein, und schliesslich wurde der 'engelmann' wieder zu neuem Leben erweckt.

sportstadtrat kurt heller sagte abschliessend, dass die wiener stadtverwaltung mit dieser finanziellen hilfe dazu beigetragen hat - er drueckte es mit den worten engelmanns aus - 'den wienern das beste eis am oefftesten zu bieten'.

1309

w i r t s c h a f t :

=====

gastarbeiter:

in wien fast 9.000 weniger als im vorjahr

11 wien, 2.12. (rk) die zahl der in oesterreich beschaeftigten gastarbeiter ist nach wie vor ruecklaeufig. dies ist einer soeben veroeffentlichten statistik der landesarbeitsaemter zu entnehmen. mitte november waren in oesterreich 222.301 gastarbeiter beschaeftigt. das sind um 28.474 weniger als im november des vorjahres.

die meisten auslaendischen arbeitnehmer, naemlich 86.828 waren in wien beschaeftigt. im vorjahr waren es 95.715. das ergibt einen rueckgang um 8.887 gastarbeiter. es folgen niederoesterreich mit 28.671 (november 1973: 30.809), oberoesterreich mit 26.490 (29.079), vorarlberg mit 22.587 (25.602), salzburg mit 16.687 (21.020), tirol mit 16.002 (18.630), steiermark mit 15.767 (18.326), kaernten mit 7.806 (9.986) und burgenland mit 1.463 (1.608) gastarbeitern.

der anteil der jugoslawen unter den auslaendischen arbeitskraefften ist mit 168.660 weiterhin am groessten, gefolgt von den tuerken mit 31.462.

1324

k o m m u n a l :

=====

slavik-buch erschienen

14 wien, 2.12. (rk) ''wien - am beispiel einer stadt'' nennt wiens ehemaliger buergermeister, dr. h. c. felix s l a v i k , jenes buch aus seiner feder, dessen erscheinen er kurz nach seinem ruecktritt (5. juli 1973) angekuendigt hatte und das er heute, montag, im rahmen einer pressekonferenz der oeffentlichkeit vorstellte.

wie slavik betonte, handelt es sich bei dem mehr als 300 seiten starken werk, das nicht nur einen rueckblick auf die wiener kommunalpolitik seit 1945, sondern auch einen ausblick auf die kuenftigen aufgaben und moeglichkeiten bringt, um eine ''rein persoenliche aussage, die durch keinen parteibeschluss korrigiert und ohne ruecksichtnahme auf irgendjemanden geschrieben'' wurde. vor allem der teil ueber die zukunft der stadt, der unter anderem vorschlaege zur loesung des verkehrsproblems enthaelt, soll laut slavik ''zur kritik und diskussion herausfordern''.

das buch umfasst 254 text- und 60 bildseiten, ist beim verlag wvg, wien, erschienen und kostet 230 schilling.

1530

Dienstag, 3. Dezember 1974

Blatt 2938

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal:
(rosa)
- Eigene Verwaltungsabgabe für Bewilligung zur Entfernung von Bäumen
 - Bauforschung - nicht nur für Experten
 - Milliardenauftrag für Waggonbau und Elektroindustrie
 - Ergänzungsbericht über Bauring: an Staatsanwaltschaft übermittelt
 - Stadtwerke-Wirtschaftsplan genehmigt
 - Schieder bei Umweltkonferenz in Wien: "Den langen Weg von der Theorie zur Praxis verkürzen"
 - Wirtschaftsplan der Stadtwerke und Tariffragen
 - Modellprojekt Schule-Wohnhaus wird eröffnet
- Lokal:
(orange)
- Heute und täglich: Autoabschleppen geht weiter
- Kultur:
(gelb)
- "Das gute Bild für jeden" eröffnet
 - Villa Wertheimstein: Döblinger Künstler stellen aus
 - Weihnachtsmarkt im Alten Rathaus
 - Rheinische Marionetten im Wiener Rathaus
 - Förderungspreise zur Kainz-Medaille verdoppelt

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So. 14
bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

eigene verwaltungsabgabe fuer bewilligung zur entfernung von baeumen

1 wien, 3.12. (rk) das neue landesgesetzblatt fuer wien enthaelt eine verordnung der wiener landesregierung, mit der eigene verwaltungsabgaben fuer die bewilligung zur entfernung von baeumen nach dem wiener baumschutzgesetz festgesetzt werden. diese verwaltungsabgabe betraegt im allgemeinen 30 schilling, kann jedoch bis zu 4.000 schilling ausmachen.

das landesgesetzblatt ist um zwei schilling im drucksortenverlag der stadthauptkasse, 1, rathaus, stiege 7, hochparterre, und in der verkaufsstelle der oesterreichischen staatsdruckerei - wiener zeitung, 3, rennweg 12a, erhaeltlich.

0912

k o m m u n a l :

=====

bauforschung - nicht nur fuer experten
tips fuer wohnungsinhaber zum energie und damit geld sparen

2 wien, 3.12. (rk) aktuelle aufgaben der bauforschung standen im mittelpunkt der beratungen des kuratoriums des oesterreichischen instituts fuer bauforschung, das unter dem vorsitz seines praesidenten, vizebuurgermeister hubert p f o c h , dieser tage eine sitzung abhielt.

als wichtige ziele der kuenftigen aufgaben nannte vizebuurgermeister pfoch kostensenkung und qualitaetsverbesserung, vor allem im wohnungsbau. groesster wert sei auf die umsetzung der forschungserkenntnisse in die praxis zu legen. als beispiel einer derartigen uebertragung in die praxis kann die kuerzlich fertiggestellte untersuchung ueber die ''reduzierung des energieverbrauchs in wohnungen'' gewertet werden. das bundesministeriums fuer bauten und technik stellte sie in den mittelpunkt einer enquete.

die erkenntnisse der bauforschung muessen als gezielte informationen in verschiedenster form - publikationen, seminaren, symposien - an gesetzgebung, normenausschuessen, baubehoerden, bautraeger, bauproduzenten, planer - aber auch an wohnungsnutzer weitergegeben werden, erklarte pfoch.

in diesem sinne richtet sich ein informationsblatt des instituts direkt an wohnungseigentuemern. darin werden einfach zu verwirklichende massnahmen zur einsparung von heizmaterial und energie genannt.

undichte fenster und tueren koennen unter umstaenden einen waermeverlust von mehr als fuenfzig prozent verursachen. um fenster abzudichten, genuegt es nicht selten, beschlaege nachzustellen oder defekte beschlaege durch neue zu ersetzen. die fenster koennen auch mit schaumstoffstreifen abgedichtet werden, alte fensterdichtungen, die abgenuetzt sind, sind auszuwechseln. wenn solche massnahmen bei alten, verzogenen fenstern nicht mehr

anwendbar sind, sind neue fenster angebracht. die kosten amortisieren sich relativ rasch, wenn man die heizersparnisse in betracht zieht.

ueberhaupt sollte man nicht fuer die strasse heizen, wie es geschieht, wenn man die raumtemperatur durch oeffnen der fenster regelt. man lueftet richtig, wenn man es mehrmals taeglich nur kurze zeit tut. oeffnet man laenger~~e~~ zeit hindurch ein fenster, sollte man die heizung abstellen, weil es billiger ist, einen raum neu zu erwaermen, als die strasse zu heizen. ein thermostat sollte waehrend des lueftens unbedingt ausgeschaltet werden.

vielfach werden raeume einfach ueberheizt, weil man nicht in rechnung stellt, dass eine raumtemperatur, die nur um einen grad hoeher ist, einen energiemehrverbrauch um 10 prozent be-noetigt. entscheidend fuer das wohlbefinden in geheizten raeumen ist die luftfeuchtigkeit. mit einem wasserverdunster fuehlt man sich bei geringerem raumtemperatur~~e~~ wohler und die heizkosten ~~vermindern~~ sich. diese tips und noch einige mehr gibt das genannte informationsblatt.

0917

k o m m u n a l :

=====

milliardenauftrag fuer waggonbau und elektroindustrie

5 wien, 3.12. (rk) wie stadtrat franz nekula der 'rathaus-korrespondenz' mitteilte, wurden 55 doppeltriebwagen und 11 betriebsfahrzeuge fuer die u-bahn bestellt. diese fahrzeuge kosten eine milliarde und 49 millionen schilling. gemeinsam mit den bereits im probeeinsatz stehenden sieben prototypen werden diese wagen den fahrpark von 62 doppeltriebwagen bilden, der notwendig ist, damit 1978 der verkehr auf den teilstrecken reumannplatz - karlsplatz der u 1 und karlsplatz - heiligenstadt der u 4 aufgenommen werden kann. 43,5 millionen schilling vom gesamt-betrag werden noch heuer fluessig gemacht. der gesamt-auftrag geht im wesentlichen an die simmering-graz-pauker, die das noetige aluminium von ranshofen bezieht, und an die wiener elektro-industrie.

wie stadtrat nekula dazu erklarte, bedeuten die auftraege der wiener stadtwerke einen grundpfeiler fuer die existenz vieler wiener betriebe, darunter der mehrzahl der wiener grossbetriebe. der milliardenauftrag fuer die u-bahn-waggons ist deshalb ein wesentlicher beitrag zur sicherung der vollbeschaeftigung. den stadtwerken muessen allerdings, wie stadtrat nekula betonte, die noetigen geldmittel fuer investitionen gesichert werden. der vorschlag der stadtwerke, die tarife an die gestiegenen kosten anzupassen, ist deshalb nicht nur zur sicherung der energiever-sorgung und des oeffentlichen verkehrs notwendig. er liegt auch im interesse der weiteren vollbeschaeftigung, des weiteren wirtschaftswachstums und damit des weiteren anstiegs der allge-meinen lebenshaltung.

k o m m u n a l :

=====

ergaenzungsbericht ueber bauring:

an staatsanwaltschaft uebermittelt

8 wien, 3.12. (rk) der von buergermeister leopold g r a t z in auftrag gegebene ergaenzungsbericht des kontrollamtes der stadt wien ueber die pruefung der geschaeftsgebarung des bauringes im zusammenhang mit buergschaften und bauvorhaben in spanien und griechenland wurde dienstag in der gemeinsamen sitzung von stadt-senat und finanzausschuss durch stadtrat franz n e k u l a in vertretung von finanzstadtrat hans mayr vorgelegt. dieser bericht wurde von beiden gremien nach einer kurzen debatte einstimmig dem gemeinderat zugeleitet.

wie buergermeister leopold g r a t z in der sitzung mitteilte, habe er diesen bericht der staatsanwaltschaft mit dem ersuchen uebermittelt, zu pruefen, ob strafrechtlich zu verfolgende tatbestaende vorliegen. er habe dies auf grund eines rechtsgutachtens getan, das er von der magistratsdirektion einholen liess.

in dem bericht des kontrollamtes heisst es abschliessend, dass die ehemaligen geschaeftsfuehrer bei der uebernahme der buergschaften sowie bei den kredittransaktionen sowohl bei der vertragsabfassung als auch bei der wirtschaftlichen beurteilung nicht mit der sorgfaltspflicht eines ordentlichen kaufmannes vorgegangen sind. darueber hinaus haben sie sich ueber die ihnen auferlegten verpflichtungen, bei buergschaftsuebernahmen die vorherige genehmigung des aufsichtsrates einzuholen, sowie keine auslandstaetigkeit mehr auszuueben, hinweggesetzt. damit haften nach feststellung des kontrollamtes die seinerzeitigen geschaeftsfuehrer zur ungeteilten hand fuer den daraus entstehenden schaden.

k o m m u n a l :

=====

stadtwerke-wirtschaftsplan genehmigt

9 wien, 3.12. (rk) in der gemeinsamen sitzung des stadtsenates mit dem finanzausschuss am dienstag referierte stadtwerte-stadtrat franz n e k u l a den wirtschaftsplan der wiener stadtwerte fuer das jahr 1975 (die ''rk'' berichtete montag bereits darueber). auch der im stadtwerte-ausschuss eingebrachte minderheitsantrag der oevp wurde dem gremium vom referenten vorgetragen. nach einer kurzen debatte, an der sich stadtraete und gemeinderaeete beteiligten, wurde der wirtschaftsplan fuer 1975 mit den stimmen der spoe angenommen, der minderheitsantrag der oevp abgelehnt. der wiener gemeinderat wird am 13. dezember ueber den wirtschaftsplan beraten.

1223

k o m m u n a l :

=====

schiedler bei umweltkonferenz in wien:

'den langen weg von der theorie zur praxis verkuerzen''

10 wien, 3.12. (rk) bei der eroeffnung des internationalen erfahrungsaustausches ueber den umweltschutz in grossgemeinden im kommunalwissenschaftlichen dokumentationszentrum in der linzer strasse bekraeftigte umweltstadtrat peter s c h i e d e r diensttag frueh seine absicht, den langen weg von der theorie zur praxis auf dem umweltsektor zu verkuerzen. das seminar sei ein wichtiger beitrag fuer das gelingen dieses bemuehens. er, schiedler, habe als europarats-mitglied die erfahrung gemacht, dass sehr viele erkenntnisse in internationalen gremien und organisationen erarbeitet wuerden, dass aber das postulat viel zu lange verschiedene instanzen durchlaufe, als dass es die chance fuer eine effektuierung erhalte. wiens umweltstadtrat bat die teilnehmer dieser tagung, insbesondere die referenten der verschiedenen organisationen - ewg, commecon, oecd, europarat, bundeswirtschaftskammer - um kritik an den wiener umweltschutzmassnahmen. in wien duerfe es keine geheime oekologie geben. alle probleme sollten offen diskutiert werden, kritik koenne zu neuen aktivitaeten anspornen.

schiedler ging in seinem eroeffnungsreferat von fuenf grundsuetzlichen ueberlegungen aus:

1. massnahmen zur erhaltung und verbesserung der umwelt seien nicht laenger auf ein fachgebiet beschraenkt, die oekologie sei nicht laenger ein naturwissenschaftliches spezialgebiet, ein anliegen der wissenschaft, sondern darueber hinaus ein anliegen der politiker, der verwaltung und jedes einzelnen betroffenen.

2. die stadt sei keine naturlandschaft, der mensch koenne jedoch auch im urbanen bereich auf die natur nicht ganz verzichten. es gelte, das gleichgewicht zwischen natur und der von menschen gestalteten umwelt zu finden. erst wenn dieses gleichgewicht gefunden sei, koenne man von hoher qualitaet staedtischen lebens sprechen.

3. die umweltproblematik sei nicht neu. sie sei bei beginn der industriellen revolution mindestens ebenso virulent gewesen wie

./.

heute. er stimme dem deutschen dichter hans magnus enzensberger bei, dass erst die verallgemeinerung der umweltverschlechterung - als auch die bourgeoisie davon betroffen wurde - warner und mahner ins feld rief.

4. beklagte wiens umweltstadtrat, dass echte rechenmethoden teilweise noch fehlten, um die umweltbelastungen international zu quantifizieren.

5. vertrete er die ansicht, dass umweltschutz nicht die angelegenheit einer abteilung sein duerfe. alle abteilungen einer gebietskoerperschaft haben alle oekologischen komponenten zu beruecksichtigen. auch fachabteilungen zur foerderung der industrieansiedlung muessen beispielsweise den umweltfaktor miteinbeziehen.

die stadt sei kein wert an sich, sie gewinne ihren wert erst durch den menschen und durch ihre nuetzlichkeit und attraktivitaeten fuer diesen menschen. in diesem sinn habe auch die aussage von karl marx, dass der mensch kein abstraktes, ausserhalb der welt hockendes wesen sei, bis zum heutigen tag volle gueltigkeit, schloss schieder.

das umweltseminar wird morgen mittwoch durch eine zusammenfassung erarbeiteter aspekte abgeschlossen.

k u l t u r :

=====

rheinische marionetten im wiener rathaus

6 wien, 3.12. (rk) im rahmen der duesseldorf-ausstellung im wiener rathaus bietet sich den wienern gelegenheit, eines der bekanntesten marionetten-ensembles des deutschen sprachraumes sehen zu koennen. das theater rheinischer marionetten praesentiert im nordvestibuel des wiener rathauses bis einschliesslich sonntag, 8. dezember, taeglich um 15 uhr sein zweistuendiges programm. unter der regie von winfred z a n g e r l e sorgt das ensemble mit seinen einen meter grossen und bis zu fuenf kilogramm schweren marionetten fuer ein reichhaltiges programm zwischen schauspiel und pantomime. in heiteren, poesievollen und kritischen szenen sind unter anderem charlie chaplin, louis armstrong, rudolf nurejew und yehudi menuhin zu sehen. die ''stuecke'' entlehnte das marionettentheater unter anderem bei marcel marceau und saint-exupery.

1153

foerderungspreise zur kainz-medaille verdoppelt

7 wien, 3.12. (rk) der geldbetrag, der mit der vergabe der foerderungspreise im rahmen der josef kainz-medaille der stadt wien verbunden ist, wird verdoppelt. die nachwuchskuenstler aus den bereichen schauspiel, regie und buehnenbild, die diesen preis alljaehrlich erhalten, werden in zukunft je 20.000 schilling erhalten. dies beschloss diensttag der wiener stadtssenat auf antrag von vizebuengermeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r.

1154

k u l t u r :

=====

villa wertheimstein:

doeblinger kuenstler stellen aus

3 wien, 3.12. (rk) einen querschnitt durch das schaffen von 18 malern, graphikern und bildhauern aus doebbling vermittelt eine ausstellung, die in der villa wertheimstein, 19, doeblinger hauptstrasse 96, vom bezirksmuseum doebbling gezeigt wird.

zu sehen sind rund 100 exponate aus den verschiedensten gebieten der bildenden kunst, wie etwa aquarelle, oelbilder, gouachen, federzeichnungen, aquatinta, zeichnungen, wandteppiche, holz- und bronzeplastiken sowie getriebene metallarbeiten.

die ausstellung, die morgen mittwoch um 19.30 uhr von bezirksvorsteher franz w e b e r eroeffnet werden wird, ist bis 22. dezember, jeden donnerstag von 17.30 bis 20 uhr, samstag von 15.30 bis 18 uhr sowie sonntag von 9.30 bis 12 uhr, geoeffnet.
0919

weihnachtsmarkt im alten rathaus

4 wien, 3.12. (rk) ''kunst am weihnachtstisch'' heisst eine verkaufsausstellung, die morgen, mittwoch, um 17 uhr, von bezirksvorsteher ing. h e i n z in der buergerstube des alten rathauses eroeffnet werden wird. die ausstellung wurde von der berufsvereinigung bildender kuenstler gemeinsam mit dem bezirksmuseum innere stadt gestaltet und umfasst graphiken, aquarelle sowie email- und holzarbeiten.

die ausstellung ist bis 21. dezember, montag bis samstag von 10 bis 18 uhr sowie sonntag von 10 bis 13 uhr, geoeffnet.
0945

k u l t u r :

=====

'das gute bild fuer jeden' eroeffnet

wien, 3.12. (rk) in der wiener secession eroeffnete montag vizebuergermeisterin und kulturstadtraetin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r die verkaufsausstellung 'das gute bild fuer jeden'. durch diese vom kulturamt der stadt wien nun bereits zum 25. mal in der vorweihnachtszeit veranstaltete schau soll den wienerngelegenheit geboten werden, kuenstlerisch wertvolles und gleichzeitig preiswertes aus allen bereichen der bildenden kunst erwerben zu koennen.

neben zahlreichen objekten wie oelbildern, aquarellen, handzeichnungen, kleinplastiken, keramiken und druckgraphik werden in der ausstellung auch naturholzrahmen zum verkauf angeboten. fuer jede kuenstlerische technik wurden drei preiskategorien festgesetzt. die preise bewegen sich zwischen 350 und 10.000 schilling.

in den 25 jahren ihres bestehens wurden im laufe dieser aktion des kulturamtes der stadt wien insgesamt kunstwerke im wert von viereinhalb millionen schilling verkauft. die diesjaehrige ausstellung ist bis inklusive 23. dezember taeglich von 10 bis 19 uhr, am 24. dezember noch von 10 bis 12 uhr geoeffnet.

+++

l o k a l :

=====

heute und taeglich:

autoabschleppen geht weiter

11 wien, 3.12. (rk) am "premierentag" der abschleppaktion fuer verkehrsbehindernd parkende kraftwagen wurden 16 autos abgeschleppt und auf den abstellplatz in die einsiedlergasse gebracht. insgesamt gab es jedoch 26 interventionen. in zehn faellen aber kamen die autobesitzer noch rechtzeitig zu ihrem wagen zurueck. freilich, die anzeige blieb auch ihnen nicht erspart.

von den gestern abgeschleppten autos wurden noch am gleichen tag zehn fahrzeuge wieder abgeholt und heute vormittag weitere fuenf. einzig der wagen jener geschaeftsfrau, der als allererster abgeschleppt worden war, steht noch auf dem abstellplatz.

bis heute mittag wurden weitere sechs verkehrsbehindernd parkende fahrzeuge abgeschleppt. die aktion wird bis in die abendstunden fortgesetzt. in den naechsten tagen wird man sich weiterhin darauf konzentrieren, die feuerwehrausfahrtsrouten im 1. bezirk frei zu bekommen. ab naechster woche wird die abschleppaktion auch auf die bezirke 6,7 und 8 ausgedehnt werden.

1400

k o m m u n a l :

=====

wirtschaftsplan der stadtwerke und tariffragen

12 wien, 3.12. (rk) unmittelbar, nachdem der stadsenat und der finanzausschuss den wirtschaftsplan der wiener stadtwerke fuer 1975 beraten und mit mehrheit genehmigt hatten, informierten stadtrat franz nekula und generaldirektor dr. karl reisinger darueber in einer pressekonferenz.

von einem geldbedarf von 11.572 millionen s, den der wirtschaftsplan vorsieht, sind nur 8.084 millionen s gedeckt. trotz einer anleihe von 1.500 millionen s und vorlaeufigen investitions-sperren von 1.049 millionen s verbleibt eine geldluecke von 938 millionen s.

sie entsteht, obwohl die stadtverwaltung ausser den 2,2 milliarden s fuer die u-bahn den stadtwerken noch 1,1 milliarden s zuschiesst. das defizit entsteht vor allem aus drei faktoren: rohstoffe, vor allem heizoel und erdgas, kosten um 1,1 milliarden s mehr, die personalkosten steigen um 225 millionen s und die zinsen durch die allgemeine zinsenerhoehung um 250 millionen s.

im wirtschaftsplan schlagen die stadtwerke vor, die geld-luecke von 938 millionen s durch tariferhoehungen zu schliessen. wie stadtrat nekula dazu erklarte, sei eine andere loesung nicht moeglich. niemand koennte rohstoffe teurer einkaufen, als das endprodukt verkauft wird. die aus dem ausland kommenden enormen verteuerungen fuer erdoelprodukte und erdgas muessen weitergegeben werden. fuer die verkehrsbetriebe habe sich seit der letzten tariferhoehung am 1. jaenner 1972 ein gelenktriebwagen von 4,2 auf 6,8 millionen s und ein gelenkautobus von 1,5 auf 2,4 millionen s verteuert.

koenne die geldluecke nicht geschlossen werden, so muesste man weitere investitionen zurueckstellen. das wuerde unvermeidlich in laengstens vier jahren zu schwerwiegenden engpaessen bei der stromversorgung und schon im kommenden jahr zu einer verschlechterung des oeffentlichen verkehrs fuehren.

die stadtwerke haben deshalb bei der preisbehoerde antraege auf erhoehung des gaspreises und des grundpreises fuer strom

gestellt. die interessenvertretungen - handelskammer, arbeiterkammer und landwirtschaftskammer - werden sich nun damit beschaeftigen. nach den vorstellungen der stadtwerke muessten die jaehrlichen mehreinnahmen beim gas 560 bis 610 millionen s und beim strom 128 millionen s betragen.

bei den verkehrsbetrieben, ueber deren tarife der gemeinderat selbst entscheiden kann, soll eine aenderung des tarifsystems im sinne einer rationalisierung durchgefuehrt werden. aus ihr sollen sich mehreinnahmen von 160 millionen s ergeben.

der schaffnerfahrtschein soll ab 1. jaenner 1975 8 s kosten. das ist jedoch, wie stadtrat nekula betonte, ein abschreckungspreis: die verkehrsbetriebe wollen gar nicht, dass irgendjemand diesen preis bezahlt. sie wollen, dass moeglichst alle fahrscheine im vorverkauf gekauft werden. das aeusserst dichte netz der verkaufsstellen - 1.700 trafiken - macht das jedem leicht. der vorverkaufsfahrschein wird 6 s kosten. aehnlich ist es beim kinderfahrtschein: im vorverkauf 2 s, beim schaffner 3 s.

die wochenstreckenkarten werden durch wochennetzkarten ersetzt, wobei eine 7-tage-netzkarte eingefuehrt wird. die preise: 5-tage-netzkarte 48 s, 6-tage-netzkarte 59 s, 7-tage-netzkarte 70 s. die monatsnetzkarte wurde von derzeit 600 s auf 294 s verbilligt. wer wirtschaftlich denkt, wird rasch erkennen, dass dies die billigste art ist, zu fahren.

generaldirektor dr. r e i s i n g e r verwies darauf, dass die e-werke bisher durch grundtarife, die wesentlich niedriger als anderswo sind, den kunden rabatte gewaehrte, die seit 1955 mindereinnahmen von 1,7 milliarden s brachten. diese rabatte sollen nun aufgehoben werden. der gaspreis ist seit 23 jahren unveraendert, eine wohl einmalige erscheinung in unserem wirtschaftsleben. stadtrat nekula ergaenzte, dass dies durch eine aeusserst erfolgreiche rationalisierung moeglich war: bei den stadtwerken wurden seit 1955 rund 5.000 mitarbeiter eingespart, rund ein viertel des damaligen standes. irgendwo hat jedoch jede rationalisierung ihre grenzen. bei den e-werken und gaswerken sind diese grenzen praktisch erreicht, bei den verkehrsbetrieben erfordern weitere rationalisierungen hohe investitionen, fuer die erste die geldmittel gesichert werden muessen.

k o m m u n a l :

=====

modellprojekt schule-wohnhaus wird eroeffnet

13 wien, 3.12. (rk) das erste realisierte modell einer neuen schulkonzeption, die unter dem namen schule-wohnhaus bekannt geworden ist, wird vizebuergermeisterin und jugendstadtraetin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r donnerstag, den 5. dezember, um 9 uhr, offiziell eroeffnen. dieses projekt ist das erste, bei dem schon von der planung her beruecksichtigt wurde, dass nach auslaufen des derzeitigen spitzenbedarfes an schulklassen ein sinnvoller und rationeller umbau in ein wohnhaus erfolgen soll. bei dem nun betriebsfertigen projekt schule-wohnhaus kann der klassentrakt ohne grosse schwierigkeiten in zwei etappen zum wohnhaus umgestaltet werden. pro geschoss werden hiebei acht wohnungen zwischen 75 und 108 quadratmeter entstehen. die sanitaeren anlagen der schule wurden ebenfalls so angeordnet, dass beim umbau an ihrer stelle die baeder, wc und kuechen der wohnungen entstehen werden, womit unwirtschaftliche veraenderungen der installationen vermieden werden koennen.

geehrte redaktion

wir laden sie ein, anlaesslich der eroeffnung dieser schule an einer besichtigung teilzunehmen und bitten, ort und termin vorzumerken.

zeit: 5. dezember, 9 uhr.

ort: wien 21, dopschstrasse 25.

1505



Mittwoch, 4. Dezember 1974

Blatt 2954

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

Straßenbahnlinie 18 wird schaffnerlos
 Bezirksvertretung Hernals: Mehr Räume für
 das Bezirksmuseum
 Baumpflanzungen im 9. Bezirk
 Kostenplanung im Bauwesen - Größter Nutzen
 mit geringstem Aufwand

Lokal:
(orange)

Geldtransporte unterirdisch
 Heiße Eisen als Redewettbewerbsthemen
 Polio-Impfaktion: Appell der Gesundheitsbehörden
 hatte Erfolg

Kultur:
(gelb)

Galerie Alsergrund: Bilder aus den Alpen

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
 von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
 14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

strassenbahnlinie 18 wird schaffnerlos
a und ak mit schaffnerlosem beiwagen

1 wien, 4.12. (rk) die verkehrsbetriebe setzen ihre rationalisierung fort: ab samstag, dem 7. dezember, wird es auf der strassenbahnlinie 18 keine schaffner mehr geben und auf den linien a und ak werden moderne gelenktriebswagen mit schaffnerlosem beiwagen eingesetzt. diese rationalisierung erfordert allerdings hohe kosten: allein die 27 modernen gelenktriebswagen, die dafuer notwendig waren, kosten fast 170 millionen schilling. der preis fuer einen solchen wagen ist seit jaenner 1972, dem tag der letzten tariferhoehung, von 4,225.000 auf gegenwaertig 6.280.000 schilling gestiegen. fuer naechstes jahr lautet der vorlaeufige preis, bei dem die juengsten loehnerhoehungen noch nicht beruecksichtigt sind, 6,809.000 schilling.

0906

k o m m u n a l :

=====

bezirksvertretung hernals:

mehr raeume fuer das bezirksmuseum

2 wien, 4.12. (rk) mehr raeumlichkeiten als bisher erhaelt das bezirksmuseum hernals in kuerze. wie der vorsteher des 17. bezirkes josef v a l e t a bei der letzten bezirksvertretungssitzung bekanntgab, wird die zentralsparkasse der gemeinde wien im jaenner 1975 mit dem umbau ihrer filiale beim elterleinplatz, in der das museum untergebracht ist, beginnen. im rahmen dieser arbeiten wird auch das bezirksmuseum umgestaltet und dadurch mehr ausstellungsraum erhalten.

fuer die bewohner von hernals gibt es noch eine zweite erfreuliche nachricht: seit november sind die brueckenbauwerke der vorortelinie mit taubenschutzgittern versehen, die belaestigung der bevoelkerung durch taubenkot faellt damit weg.

0908

k o m m u n a l :

=====

baumpflanzungen im 9. bezirk

8 wien, 4.12. (rk) drei birken und einige koniferen werden morgen, donnerstag, um 9 uhr auf der fussgaengerinsel der kreuzung spitalgasse - lazarettgasse im 9. bezirk gepflanzt.

die kreuzung erhaelt in kuerze eine verkehrslightsignalanlage. im zuge dieser arbeiten wurden ausserdem zwei haltestelleninseln fuer strassenbahnbenuetzer geschaffen. auf wunsch von bezirksvorsteher karl s c h m i e d b a u e r werden auf der schon seit langem bestehenden fussgaengerinsel in der mittel der fahrbahnen zur auflockerung des strassenbilds pflanzen gesetzt.

0955

k o m m u n a l :

=====

kostenplanung im bauwesen - groesster nutzen mit geringstem aufwand
bauausschuss des staedtebundes tagt im wiener rathaus

9 wien, 4.12. (rk) im wiener rathaus findet mittwoch und donnerstag die 39. sitzung des bauausschusses des oesterreichischen staedtebundes statt. nach der wahl von stadtbaudirektor dipl.-ing-anton s e d a zum neuen vorsitzenden referierten mittwoch dipl.-ing. seda ueber kostenplanung und senatsrat dipl.-ing. walter b r a u n , referatsleiter in der wiener baudirektion, ueber die anwendung der elektronischen datenverarbeitung im bauwesen. donnerstag werden probleme bei der errichtung von fussgaengerzonen behandelt.

die kostenplanung im bauwesen wird immer mehr zu einer zwingenden notwendigkeit, fuehrte baudirektor seda in seinem umfassenden referat aus. schon deshalb, weil die oeffentliche hand zur erfuellung der staendig wachsenden beduerfnisse die haushaltsmittel gezielt und optimal einsetzen muss. mit dem geringsten aufwand muss der groesste nutzen erzielt werden. freilich darf das nicht zu ausschliesslichem kostendenken in der bauplanung fuehren. die kostenplanung hat die technisch-aesthetischen masstaebe sinnvoll zu ergaenzen.

die kostenplanung, soll sie effektiv sein, muss alle planungsstufen umfassen - beginnend von der stadtentwicklungsplanung, ueber bebauungsplanung, baumassengliederung, gebaeudegroessen bis zum heizungssystem und aehnlichem. darueber hinaus muss sich die kostenplanung bis zu den folgeeinrichtungen erstrecken - schulen, einkaufsmoeglichkeiten, freizeiteinrichtungen, verkehrsmassnahmen -, die mitunter mehr finanziellen aufwand erfordern, als das eigentliche bauziel.

um fuer diese gesamt-kostenplanung die wirtschaftlichste moeglichkeit zu finden, ist der planungsablauf als staendiger prozess aufzufassen: nach jedem stadium der planung sind die moeglichen varianten auszuarbeiten, nach der entscheidung fuer

eine dieser varianten sind neuerlich die sich daraus ergebenden varianten zu erstellen.

der baukostenplanung sind richtwerte zugrunde zu legen, die auf grund der erfahrungen bei bereits errichteten bauwerken ermittelt werden. solche kostenanalysen (kostensammlungen und kostenstatistiken) werden in der wiener baudirektion seit einiger zeit vorgenommen.

grundsätzliche voraussetzungen fuer eine baukostenplanung sind: mehr planungszeit und die dafuer erforderlichen geldmittel, checklisten mit den kostenkriterien, nach jedem planungsstadium eine kommissionelle entscheidung (moeglichst aller betroffenen abteilungen) ueber die zu waehlende variante. und schliesslich eine antragstellung an den gemeinderat, die auf das gesamte projekt hin orientiert ist: das heisst, es wird nicht zum beispiel nur eine projektierte wohnhausanlage allein beantragt, sondern gleichzeitig werden auch die aufwendungen fuer aufschliessung und folgeeinrichtungen - etwa von kanal, strasse bis schule, kindergarten, freizeiteinrichtung etc. - vorgelegt.

als beispiel fuer eine umfassende kostenplanung kann die erst kuerzlich vom gemeinderat beschlossene neue wohnhausanlage in wien 21, mitterhofergasse, mit mehr als 1.400 wohnungen gelten, fuer die ein genauer bauzeit- und kostenplan - mit den erforderlichen aufschliessungs- und folgeeinrichtungen - durchgefuehrt wurde.

die kostenplanung begleitet den gesamten bauablauf mit dem ziel, den einmal festgelegten kostenrahmen zu garantieren.

eine entscheidende rolle bei der kostenplanung spielt - wie aus dem anschliessenden referat von dipl.-ing. b r a u n hervorging - die anwendung der elektronischen datenverarbeitung im bauwesen. es sind einige idealisten in den bauabteilungen gewesen, die vor einigen jahren damit begonnen haben, die theoretischen grundlagen vorzubereiten. dank der unterstuetzung durch die verwaltung koennen heute bereits wichtige vorgaenge im baugeschehen auch praktisch elektronisch gesteuert werden: mit dem ergebnis einer wirkungsvollen rationalisierung, die letzten endes kostensenkung und maximalen einsatz der finanziellen mittel bedeutet.

die edv kann heute bereits von der stadtentwicklungsplanung ueber die investitionsplanung und das liegenschaftswesen bis zur

baudurchfuehrung praktisch angewendet werden. in der baudurchfuehrung, wie dipl.-ing. braun im detail ausfuehrte, tragen die elektronischen terminkontrollen dazu bei, dass bauzeitverzoegerungen vermieden werden. die netzplantechnik hat dazu entscheidend beigetragen. heute sind keine grossprojekte des hoch- oder tiefbaus ohne netzplan mehr denkbar.

neben der terminkontrolle koennen die kosten mittels edv genauestens kontrolliert werden. der wesentlichste rationalisierungseffekt konnte im sogenannten ava-bereich - das ist von der ausschreibung, ueber die vergabe bis zur abrechnung der baukosten - erreicht werden.

1159

L o k a l :

=====

geldtransporte unterirdisch

3 wien, 4.12. (rk) die oesterreichische nationalbank beabsichtigt eine bestehende unterflurgarage zu erweitern. es soll ein zwei-geschossiger unterirdischer be- und entladeraum fuer geldtransporte gebaut werden. die stadt wien stellt dafuer den unter dem otto wagner-platz erforderlichen raum von rund 1.000 quadratmeter zur verfuegung. der diesbezugliche dienstbarkeitsvertrag zwischen der oesterreichischen nationalbank und der stadt wien wurde vom gemeinderatsausschuss fuer wohnen und liegenschaftswesen und dem stadsenat bereits genehmigt.

0910

L o k a l :

=====

heisse eisen als redewettbewerbsthemen

4 wien, 4.12. (rk) heisse eisen hat das landesjugendreferat wien fuer den in zusammenarbeit mit der liga fuer die vereinten nationen durchgefuehrten redewettbewerb 1975 an den allgemeinbildenden hoeheren und den berufsbildenden mittleren und hoeheren sowie berufsbildenden pflichtschulen als themen gewaehlt. so werden sich die jugendlichen im kommenden jahr unter anderem mit den problemen "gleichberechtigung und partnerschaft von mann und frau, realitaet oder utopie?", "ist leistung unanstaendig?", "mitbestimmung" und "praesenzdienst fuer burschen - fuer maedchen?" beschaeftigen muessen.

alle schueler, die glauben, zu einem dieser themen etwas zu sagen zu haben, koennen sich entweder ueber die direktion ihrer schule oder direkt ueber das landesjugendreferat wien (8, friedrich schmidt-platz 5) anmelden. die vorbereitungen werden - sofern sich an einer schule mindestens sechs schueler angemeldet haben - an den schulen selbst durchgefuehrt.

0912

L o k a l :

=====

polio-impfaktion:

appell der gesundheitsbehoerden hatte erfolg
impfbeteiligung gestiegen

5 wien, 4.12. (rk) der appell der gesundheitsbehoerden an die wiener bevoelkerung, sich im interesse der eigenen gesundheit an der kostenlosen polio-impfaktion zu beteiligen, hat erfreulicherweise erfolg gehabt. in der vergangenen woche wurden in den bezirksgesundheitsaemtern insgesamt 16.637 impfungen durchgefuehrt. bekanntlich hatten sich in der ersten woche nur 7.270 personen der schluckimpfung unterzogen. auf grund dieses alarmierenden umstandes hatte gesundheits- und sozialstadtrat prof. dr. alois s t a c h e r auch eine verlaengerung der am vergangenen samstag zu ende gegangenen ersten teilimpfung angeordnet. fuer ''nachzuegler'' bestand gestern diensttag beziehungsweise besteht noch kommenden freitag die letzte chance sich in den bezirksgesundheitsaemtern in der zeit von 9 bis 11 uhr impfen zu lassen. darueberhinaus stehen aber auch noch die mutterberatungsstellen und die kinderambulatorien der gebietskrankenkasse waehrend dieser woche zur verfuegung.

0914

k u l t u r :

=====

galerie alsergrund:

bilder aus den alpen

6 wien, 4.12. (rk) oelbilder und aquarelle des malers und bergsteigers lothar w a n k o sind in einer ausstellung zu sehen, die morgen, donnerstag, um 18.30 uhr, von bezirksvorsteher karl s c h m i e d b a u e r in der galerie alsergrund 9, waehringer strasse 43, eroeffnet werden wird.

der in wien geborene kuenstler hat seine arbeiten bisher ausser in wien auch bereits in zuerich und trient ausgestellt. seine motive sind zumeist die alpenregionen tirols und salzburgs.

die ausstellung ist bis 22. dezember, dienstag und donnerstag von 18 bis 20 uhr, sonntag von 10 bis 12 uhr, geoeffnet.

0916



Donnerstag, 5. Dezember 1974

Blatt 2965

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

Bezirksvertretung Hietzing: Umbau des Kreuzungsbereichs Hietzinger Hauptstraße - Lainzer Straße soll möglichst rasch beendet werden

Erstes 110 Kv-Kunststoffkabel in Betrieb

Umweltbelastung: Bundeseinheitliche Grenzwerte dringend notwendig

Lainzer Friedhof: Sperre um zehn Jahre verschoben
Stemmer und Mühlhauser - Bürger der Stadt Wien
Probleme bei der Errichtung von Fußgeherzonen

Lokal:
(orange)

Erstes Modell Schule-Wohnhaus eröffnet

Wiener Zuwandererfonds: Internationale Hitparade mit Aniko Benkö in der Stadthalle

Kultur:
(gelb)

Kulturamt bereitet großangelegte Nestroy-Filmdokumentation vor

"Weihnachten in der Kunst" in der Wiener Stadtbibliothek

Sport:
(grün)

Sportstättenbau geht weiter

Wirtschaft:
(blau)

Benya bei der Gemeinwirtschaft

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

bezirksvertretung hietzing:

umbau des kreuzungsbereichs hietzinger hauptstrasse - lainzer strasse
soll moeglichst rasch beendet werden

1 wien, 5.12. (rk) der umbau des kreuzungsbereichs hietzinger hauptstrasse - lainzer strasse soll moeglichst rasch abgeschlossen werden. die bezirksvertretung hietzing beschloss in ihrer letzten sitzung einstimmig, die zustaeendigen stellen des magistrats, der wiener stadtwerte - verkehrsbetriebe und des bundes um beschleunigte durchfuehrung der arbeiten zu ersuchen.

die oevp-fraktion der hietzinger bezirksvertretung stellte urspruenglich den antrag, die bauarbeiten im kreuzungsbereich - er wird bekanntlich derzeit umgestaltet und entschaeft - in die sommermonate, also in die zeit von mai bis september, zu verlegen und die bauzeit auf das absolute minimum zu reduzieren: die vertreter der oevp betonten, dass man bauarbeiten in der warmen jahreszeit rascher durchfuehren koenne. die fraktion der spoe hingegen erklarte, die verlegung der arbeiten in die sommermonate wuerde lediglich zu einer verzoegerung fuehren.

nach laengerer diskussion beschloss die hietzinger bezirksvertretung schliesslich einstimmig, die zustaeendigen stellen um moeglichst rasche durchfuehrung und beendigung des umbaus zu ersuchen.

einstimmig beschlossen wurde auch der antrag auf errichtung eines schulpavillons im bereich der volksschule 13, auhofstrasse.

mit den mitteln aus dem budget des bezirksvorstehers, eduard popp, wurden entlang des lainzer bachs und am roten berg ruheplaetze mit baenken, tischen und regenschutz geschaffen sowie spielgeraete fuer groessere kinder aufgestellt. ebenso wurden die aufstellung von baenken auf verschiedenen wanderwegen des bezirks und eine weihnachtsfeier fuer waisenkinder finanziert.

k o m m u n a l :

=====

erstes 110 kv-kunststoffkabel in betrieb

2 wien, 5.12. (rk) auf der 6 kilometer langen strecke zwischen den umspannwerken kendlerstrasse und schmelz wurde, wie stadtrat franz nekula der "rathaus-korrespondenz" mitteilte, das erste 110 kv-kunststoffkabel oesterreichs von den wiener e-werken in betrieb genommen. dieses kabel mit einer isolierung auf polyaethylenbasis ist ungefaehr ebenso teuer wie ein oelkabel, doch erwartet man sich davon geringere verluste und wartungskosten. ausserdem ist das kunststoffkabel leichter, ermoeglicht engere kruemmungsradien und eine bessere ueberwindung von steigungen.

das kabel kommt aus frankreich. von der herstellerfirma wurden mitarbeiter einer oesterreichischen firma eingeschult, die nun die wartung uebernehmen werden.

bisher gibt es nur erfahrungen mit 60 und 90 kv-kunststoffkabeln. im ausland wurden 110 kv-kabeln zwar eingehend getestet, aber noch nicht laengere zeit in der praxis erprobt. in wien wird jetzt diese erprobung begonnen.

0923

k o m m u n a l :

=====

umweltbelastung: bundeseinheitliche grenzwerte dringend notwendig

wien, 5.12. (rk) eine moeglichst rasche festsetzung bundes-einheitlicher grenzwerte fuer umweltbelastungen sei vor allem fuer die bewohner der ballungszentren und insbesondere wiens sehr wichtig. die bundeshauptstadt erwarte sich vom bundesumweltschutzgesetz, an dem zur zeit gearbeitet wird, eine wichtige ergaenzung der initiative auf landesebene, betonte der leiter der wiener umweltschutzabteilung, dr. otto l a u e r , am zweiten tag des internationalen umweltseminars im kommunalwissenschaftlichen dokumentationszentrum.

dr. lauer, der in seinem referat einen kurzen ueberblick ueber die umweltsituation in der oesterreichischen bundeshauptstadt gab, stellte einige neue initiativen in aussicht. so soll ein prognosemodell erarbeitet werden, das in kuerzester zeit bei strukturveraenderungen an irgendeinem ort wiens auskunft ueber die belastung ganzer stadtgebiete - zunahme oder abnahme - geben kann.

der zweite referent am mittwoch, dr. norbert k n o l l von der bundeswirtschaftskammer, arbeitgemeinschaft umweltschutz, plaederte unter anderem fuer die kennzeichnung umweltbelastender waren und schlug vor, die kosten fuer die beseitigung ausgedienter produkte auf den preis der ware aufzuschlagen.

knoll trat darueber hinaus fuer die schaffung eines sogenannten umweltentlastungsfonds, eines allgemeinen umweltschutzfonds aus budgetmitteln und fuer ein system der umweltschutzselbstkontrolle durch private institute ein. der umweltschutz - meinte er - habe in unserem land noch nicht jenen stellenwert, den er verdiene. er muesse bei allen ueberlegungen integriert werden und gleichberechtigt neben wirtschaftspolitischen ueberlegungen zur sicherung der vollbeschaeftigung, bekaempfung der inflation und erhoehung des materiellen wohlstandes stehen.

die ergebnisse des von der magistratsabteilung 22 und dem europa-institut veranstalteten umweltschutzseminars werden nun vom europa-institut zusammengefasst und in der naechsten zeit publiziert.

+++

k o m m u n a l :

=====

Lainzer Friedhof:

 sperre um zehn jahre verschoben

3 wien, 5.12. (rk) dem wunsch der hietzinger bevoelkerung soll rechnung getragen werden: die bezirksvertretung des 13. bezirkes hat in ihrer letzten sitzung einstimmig einen antrag beschlossen, in dem ersucht wird, die sperre des Lainzer Friedhofs um zehn jahre auf den 31. 12. 1985 zu verschieben.

 stadtrat peter s c h i e d e r hatte die bezirksvertretungen vor wenigen wochen darueber informiert, dass sie die moeglichkeit haben, die frist fuer das inkrafttreten der sperre auf 16 wiener Friedhoeefen wahlweise um fuenf oder zehn jahre zu verschieben. die von den bezirken gewuenschten fristen fuer die sperre dieser Friedhoeefe sollen anfang 1975 im gemeinderat beschlossen werden.
0925

k o m m u n a l :

=====

stemmer und muehlhauser - buerger der stadt wien

11 wien, 5.12. (rk) zwei verdiente politiker erhielten donnerstag im stadtsenatssaal des wiener rathauses die zweithoehste auszeichnung der bundeshauptstadt, buergermeister leopold gratz ueberreichte dem ehemaligen ersten praesidenten des wiener landtags dr. wilhelm stemmer und dem ehemaligen dritten praesidenten karl muehlhauser in anwesenheit zahlreicher ehrengaeste, unter ihnen mitglieder des stadtsenats und die drei praesidenten des landtags, die buergerurkunde.

gratz wuerdigte in seiner ansprache die leistungen der ausgezeichneten: dr. wilhelm stemmer, von 1965 bis 1973 erster praesident des wiener landtags, hat sich besonders um das kultur-, schul- und volksbildungswesen bemueht. generaldirektor kommerzialrat karl muehlhauser war von 1949 bis 1969 zweiter, von 1969 bis 1973 dritter landtagspraesident und hatte grossen anteil am wiederaufbau wiens nach dem zweiten weltkrieg.

ausser den beiden am donnerstag ausgezeichneten leben in der bundeshauptstadt noch zehn personen, die zu buergern der stadt wien ernannt worden waren - unter ihnen der komponist robert stolz, der ehemalige buergermeister kommerzialrat druno marek und der ehemalige erste praesident des nationalrats, dipl.-ing. karl waldbrunner. 33 in wien wohnhafte oesterreichische staatsbuerger haben in den jahren 1945 bis 1974 die buergerurkunde erhalten.

L o k a l :

=====

erstes modell schule-wohnhaus eroeffnet

6 wien, 5.12. (rk) in der dopschstrasse im 21. wiener gemeindebezirk eroeffnete donnerstag vizebuergemeisterin gertrude froehlich-saender wiens erstes modell ''schule-wohnhaus''. bei diesem projekt handelt es sich um eine neue loesungsvariante fuer das problem, in neusiedlungsgebieten genug schulraum fuer den derzeit bestehenden spitzenbedarf zu schaffen und gleichzeitig bereits eine spaetere anderweitige verwendung dieser schulgebäude miteinzuplanen. das heute eroeffnete schulgebäude wurde so geplant, dass der klassentrakt spaeter ohne grossen aufwand in zwei etappen zum wohnhaus umgestaltet werden kann. die jetzt in der schule eingerichtete zentralgarderobe fuer die schueler kann in kellerabteile fuer die zukuenftigen mieter verwandelt werden, die sanitaeren anlagen der schule wurden so angeordnet, dass beim umbau in den wohnungen an dieser stelle die baeder, wcs und kuechen entstehen, so dass unwirtschaftliche veraenderungen der installationen vermieden werden koennen.

die schule, die von den architekten hans hohenegger (wien) und mathias sauer (eisenstadt) geplant wurde, wurde um rund 30,5 millionen schilling errichtet. dazu kommen noch kosten fuer die bewegliche einrichtung in der hoehe von 1,2 millionen schilling. zur zeit sind in der schule 19 volksschulklassen sowie zwei vorschulklassen untergebracht. pro schulgeschoss - die schule besitzt zwei obergeschosse - koennen beim umbau acht wohnungen in einer groessenordnung von 75 bis 110 quadratmeter errichtet werden.

eine weitere schule dieses typs wird derzeit ebenfalls im 21. bezirk, in der wassermann-gasse, errichtet. ihr erster bauteil wurde bereits im september 1974 in betrieb genommen, nach ihrer fertigstellung im jahre 1975 wird diese schule 32 klassen aufnehmen koennen. die errichtung dieser neuen schulmodelle gerade in der grossfeldsiedlung ergab sich aus der voellig neuen problemsituation, mit der sich die schulverwaltung hier konfrontiert sah. auf grund bestehender erfahrungswerte und nach dem wiener durchschnitt haette

./.

sich fuer die grossfeldsiedlung ein klassenbedarf von zirka 50 klassen ergeben. nach einer von der staedtischen schulverwaltung durchgefuehrten erhebung der schul- und vorschulpflichtigen kinder dieses gebietes ergab sich aber auf grund der bevoelkerungsstruktur dieses gebietes ein spitzenbedarf von 150 bis 160 klassen. dieser spitzenwert wird in den naechsten jahren erreicht werden. da anzunehmen ist, dass dieser spitzenbedarf nach etwa 15 bis 20 jahren wieder sinken wird, mussten hier schulbauloesungen gefunden werden, die im sinne einer rationallen planung dieser speziellen situation gerecht werden. die loesungsvariante 'schule-wohnhaus' scheint dieser problematik am besten gerecht zu werden.

L o k a l :

=====

wiener zuwandererfonds:

internationale hitparade mit aniko benkoe in der stadthalle

10 wien, 5.12. (rk) oesterreichs jung-plattenstar aniko
b e n k o e ist eine der hoehepunkte einer internationalen
hitparade, die ueber initiative des wiener zuwandererfonds
kommenden samstag, um 19 uhr, in der wiener stadthalle stattfindet.

der wiener zuwandererfonds hat bereits mehrere male erfolg-
reich veranstaltungen fuer jugoslawische gastarbeiter durchge-
fuehrt. kommenden samstag wird nun die erste gemeinsame veran-
staltung fuer jugoslawen, tuerken und oesterreicher stattfinden.
fuer diese ''integrations''-veranstaltung wurde ausserdem das
orchester der radio- und fernsehstation belgrad, spitzenstars
aus dem jugoslawischen showgeschaeft und eine tuerkische band
verpflichtet. programm und conference werden mehrsprachig sein.

eintrittskarten zum preis von 50 schilling sind im vorver-
kauf an der kasse der wiener stadthalle erhaeltlich.

1217

k u l t u r :

=====

kulturamt bereitet grossangelegte nestroy-filmdokumentation vor

7 wien, 5. 12. (rk) zum 175. geburtstag von nestroy im jaenner 1976 wird sich das kulturamt der stadt wien mit einer grossangelegten filmdokumentation als geschenk einstellen. der 60-minuten-film, der zu diesem zweck in auftrag gegeben wurde, soll die bedeutung nestroys als theaterschriftsteller, satiriker aber auch sozialkritiker mit allen aktuellen bezuegen dokumentieren. der film, der auch als lehrstoffergaenzung in schulen einsetzbar sein soll, wird in zwei in sich geschlossenen teilen von je 30 minuten erstellt werden.

das drehbuch zu dem film, der rund eine million schilling kosten wird, haben werner fitzthum und walter bannert unter der fachmaennischen betreuung des praesidenten der raimund-gesellschaft und mitglied der nestroygesellschaft hofrat dr.pichler erarbeitet. der film wird von der cine-coop-filmgesellschaft hergestellt werden.

1115

'weihnachten in der kunst' in der wiener stadtbibliothek

8 wien, 5.12. (rk) 'weihnachten in der kunst' ist eine kleinausstellung gewidmet, die die wiener stadtbibliothek auf dem ausstellungsgang der stadtbibliothek im wiener rathaus (stiege 4, 1. stock) veranstaltet. reproduktionen von gemaelden, buchdrucken und noten geben eine uebersicht ueber die werke aus allen bereichen der kunst, zu denen dieses thema die kuenstler verschiedener epochen inspiriert hat.

1117

s p o r t :

=====

sportstaettenbau geht weiter

4 wien, 5.12. (rk) wie das sportamt der stadt wien mitteilt, ist die sportanlage in der laxenburger strasse - 'heubergstaetten' praktisch fertiggestellt. das 38.000 quadratmeter grosse wettkampffeld mit rasenplatz und flutlichtanlage kostete 11 millionen schilling. auf dieser sportanlage ist weiter ein leistungszentrum fuer den gewichtheberverband geplant. in weiterer folge wird dort eine kunststofflanglaufloipe entstehen. diese loipe soll ausser spitzenlaeufern zum leistungstraining auch den schulen fuer langlaufunterricht zur verfuegung stehen.

der 'auto-platz' in der kendlerstrasse ist derzeit noch im umbau und wird fuer red-star eine 'neue heimat'. bekanntlich wird auf dem red-star-platz bei der wiener stadthalle eine tiefgarage fuer 700 pkw gebaut. der 'auto-platz' wird ein spielfeld, zwei flutlichtanlagen, eine trainingsanlage sowie eine jugendtrainingsanlage besitzen und 12 millionen kosten.

fuer die wiener jugend will das sportamt der stadt wien diese anlage als 'sportplatz der offenen tuer' freigeben. schulleichtathletik und besonders fussball soll auf dieser anlage dominieren. bei schlechtwetter wird ein konditionsraum zur verfuegung stehen.

0927

w i r t s c h a f t :

=====

benya bei der gemeinwirtschaft

5 wien, 5.12. (rk) der praesident des nationalrates und des oesterreichischen gewerkschaftsbundes anton b e n y a spricht montag, den 9. dezember um 15.30 uhr in einer veranstaltung der arbeitgemeinschaft der oesterreichischen gemeinwirtschaft ueber ''wirtschaftsdemokratie, sozialpartnerschaft und gemeinwirtschaft''. der vortrag findet im kongressaal der bundeskammer der gewerblichen wirtschaft, 1, hoher markt 3 statt.

geehrte redaktion

wir laden sie herzlich ein, zu diesem vortrag einen bericht-erstatteer zu entsenden.

0928

k o m m u n a l :

=====

probleme bei der errichtung von fussgaengerzonen
erfahrungsaustausch im bauausschuss des staedtebundes

12 wien, 5.12. (rk) am zweiten tag der 39. sitzung des bau-
ausschusses des oesterreichischen staedtebundes standen die er-
fahrungen bei der errichtung von fussgeherzonen auf dem programm.

obersenatsrat. dipl.-ing. f i l z erwaehnte in erster linie
wiens "parade-fussgeherzone" in der kaerntner strasse, die
erstmal 1971 provisorisch eingefuehrt wurde und nach kurzer
zeit die bezeichnung "weihnachtskorsos" erhielt.

obwohl schon vor einfuehrung der fussgeherzone die geschaefts-
leute befuerchtungen fuer ihre zukunft aeusserten, revidierten
sie bald ihre ansichten. die positive umsatzentwicklung waehrend
des "weihnachtskorsos" aenderte die meinung, dass der umsatz
ruecklaeufig sein wuerde, wenn der kunde nicht mit dem auto vor
das geschaeft vorfahren koenne. es wurde eine dreifache fuss-
geherfrequenz gegenueber vergleichbarer zeitraeume festgestellt.

eine anschliessende befragung der im bereich der fussgeher-
zone wohnenden bevoelkerung ergab, dass 72 prozent fuer eine er-
weiterung, 16 prozent fuer eine beibehaltung und nur 12 prozent
fuer eine abschaffung waren. von den geschaeftsleuten sprachen
sich 80 prozent positiv und 13 prozent negativ zur fussgeherregelung
aus, waehrend sich 7 prozent neutral verhielten.

der magistrat hat dann das wiener institut fuer standortbe-
ratung (wist) mit der ausarbeitung einer studie betraut.

das ergebnis war frappierend: es wurde festgestellt, dass sich
die kaerntner strasse, als eine der vier haupteinfallspforten
der inneren stadt wegen ihrer hohen passantenfrequenz fuer einen
fussgeherbereich ausserordentlich gut eigne.

mit dem bau wurde am 7. maerz 1974 begonnen und die ausgestal-
tung am 1. august beendet. fuer wiens "parade-fussgeherzone", die
eine flaeche von 10.200 quadratmetern umfasst, wurden fuer die aus-
gestaltung 25,4 millionen aufgewendet. weitere 8,4 millionen

mussten fuer die erneuerung von alten, reparaturanfaelligen versorgungsleitungen aufgewandt werden.

aber nicht nur in der innenstadt schuf das auto unertraegliche verhaeltnisse, auch in den aussenbezirken wurde der ruf nach verkehrsarmer zonen immer lauter.

so entschloss man sich, den strassenzug der favoritenstrasse vom columbusplatz bis reumannplatz in eine fussgeherzone umzuwandeln.

weitere fussgeherzonen in grinzing - cobenzlgasse, im 8. bezirk am jodok fink-platz und im volkspraeter sind in vorbereitung oder schon in kraft.

dennoch, so meinte abschliessend filz, sei vor einer fussgeherzoneneuphorie zu warnen. man darf bei vorhandensein der voraussetzungen fuer die einfuehrung einer fussgeherzone bei deren realisierung nur schrittweise und sehr behutsam vorgehen.

Freitag, 6. Dezember 1974

Blatt 2979

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

Bezirksvertretung Alsergrund: Projekt der Überbauung des Franz Josefs-Bahnhofes wurde präsentiert

Bezirksvertretung Hietzing: Aussichtspunkt am Königberg bleibt der Bevölkerung erhalten

Grundkäufe: Für Grünanlage und Baulandreserven 285 Millionen für die Stadtwerke

Lokal:
(orange)

Stephansplatz: Stationsröhre vor Vollendung
Mehr Information und Betreuung für Wiens Jugend

Kultur:
(gelb)

Papiertheater-Ausstellung

Wirtschaft:
(blau)

Wiener Finanzplan für fünf Jahre

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

bezirksvertretung alsergrund:

projekt der ueberbauung des franz josefs-bahnhofs
wurde praesentiert

1 wien, 6.12. (rk) die beiden architekten prof. dr. kurt
h l a w e n i c k a und prof. dr. karl s c h w a n z e r
praesentierten auf einladung von bezirksvorsteher karl
s c h m i e d b a u e r ihr projekt der ueberbauung des franz
josefs-bahnhofs bei der letzten sitzung der bezirksvertretung
alsgrund.

im bereich des franz josefs-bahnhofs werden bekanntlich seit
oktober abbrucharbeiten durchgefuehrt. bereits anfang des kommenden
jahres soll mit dem bau eines buerogebaeudes, in dem auch der
neue bahnhof untergebracht ist, begonnen werden.

das gesamte areal des alten bahnhofs wird mit einer betondecke
ueberbaut. auf diesem gelaende entstehen unter anderem das
zoologische institut, ein gebaeude fuer die hochschule fuer welt-
handel, ein studentenheim, wohnungen und ein schwimmbad. damit
soll verhindert werden, dass das neue grossprojekt zu einem
hochschulghetto wird.

0912

k o m m u n a l :

=====

bezirksvertretung hietzing:

aussichtspunkt am kueniglberg bleibt der bevoelkerung erhalten

2 wien, 6.12. (rk) der aussichtspunkt auf der kuppe des kueniglbergs bleibt der bevoelkerung erhalten und wird mit sitzbaenken sowie gruenpflanzen ausgestaltet, teilte der vorsteher des 13. bezirks, eduard p o p p , bei der letzten bezirksvertretungssitzung mit.

dieser teil des kueniglbergs war, um die nun beginnende bepflanzung zu schuetzen, umzaeunt und damit unzugänglich gemacht worden. wie architekt prof. dr. roland rainer, der erbauer des orf-zentrums wien am kuenigblerg, der bezirksvorsteherung mitteilte, ist in seinen plaenen jedoch ein aufgang zur kuppe mit sitzplaetzen vorgesehen. der aussichtspunkt wird nach beendigung der notwendigen arbeiten der bevoelkerung wieder zur verfuegung stehen.

0914

k o m m u n a l :

=====

grundkaeufe: fuer gruenanlage und baulandreserven

3 wien, 6.12. (rk) eine reihe von liegenschaftskaeufen genehmigte der gemeinderatsausschuss fuer wohnen und liegenschaftswesen in seiner letzten sitzung. die grundkaeufe entsprechen dem konzept, einerseits die baulandreserven zu erweitern, um den kommunalen wohnungsbau in den naechsten jahren sicherzustellen, und andererseits um assanierungen sowie die errichtung von gruenflaechen in dichtverbauten stadtgebieten zu ermoeglichen.

so wurden unter anderen in wien-donaustadt grundstuecke im ausmass von mehr als 30.000 quadratmeter als baulandreserve angekauft. eine liegenschaft in wien 2, grosse stadtgutgasse, ist fuer assanierungszwecke vorgesehen, ein anderes grundstueck in wien 12, steinbauergasse, soll zu einem oeffentlichen park ausgestaltet werden.

0916

k o m m u n a l :

=====

285 millionen fuer die stadtwerke

4 wien, 6.12. (rk) der wiener stadtsenat genehmigte auf antrag von stadtrat h a n s m a y r eine kapitalzufuhr an die wiener stadtwerke in der hoehe von 285 millionen schilling, darin sind 55 millionen bundeszuschuss fuer den oeffentlichen nahverkehr enthalten.

zusammen mit den 863 millionen schilling pensionslasten, die von der finanzverwaltung getragen werden, bekommen die stadtwerke von der stadt mehr als 1,1 milliarden schilling finanzieller unterstuetzung, ausserdem 2,2 milliarden schilling fuer den bau der u-bahn. trotzdem besteht eine finanzierungsluecke von fast einer milliarde schilling. allein die rohstoffverteuerungen, vor allem fuer erdoel und erdgas, belasten die stadtwerke naechstes jahr mit mehrausgaben von 1,1 milliarden, dazu kommen 225 millionen mehrausgaben fuer das personal und 250 millionen mehrausgaben wegen der allgemeinen zinsenerhoehung,

1140

L o k a l :

=====

stephansplatz: stationsroehre vor vollendung

6 wien, 6.12. (rk) mit gut einer woche vorsprung gegenueber dem terminplan wird am sonntag dieser woche die erste der beiden je 73 meter langen stationsroehren neben der westfassade von st. stephan fertiggestellt sein. bereits heute, freitag, wird die druckluft in der stationsroehre abgelassen, und die sieben ringe, die noch eingebaut werden muessen, werden bei normalen druckverhaeltnissen montiert. im tagesdurchschnitt wurden mit hilfe des stationsschildes - es handelt sich nicht um eine vollmechanische anlage - 2,5 bis 3 tuebbings eingesetzt. die staendigen messungen im bereich des stephansdomes, die mit hilfe einer automatischen anlage vorgenommen wurden, haben gezeigt, dass die setzungen beziehungsweise die erschuetterungen des domes deutlich unter der ohnehin enggezogenen toleranzgrenze geblieben sind.

mitte jaenner wird uebrigens mit der ersten schildfahrt des vollmechanischen "maulwurfs" vom rabensteig zum stephansplatz begonnen. die schildmaschine wird den kuenftigen betriebstunnel zwischen den linien u 1 (stephansplatz) und u 4 (ringturm) herstellen. auch in diesem abschnitt wird voraussichtlich mitte februar unter druckluft gearbeitet werden. die gesamte bauzeit fuer diesen tunnel wird laut terminplan etwa dreieinhalb monate ausmachen.

1145

L o k a l :

=====

mehr information und betreuung fuer wiens jugend

7 wien, 6.12. (rk) vizebuergemeisterin und jugendstadtraetin gertrude froehlich-sandner eroeffnete freitag das zweite vom jugendamt der stadt wien errichtete info-center fuer jugendliche in der roetzergasse 29 in wien hernals. hier werden ab nun montag bis freitag zwischen 11 und 19 uhr die jugendlichen ein reiches angebot an information und beratung durch ein team von sozialarbeitern, soziologen, psychologen und psychiatern vorfinden. die information reicht von tips fuer die freizeitgestaltung ueber adressen von unterkunftsmoeglichkeiten bis zu hinweisen auf freie arbeitsplaetze und moeglichkeiten der aus- und weiterbildung. die jugendlichen koennen hier u n t e r w a h r u n g i h r e r a n o n y m i t a e t alle probleme mit den beratern besprechen. die nicht nur mit rat zur seite stehen, sondern auch vermittlungen. etwa mit dem elternhaus, mit schulischen instanzen oder mit arbeitgebern uebernehmen. die betreuung erfolgt ausschliesslich in intensiven, wiederholten, persoenlichen gespraechen, so dass sich ein vertrauensverhaeltnis zwischen jugendlichen und betreuer ergeben kann.

bei komplizierter gelagerten faellen vermitteln die mitarbeiter des info-centers die jugendlichen an spezialisten weiter, wenn es sich um arbeitsrechtliche, psychologische oder andere probleme handelt.

die einrichtung dieses zweiten info-centers wurde notwendig, weil sich gezeigt hatte, dass der intensive andrang der jugendlichen zu der ersten institution dieser art in wien 6, damboeckgasse 1, eine situation entstehen liess, in der die angestrebte, aber zeitaufwendige persoenliche betreuung nicht mehr gewaehrleistet war. als standort wurde der 17. bezirk gewaehlt, um auch an weiter an der peripherie wohnende jugendliche heranzukommen, da sich bei 'info 1' gezeigt hatte, dass ein groeser teil der besucher sich aus der naeheren umgebung rekrutiert. ausserdem hatten die mit jugendbetreuung befassten institutionen des 17. bezirks immer wieder

besonders nachdruecklich auf den akuten bedarf nach einer solchen beratungsmoeglichkeit fuer jugendliche hingewiesen.

wie sich schon bei "info 1" zeigte, - hier wurden durchschnittlich an die 30 jugendliche pro tag betreut - entwickelt sich eine solche institution auch gerne zum kontaktzentrum zwischen den jugendlichen selbst, eine tatsache, der in anbetracht des umstandes, dass viele der jugendlichen unter kontaktschwierigkeiten leiden, besondere bedeutung zukommt. dieser funktion kommt auch die einrichtung des jugendzentrums entgegen. neben eigenen beratungszimmern besitzt es einen klubaehnlichen raum, in dem sich die jugendlichen zu gespraechen oder spielen mit den vorhandenen modernen erwachsenenspielen zusammenfinden koennen. eine kleine von den betreuern mit-versorgte kaffeebar garantiert auch ihr leibliches wohl.

k u l t u r :

=====

papiertheater-ausstellung

8 wien, 6.12. (rk) ''papiertheater - verklungene kinderwelt'' ist der titel einer ausstellung, die bis 9. februar 1975 im niederoesterreichischen landesmuseum 1, herrengasse 9, zu sehen ist. die ausstellung ist dem gedenken des begruenders des in wien errichteten clown- und zirkusmuseums, heino seitler, gewidmet.

seitler war das, was man ein klassisches wiener original nennen koennte. ausser der zirkuswelt gehoerte seine grosse liebe auch noch einem zweiten forschungsgebiet: dem ''kleinen theater''. der ehemalige kadettenschueler, spaeterer tierstimmenimitator, staatsbeamte, clown, schriftsteller, journalist und museumsgruender hatte in seiner zwei-zimmer-wohnung in der josefstadt eine privatsammlung eingerichtet, die einmalig sein duerfte. auf engstem raum - in zahlreichen kaesten, vitrinen und schubladen - hatte er 30 papiertheater, 4.000 papierfiguren, 1.000 dekorationen, 600 ausschneidebogen, 400 textbuecher -, die eigens zu den papiertheatern verlegt wurden -, angesammelt.

die ausstellung wurde groesstenteils aus den bestaenden der privatsammlung heino seitlers zusammengestellt und umfasst papiertheater und papierfiguren aus aller welt.

1336

w i r t s c h a f t :

=====

wiener finanzplan fuer fuenf jahre

5 wien, 6.12. (rk) zum ersten mal hat die wiener finanzverwaltung eine mittelfristige finanzplanung ausgearbeitet. stadtrat hans m a y r hat diesen rahmenplan fuer die kommenden fuenf jahre dem finanzausschuss zur kenntnis gebracht.

die berechnungen gehen davon aus, dass die vollbeschaeftigung erhalten bleibt, das jaehrliche wirtschaftswachstum 4,5 prozent betraegt, die inflationsrate jaehrlich um einen prozentpunkt herabgesetzt und die steuerprogression im gleichen sinne wie waehrend der letzten jahre weiter gesenkt wird.

dabei ergibt sich eine annaehernd kontinuierliche steigerung der einnahmen von 34.486 millionen s im jahre 1975 auf 52.053 millionen s im jahre 1979. die mehreinnahmen werden weitgehend durch die mehrausgaben beim sachaufwand und beim personal verbraucht, wobei die ansaetze fuer bauliche erhaltung, vor allem zur entsprechenden erhaltung der sozialbauten, um jaehrlich 20 prozent steigen sollen. bei den investitionen zeichnen sich deshalb probleme ab. wohl erscheint gewaehrleistet, dass die bereits begonnenen vorhaben und der wohnungsbau mit vernuenftigen jahresraten optimal fortgesetzt werden koennen. fuer den beginn zusaetzlicher projekte waeren jedoch zusaetzliche einnahmen noetig.

die mittelfristige finanzplanung wird gleitend durchgefuehrt, das heisst also, jedes jahr fuer die kommenden fuenf jahre erstellt. sie soll den organen der stadtverwaltung als entscheidungsgrundlage und der wirtschaft als orientierungshilfe dienen.



Samstag, 7. Dezember 1974

Blatt 2989

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal: Preis für Wiener U-Bahn-Film
(rosa) Eine Million für Körperbehindertenheim
- Lokal: Mehr Ausbildungsmöglichkeiten und Übungsgelegen-
(orange) heiten für Freizeitmusikanten
- Kultur: Neue Öffnungszeiten in der Wiener Stadtbibliothek
(gelb) und im Historischen Museum
Dichterlesungen für Wiener Schüler
- Wirtschaft: 280 Millionen für Existenzgründungen
(blau)

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

preis fuer wiener u-bahn-film

1 wien, 7.12. (rk) der im auftrag der stadt wien hergestellte farbfilm "die u-bahn rollt" wurde beim wettbewerb der "techfilm 1974" in pardubiz, cssr, mit dem sonderpreis des informations-service prag ausgezeichnet. in pardubiz waren 173 beitraege aus 22 laendern eingereicht worden. der wiener u-bahn-film - hergestellt von der wds-film unter der regie von f. iversen - hat bereits heuer im fruehjahr bei den wirtschaftsfilmtagen in kitzbuehel eine bronzemedaille errungen,

+++

eine million fuer koerperbehindertenheim

2 wien, 27.12. (rk) der verein "lebenshilfe" errichtet bei seinem heim rueppgasse im 2. bezirk einen zubau fuer 40 schwerst koerperbehinderte kinder und jugendliche. der finanzausschuss genehmigte dafuer auf antrag von stadtrat hans m a y r eine subvention von einer million schilling. weiters bekommen der arbeiter-samariter-bund 200.000 s, der verband der handels- und gewerbetreibenden 100.000 s, die sigmund freud-gesellschaft 50.000 s, das hospital des malteser ritter-ordens 30.000 s, die arbeitgemeinschaft fuer sozialpaedagogik 30.000 s und die aktion besseres wien 20.000 s.

+++

L o k a l :

=====

mehr ausbildungsmoeglichkeiten und uebungsgelegenheiten
fuer freizeitmusikanten

3 wien, 7.12. (rk) die schaffung von systematischer aus- und fortbildungsmoeglichkeiten und die bereitstellung von uebungsgelegenheiten fuer junge blasmusikliebhaber und andere freizeitmusikanten waren themen eines arbeitskreises, zu dem das kulturamt der stadt wien vertreter der hochschule fuer musik und darstellende kunst, der musiklehranstalten der stadt wien, der gewerkschaft kunst und freie berufe, des verbandes wiener volksbildung und des verbandes wiener blasmusikkapellen eingeladen hatte.

ein bei dieser beratung konstituiertes arbeitskomitee, dem unter anderem prof. helmut w o b i s c h (hochschule fuer musik), prof. erwin w e i s s (musiklehranstalten der stadt wien), kapellmeister gustav f i s c h e r (stadtmusik wien) und kapellmeister karl g r e l l (orf) angehoren, wird sich die erarbeitung eines detaillierten programms zur einrichtung von ausbildungszentren in wien zur aufgabe machen. in diesem konzept sollen auch die notwendigen werbemassnahmen zur gewinnung von interessenten am aktiven musizieren enthalten sein. da fuer diese betaetigung die bereitstellung von probelokalen von wesentlicher bedeutung ist, werden sich die einrichtungen des volksbildungswerkes und des verbandes wiener volksbildung um geeignete uebungsmoeglichkeiten in der naehe von ausbildungsstellen bemuehen.

+++

k u l t u r :

=====

neue oeffnungszeiten in der wiener stadtbibliothek und im
historischen museum

4 wien, 7.12. (rk) ab dem kommenden jahr werden in der wiener stadtbibliothek und im historischen museum der stadt wien auf grund der mit 1. jaenner in kraft tretenden arbeitsverkuerzung neue besuchsordnungen notwendig. die wiener stadtbibliothek wird mit ihrer durckschriftensammlung ihren besuchern in zukunft von montag bis donnerstag von 9 bis 18.30 uhr, an freitagen von 9 bis 16.30 uhr zur verfuegung stehen. die handschriftensammlung, die musiksammlung, der zeitungindex und die sammlung portheim sind durchgehend von montag bis freitag von 9 bis 15 uhr zugaenglich, auch fuer das historische museum am karlsplatz, das uhrenmuseum, die roemischen ruinen unter dem hohen markt sowie die mozart-, beethoven-, schubert- und haydngedenkstaetten gelten ab 1. jaenner neuen oeffnungszeiten. alle diese einrichtungen werden von diensttag bis freitag von 10 bis 16 uhr, an samstagen von 14 bis 18 uhr und an sonntagen von 9 bis 13 uhr geoeffnet sein. das historische museum ist ausserdem an donnerstagen jeweils bis 19 uhr zugaenglich. fuer die roemischen baureste am hof gilt in zukunft die oeffnungszeit sonntag von 10 bis 12 uhr, das pratermuseum im planetarium ist samstag, sonn- und feiertags von 14 bis 19 uhr geoeffnet.

+++

k u l t u r ;

=====

dichterlesungen fuer wiener schueler

5 wien, 7.12. (rk) jugendschriftsteller und dichter werden in den naechsten monaten auf veranlassung des landesjugendreferates wien fuer wiener schueler aus ihren werken lesen. zur verfuegung gestellt haben sich fuer diese aktion, die in zusammenarbeit mit dem landesjugendreferat und dem stadtschulrat durchgefuehrt wird, unter anderem prof. karl bruckner, hilde forster, georg schreiber, mira lobe und goerg strnadt. diese konfrontation mit zeitgenoessischer literatur soll einen beitrag zur optimalen erziehung der schueler zum vernueftigen lesen darstellen. die aktion wird auf wunsch der direktion sowohl an den pflichtschulen, als auch an den berufsschulen und weiterbildenden schultypen durchgefuehrt.

+++

w i r t s c h a f t :

=====

280 millionen fuer existenzgruendungen

6 wien, 7.12. (rk) der rahmen fuer die existenzgruendungs-
kredite der stadt wien wurde vom stadtsenat auf antrag von
wirtschaftsstadtrat h a n s m a y r um weitere 30 millionen auf
280 millionen schilling aufgestockt.

die aktion wurde 1965 mit einem kreditrahmen von 10 millionen s
gestartet und wegen der grossen nachfrage seither immer wieder
erweitert. fuer die existenzgruendungen werden an oesterreichische
staatsbuerger, die in wien wohnen, hoechstens 40 jahre alt
sind und eine neue gewerbeberechtigung besitzen, kredite von
5.000 bis 200.000 schilling mit einer laufzeit bis zu zehn jahren
bei einer verzinsung von 4 prozent p.a. gewahrt, wenn sie
25 prozent des benoetigten kapital selbst aufbringen,

+++

7. dezember 1974

''rathaus-korrespondenz''

blatt 2995

k u l t u r :

=====

b e r i c h t i g u n g

wien, 7.12. (rk) in der aussendung der ''rathaus-korrespondenz'' vom 5. dezember, blatt 2974, - ''kulturamt bereitet grossangelegte nestroy-filmdokumentation vor'' - wurde der 175. geburtstag von johann nestroy irrtuemlich mit jaenner 1976 angegeben, richtig soll das datum aber d e z e m b e r 1976 lauten.

+++

Montag, 9. Dezember 1974

Blatt 2996

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

(rosa)

Dienstag beginnt die Budgetdebatte

Bezirksvertretung Donaustadt: Hirschstettner
und Stadlauer Friedhof - Sperre erst 1985

Tarifregelung für E-Werke und Verkehrsbetriebe

Verkehrskonzept für die Wiener City

"Gigi" für junge Gemeindebedienstete

50 neue Fahrscheinautomaten

Verein "Gemeinsame Erholungsräume": Vertreter
Wiens nominiert

49,5 Millionen aus der Wohnbauförderung

Hubert Hladej 25 Jahre Bezirksvorsteher

Bundesehrenzeichen für verdiente Ärzte

Lokal:

(orange)

Alle Jahre wieder: Fahrt zum Schnee

Hochwasser auch in Wien

92 Fahrzeuge abgeschleppt

Im Rathaus wurden 27 Polizeibeamte geehrt

Kultur:

(gelb)

Rheinische Marionetten: Wegen Erfolges bis
Freitag prolongiert

150.000 Schilling für Kärntnertor-Theater

Wirtschaft:

(blau)

Untersuchungen über Wiener Industrie

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

dienstag beginnt die budgetdebatte

3 wien, 9.12. (rk) morgen dienstag beginnt im wiener rathaus die budgetdebatte des wiener gemeinderates (9 uhr). die debatte wird mit einem referat von finanzstadtrat h a n s m a y r eingeleitet. hierauf folgt die generaldebatte, der "fahrplan" sieht fuer den ersten tag weiter die spezialdebatte ueber die geschaeftsgruppe personal und allgemeine verwaltung, ueber die gruppe finanzen und wirtschaft und ueber die gruppe kultur, jugend und bildung vor. referate ueber die einzelnen geschaeftsgruppen werden von den amtsfuehrenden stadtraeten diesmal nicht gehalten.

mittwoch, dem 11. dezember, wird der wiener gemeinderat die spezialdebatte zu den kapiteln soziales und gesundheit, stadtgestaltung und verkehr sowie umwelt und oeffentliche einrichtungen abhalten.

am donnerstag, dem 12. dezember, tritt zunaechst der wiener landtag zu einer geschaeftssitzung zusammen, auf der tagesordnung steht die aenderung des wiener krankenanstaltengesetzes. nach dem landtag setzt der gemeinderat die budgetberatungen mit der spezialdebatte zum kapitel wohnen und liegenschaftswesen fort. nach dem schlusswort des finanzstadtrates wird ueber den voranschlag der bundeshauptstadt wien fuer 1975 abgestimmt. hierauf wird die restliche tagesordnung des gemeinderates beraten. insgesamt stehen 116 geschaeftsstuecke zur behandlung.

freitag, dem 13. dezember, wird stadtwerke-stadtrat f r a n z n e k u l a ueber den wirtschaftsplan der stadtwerke fuer 1975 referieren. hierauf erfolgt die spezialdebatte ueber die geschaeftsgruppe staedtische unternehmungen, nach dem schlusswort des amtsfuehrenden stadtrates wird abgestimmt. hierauf ist die schlussansprache von buergermeister leopold g r a t z vorgesehen. sollten die beratungen jedoch laenger dauern, steht noch samstag, der 14. dezember, als sitzungstag zur verfuegung.

k o m m u n a l :

=====

bezirksvertretung donaustadt:

hirschstettner und stadlauer friedhof - sperre erst 1985

4 wien, 9.12. (rk) die sperre des hirschstettner sowie des stadlauer friedhofs soll auf den 31. dezember 1985 verschoben werden. die bezirksvertretung donaustadt hat in ihrer letzten sitzung einstimmig beschlossen, den fuer friedhofsangelegenheiten zustandigen stadtrat peter schieder zu ersuchen, die frist fuer die sperre der beiden friedhoefe um zehn jahre zu verschieben.

stadtrat schieder hat die bezirksvertretungen bekanntlich ueber ihre moeglichkeit, die frist fuer das inkrafttreten der sperre auf 16 wiener friedhoefen wahlweise um fuenf oder zehn jahre zu verschieben, informiert. schieder wird voraussichtlich anfang naechsten jahres einen neuen antrag, der die fristen fuer die sperre der friedhoefe individuell nach den wuenschen der bezirke regelt, im gemeinderat einzubringen.

auf eine anfrage bezueglich des kagraner friedhofs stellte bezirksvorsteher rudolf.koepl fest, dass eine vergroesserung dieses in absehbarer zeit voll belegten friedhofs kaum moeglich sei. der kagraner friedhof zaehle jedoch nicht zu den sperrfriedhoefen, da verfallene graeber ja neu vergeben werden koennen.

0943

k o m m u n a l :

=====

tarifregelung fuer e-werke und verkehrsbetriebe

14 wien, 9.12. (nk) der gemeinderatsuasschuss fuer die staedti-
schen unternehmungen genehmigte am montag die neuen tarife der
wiener e-werke und verkehrsbetriebe.

stadtrat franz nekula verwies darauf, dass bei den
wiener stadtwerken eine geldluecke in der hoehe von fast einer
milliarde schilling entstanden ist. der grund dafuer liegt in den
stark gestiegenen kosten. rohstoffe, vor allem heizoel und erdgas
kosten im neuen jahr um 1,1 milliarden schilling mehr, die
personalkosten steigen um 225 millionen s, die zinsenbelastun-
gen um 250 millionen s. obwohl die stadtverwaltung durch uebernahme
von pensionslasten und eine kapitalaufstockung bei den verkehrs-
betrieben 1,1 milliarden s an die stadtwerke zuschiesst, bleibt
die erwaehte geldluecke. wenn diese geldluecke nicht
geschlossen wuerde, muessten investitionen zurueckgestellt werden,
die zur sicherung der energieverorgung und des oeffentlichen
verkehrs lebenswichtig sind.

stadtrat nekula wandte sich gegen die behauptung, dass die
e-werke einen gewinn haetten. dieser angebliche gewinn reicht
bei weitem nicht aus, um die erforderlichen investitionen zu
bezahlen. der gemeinderat hat einstimmig ein ausbauprogramm
fuer die wiener e-werke beschlossen, das im verlauf von zehn
jahren investitionen zur erzeugung und verteilung elektrischer
energie in der hoehe von 19 milliarden schilling vorsieht.

1955 haben die wiener e-werke die grundtarife teils ueber-
haupt gestrichen, teils stark gesenkt, weil damals heizoel
relativ billig war. die stromkunden haben sich seither 1,7 mil-
liarden dadurch erspart. nun kam die enorme oelverteuerung, die
grundpreise muessen deshalb angehoben werden. es ist ausserdem
im gegenwaertigen zeitpunkt nicht zu verantworten, mit gewissen
sondertarifen den energieverbrauch anzuheizen. gleichzeitig
mit entsprechenden tarifkorrekturen wird bei diesen sondera-
rifen die verpflichtung zu einem mindestverbrauch gestrichen.

bei den verkehrstarifen wird die gesamte struktur geaendert.
im sinne einer rationalisierung wird statt der bisherigen strecken-

karten ein netzkartensystem eingefuehrt, wobei die monatsnetz-karte um mehr als 50 prozent verbilligt wird.

die stadtwerke erwarten sich durch die neuen tarife mehr-einnahmen von 130 millionen s beim strom und von 160 millionen s bei den verkehrsbetrieben.

die oevp legte einen gegenantrag vor, in dem die tarifer-hoehung bei den verkehrsbetrieben abgelehnt wird. in dem antrag werden gleichzeitig genaue plaene ueber attraktivitaetsver-besserungen und rationalisierungsmassnahmen, eine dazu passende aenderung der tarifstruktur und ein mittelfristiges finanz- und investitionskonzept verlangt. die spoe erklaerte sich dazu bereit, den vorschlaegen der oevp zuzustimmen, wenn die ablehnung der tarifaenderung aus dem antrag gestrichen wird. da dies nicht geschah, wurde der gegenantrag der oevp von der spoe abgelehnt. die tarifaenderungen wurden mit den spoe-stimmen beschlossen.

die neuen stromtarife

beim haushaltstarif fuer strom wird der grundpreis fuer einen und zwei tarifraeume von 2 auf 5, fuer drei tarifraeume von 7.50 auf 13, fuer vier tarifraeume von 17 auf 23, fuer fuenf tarifraeume von 28 auf 34 s monatlich angehoben. dazu kommt ein messpreis von 7 s monatlich.

bei der haushaltssondervereinbarung wird der arbeitspreis von 56 auf 65 groschen pro kilowattstunde erhoeht, gleichzeitig wird der grundpreis auf das ausmass des normalen haushaltstarifs gesenkt, also bei einem oder zwei tarifraeumen von 8 auf 5, bei drei tarifraeumen von 15 auf 13, bei drei tarifraeumen von 27 auf 23, bei vier tarifraeumen von 43.50 auf 34 s.

der nachtstrompreis wird von 36 auf 37 groschen pro kilo-wattstunde, der grundpreis pro 500 watt und monat von 1 auf 1.50 s erhoeht.

die neuen verkehrstarife

vorverkaufsfahrscheine: tagesfahrschein 6 s (bisher 5 s), kinderfahrschein 2 s (1.50 s), 4-kurzstreckenkarte 10 s (8 s), pensionistenfahrschein 3.50 s (3 s).

schaffnerfahrtscheine: tagesfahrtscheine 8 s (6 s), kinderfahrtschein 3 s (2 s).

netzkarten: 5 tage 48 s, 6 tage 59 s, 7 tage 70 s, monat 294 s (bisher 600 s), halbjahr 1.617 s (3.000 s).

netzkarten fuer lehrlinge: 5 tage 24 s, 6 tage 30 s, monat 147 s.

tagesnetzkarte 30 s (25 s), soldatenfahrtschein 3 s (2.50 s).

strafgebuehr 120 s (100 s).

1348

k o m m u n a l :

=====

verkehrskonzept fuer die wiener city

10 wien, 9.12. (rk) das verkehrskonzept fuer die wiener innenstadt, das stadtrat ing. fritz h o f m a n n montag bei einer pressekonferenz praesentierete, sieht die unterbindung jeglichen durchzugsverkehrs, schleifenartige zu- und abfahrtsmoeglichkeiten fuer den wirtschafts- und besuchsverkehr, ausweitung der fussgaengerzonen beziehungsweise der schaffung verkehrsarme bereiche, den weiteren bau von parkgaragen bei gleichzeitiger reduktion der an der oberflaeche verbleibenden stellplaetze und guenstige anbindung an das attraktivste massenverkehrsmittel, an die u-bahn, vor. die verwirklichung dieses konzeptes soll dazu beitragen, die grossraeumigen und langfristigen zielsetzungen fuer die wiener city zu erreichen: die wohnbevoelkerung - bei der letzten volkszaehlung 1971 noch rund 25.000 menschen - soll zumindest in diesem ausmass erhalten beziehungsweise wieder erhoeht werden, die rund 130.000 arbeitsplaetze sollen ebenso wie die wirtschaftskraft der city bewahrt und die umweltqualitaet in diesem kerngebiet entscheidend verbessert werden.

die verwirklichung des verkehrskonzeptes setzt freilich voraus, dass anstelle des heutigen innenringes gleichsam ein "ersatz" zur verfuegung steht: der umbau der lastenstrasse in der weise, dass der verkehr in gegenrichtung zur einbahn ringstrasse bevorzugt wird, ist fuer 1977/78 vorgesehen. zusammen mit der wiederherstellung beziehungsweise mit dem ausbau des kai wird dann eine verlagerung aus dem kernbereich selbst moeglich sein. als sofortmassnahme ist jedoch die unterbrechung der zweiten durchfahrtsmoeglichkeit der innenstadt vorgesehen: die rotenturmstrasse zwischen wollzeile und liechtensteg soll - ausgenommen natuerlich den staedtischen autobus - fuer den durchzugsverkehr gesperrt werden. ueberdies soll die umfahrung der provisorischen fussgaengerzone kohlmarkt auf die route salzgries - tiefer graben konzentriert werden und das linksabbiegen vom heidenschuss in die strauchgasse - wiederum den

./.

staedtischen autobus ausgenommen - im interesse einer leichteren ausfahrt der feuerwehr verboten werden.

das garagenkonzept fuer die innenstadt ist auf die schaffung von maximal 24.000 stellplaetzen - derzeit rund 5.000 vorhanden - ausgelegt. ein groesseres angebot wuerde mit der kapazitaet des strassennetzes nicht mehr korrespondieren. ausserdem soll ja eine reduzierung des gesamten verkehrsaufkommens anvisiert werden. dazu gehoert eine schrittweise vermindering der auf den strassenflaechen vorhandenen rund 19.000 stellplaetzen, wodurch wiederum die voraussetzung fuer die errichtung weiterer fussgaengerzonen geschaffen wird. eine reduzierung des verkehrsaufkommens, fussgaengerzonen und eine gleichzeitige vermehrung der begruenung erhoehrt sehr erheblich den wohnwert und die lebensqualitaet der innenstadt.

die ersten zaehlungen in der fussgaengerzone kaerntner strasse haben zudem gezeigt, dass die passantenstroeme im gegensatz zu praktisch allen anderen geschaeftsstrassen innerhalb des guertels in der kaerntner strasse zugenommen haben. diese steigerung hat allerdings noch nicht die abnahme seit 1967 zur gaenze wettgemacht. das auffallendste ergebnis bezieht sich auf die zeit nach geschaeftschluss, in der ueberall anderswo die passantenfrequenzen auf ein minimum sinken, waehrend in der kaerntner strasse etwa an einem samstagnachmittag zirka 3.000 passanten pro stunde gezaehlt wurden.

''historische plaetze freimachen''

die verkehrsorganisation fuer die innenstadt sei ein vorschlag der stadtverwaltung, der nun in diskussion gehen solle, erklarte stadtrat ing. fritz hofmann im verlauf der pressekonferenz, bei der er montag das verkehrskonzept fuer die wiener city vorstellte. jedenfalls sei die stadt entschlossen, den stoerfaktor individualverkehr zu drosseln und dabei vor allem die historischen plaetze der innenstadt von parkenden autos frei zu machen.

die situation der umwelt solle vor allem fuer die wohnbevoelkerung verbessert werden, erklarte obersensatsrat dipl.-ing.

./.

otto engelberger. zwischen 1961 und 1971 habe die bevoelkerung des ersten bezirkes um 7.100 personen oder 22 prozent abgenommen. die stadtverwaltung werde sich bemuehen, etwa durch erleichterungen bei um- und Neubauten, vor allem beim ausbau der dachgeschosse, diesen trend zu stoppen und wieder ins gegen- teil zu kehren.

bezirksvorsteher ing. heinrich heinz erklarte sich mit den absichten der stadtverwaltung voll einverstanden. seiner meinung nach sei die schleifenartigen anbindungen fuer den verkehr die einzig moegliche loesung, um den durchzugsverkehr, der rund 70 prozent des gesamten verkehrsaufkommens ausmache, wegzubringen. heinz sprach sich ueberdies fuer die einfuehrung von linientaxis und auch dafuer aus, den city-bus zu erproben. in diesem zusammenhang erklarte ing. hofmann, er sei unter allen umstaenden gegen ein befahren von fussgaengerzonen durch irgendwelche autobusse. was den ausbau der lastenstrasse angehe, so sei vorgesehen, dass durchwegs drei spuren fuer den verkehr in richtung zum karlsplatz zur verfuegung stehen. zu einem spaeteren zeitpunkt werde man aber nicht umhin koennen, auch den guertel zu einer leistungsfahigen umfahungsrouten des dichtverbauten kern- gebietes von wien auszubauen.

k o m m u n a l :

=====

'gigi' fuer junge gemeindebedienstete

wien, 9.12. (rk) im rahmen der jugendbetreuung der stadt wien wurden samstag 480 junge gemeindebedienstete ins theater an der wien zu dem musical 'gigi' eingeladen.

personalstadtrat kurt h e l l e r begruesste die jugendlichen, die aus den verschiedensten abteilungen der stadtverwaltung kommen.

die jungen gemeindebediensteten, wie krankenpflegeschuelerinnen, fuersorgerinnen, erzieher, kanzleibedienstete und jungen menschen von den stadtwerken, empfinden diese veranstaltungen der jugendbetreuung als sehr positiv, denn dabei gibt es die moeglichkeit, sich gegenseitig kennen zu lernen. das konnte man auch schon vor dieser veranstaltung beobachten, als im foyer des theaters an der wien die karten verlost wurden. es wurde angeregt diskutiert und 'fachgesimpelt'.

personalstadtrat kurt heller, der grossen wert auf diese ausserdienstlichebetreuung der jungen mitarbeiter legt, fuehlt sich inmitten der jugend sehr wohl, was auch bei der begruessungsansprache durch tosenden applaus zum ausdruck kam.

+++

k o m m u n a l :

=====

50 neue fahrscheinautomaten

1 wien, 9.12. (rk) noch im dezember werden die wiener verkehrsbetriebe auf der autobuslinie 26(gross)a und auf den innerstaedti-schen autobuslinien 50 neuartige fahrschein-verkaufsautomaten einsetzen. die automaten werden von einer wiener firma gebaut. sie sind etwas groesser als die bisher verwendeten auslaendischen erzeug-nisse, aber gleich einfach in der bedienung.

die wiener verkehrsbetriebe setzen damit ihre bemuehungen um eine modernisierung und rationalisierung des betriebes fort. das tempo, in dem sie dabei vorangehen, ist allerdings von den zur verfuegung stehenden geldmitteln abhaengig.

erfreulich ist, dass nun auch auf diesem sektor die wiener wirtschaft selbst in der lage ist, auftraege der verkehrsbetriebe durchzufuehren.

0911

k o m m u n a l :

=====

verein''gemeinsame erholungsraeume'':

vertreter wiens nominiert

6 wien, 9.12. (rk) zur sicherstellung und zum ausbau gemeinsamer erholungsraeume in niederoesterreich und wien wurde vor einiger zeit ein eigener verein gegrundet. als vertreter wiens in der mitgliederversammlung nominierte nun die wiener landesregierung die amtsfuehrenden stadtraete ing. fritz h o f m a n n und peter s c h i e d e r sowie stadtrat walter l e h n e r .
1026

49,5 millionen aus der wohnbaufoerderung

7 wien, 9.12. (rk) auf antrag von landeshauptmann-stellvertreter hubert p f o c h bewilligte die wiener landesregierung darlehen in der hoehe von 49,5 millionen schilling aus der wohnbaufoerderung 1968. damit wird der bau von 166 wohnungen und drei lokalen moeglich gemacht.
1027

k o m m u n a l :

=====

hubert hladej 25 jahre bezirksvorsteher

15 wien, 9.12. (rk) heute vor 25 jahren, am 9. dezember 1949, 8 uhr frueh, trat hubert h l a d e j seine funktion als bezirksvorsteher der leopoldstadt an. buergermeister theodor koerner hatte ihn damals brieflich ersucht, das neue amt anzutreten. hladej war 1949 mit seinen 36 jahren der juengste bezirksvorsteher von wien. heute ist er der doyen der bezirksvorsteher. kein anderer konnte bisher auf eine 25jaehrige amtszeit hinweisen.

seine erste amtshandlung hatte hubert hladej drei stunden nach amtsantritt: gleichenfeier nach der instandsetzung des beschaedigten radstadions.

in den 25 jahren, die seither vergangen sind, hat hubert hladej viele initiativen zum ausbau der kommunalen einrichtungen in der leopoldstadt ergriffen. besonders in der besatzungszeit war die arbeit mitunter recht schwierig. manche seiner initiativen waren zukunftsweisend. so setzte er vor zehn jahren gegen zahlreiche widerstaende das autofahrerverbot fuer die prater hauptallee durch - und schuf damit wiens erste fussgaengerzone.

unter bezirksvorsteher hladej gingen die aufraeumungsarbeiten in der leopoldstadt, nach favoriten der am schwersten von bomben beschaedigte bezirk, zuegig vor sich. hladej widmete sich mit aller kraft dem wiederaufbau. alle bruecken ueber den donaukanal waren zerstoert, fast alle schulen zerstoert oder beschaedigt, von den verkehrseinrichtungen, den wohnhaeusern, der kanalisation, den strom-, gas- und wasserleitungen gar nicht zu reden.

bezirksvorsteher hladej hat sich in all den jahren stets um demokratische zusammenarbeit in der bezirksvertretung bemueht. sein name ist mit allen grossen bezirkbauten verbunden: praterbruecke, dianabad, ausbau des wiener hafens, hallenstadion usw.

besonders froh ist bezirksvorsteher hladej ueber die neuen wohnbauvorhaben der gemeinde wien auf den ehemaligen e-werks- und siemens-schuckert-gruenden. mit dem bau von rund 3000 wohnungen rueckt naemlich dort das moderne wien an die donau heran.

L o k a l :

=====

bundesehrenzeichen fuer verdiente aerzte

9 wien, 9.12. (rk) im roten salon des rathauses ueberreichte montag gesundheits- und sozialstadtrat prof. dr. alois s t a c h e r in vertretung des landeshauptmannes vier verdienten aerzten die ihnen vom bundespraesidenten verliehenen auszeichnungen fuer verdienste um die republik oesterreich. die ausgezeichneten sind: prim. dr. nikolaus s t o n a w s k i , der das grosse ehrenzeichen der republik oesterreich erhielt, war langjaehriger vorstand der roentgenabteilung im floridsdorfer krankenhaus. waehrend seiner dienstzeit hat er diese abteilung zu einem funktions- und leistungsfaeihigen institut ausgebaut.

doz. dr. albert r i c c a b o n a , der ebenfalls das grosse ehrenzeichen der republik oesterreich erhielt, war seit 40 jahren aerztlich taetig, davon fast 28 jahre als aerztlicher leiter der hno-abteilung des krankenhauses lainz.

stadtphysikus dr. wilhelm b e r a n , dem das goldene ehrenzeichen der republik oesterreich verliehen wurde, war leiter des gesundheitsamtes fuer den 10. bezirk und hat in dieser funktion wesentlich am aufbau eines modernen gesundheitswesens mitgearbeitet.

oberphysikatsrat dr. friedrich s c h r o t h , der mit dem goldenen ehrenzeichen der republik oesterreich ausgezeichnet wurde, ist leiter des gesundheitsamtes fuer 13. und 14. bezirk. er war massgeblich an der errichtung der gesundenuntersuchungsstelle in der allgemeinen poliklinik beteiligt.

an der ueberreichung nahmen unter anderen auch stadtrat kurt h e l l e r und magistratsdirektor dr. rudolf e r t l teil.
1041

L o k a l :

=====

alle jahre wieder: fahrt zum schnee

5 wien, 9.12. (rk) nachdem die aktion "fahrt zum schnee" im vorjahr ein bombenerfolg war, hat sportstadtrat kurt h e l l e r das sportamt der stadt wien beauftragt, auch im kommenden winter diese aktion fortzusetzen. mehr als 4.500 kinder haben an der letzten "fahrt zum schnee" teilgenommen.

da erfahrungsgemaess zu dieser sportaktion grosser andrang herrscht, wird das sportamt der stadt wien heuer anmeldenummern ausgeben. die anmeldung erfolgt am 7. jaenner 1975 um 16 uhr, in der magistratsabteilung 51, wien 8, friedrich schmidt-platz 4.

es werden ab 12. jaenner 1975 jeden sonntag 13 autobusse in die schoensten skigebiete, wie st. aegyder gscheid, steinhaus am semmering, lassingtal und nach wienerbruck gefuehrt.

die kosten fuer diese skikurse betragen 50 schilling pro kind und fahrt. die kinder werden von erfahrenen skilehrern betreut und unterrichtet.

den hoehepunkt der aktion "fahrt zum schnee" wird ein faschingslauf und ein abschlussrennen bilden, bei dem schoene preise zu gewinnen sind.

1025

L o k a l :

=====

hochwasser auch in wien

8 wien, 9.12. (rk) seit mehr als drei jahren der hoechste pegelstand wurde montag frueh bei der reichsbruecke mit 6,59 meter registriert. plangemaess ist seit sonntag vormittag die baustelle fuer das hochwasserschutzprojekt im bereich der lobau ueberflutet. die feuerwehr hatte montag bis 9.15 uhr noch keinen hochwassereinsatz zu verzeichnen. die magistratsabteilung 29 als die fuer den hochwasserschutz zustaeendige abteilung stand gleichsam "gewehr bei fuss": sollte das wasser weiter steigen, werden drei hochwasserschutz-exposituren routinegemaess besetzt werden.

(forts.mgl.)

1028

92 fahrzeuge abgeschleppt

wien, 9.12. (rk) 92 verkehrsbehindernd abgestellte fahrzeuge wurden in der ersten abschleppwoche - bis vergangenen freitag abend - abgeschleppt. die aktion konzentrierte sich dabei auf die wichtigsten verkehrsrouten des 1. bezirkes. schon am ersten tag waren vor allem von feuerwehrausfahrtsrouten im 1. bezirk 16 fahrzeuge abgeschleppt worden. diese woche wird die abschleppaktion auch auf die bezirks 6, 7 und 8 ausgedehnt werden.

+++

L o k a l :

=====

im rathaus wurden 27 polizeibeamte geehrt

13 wien, 9.12. (rk) in vertretung von landeshauptmann leopold gratz ueberreichte montag vormittag landeshauptmann-stellvertreter gertrude froehlich-sandner 27 wiener polizeibeamten verdienst- und ehrenzeichen.

unter den ausgezeichneten befanden sich polizeivizepraesident dr. rudolf steinkellner und generalinspektor dr. guenther boegl, die aus der hand der landeshauptmann-stellvertreterin das goldene ehrenzeichen fuer verdienste um das land wien erhielten.

sechs beamte erhielten das goldene verdienstzeichen des landes wien und 19 polizisten das silberne verdienstzeichen.

frau froehlich-sandner hiess im stadsenatssitzungssaal des wiener rathauses die festgaeste, unter denen sich magistratsdirektor dr. rudolf ertl, polizeipraesident dr. karl reidinger und der dritte landtagspraesident fritz hahn befanden, herzlichst willkommen. in ihrer ansprache hob sie den besonders schweren dienst der wiener polizei hervor und meinte, es sei der polizei zu danken, dass unsere stadt als eine der sichersten der welt gelte. dafuer uebermittelte sie den dank der wiener landesregierung und sagte in ihrem eigenen namen ein "danke schoen".

1316

k u l t u r :

=====

rheinische marionetten: wegen erfolge bis freitag prolongiert

12 wien, 9.12. (rk) der grosse andrang zu den taeglichen vorstellungen des rheinischen marionettentheaters im wiener rathaus hat dazu gefuehrt, dass der wien-aufenthalt des puppodroms um eine woche verlaengert wird. die marionetten werden ihr pantomimisches programm nun bis einschliesslich 13. dezember taeglich um 15 uhr im nordvestibuel des wiener rathauses praesentieren. die duesseldorf-ausstellung, in deren rahmen auch der besuch des marionettenensembles in wien erfolgte, ist noch bis einschliesslich 16. dezember zu sehen.

1200

150.000 schilling fuer kaerntnertor-theater

11 wien, 9.12. (rk) eine subvention in der hoehe von 150.000 s genehmigte der gemeinderatsausschuss fuer kultur, jugend und bildung fuer das kaerntnertor-theater. diese summe wird fuer theaterpolizeilich notwendige umbauarbeiten verwendet.

1150

w i r t s c h a f t :

=====

untersuchungen ueber wiener industrie

2 wien, 9.12. (rk) das wiener institut fuer standortberatung wurde vom stadtsenat auf antrag von wirtschaftsstadtrat hans m a y r mit zwei untersuchungen ueber die wiener industrie beauftragt. die eine untersuchung betrifft das unterschiedliche wachstum von branchengruppen in wien und im uebrigen oesterreich, die zweite die wiener industrieproduktion im oesterreichischen vergleich.

0912

Dienstag, 10. Dezember 1974

Blatt 3015

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal:
(rosa) Wiener Gesundheitsbericht: Weniger Tbc-Fälle
in Wien
Wiener Budgetdebatte
- Lokal:
(orange) Wiener Ballkalender 1975 mit 240 Veranstaltungen
- Kultur:
(gelb) • Neue Strauß- und Lanner-Autographen für die
Wiener Stadtbibliothek

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So. 14
bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l ;

=====

wiener gesundheitsbericht:

weniger tbc-faelle in wien
geschlechtskrankheiten, herz- und kreislaferkrankungen
weiter steigend

5 wien, 10.12. (rk) in wien ist die zahl der an tuberkulose erkrankten im jahr 1973, verglichen mit dem vorhergehenden jahr, erfreulicherweise weiter zurueckgegangen, im gegensatz dazu sind jedoch auch im vorjahr die geschlechtskrankheiten sowie herz- und kreislaferkrankungen weiter gestiegen, dies erklarte gesundheits- und sozialstadtrat prof. dr. alois s t a c h e r anlaesslich der praesentation des wiener gesundheitsberichtes fuer das jahr 1973 in einem pressegespraech.

der rueckgang der tbc-faelle ist, nach meinung von prof. stacher, vor allem auf eine wesentlich verbesserte behandlungsmoeglichkeit der tuberkulosekranken zurueckzufuehren, wodurch ein sehr rascher rueckgang der anzahl des chronischkranken erfolgt. erkrankt heute jemand an tuberkulose, so hat er durch die moderne medikamentose therapie die fast hundertprozentige chance, in relativ kurzer zeit wieder gesund und arbeitsfaehig zu werden. 1973 starben 196 personen in wien an tuberkulose (1972 waren es noch 239 todesfaelle). was die zahl der neuerkrankungen im jahr 1973 betrifft, so ist, mit 1.017 personen verglichen mit dem vorjahr (1.216 erkrankungen) ebenfalls ein merklicher rueckgang festzustellen.

beueglich der geschlechtskrankheiten: im vorjahr wurden 5.349 faelle, davon 4.393 erkrankungen an tripper und 956 erkrankungen an lues gemeldet. 1972 waren vergleichsweise 4.701 geschlechtskranke personen (4.166 erkrankungen an tripper und 535 erkrankungen an lues) erfasst worden. dies bedeutet eine zunahme in der gesamtzahl von ueber 13 prozent. die zahl der erfassten geheimprostituierten - im langjaehrigen durchschnitt werden bei etwa 20 bis 25 prozent (rufz.) geschlechtskrankheiten festgestellt - ist von 818 im jahr 1971 auf 630 im jahr 1973 zurueckgegangen.

die gesundenuntersuchungsstellen der stadt wien haben ueber 20 prozent der vorsorgeuntersuchungen im rahmen der "projekt-

studie" des bundesministeriums fuer gesundheit und umweltschutz durchgefuehrt. im vergangenen jahr wurden insgesamt 8.483 personen - davon 5.424 frauen - einer vorsorgeuntersuchung in einer staedti-schen gesundenuntersuchungsstelle unterzogen. dabei konnten 17 krebserkrankungen festgestellt und einer fruehbehandlung zugefuehrt werden. bei einer relativ hohen zahl, naemlich 1.672 personen - lagen kreislaufschaedigungen vor.

die gemeinde wien habe, wie stacher betonte, schon sehr frueh die bedeutung solcher prophylaktischer untersuchungen erkannt und bereits 1950 die ersten gesundenuntersuchungsstellen eingerichtet. wien war damit eine der erste staedte der welt, die derartige ambulatorien errichtete. seit damals wurden bereits weit mehr als hunderttausend personen untersucht. gerade das fruehzeitige erkennen einer krankheit, wie zum beispiel von krebsgeschwueren, herz- und kreislaufschaedigungen, stoffwechselerkrankungen sowie chronischen infektionskrankheiten (zum beispiel tbc) bewirkt eine entsprechend fruehzeitige behandlung und diese wieder ist garantie fuer eine absolute heilung.

wenig erfreut zeigte sich prof. stacher von den ergebnissen der untersuchungen im jugendambulatorium der wiener gebietskrankenkasse: bei den 24.691 untersuchten jugendlichen im alter von 15 bis 19 jahren wurden in 4.840 faellen erkrankungen des bewegungs- und stuetzapparates festgestellt.

nach einer im berichtsjahr durchgefuehrten untersuchung des gesundheitsamtes bezueglich der bleiaufnahme durch exponierte berufsgruppen lagen die arbeiter der staedtischen muellabfuhr mit 26,3 mikrogramm blei in 100 ml blut an erster stelle, gefolgt von den arbeitspolizisten mit 23,0 und den arbeitern der staedtischen strassenreinigung mit 18,5. die gefundenen bleiwerte lagen durchwegs noch unterhalb des gefahrenbereiches, waren jedoch bei den strassenstaubexponierten berufsgruppen deutlich hoeher als bei anderen vergleichspersonen. eine aehnliche wesentlich erweiterte untersuchung wird, wie der stadtrat bei dieser gelegenheit ankuendigte, vom gesundheitsamt im kommenden jahr durchgefuehrt werden.

L o k a l :

=====

wiener ballkalender 1975 mit 240 veranstaltungen

1 wien, 10.12. (rk) derzeit in produktion steht der ballkalender "fasching in wien", den der fremdenverkehrsverband fuer wien in kuerze herausbringen und versenden wird. unter den groesseren baellen finden sich chronologisch: juwelenball (11.1., hofburg), gastgewerbeball (15.1., sofiensaele), blumenball (17.1., sofiensaele), ball der pharmazie (18.1., hofburg), zuckerbaeckerball (20.1., sofiensaele), ball der wiener philharmoniker (23.1., musikverein), boku-ball (23.1., sofiensaele), aerzteball (25.1., hofburg), techniker-cercle (25.1., musikverein), kaffeeliederball (29.1., hofburg), redoute der faschingsgesellschaft (31.1., hofburg), juristenball (1.2., hofburg), opernball (6.2.), narrenabend des wiener maennergesangvereins (9.2., sofiensaele), rudolfina-redoute (10.2., hofburg).

die gesamte liste vom 31. dezember bis 15. maerz enthaelt an die 240 veranstaltungen.

0909

k u l t u r :

=====

neue strauss- und lannerautographen fuer die wiener stadtbibliothek

2 wien, 10.12. (rk) durch neuerwerbungen aus dem ausland ist es der wiener stadtbibliothek gelungen, ihre einzigartige sammlung von originaldokumenten der wiener tanz- und operettenmusik zu vervollstaendigen. unter anderem konnten die eigenhaendigen niederschriften einer ueberdimensionalen "tritsch-tratsch" benannten walzerserie fuer orchester von josef lanner und eines capriccios fuer klavier von josef strauss, die beide der forschung bisher unbekannt waren, nach oesterreich zurueckgebracht werden.

neu erworben werden konnten auch die eigenhaendig betiteltete partiturschrift des "wiener launen-walzers" op. 6 von johann strauss-vater und das entreelied aus der "fuerstin ninetta" von johann strauss-sohn, mit dem 1893 alexander girardi das publikum des theaters an der wien zu begeisterungsstuermen hinriss. eine auswahl dieser und anderer wertvoller manuskripte der familie strauss wird in der grossen johann strauss-ausstellung zu sehen sein, die anlaesslich der 150. wiederkehr des geburtstages des walzerkoenigs im kommenden jahr in der volkshalle des wiener rathauses gezeigt werden wird.

0911

Kommunal:Budgetdebatte im Wiener Rathaus
=====

Wien, 10.12. (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Leopold Gratz trat Dienstag um 9 Uhr der Wiener Gemeinderat zur Beratung des Voranschlagsentwurfes der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1975 zusammen. Zu Beginn der Sitzung wurde ein SPÖ-Antrag betreffend die Schaffung einer Krankenhaus- und Pflegeheimkommission eingebracht. Die FPÖ brachte drei Anträge ein, betreffend die bessere Kennzeichnung von Kurzparkzonen, Errichtung einer Lichtsignalanlage an der Kreuzung Argentinierstraße - Wiedner Gürtel und das Einschaurecht von Hausvertrauensleuten in die Kostenkalkulation der Heizbetriebe. Die Anträge wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen.

Mit dem Referat des Finanzstadtrates Hans Mayr (SPÖ) über das Wiener Budget 1975 sowie über die Neuregelung von Gebühren und Tarifen begannen die Beratungen.

Das 34 Milliarden-Budget

"Die Budgetpolitik einer so großen Körperschaft wie der Stadt Wien ist wegehend Wirtschaftspolitik". Mit dieser Feststellung leitete Finanzstadtrat Hans Mayr (SPÖ) seinen Bericht über das 34-Milliarden-Budget Wiens für 1975 ein.

Drei Faktoren in der internationalen Wirtschaftspolitik verursachen Probleme und Unsicherheit: der Zusammenbruch des Systems der festen Wechselkurse, die wesentliche Verteuerung von Erdöl und Erdgas sowie die weltweite Teuerung. Österreich steht in dieser Situation relativ gut da, die Vollbeschäftigung blieb erhalten, die Teuerungsrate liegt weit unter dem internationalen Durchschnitt, das Wachstum darüber. Trotz aller Unsicherheitsfaktoren kann man vorhersagen, daß Österreich auch 1975 diese Spitzenposition halten wird.

Die Wiener Wirtschaft erbringt in diesem Rahmen eine überdurchschnittliche Leistung: 22 Prozent der Österreicher leben in Wien, 26 Prozent der österreichischen Arbeitsplätze befinden sich in Wien, aber 30 Prozent des österreichischen Bruttonationalproduktes werden hier erarbeitet. In der Entwicklung zeigt sich infolge der Struktur der Wiener Wirtschaft

ein Unterschied zu anderen Bundesländern: Die Wiener Wirtschaft expandiert in guten Zeiten weniger, aber sie ist in schlechteren Zeiten weniger anfällig und besser gewappnet.

Der Arbeitsmarkt ist weiter ausgelastet. Im Oktober 1974 gab es 19.200 offene Stellen (minus 13,5 Prozent gegenüber Oktober 1973) und 6.000 Arbeitslose (gegenüber Oktober 1973 plus 20 Prozent). Immerhin ergibt sich eine wesentliche Veränderung der Tendenz. War bis 1974 die Beschaffung von Arbeitskräften die Hauptaufgabe, so ist es ab 1974 die Sicherung der Arbeitsplätze.

Vor diesem wirtschaftspolitischen Hintergrund war das Budget für 1975 zu erstellen. Übrerrangiges Ziel ist die Sicherung der Vollbeschäftigung, daneben bleiben Hauptziele das Wachstum und die Stabilität.

Stadtrat Mayr wandte sich in diesem Zusammenhang gegen die Behauptung, die öffentliche Hand sei ein Inflationsgewinner: die Zunahme bei Landes- und Gemeindeabgaben bleibt weit hinter den Preissteigerungen zurück, die Einnahmesteigerungen bei den gemeinschaftlichen Bundesabgaben liegen unter der Inflationsrate, von den Gebühren und Tarifen ganz zu schweigen.

Das Wiener Budget sieht Einnahmen von 33.845 Millionen Schilling und Ausgaben von 34.145 Millionen Schilling vor. Darüber hinaus wird erstmals ein Konjunkturausgleichsbudget vorgelegt, das Einnahmen von 600 Millionen Schilling und Ausgaben von 699 Millionen Schilling vorsieht. Insgesamt ergibt sich ein Abgang von 359 Millionen Schilling, das ist ein Prozent des Budgets.

Die Erhöhung der Ausgaben um 7,6 Prozent liegt weit unter der Inflationsrate, das Wiener Budget ist also ein Stabilitätsbudget.

Bei den Ausgaben wurden Schwerpunkte gesetzt. An erster Stelle steht das Sozial- und Gesundheitswesen, damit vor allem die Selbstverständlichkeit, daß jedem Wiener im Bedarfsfall sein Spitalsbett gesichert ist, auch erfüllt wird. Von der Erhöhung der Ausgaben auf diesem Sektor um 975 Millionen Schilling entfallen 593 Millionen Schilling auf Neubauten und 81 Millionen Schilling auf die Erhaltung von Bauten.

Zweiter Schwerpunkt ist und bleibt das Wohnungswesen, für das 6,4 Milliarden Schilling vorgesehen sind, davon 1,5 Milliarden S für den kommunalen Wohnbau.

Dritter Schwerpunkt ist der Nahverkehr. Einschließlich des Konjunkturausgleichsbudgets sind fast 2,5 Milliarden S für den Bau der U-Bahn vorgesehen. Damit wird gewährleistet, daß 1978 mit dem Teilbetrieb und 1980 mit einer Ausdehnung dieses Betriebs begonnen werden kann.

Der Erhaltungsaufwand steigt um 20 Prozent, diese gleiche Steigerung ist auch für die kommenden Jahre vorgesehen. Damit können die vorhandenen Bauten (Spitäler, Bäder, Kindergärten, Schulen usw.) rechtzeitig und ordentlich instandgehalten werden. Geschehe das nicht, so würden in den folgenden Jahren die dafür nötigen Kosten progressiv steigen.

Als letzte Budgetpost nannte Stadtrat Mayr 528 Millionen S, die für die Verbesserung des Hochwasserschutzes vorgesehen sind. Gerade an diesem Tag, an dem der Pegelstand der Donau in Wien 7 Meter übersteigt, wird die Bedeutung dieses Vorhabens klar. Stadtrat Mayr appellierte unter Hinweis auf dieses Projekt an den Gemeinderat, in allen Fragen die optimalen Lösungen zu suchen. Man solle alle Dinge so in Angriff nehmen, daß einmal gesagt werden kann, die Stadtverwaltung habe nicht nur an den Tag, sondern auch an die Zukunft gedacht.

Minderheitsbericht der ÖVP

Stadtrat Mayr verlas dann als Minderheitsbericht den bereits im Stadtsenat diskutierten Umschichtungs- und Einsparungsantrag der ÖVP zum Budget. Die ÖVP schlägt Reduzierungen beim Sachaufwand, bei der IAKW, dem PID, den Beteiligungen, den Empfängen, den Dienstautos und bei der wirtschaftlichen Grundlagenforschung vor. Außerdem soll die Reserve für unvorhergesehene Ausgaben herangezogen werden. Dafür sollen die Elternbeiträge für Kindergärten gesenkt, die Gebrauchsabgabe für E-Werke und Gaswerke gestrichen sowie zusätzliche Mittel für Spitals-, Wohnungs- und Verkehrssektor zur Verfügung gestellt werden.

Stadtrat Mayr verwies neuerlich darauf, daß die Kürzung des Sachaufwandes zu Lasten des empfindlichsten Budgetteils, der Erhaltung der Bauten, gehen müßte, was in den folgenden Jahren wesentlich höhere Kosten verursachen würde. Einige Zahlen im ÖVP-Antrag bezeichnete Stadtrat Mayr als "schlicht und einfach falsch",

zum Beispiel die Kosten für die Senkung der Elternbeiträge in den privaten Kindergärten.

Abschließend befaßte sich Stadtrat Mayr mit dem sogenannten Gebührenspiegel. Es gibt Tarife, bei denen der Gemeinderat entschieden hat, daß sie aus sozial- oder kulturpolitischen Gründen nicht kostendeckend sein sollen. So decken die Gebühren bei den Sommerkonzerten 57 Prozent, bei den Musiklehranstalten 4,5 Prozent, bei den städtischen Büchereien 4,17 Prozent, bei den Kindergärten 20,5 Prozent, bei der Rettungs- und Krankenbeförderung 37 Prozent und bei den Bädern 30 Prozent der Kosten.

Es gibt Gebühren, bei denen die Kostendeckung höher ist. So macht sie beim Wasser 75 Prozent, bei den Friedhöfen 95 Prozent, bei den Gärtnereien 97 Prozent, beim Müll 82 Prozent und bei der Feuerwehr-Bereitstellung 38 Prozent aus.

Nun ist es in der Öffentlichkeit zu einer Diskussion um die Tarife gekommen. Stadtrat Mayr sagte, er habe den Eindruck, daß dabei manchmal nicht sachlich fundierte Meinungen, sondern Wunschvorstellungen geäußert werden. Es gibt keine Leistung der Gemeinschaft, die keine Kosten verursacht. Man kann sich nur aussuchen, ob diese Kosten derjenige tragen soll, der die Leistung in Anspruch nimmt, oder ob sie alle gemeinsam über die Steuern bezahlen sollen. Wenn sozial- oder kulturpolitische Motive dafür sprechen, soll der Steuerzahler herangezogen werden. Problematisch wird die Sache etwa beim Wasser, das alle brauchen, wo also jeder jeden mit Steuerzahlungen subventioniert. *

"Jedem von uns wäre es lieber, wenn eine Zauberfee da wäre, die alles bezahlt," sagte Stadtrat Mayr. Eine verantwortungsbewußte Gemeindeverwaltung, die vor der Wahl steht, entweder notwendige Tarifierhöhungen durchzuführen oder in einigen Jahren die erforderlichen Leistungen nicht mehr erbringen zu können, kann sich nur für die Erhöhung entscheiden. Das ist unangenehm und unpopulär, aber unvermeidlich.

Stadtrat Mayr teilte schließlich mit, daß 17 Wienerinnen und Wiener vom Recht, ins Budget Einsicht zu nehmen, Gebrauch gemacht haben. Dabei wurden 83 Erinnerungen zum Budget abgegeben, die den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zur Behandlung zugewiesen wurden.

Generaldebatte

Die Generaldebatte über das Wiener Budget eröffnete GR. Dr. Erwin Hirnschall (FPÖ). Einleitend stellte er fest, daß die vom Finanzstadtrat aufgestellte Behauptung, der Budgetansatz 1975 bleibe mit einer Steigerungsrate von 7,5 Prozent unter der Inflationsrate zurück, nicht richtig sei. Diese Zahl sei dadurch zustande gekommen, daß der Vergleich des Budgetansatzes 1975 nicht mit dem Budgetansatz 1974, sondern mit dem Rechnungsabschluß 1974 angestellt worden sei, der im übrigen in seinen Details überhaupt noch nicht vorliege. In Wirklichkeit sei also eine Steigerungsrate von 20,8 Prozent erreicht worden, die man aber wahrscheinlich nicht nennen wolle, um der Bevölkerung den Schock zu ersparen und sie in der Illusion zu belassen, sie sei mit ihren durchschnittlichen Gehalts- und Pensionserhöhungen von zehn Prozent gut dran. Wenn man beachte, daß die Ertragsanteile an den Bund um 30 Prozent, die Einnahmen an der Gewerbesteuer um 35 Prozent und aus der Grundsteuer um 30 Prozent gesteigert werden sollen, dann sei klar, daß die Bevölkerung trotz Lohn- und Einkommensteuerreform mit einer gesteigerten Abgabenbelastung zu rechnen habe.

Umso stärker sei zu bewerten, führte GR. Hirnschall weiter aus, daß diese Rekordereinnahmen nicht etwa für den zügigen Ausbau der U-Bahn, der Spitäler, Kindergärten usw. verwendet würden. Während bei der U-Bahn, dem Allgemeinen Krankenhausbau und beim Hochwasserschutz wenigstens nominell gleichgebliebene Ansätze vorhanden seien, was angesichts der Baukostensteigerung von 18 Prozent aber trotzdem einem Abfall gleichkomme, sei bei anderen wichtigen Bereichen, wie etwa beim Ausbau des Kanalnetzes und den Bädern sogar ein nomineller Abfall zu verzeichnen. Nicht betroffen von diesem Abfall seien nur die Rathauswerbung, die Grundstückkäufe und die UNO-City, Wenn nun darauf verwiesen werde, daß für jene Geschäftsgruppen, die beim ordentlichen Budget nicht ausgiebig genug dotiert worden seien, ja über das Konjunkturausgleichsbudget noch weitere Geldmittel flüssig gemacht werden können, so müsse festgestellt werden, daß es nicht sicher sei, daß dieses Budget überhaupt zum Tragen komme. Voraussetzung sei ja ein Konjunkturrückgang, der aber nach den ebenfalls vom Finanzstadtrat erstellten Konjunkturprognosen nicht zu erwarten sei. Unter diesen

Umständen trete die FPÖ dafür ein, die für die UNO-City bereitgestellten 154 Millionen S in das Konjunkturausgleichsbudget zu übertragen und diese Geldmittel im ordentlichen Budget für andere Zwecke zu binden.

Zur fünfjährigen Budgetvorschau erklärte GR. Hirnschall, diese gehe von einem Wunschdenken aus, wenn sie eine jährliche Realwachstumssteigerung um 4,5 Prozent bei einem gleichzeitigen jährlichen Abnehmen der Inflationsrate um 1,4 Prozent annehme. Sie sei aber als Orientierungshilfe vor allem über die Investitionserfordernisse der kommenden fünf Jahre zu begrüßen. Die FPÖ begrüße die Prioritätensetzung für die Stadterneuerung statt Stadterweiterung, für die U-Bahn, das Krankenhaus Ost und die dritte Wasserleitung. Es sei aber nicht einzusehen, daß die Stadt Wien die ständig steigenden Kosten für die UNO-City mit dem Bund mittragen soll, wenn der Bund gleichzeitig seine Beteiligung an den Kosten des U-Bahn-Baues von den geplanten 47 Prozent auf nur mehr 14 Prozent absenke.

Die FPÖ werde daher einen Teil der Umschichtungsanträge der ÖVP unterstützen, könnte aber einzelnen Punkten, wie der von der ÖVP beantragten Kürzung des Sachaufwandes des gesamten Magistrates um fünf Prozent, nicht zustimmen, weil hier auch die Spitäler miteingeschlossen seien und die Kostensteigerungen beim Sachaufwand eine direkte Folge der Inflation seien.

Die FPÖ beantrage ihrerseits die Kürzung der vorgesehenen Mittel für Grundankäufe und Beteiligungen um 200 Millionen S und die Umwidmung dieser Mittel.

Abschließend stellte GR. Hirnschall fest, daß die Investitionssperren und Tariferhöhungen eine direkte Folge der verfehlten Politik der Rathausmehrheit seien, die Sanierung der Verlustgeschäfte des Baurings aus Steuermitteln durchzuführen. Die FPÖ werde daher dem vorgelegten Budgetvoranschlag 1975 ihre Zustimmung verweigern.

ÖVP - gegen Budget

Das vorliegende Budget sei keineswegs ein "Jubelbudget" betonte GR. Hahn als Sprecher der ÖVP. Zur Situation der Wiener Wirtschaft meinte er, daß sich diese im kommenden Jahr infolge gleichzeitiger Finanzierung von verschiedenen Großbauvorhaben, wie Donauinsel, UNO-City, Stadterneuerung, AKH und U-Bahn weiterhin verschlechtern werde. Das Jahr 1975 werde, wie er

ausführte, ein "Jahr des Riemen-enger-Schnallens" sein. Die Hauptschuld an dieser unerfreulichen Entwicklung gab der Redner der sozialistischen Regierung und der Rathausmehrheit. Im Widerspruch zu den Erklärungen von Bürgermeister Gratz stünden auch die bevorstehenden Tarifierhöhungen. Hahn betonte, daß es im kommenden Jahr durch die Einführung der 40-Stunden-Woche zweifellos auch zu einer Erhöhung der Arbeitskosten vor allem in den Dienstleistungsbetrieben kommen werde. Er kritisierte in diesem Zusammenhang die derzeitige Gewerkschaftspolitik der erhöhten Lohnforderungen. In Zukunft sollte mehr Maß gehalten werden. Ebenso werde es in nächster Zeit zu einer weiteren Abschwächung des Wachstums der Wiener Wirtschaft kommen. Hier erinnerte der Debattenredner an das Versprechen des Bürgermeisters, einen Wirtschaftsbeirat zu schaffen.

Zum angekündigten Finanz- und Investitionsplan: Darüber werde noch zu debattieren sein. Die Erstellung einer Prioritätenliste wäre jedoch wichtigste Voraussetzung für eine geordnete Finanzplanung. Eingehend befaßte sich GR. Hahn dann mit den diversen Großbauvorhaben. Die ÖVP sei nach wie vor für den Bau der UNO-City, verlange jedoch genaue Aufklärung über die ständig steigenden gigantischen Baukosten. Beim U-Bahn-Bau forderte er eine höhere Beteiligung des Bundes. Darüber hinaus sollte man aber auch bemüht sein, den Bau der U-Bahn, deren Planung leider sehr unausgereift sei, zu forcieren.

Zur Forcierung des Massenverkehrs: Noch immer gebe es keine konkreten Ansätze für die rasche Elektrifizierung des Schnellbahnnetzes. Desgleichen könne man keineswegs erwarten, daß eine Tarifierhöhung eine Steigerung der Attraktivität der Massenverkehrsmittel mit sich bringt.

Zur Bauring-Bilanz: Hier zeigte sich der Redner darüber befremdet, daß diese erst nach dem Ende der Budgetdebatte im Aufsichtsrat behandelt werden wird. Sollte man etwa die Absicht haben, zur Verbesserung der Bilanz wieder Steuermittel hineinzupumpen, so werde die ÖVP wie schon früher, nicht zustimmen. Schließlich stellte Hahn in diesem Zusammenhang auch die Frage, wann endlich die Staatsanwaltschaft in den "Bauringskandal" eingreifen werde.

Zum Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses: Hier drohe der Wiener Bevölkerung wieder eine gigantische Finanzpleite. Die ursprünglich geschätzten Baukosten in der Höhe von sechs Milliarden

sind mittlerweile bereits auf 16 Milliarden gestiegen. Hahn stellte den Antrag, zur Forcierung des Baufortschrittes einen Beratungsausschuß, bestehend aus Vertretern des Bundes, der Stadt und der Oppositionsparteien zu schaffen, dessen Aufgabe es wäre, den Bau voranzutreiben.

Was den Wohnbau angehe, so sei innerhalb der letzten fünf Jahre mit "Luftziffern" agiert worden. Statt wie versprochen, jährlich 5.000 Gemeindewohnungen zu bauen, habe die Stadtverwaltung von 1969 bis 1973 insgesamt nur 13.200 Wohnungen und 1.800 Ledigenräume gefördert. Abschließend erklärte Hahn namens seiner Fraktion, daß die ÖVP das vorliegende Budget ablehnen müsse, da dieses vollkommen falsche Prioritäten setze, in einzelnen Posten unklar und unsozial sei, sowie wichtige Vorhaben zurückstelle, also keineswegs ein Budget der Vernunft sei.

Suttner: Vorsicht und Optimismus

Bürgermeister Gratz erklärte nach Schluß der Rede Hahns, er werde die Anregung, der Justizminister solle durch eine Weisung der Staatsanwaltschaft in Sachen Bauring beschleunigend eingreifen, an Minister Broda weitergeben.

Als dritter Hauptredner in der Generaldebatte erklärte GR. Reinhold Suttner (SPÖ), eine totale Erfüllung aller Erwartungen an einen öffentlichen Haushalt sei Illusion. Es gehöre jedoch zu den politischen Aufgaben des Gemeinderates, Schwerpunkte in der Budgetpolitik zu setzen. Bei allem Verständnis für die Opposition, zu kritisieren, fuhr Suttner fort, sollte doch ein gewisses Maß an Realität und Seriosität nicht verloren gehen. Die Auswirkungen der ÖVP-Anträge über Einsparungsmöglichkeiten seien nicht vertretbar.

Freilich habe er sich nicht den Kopf der Wiener ÖVP zu zerbrechen, wenngleich es auch nicht immer angenehm sei, mit einer Oppositionsgruppe konfrontiert zu sein, die innerparteilich als "politisches Tschopperl" gelte. Jedenfalls würde eine durchschnittliche Kürzung um fünf Prozent bei verschiedenen Ausgaben zu einer Verminderung der Aufträge an Klein- und Mittelbetriebe des Baugewerbes um 38,5 Millionen Schilling führen, Schulen, Kindergärten und Spitäler könnten weniger beheizt werden, Waschmaschinen in den Wohnhäusern und medizinische Instrumente könnten nicht mehr im notwendigen Ausmaß instandgehalten werden und es könnten zudem weniger Lebensmittel und Medikamente für die Spitäler angeschafft werden, erklärte Suttner.

Auch bei der Schneeräumung, dem kulturellen Sommerprogramm, bei den Pensionistenklubs und bei der Heimhilfe müßten nach den Vorstellungen der ÖVP Kürzungen vorgenommen werden.

Was schließlich die Tarife angehe, so könne es keineswegs als sozial bezeichnet werden, wenn Tarife künstlich niedrig gehalten würden und damit von anderen Bevölkerungsgruppen subventioniert werden müßten. In diesem Zusammenhang zitierte Suttner einen Vortrag von CA-Generaldirektor Treichl, der sich eindeutig gegen jede Subventionierung der Energiekosten ausgesprochen habe. Aber Präsident Hahn versuche offenbar, selbst die KP links zu überholen, attackierte Suttner seinen Vorredner.

Der Voranschlag für 1975 enthalte die notwendigen Schwerpunkte für Gesundheits- und Sozialbauten sowie für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Damit werde konsequent jene sozialdemokratische Politik fortgesetzt, die seit 1919 unter anderem dazu geführt habe, daß in Wien die Ansprüche höher sein könnten als in anderen Städten. Man dürfe aber nicht übersehen, daß die Stadt bereits überfordert werde. So etwa bei den Spitälern und Wohlfahrtsanstalten, die in einem merklichen Ausmaß auch Nicht-Wienern zugute kämen, ohne daß die Stadt dafür einen Kostenersatz bekomme. Der Abgang auf diesem Sektor allein mache bereits über drei Milliarden Schilling aus. Auch das Budget für 1975 sei so erstellt worden, daß es zur Sicherung der Arbeitsplätze beitrage. Dabei sei die Situation in Wien und in Österreich spürbar besser als in vergleichbaren Ländern, da in Österreich noch immer Vollbeschäftigung herrsche, während es in Europa bereits an die drei Millionen Arbeitslose gebe. Wenngleich die Preisentwicklung in Österreich an der Spitze des Sorgenkatalogs stehe, sei sie in Österreich Dank der Stabilitätsbemühungen der Regierung und auch der Stadtverwaltung doch noch relativ günstig. Das Budget sei zwar mit aller Vorsicht, aber gleichzeitig auch mit einem gewissen Optimismus erstellt worden und werde gewährleisten, daß die Wiener Stadtverwaltung auch 1975 großartige Leistungen auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet erbringen könne.

ÖVP zur Mitarbeit bereit

Der nächste Debattenredner Gemeinderat Hoffmann (ÖVP) begann seine Rede mit zwei Feststellungen: Erstens sei das vorliegende Budget unter noch weit schwierigeren Voraussetzungen als sonst in zweifellos ~~fleißiger~~ Arbeit ziffernmäßig zusammengetragen und konstruiert. Die Aufblähung sei gegenüber den Vorjahrsziffern keine wertmäßige, sondern eine inflationäre.

Das Bruttonationalprodukt wies im Bundesdurchschnitt im ersten Quartal 1974 noch ein Wachstum von 5,9 Prozent, im zweiten Quartal von 4,5 Prozent aus. Das Wachstum des Bruttonationalproduktes von Wien in den gleichen Zeiträumen betrage aber nur 2,4 beziehungsweise 1,8 Prozent.

Zweitens, so stellte Hoffmann fest, hat der Finanzstadtrat doch da und dort der langjährigen Kritik der Wiener ÖVP Rechnung getragen. So sind etwa die Einnahmenschätzungen bei den Landesausgaben ziemlich realistisch gehalten. Sie tragen den Eingängen der ersten drei Quartale, interpoliert auf das Jahr Rechnung, beinhalten darüber hinaus verschieden hohe Zuschläge, sind aber kaum unterbudgetiert. Einen sehr geringen Zuschlag verzeichnet die Gewerbesteuer, hier hat der Finanzstadtrat, der ja bei Erstellung des Voranschlages rechtzeitig über die ganze Schwere der Tarifierhöhungen informiert war, deren Wirkung als Betriebsausgaben, die den gewerbesteuerpflichtigen Ertrag der Wiener Betriebe mindern werden, offenbar schon einkalkuliert.

Wie hoch das Bruttonationalprodukt 1975 wachsen wird, dafür liegen verschiedene Ziffern vor. Man errechnet einesteils 4,5 Prozent andere sprechen von vier Prozent. Im ersten Halbjahr 1974 lag aber das Wiener Wachstum unter dieser Ziffer, was eigentlich bei der Budgeterstellung so wie bei einer längerfristigen Vorschau ins Kalkül gezogen werden müßte, um nicht in die Fußstapfen des Finanzministers zu treten.

Der Redner führte weiter aus, daß das sogenannte Konjunkturausgleichsbudget lediglich aus dem normalen Budgetrahmen ~~heraus-~~ geschnitten sei. Auch in seiner Bedeckung ist es nicht sehr erfinderisch. Es soll nämlich durch eine Darlehensaufnahme von 600 Millionen finanziert werden.

Hoffmann kam dann auf die Budgetumschichtungsanträge der ÖVP zu sprechen und übergab diese Anträge dem Finanzstadtrat. Der Umschichtungs- und Ersparungsantrag solle die Tarifwelle, die auf die Wiener zukommt, in Grenzen halten.

Der Redner appellierte dann an den Gemeinderat, den Budgetanträgen der ÖVP doch noch ihre Zustimmung zu geben. Die Alternative, führte Hoffmann weiter aus, heißt Einsparung weiterer Mittel im Budget. Zur Mitarbeit sei die ÖVP bereit.

Gegen kontrollierte Arbeitslosigkeit

Die Äußerungen von Klubobmann Hahn zur Lohnpolitik der Metall- und Bergarbeiter bewiese wieder einmal mit aller Deutlichkeit, die Zwiespältigkeit des ÖAAB, begann Gr. Czettel, ein führender Vertreter der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter, seinen Debattenbeitrag. Bei der ÖVP hätten Gemeinderäte mitapplaudiert, die in der Gewerkschaft die Durchsetzung der Lohnforderungen beschlossen hätten. Dies sei bedauerlich, meinte der Redner. Czettel warf Präsident Hahn einen massiven Angriff auf die Gewerkschaftspolitik ohne Sachkenntnis vor.

Seiner Meinung nach gebe es in der ÖVP von manchen Seiten die Absicht, das System der Sozialpartnerschaft zu torpedieren. Seine Fraktion im ÖGB werde jedoch alles daran setzen, ähnliche Entwicklungen wie in Italien oder Frankreich zu verhindern. Czettel appellierte an die ÖVP, nicht die Basis für die gemeinsame Arbeit zu zerstören.

Der Budgetvoranschlag Wiens sei konjunkturgerecht und treffe zum erstenmal Vorsorgen, die weit über die Voranschläge vergangener Jahre hinausgehen. Der Voranschlag sei für ganz Österreich von nicht unwesentlicher Bedeutung. Czettel klagte darüber, daß andere Bundesländer durch Schutzklauseln landesfremde Unternehmungen rundweg ausschließen. Allein am Beispiel der Materialbestellung für die U-Bahn würde deutlich, daß Wien hier nicht so engstirnig denke und handle. Von den Aufträgen in der Höhe von 2,2 Milliarden Schilling sei rund eine Milliarde in andere Bundesländer geflossen.

Das Sinken des Investitionsaufwandes trage der wirtschaftlichen Realität und den Bemühungen um Stabilität Rechnung, sei aber nicht unbedenklich. Im Mittelpunkt aller Bemühungen habe auch in den kommenden Jahren die Sicherung der Vollbeschäftigung zu stehen. Er, Czettel, nehme Äußerungen konservativer Wirtschafts-

fachleute, eine kontrollierte, geringe Arbeitslosigkeit sei das geringere Übel als das Fortdauern der inflationären Entwicklung, mit Besorgnis zur Kenntnis. Nach Handelskammerpräsident Mitterer habe nun auch Prof. Hajek anlässlich der Nobelpreisverleihung in Stockholm "von der Hoffnung auf kontrollierte Arbeitslosigkeit gesprochen. Ein Fortdauern der inflationären Tendenzen sei langfristig noch schlechter." Diese Aussage sei zutiefst inhuman, denn sie treffe den arbeitenden Menschen und vor allem die materiell schwächsten Schichten der Bevölkerung.

Präsident Hahn (ÖVP) (Hahn kontra Suttner) meldete sich zur Entgegnung einer Äußerung von Klubobmann Suttner zu Wort. Die SPÖ solle zur Kenntnis nehmen, daß der Fraktionsobmann der ÖVP sich nicht mit den Kommunisten in einen Topf werfen lasse. (Beifall, Wirbel.) Er, Hahn, erwarte, daß sich Suttner bei ihm persönlich entschuldige. Er finde, daß Äußerungen dieser Art dem politischen Klima unzutraglich seien.

Schluß der Generaldebatte

Zum Abschluß der Generaldebatte erklärte Stadtrat Hans Mayr (SPÖ), daß er durchaus bereit gewesen wäre, mit einer Delegation der Demonstranten zu sprechen. Er habe eine Woche vor der Demonstration eine der Organisatorinnen empfangen und eine Stunde mit ihr diskutiert. Es gehe aber nicht, daß plötzlich angerufen werde, die Delegation komme nicht, wie vereinbart, am Dienstag, sondern der Stadtrat habe Donnerstag um 17 Uhr zur Verfügung zu stehen. Trotz der Aufforderung, zur Vereinbarung eines neuen Termins nochmals anzurufen, haben sich die Vertreter der Demonstranten bis heute nicht gemeldet.

Eine sachliche Festlegung wirtschaftspolitischer Zielsetzungen sei nicht schwer, setzte Stadtrat Mayr fort. Es gelte zu verhindern, daß der private Konsum überschäumt und es gelte, Mittel in die Investitionsgüterindustrie umzuleiten. Diese einfache Feststellung sei jedoch politisch schwer zu verwirklichen.

Stadtrat Mayr wandte sich dann gegen die Vorwürfe von GR. Hahn, im Budget werde eine Leistungsfülle vorgegaukelt, die nicht vorhanden sei, und gegen die Äußerung "einige Posten verschwimmen".

"Ich muß solche Äußerungen auch namens aller Mitarbeiter der Finanzverwaltung, die an der Budgeterstellung beteiligt waren, energisch zurückweisen", sagte StR. Mayr. "In diesem Budget sind klare Dinge klar dargestellt". Bei allem Verständnis für politische Polemik müsse er persönliche Diffamierungen ablehnen.

Zu den unzureichenden Vereinbarungen mit der Unterstützung des Bundes für Wien, die von der ÖVP kritisiert wurden, stellte StR. Mayr fest, daß diese Vereinbarungen nicht mit der Regierung Kreisky, sondern mit der Regierung Klaus getroffen wurden. Aber sogar diese unzureichende Vereinbarung über die Bundeshilfe für den U-Bahn-Bau sei von den ÖVP-Bundesräten abgelehnt worden. Heute müsse die Bundesregierung damit rechnen, auf heftigen Widerstand der Opposition im Parlament zu treffen, wenn sie dort vorschlägt, was die ÖVP im Gemeinderat verlangt.

Spezialdebatte: Personal und allgemeine Verwaltung

Die Spezialdebatte zum ersten Hauptstück des Budgetentwurfes, Personal und allgemeine Verwaltung, eröffnete GR. Doktor Hirnschall (FPÖ). Er kritisierte zunächst das Sportbudget, das mit einer Erhöhung von acht Prozent hinter der allgemeinen Erhöhung des Gesamtansatzes von zwanzig Prozent stark zurückbleibe. Von den vorgesehenen 161 Millionen für den Sportbereich werde nur ein Bruchteil für den Körpersport und damit für die Volksgesundheit zur Verfügung stehen, weil alle 70 Millionen für den Bau von Sportanlagen und da wiederum fast zur Gänze für die Großprojekte, wie das Hallenstadion und das Sportzentrum West, ausgegeben würden. Für die kleineren Sportanlagen in den Bezirken bleibe fast nichts übrig. Damit werde aber an den Bedürfnissen vorbeigeplant, weil zu befürchten ist, daß die Großanlagen kaum ausgelastet sein werden.

Was den respektablen Betrag von 60 Millionen für die eigentliche Sportförderung betreffe, so würde davon fast die Hälfte der Stadthallenbetriebsgesellschaft für Mieten etc. zur Verfügung gestellt. Hirnschall meinte weiter, daß heuer die großen Fußballvereine im Verhältnis zu den kleinen Vereinen mit Subventionen bevorzugt worden seien. Der Redner reklamierte schließlich die Errichtung der seit zehn Jahren versprochenen Landessportschule, für die noch immer kein Standort bzw. Baubeginn fixiert sei.

Im zweiten Teil seines Debattenbeitrags beschäftigte sich Dr. Hirnschall mit dem Personalwesen. Mit 1. Juli 1975 werde die letzte Etappe der geltenden Gehaltsregelungen wirksam. Angesichts der angespannten Lage der Staatsfinanzen bezweifle er, daß ein totaler Umbau des Besoldungswesens realisierbar sein werde. Es werde also zu einem dritten Übereinkommen auf der Basis des bisherigen Besoldungssystems kommen müssen. Dabei werde man aber der Teuerung durch eine höhere Vorleistungsquote Rechnung tragen müssen, da die Beamten bisher ohnedies nur über Nebengebühren und Überstundenentgelte mit der Teuerung Schritt halten könnten. Für einen wirksamen Teuerungsausgleich böten sich die Haushaltszulage und die Kinderbeihilfe an. Abschließend wies der Redner auf Errungenschaften der Beamtenschaft in anderen Bundesländern hin, die in Wien noch auf sich warten ließen: Etwa eine allgemeine Remunerationsgewährung wie in Graz von 15 Prozent, Werksküchenzuschüsse wie in Salzburg. Im Budgetansatz dieses Kapitels vermisse er schließlich Aufwendungen für Personalwohnräume für Kindergärtnerinnen und Sozialhelferinnen. Wohnräume für diese Gruppen wären werbewirksamer als buntbedruckte Broschüren.

Lob für Beamte

GR. Prof. Zörner (ÖVP) stattete zu Beginn seiner Rede den Beamten und Bediensteten der Stadtverwaltung namens der ÖVP den Dank für ihre Leistung ab. Er kritisierte die bei sozialistischen Spitzenpolitikern wie Bundeskanzler Kreisky in letzter Zeit üblich gewordene Praxis, die Beamten des Bundes, der Länder und der Gemeinde durch gezielte Bemerkungen abzuwerten. Man müsse berücksichtigen, führte GR. Zörner weiter aus, daß die Beamten besonders durch die Flut neuer Gesetze großen Belastungen ausgesetzt seien. Zum Vorwurf seines Vorredners Czettel, daß von der Gewerkschaft der öffentliche Bediensteten eine Lizitationspolitik betrieben werde, bemerkte der Redner, daß hier eine Solidaritätshaltung aller Gewerkschaften angebracht wäre, als solche Kritik. Prof. Zörner kritisierte weiter die angeblichen Benachteiligungen, die einem Teil der Bediensteten der Stadt Wien durch das Personalvertretungsgesetz erwachsen würden. Außerdem stellte er fest, daß der Ärztenotstand in gewissen Teilen Wiens, speziell im 17. Bezirk, nicht zuletzt auf die zuwenigen Ausbildungsplätze in den Gemeindespitälern zurückzuführen sei.

Mehr Arbeit für Beamte

GR. Ludwig (SPÖ) betonte in seiner Antwortrede, daß Angriffe auf den Bundeskanzler vor diesem Forum umso leichter durchzuführen seien, weil hier ja nicht die Gefahr bestünde, daß der Kanzler selbst aufstehe und antworte. In seinen weiteren Ausführungen zählte der Redner einige der schon erfolgten oder in Vorbereitung begriffenen Neuregelungen auf, durch die den Mitarbeitern der Geschäftsgruppe I beträchtliche Mehrarbeiten erwachsen.

Unter anderem zählten hiezu die Neuregelungen der Wasserrechtsangelegenheiten, durch die Marktwesenverordnung die Überwachung der Land- und Forstwirtschaftsbetriebe sowie die Novelle zum Feldschutzgesetz. Wesentliche Mehrarbeit erwüchse den Magistratischen Bezirksämtern und der ihnen übergeordneten Magistratsbehörde durch die Vollziehung des Baumschutzgesetzes. Nicht zuletzt solle auf die 3,8 prozentige Steigerung der Frequenz bei den Standesämtern hingewiesen werden, wobei das starke Steigen der Frequenz durch ausländische Parteien auch eine Intensivierung der Auseinandersetzung mit ausländischen Rechtsnormen mit sich bringe. Der Redner wies weiter auf die Arbeit bei der ständigen Überarbeitung der Wählerevidenz und der Ausstellung von Wahlkarten hin. Weiter führte er als Ursachen für solche Mehrbelastungen der Bediensteten das Stadterneuerungs- und Bodenbeschaffungsgesetz, das Ölfeuerungsgesetz, das Garagen-gesetz sowie im Zuge wichtiger Straßen- beziehungsweise U-Bahn-Bauten notwendig gewordene Enteignungsverfahren an. Nicht zuletzt hätten die Mitarbeiter der Geschäftsgruppe I durch ihre Arbeiten auf dem Tarifsektor einen stabilitätspolitischen Beitrag geleistet, sowie durch die Vorarbeiten für den Landesentwurf zum Preisgesetz und die geplante Veränderung der Stadtverfassung zukunftsweisende Regelungen vorbereitet.

Für kleinere Sportplätze

GR. Prof. Bittner (ÖVP) ging auf verschiedene Sportbauvorhaben ein, wobei er unter anderem den zögernden Baufortschritt bei der Mehrzweckhalle im Prater und beim Weststadion kritisierte. Weiter befaßte sich der Debattenredner mit dem zum Teil schlechten Zustand der Wiener Fußballplätze und reklamierte in

diesem Zusammenhang einen Wiener Sportstättenplan, um den seit 1971 "Funkstille" herrscht. Im Gegensatz dazu hätten die meisten Bundesländer einen solchen Plan fertiggestellt. Anstatt gigantische Sportzentren zu errichten, wäre es wesentlich wichtiger, eine Sanierung der vielen kleinen Sportstätten vorzunehmen beziehungsweise geeignete Sportmöglichkeiten bei neuen Wohnhausanlagen zu schaffen.

GR. Dr. Müller (SPÖ) hob in seinem Debattenbeitrag die Bedeutung des Wiener Landessportgesetzes als Voraussetzung für eine entsprechende Förderung des Sports hervor. Er kündigte an, daß sich ein neues und zeitgemäßes Spiel- und Sportplatzschutzgesetz zur Zeit in Vorbereitung befindet. Ebenso werde an einem Landessportschulgesetz und einem Wiener Schulschulgesetz gearbeitet. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen unterstrich Dr. Müller die Bemühungen der Stadtverwaltung beim Bäderbau und der Errichtung von Sportanlagen. Als Beispiele dafür nannte er die Schleppliftanlage auf der Himmelhofwiese und die Inbetriebnahme einer zweiten Rohrleitung für Schneekanonen auf der Hohen-Wand-Wiese, auf der im kommenden Jahr ein internationaler Parallelschlalom stattfinden wird. Zum Vorwurf wegen des zögernden Baufortschrittes bei der Mehrzweckhalle im Prater und beim Weststadion: Mit der Fertigstellung ist Mitte 1976 zu rechnen.

Datenschutz

GR. Köchel (ÖVP) beschäftigte sich ausführlich mit dem Problem des Datenschutzes und beklagte es, daß es in Österreich noch kein Datenschutzgesetz gebe. Seiner Meinung nach könnte und sollte das Land Wien mit einer eigenen landesgesetzlichen Regelung gleichsam als Vorbild für alle anderen Bundesländer vorprellen. Die deutschen Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz hätten dies bereits getan, da es eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung in Deutschland auch noch nicht gäbe. Als vorbildlich bezeichnete Köchel das schwedische Datenschutzgesetz. Die Sorge um den Schutz der Privatsphäre des Bürgers werde immer größer, weil auch die Zahl der gespeicherten Daten durch amtliche und auch private EDV-Anlagen zunehme. Ein Wiener Adressenbüro, so erklärte Köchel, besäße sogar das gesamte Wählerverzeichnis Wiens, was nur durch eine mißbräuchliche Auslieferung dieses Verzeichnisses möglich gewesen sei.

56.000 Bedienstete

GR. Wiesinger (SPÖ) replizierte zunächst auf einige Vorredner zum Kapitel 1: Die Schulung der Beamten werde ohnedies vorgenommen. Ein Personalvertretungsgesetz stehe vor der Tür und was den Datenschutz anlange, so gäbe es seit kurzem Anordnungen für den internen Gebrauch. Zudem seien etliche Juristen der Meinung, das Land Wien könne eine eigene gesetzliche Regelung nicht erlassen. Im Personalbudget, fuhr Wiesinger fort, sei selbstverständlich für die nächste Gehaltserhöhung ab 1. Juli 1975 ebenso Vorsorge getroffen wie für die Arbeitszeitverkürzung. Der Personalstand vermehre sich um etwa ein Prozent, während die Arbeitszeitverkürzung fünf Prozent ausmache. In der Differenz komme die Rationalisierung zum Ausdruck. Die Stadt Wien beschäftige derzeit rund 56.000 Menschen und weise rund 36.000 Pensionisten auf. Wenn man pro Haushalt drei Personen rechne, so heiße das, daß ein Sechstel der Wiener Bevölkerung seine Existenz direkt der Stadt verdanke. Die Reform des Dienst- und Besoldungsrechtes stehe ebenso bevor, wie ein Personalvertretungsgesetz, wobei es schwierig sein werde, die Einheitlichkeit für die Bediensteten der Stadt zufolge verschiedener Rechtsnormen zu gewährleisten.

Spezialdebatte Finanzen und Wirtschaft

GR. Schneider (ÖVP) befaßte sich als einziger Redner in der Spezialdebatte zum 2. Hauptstück mit den Einnahmen und Ausgaben der Stadt Wien. Hier ist, so meinte der Redner, bei der Lohnsummensteuer eine Einnahmensteigerung von 205 Millionen zu verzeichnen, wobei seit 1973 durch geänderte Werbekosten eine Härte zu Tage getreten ist. Bei der Vergnügungssteuer solle man eine generelle Entrümpelung vornehmen. Wien ist die einzige Gemeinde Österreichs, in der die doppelte Vergnügungssteuer eingehoben wird.

Er machte den Vorschlag einer Übergangslösung für Klein- und Mittelbetriebe, wo beispielsweise bei Hausbällen und dergleichen, die Konsumationssteuer entfallen soll.

Auch die Getränke- und Gefrorenessteuer, sagte Schneider, bedürfe ebenfalls einer Revision. Er zitierte einen Zeitungsartikel, wonach in den Bundesländern Gemüse- und Fruchtsäfte steuerfrei seien. Jene viereinhalb Millionen Schilling, die zweckgebunden für kriegsbeschädigte Sportanlagen aus dem Sportgroschen verwendet werden, könnte man anderswo verwenden, zumal man heute nicht mehr feststellen könne, welche Sportanlagen kriegsbeschädigt sind.

Spezialdebatte Kultur

GR. Bauer (FPÖ) stellte fest, daß die Ausgabenⁿ für Jugend, Kultur und Bildung von 3.465 auf 4.427 Millionen Schilling aufgestockt wurden und kritisierte gleichzeitig, daß ein Großteil der Ausgabensteigerung auf Personalkosten entfalle. Daher bleibe für den Sachaufwand zu wenig übrig.

Weiter bemängelte Bauer, daß nur viereinhalb Prozent des gesamten Budgets für Jugend, Kultur und Bildung vorgesehen seien, während für nichtkommunale Gemeindebetriebe ein Großteil des Budgets ausgegeben werde. So sei bei den baulichen Herstellungen der Kindertagesheimstätten eine 14prozentige Einschränkung zu verzeichnen. Die FPÖ glaubt, so sagte Bauer, daß von einer Misere beim Kindergärtenbau gesprochen werden muß.

GR. Bauer brachte anschließend drei Abänderungsanträge der FPÖ ein. Die Ausgabenpost "Büchereien - Inventarerhaltung" soll auf sechs Millionen erhöht werden. Die Förderungsmittel aus dem Erträgnis des Kulturschillings sollen herabgesetzt, die Ansätze für Denkmalpflege erhöht werden. Schließlich wird verlangt, die Ausgabenpost "Kindertagesheime - Bauliche Herstellungen" auf 87,150.000 Schilling zu erhöhen.

Richtigstellung

Zu einer kurzen Richtigstellung einer Behauptung von Dkfm. Bauer (FPÖ) meldete sich Vizebürgermeisterin Gertrude Fröhlich-Sandner zu Wort. Es sei unrichtig, daß die Mittel aus dem Kulturschilling zweckwidrig verwendet würden. Nach dem Gesetz sind die Mittel "für kulturelle Zwecke, insbesondere für die Altstadterhaltung" vorgesehen. Dem Gesetzesinhalt werde hundertprozentig entsprochen.

./.

Jugendbetreuung

GR. Herbert Mayr (SPÖ) wies den Vorwurf Bauers, daß für die Kindergärten zu wenig getan würde, vehement zurück. Im Finanz- und Investitionsplan der letzten Jahre seien beträchtliche Mittel für den Kindergartenneubau vorgesehen. Mayr befaßte sich insbesondere mit der Kinder- und Jugendbetreuung, zählte zahlreiche Initiativen auf und stellte fest, daß Wien auf diesem Gebiet Vorbildliches leiste. Ein interessantes Detail: Bei der Errichtung von größeren Wohnhausanlagen der Gemeinde sollen in Zukunft Kindertagesheime gleich miteingebaut werden. Die finanzielle Bilanz der Kinder- und Jugendbetreuung in Wien zeige, daß sich die Stadtverwaltung ihrer Verantwortung gegenüber den Bürgern von morgen voll bewußt sei. Einnahmen von rund 264 Millionen Schilling stehen Ausgaben von rund 1,1 Milliarden Schilling gegenüber.

Kulturförderung

Die Kulturförderung in Wien wecke Unbehagen, deponierte GR. Dr. Erika Danzinger (ÖVP). Sie sei undurchschaubar, es fehlten klare verständliche Richtlinien. Dr. Danzinger forderte eine Ausarbeitung solcher Richtlinien und die öffentliche Bekanntgabe. Für den Bereich Literatur schlug sie vor, in Ergänzung von Bundesaktivitäten mehrere Langzeitstipendien für Künstler über 40 einzuführen und an Ausländer Aufenthaltsstipendien zu vergeben. Die Rednerin brachte einen diesbezüglichen Antrag ein. Der Entfremdung zwischen Kunst und Gesellschaft müsse wirkungsvoll durch die Schaffung von kulturellen Aktivitätszentren entgegengetreten werden. Initiativen in dieser Richtung sollten vor allem in bestehenden Gebäuden verwirklicht werden. Dr. Danzinger machte den Vorschlag, das freiwerdende Polizeipräsidium am Parkring in ein kunstpädagogisches Zentrum umzuwandeln. Im Zusammenhang mit den Festwochen appellierte sie an die Kulturstadträtin, vom Bund mehr Geld zu verlangen. Darüber hinaus regte sie die Schaffung österreichischer Theatertage an und brachte einen Antrag ein, während der Festwochen die besten Inszenierungen jedes Bundeslandes aufzuführen. Sie regte neuerlich an, bei den Kindergärten den stufenweisen Nulltarif einzuführen, bezeichnete die Familienpolitik in Wien als unterprivilegiert

und forderte die Installierung eines familienpolitischen Beirates auf Landesebene. Auch für die behinderten Kinder müsse in Wien mehr getan werden. Als Vorbild könne das Kindergartenzentrum Hennekamp in Düsseldorf dienen.

Keine Schulraumnot

GR. Hanke (SPÖ) erklärte in seinem Debattenbeitrag zu den Kapiteln Schule und Jugend, daß es 1975 in Wien keine Schulraumnot geben wird. Dazu werden die um mehr als 31 Prozent auf insgesamt 2,8 Milliarden angehobenen Budgetmittel beitragen. Vor allem in den neuen Siedlungsgebieten werden die erforderlichen Schulneubauten verwirklicht werden können. Als richtungsweisend sind dabei neue Bauformen, wie etwa das Projekt Schule-Wohnhaus, anzusehen. Anders sei die Situation bei den Allgemein**bildenden** Höheren Schulen, wo sich die jahrzehntelange Benachteiligung durch den Bund als bitteres Erbe in Schulraumnot ausdrückt. Erst die sozialistische Bundesregierung und die Stadt Wien konnten gemeinsam bei der Errichtung neuer Mittelschulen die Situation verbessern. Hanke wies besonders darauf hin, daß im kommenden Jahr für die Sanierung der Berufsschulen um 100 Millionen S mehr bereitgestellt werden. Zur Förderung der persönlichen Entfaltung der Jugend werden im kommenden Jahr vier weitere Jugendzentren eröffnet. Weiter ist die Errichtung eines dritten Info-Centers vorgesehen.

Berufsschulsorgen

GR. Arthold (ÖVP) erklärte, daß der gute Stand der Volksschulen in Wien zu respektieren sei, daß jedoch die Berufsschulen arg vernachlässigt würden. Die Berufsschulen entsprächen in keiner Weise mehr den Anforderungen, weder in baulicher Hinsicht noch einrichtungsmäßig. Besonders die kaufmännischen Berufsschulen müßten sich seit Jahren mit Provisorien behelfen. Beim Vergleich, was Wien und andere Bundesländer für die Berufsschulen aufwänden, schneide Wien äußerst schlecht ab. Im nächsten Jahr würden in Wien 80 Berufsschulklassen mehr benötigt werden. Während andere Bundesländer die Jahre der Hochkonjunktur genützt hätten, um ihre Berufsschulen auf einen guten Stand zu bringen, habe Wien diese Chance vertan und könne sie in Zeiten der Einschränkung nicht aufholen.

Berufsschulprobleme

GR. Gawlik (SPÖ) wies die Behauptung, daß zwischen den sozialistischen Berufsschullehrern und der Schulverwaltung nicht der nötige intensive Kontakt bestehe, entschieden zurück. Er bezeichnete die von seinem Vorredner aufgezeigten Zustände an den Wiener Berufsschulen als Horrorbild. GR. Gawlik betonte, daß er grundsätzlich für den zweiten Berufsschultag für alle Lehrlinge eintrete, weil er nicht einige Lehrlingsgruppen, wie etwa die Friseure, abwerten wolle.

Zur lehrgangsmäßigen Berufsschule wies GR. Gawlik auf die pädagogischen Probleme hin, die die Kasernierung und kurzfristige Überförderung der Berufsschüler dort mitsichbringe.

Mit einem grundsätzlichen Bekenntnis zum dualen System verband GR. Gawlik die Aufforderung an die ÖVP-Fraktion, Hilfestellung bei der Auflockerung dieses Systems zu leisten. Die Standardhebung bei der Lehrlingsausbildung könne nicht in achttägigen Kursen des Wirtschaftsförderungsinstitutes erfolgen.

Zu den **Vorwürfen**, daß für die Berufsschulen in Wien zuwenig getan werde, betonte GR. Gawlik, daß allein bei den Berufsschulen eine Steigerung der Mittel für Investitionen um 70 Prozent vorgenommen werde.

Abschließend erklärte GR. Gawlik, daß die dynamische Entwicklung auf dem maschinellen Sektor eine Synchronisation der Schulausrüstung mit den jeweils modernsten Errungenschaften unmöglich mache. Auch in anderen Ländern, wie etwa Großbritannien, Frankreich, Schweden und Norwegen sei hier eine Phasenverschiebung zu bemerken.

Lehrlingsprobleme

Zu Wort meldete sich anschließend Stadtrat Neusser (ÖVP)... Er wies zum Problem des starken Verkehrslärms vor der Schule in der Mollardgasse auf Lösungsmöglichkeiten hin, wie sie etwa die Enquete des Bautenministers zum Thema "Energiesparen in den Haushalten" jüngst aufgezeigt habe. Stadtrat Neusser führte weiter aus, daß er dankbar das Bekenntnis seines Vorredners zum dualen Ausbildungssystem entgegennehme und damit die Aufforderung an alle verbinde, mit der Sorge für eine bessere Ausbildung der Lehrlinge auch die Garantie für ein Funktionieren der Wirtschaft in der Zukunft zu übernehmen.

Abschließend wies Stadtrat Neusser darauf hin, daß die von der Gewerkschaft geforderte Reduzierung der Gesamtausbildungszeit für Lehrlinge von vier auf drei oder zwei Jahre bei gleichzeitiger Einführung eines zweiten Berufsschultages eine Entwicklung einleiten könnte, wie sie bereits im süddeutschen Raum in erschreckendem Ausmaß vor sich gehe. Dort sei es auf Grund der relativ hohen Ausbildungskosten leider gang und gäbe geworden, keine Lehrlinge mehr aufzunehmen, sondern Hilfsarbeiter notdürftig auszubilden.

Kulturelle Bilanz

GR. Ascherl (SPÖ) erklärte, er müsse die Behauptung, Wiens kulturelles Klima sei negativ, mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Man **brauche** nur das wöchentliche Veranstaltungsprogramm anzuschauen, um zu sehen, daß ein umfangreiches Angebot von Veranstaltungen und Einrichtungen bestehe. Es sei schwer, diese Fülle zu überblicken und aus ihr auszuwählen. Ein großer Teil davon werde von der Stadt Wien subventioniert.

Die Ausgaben für die Geschäftsgruppe 3 steigen überdurchschnittlich, der Anteil des Kulturbudgets am Gesamtbudget erhöht sich dadurch von 12,5 auf 12,9 Prozent.

Auch der Vorwurf der Konzeptlosigkeit sei unberechtigt. Schon vor Jahren habe Vizebürgermeisterin Gertrude Fröhlich-Sandner das Wiener Kulturprogramm vorgelegt, nach dem nun zielstrebig gearbeitet werde.

GR. Ascherl schilderte dann eingehend die für 1975 geplanten Aktivitäten. Das Netz kultureller Zentren werde ausgebaut, Kunst und Wissenschaft würden verstärkt gefördert werden, die Subventionen für die Theater würden wegen der steigenden Kosten erhöht, besondere Initiativen für die Denkmalpflege seien geplant. Als besondere Aktivitäten nannte GR. Ascherl unter anderem die Ausstellung "Expressiver Realismus" im Rahmen der Österreich-Wochen in Amsterdam, Bonn und Lüttich, die Makart-Ausstellung in der restaurierten Hermes-Villa, die Jubiläumstournee der Wiener Symphoniker nach Japan und Amerika mit dem Konzert vor der Vollversammlung der UNO, die Johann Strauß-Ausstellung in der Volkshalle und das Musikfest im restaurierten Konzerthausaal.

Gefahr der Verschulung

GR. Prohaska (ÖVP) wurde von der SPÖ mit Zwischenrufen empfangen, weil eine Kurzfassung seiner Rede schon zwei Stunden vorher vom ÖVP-Pressedienst ausgeschickt worden war. Er stellte fest, daß junge Menschen heute durch Reizüberflutung und mangelnde Naturerlebnisse motiviert seien. Das führe zur Passivität gegenüber der Gesellschaft. Die Gemeinschaft müßte dem entgegentreten, die Stadt Wien fördere das aber nur zum Teil. Es bestehe die Gefahr einer totalen "Verschulung". Die Gemeinde sollte jedoch nur Hilfe anbieten, wenn das Elternhaus nicht imstande sei, optimale Bedingungen zu bieten.

Es sei außerdem nötig, das Kontrasterlebnis zwischen Arbeit und Freizeit abzubauen. Freizeitforschung, Freizeitplanung und Freizeitinformation seien dazu notwendig. Von 23 Bezirken hätten nicht einmal zehn ein Hallenbad, elf Bezirke seien ohne Sommerbad. Über 60 Prozent der Bewohner Neufahrgrans gingen abends nie oder nicht öfter als einmal im Monat aus. Es fehlten noch immer die versprochenen Radfahrstraßen. Prestigeprojekte hätten Vorrang vor regional gestreuten Sportplätzen. Zum Ferienspiel meinte GR. Prohaska, es sei von der Idee her großartig, aber es fehle die pädagogische Ausrichtung.

Der Redner begrüßte auch die Erhöhung der Subventionen für die Jugendorganisationen, kritisierte jedoch, daß im Durchschnitt die Subventionen um 50 Prozent erhöht wurden, während die Sozialistische Jugend um 57 und die Kinderfreunde um 70 Prozent mehr bekämen.

Die Leistungen auf kulturellem Gebiet seien positiv, schloß GR. Prohaska, doch von zwei Nachteilen überschattet: von der Fülle nicht eingehaltener Versprechungen und davon, daß die SPÖ manchmal mehr an den Sozialismus als an die Wiener Bevölkerung denke.

Die Beratungen werden morgen Mittwoch, 11. Dezember, um 9 Uhr fortgesetzt. Das Tagungsprogramm: Gruppe 4,5 und 6.

(Ende des Sitzungsberichtes)

Mittwoch, 11. Dezember 1974

Blatt 3043

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

Die neuen Gaspreise
Ortstaxe neu festgesetzt
Wiener Budgetdebatte

Kultur:
(gelb)

Bildfolgen aus einem Schauspielerleben

Sport:
(grün)

Jahresrückblick auf die Leistungen der Stadt
Wien für den Sport

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So. 14
bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Kommunal:Spezialdebatte Soziales und Gesundheit
=====

Wien, 11.12. (RK) Der Wiener Gemeinderat setzte Mittwoch die Budgetdebatte mit der Spezialdebatte Soziales und Gesundheit fort. GR. Krenn (FPÖ) machte darauf aufmerksam, daß trotz des ständigen Anstiegens der Diabetes- und Kreislaufferkrankungen die Wiener Gesundheitsbehörden nichts zur Aufklärung der Bevölkerung über deren hauptsächliche Ursache, die Übergewichtigkeit, tue. Mangelnde Aufklärung gebe es auch bei den Venerischen Krankheiten, die immerhin auch um 13 Prozent gestiegen seien.

Der Redner kritisierte weiter, daß trotz des nach wie vor bestehenden Mangels an praktischen Ärzten und Zahnärzten in Wien die Gesundheitsbehörden keine Förderungsmaßnahmen etwa für die Einrichtung effizienter und von den jüngeren Ärzten oft angestrebter Gruppenpraxen ergreife. Weiters prangerte Gemeinderat Krenn die Fehlplanung im AKH bei der Versorgung von Labors mit natürlichen Lichtquellen und die bereits zwölf Jahre dauernde Planung für das sozialmedizinische Zentrum Ost an. Er wies auch auf den Mangel an Notstromaggregaten in den Wiener Gemeindespitälern hin, der beim großen Stromausfall am 17. Jänner 1974 offenbar geworden sei.

Weiters richtete er eine Anfrage an den Amtsführenden Stadtrat, in welchen Spitälern solche Notstromeinrichtungen bereits vorhanden seien, beziehungsweise wann in jenen Anstalten, die noch nicht darüber verfügen, mit der Inbetriebnahme gerechnet werden könne.

Im Anschluß an eine Kritik an der zu langsamen Planung und zu geringen Dotation für Spitalsbauten beziehungsweise Pflegeheimbauten stellte Krenn namens seiner Fraktion zwei Anträge. Die für den Krankenanstaltenbau bereitgestellten Geldmittel sollten von 175,330.000 auf 250,330.000 Schilling erhöht werden. Desgleichen sollten die für den Pflegeheimbau vorgesehenen Mittel von 57,310.000 auf 123,310.000 Schilling erhöht werden. Die FPÖ-Fraktion mache ihre Zustimmung zum Budgetvoranschlag für diese Geschäftsgruppe von der Annahme der Änderungsvorschläge abhängig.

Krankenanstaltenplan festgestellt

GR. Dinhof (SPÖ) stellte fest, daß auch in einer Zeit des relativen Wohlstandes dem Sozialwesen und den Grundsätzen der Sozialpolitik große Bedeutung zukomme. Je eher man in der Lage wäre, die derzeit bestehenden sozialen Dienste auszubauen, desto eher könne man auch dem Problem der Pflegefälle in den Akutstationen der Krankenhäuser beikommen. Zu dem von Stadtrat Prof. Dr. Stacher angekündigten Krankenanstaltenplan: Dieser sei bereits fertiggestellt und werde nach entsprechender Diskussion der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Mit seiner Hilfe würde künftighin eine echte Budgetierung der Wiener Krankenanstalten möglich sein. Hier kritisierte der Debattenredner das bisher übliche "Gießkannenprinzip", das zufolge hatte, daß es in manchen Krankenanstalten oft bis zu 20 verschiedene Baustellen gab.

Wien wird im Jahre 1975 über 10.924 systemisierte Betten verfügen. Diese Betten können aber auf Grund von Um- und Zubauten, Urlaubs- und Reinigungssperren nicht voll ausgenutzt werden. Unter Bedachtnahme auf diese betriebsbedingte Bettenverminderung konnten dem Voranschlag 1975 daher nur 8.593 Betten zugrunde gelegt werden. Beim Personalproblem unterstrich Dinhof die Notwendigkeit der gerade in letzter Zeit sehr stark forcierten Aus- beziehungsweise Umbauten der Krankenpflegeschulen. Der Schülerstand in den sechs allgemeinen Krankenpflegeschulen und den drei Kinderpflegeschulen betrug im Oktober 1.360 Schüler und Schülerinnen, das sind um 161 mehr als im Vorjahr. Alle Schulplätze sind derzeit voll ausgenützt. Dazu kommen noch die Krankenpflegeschulen an den Psychiatrischen Krankenhäusern mit 118 Schülerinnen und Schülern. Gegenüber dem Vorjahr habe es wohl eine Personalvermehrung gegeben, die jedoch bedingt durch die intensivere medizinische Betreuung keine Lösung der Probleme gebracht hat. In diesem Zusammenhang wies er auch auf den hohen Anteil der beschäftigten Ausländer hin: Von den derzeit 6.049 diplomierten Krankenschwestern sind 420 (12,2 Prozent) Ausländer, die aus 24 (!) verschiedenen Ländern kommen. Bei den Stationsgehilfen beträgt der Anteil der Ausländer 20,5 Prozent, beim Küchenpersonal 61,9 Prozent, beim Haus- und Reinigungspersonal 56,4 Prozent. Diese Zahlen beweisen eindeutig, daß der Krankenanstaltenbetrieb ohne ausländische Arbeitskräfte kaum noch möglich wäre.

GR. Dinhof kündigte die Schaffung einer Krankenhauskommission und einer Pflegeheimkommission an. Aufgabe dieser beiden Kommissionen wird es sein, Vorschläge zur Verbesserung der medizinischen und sozialmedizinischen Betreuung auszuarbeiten. Es sei wohl richtig, daß die Planung des Sozialmedizinischen Zentrums Ost eine sehr lange Zeitspanne in Anspruch genommen habe, doch seien unter Stadtrat Stacher diese Arbeiten forciert vorangetrieben worden. Im kommenden Frühjahr wird mit den Bauarbeiten begonnen, wobei als erste Bauetappe zunächst die Krankenpflegeschule und dann das Pflegeheim mit 441 Plätzen errichtet werden wird. Mit dem Baubeginn des Betagtenheimes Süd mit 1.000 Plätzen wird im kommenden Jahr bei Fertigstellung der beiden Heime der derzeitige Fehlbestand an Betten gedeckt sein.

Zu den Vorwürfen bezüglich der fehlenden Notstromaggregate: Auf Grund der Initiative von Prof. Stacher seien die dafür notwendigen finanziellen Mittel zum Teil bereits bewilligt worden, zum Teil sind sie im vorliegenden Budgetvoranschlag enthalten.

Es sei klar, daß es auf dem Sektor des Gesundheitswesens keine Frage der wirtschaftlichen Rentabilität geben könne, sondern daß hier der Abgang von zirka 2,5-Milliarden Schilling eine Leistung aller für die Gesundheit der Bevölkerung darstellt, meinte Dinhof abschließend.

Kritik an Sozialaktionen

GR. Gertrude Härtel (ÖVP) bedauerte es, daß durch die Erhöhung des Grundtarifs beim Strombezug vor allem der sozial schwache Bevölkerungsteil betroffen werde. Nach dem Motto: Ob du sparst oder nicht - mehr muß auf jeden Fall bezahlt werden.

Einer von der Arbeiterkammer durchgeführten Armutsstudie könne entnommen werden, daß in Wien 231.500 Menschen leben, die mit 1.042 Schilling im Monat auskommen müssen, für 76.500 Wiener betrage das Monatseinkommen 1.625 Schilling. Jede Erhöhung der Inflationsrate treffe diese Menschen besonders hart.

In einem Antrag wird Prof. Dr. Stacher aufgefordert, innerhalb von sechs Monaten einen Sozialplan vorzulegen, auf welche Weise vor allem den alten Menschen und den kinderreichen Familien geholfen werden könne.

GR. Gertrude Härtel kam dann auf die alljährlich durchgeführte Schiffahrt für Altersheiminsassen zu sprechen und bezweifelte den Erholungswert dieses Donauausflugs, weil die Teilnehmer bereits um vier Uhr früh aus den Betten müßten, um rechtzeitig beim Schiff zu sein. Vielleicht könnte man die Altersheiminsassen einen Ausflug mit der Eisenbahn unternehmen lassen.

Für die Besitzer von Pensionistenausweisen schlug die Rednerin vor, Kinobesuche zum halben Preis mit den noch bestehenden Kinos zu vereinbaren.

Mit dem Männerheim in der Meldemannstraße, das zur Zeit mit einem Kostenaufwand von fünf Millionen Schilling umgebaut wird, hätten die Bewohner der Brigittenau wenig Freude. Es wäre wünschenswert, das Heim in ein weniger dicht besiedeltes Stadtgebiet zu verlegen. Der Komplex in der Meldemannstraße könnte in ein Pensionistenheim umgewandelt werden.

Auf der Baumgartner Höhe entsprechen die Pavillons nicht den Anforderungen, die man an Unterkünfte für psychisch gestörte Menschen stellen müsse. In der Psychiatrischen Krankenanstalt Ybbs gehe der Einbau der Zentralheizung viel zu schleppend vor sich.

Abschließend stellte die Rednerin fest, daß der Rettungsdienst nicht viel verbessert werden konnte. Es fehlten noch immer 15 Einsatzwagen, und nicht jeder Rettungswagen sei mit einem Arzt besetzt.

Vorsorge für Gruppenpraxen

Zu der Kritik von GR. Krenn (FPÖ), daß in Wien für die ärztliche Versorgung der Bevölkerung zu wenig getan werde, nahm GR. Maria Szöllösi (SPÖ) Stellung. Es sei richtig, daß die ärztliche Versorgungslage in Wien unterschiedlich ist. Der größte Ärztemangel besteht in den Bezirken 10., 11., 20., 22. und 23.

Während etwa im 1. Bezirk auf 600 Einwohner ein praktischer Arzt kommt, sind es im 11. Bezirk 2.290 Einwohner. In den genannten Bezirken muß daher bei Neubauten dringend die Form der Praxisgemeinschaften eingeplant werden. Das geschieht auch bereits: Im Simmeringer Amtshaus wurden Räume für eine Gruppenpraxis vorbereitet, in einer neuen großen Wohnhausanlage in Floridsdorf, Mitterhofergasse, ist eine Gruppenpraxis bereits eingeplant. Allerdings hängt die ärztliche Versorgung nicht allein von der Vorsorge der Gemeinde Wien ab. Eine Umfrage unter jungen Ärzten ergab nämlich, daß von 72 Jungärzten 45 nicht in die Praxis gehen wollen.

GR. Szöllösi beschäftigte sich dann ausführlich mit den zahlreichen Gesundheitseinrichtungen der Stadt, die im starken Ausmaß von der Bevölkerung in Anspruch genommen werden. Bei der vom Gesundheitsamt alljährlich durchgeführten Polioimpfaktion allerdings sei heuer eine Impfmüdigkeit festzustellen, womit der Erfolg in Frage gestellt wird. Hatten sich 1973 noch 47.296 Personen impfen lassen, so waren es heuer nur 23.967 Personen. Mit guten Erfolgen schneiden die Spezialberatungsstellen für Drogenabhängige, für Alkoholabhängige und die neu eingerichtete Raucherberatung ab. Mit Stolz erfüllen können die Leistungen des schulärztlichen Dienstes, in dessen Rahmen Gesundheitsstadtrat Stacher heuer erstmals die Rötelnimpfung eingeführt hat. Insgesamt wurden heuer vom schulärztlichen Dienst mehr als 108.000 Kinder untersucht. Auch die Gesundheitsfürsorge für Mutter und Kind wurde stark in Anspruch genommen: In den 58 Mutterberatungsstellen und in den drei Beratungsstellen für Gastarbeiter wurden mehr als 68.000 Beratungen durchgeführt. 6.099 Frauen haben die Schwangerenberatungen aufgesucht. Das Gesundheitsamt führte überdies, sowie im Vorjahr, eine Grippeimpfaktion durch. Die Rednerin würdigte abschließend die Leistungen des Rettungsdienstes, der heuer bereits mehr als 34.000 Ausfahrten zu bewältigen hatte und des Krankenbeförderungsdienstes mit mehr als 52.000 Fahrten.

Kritik an Behindertengesetznovelle

GR. Dr. Maria Flemming (ÖVP) unterzog den Entwurf einer Behindertengesetznovelle, der sich derzeit in der Begutachtung befindet, einer teilweisen Kritik. Nach den finanziellen Erläuterungen dieses Entwurfes werden für die Aufgaben der Be-

hindertenhilfe 16 Millionen mehr erforderlich sein. Im Budget ist jedoch nur eine Erhöhung von 5,5 Millionen vorgesehen. Weiter sehe das neue Gesetz die Errichtung von sogenannten geschützten Werkstätten und eigenen Heimen für Behinderte vor, aber gleichzeitig sei den Erläuterungen zu entnehmen, daß die Stadt Wien solche Einrichtungen nicht als Verpflichtung ansehe. Daß die Stadt Wien damit die Durchführung des Gesetzes von vornherein nicht in Betracht ziehe, meinte die Rednerin, sei als neuer Stil der Sozialpolitik anzusehen. Im Entwurf der Novelle sei schließlich ein Pflegeentgelt für Bedürftige vorgesehen. Dr. Flemming schlug vor, solche Zuwendungen in das Sozialhilfegesetz zu integrieren, um Überschneidungen zu vermeiden.

Betreuung alter Menschen

GR. Eveline Anderlik (SPÖ) beschäftigte sich in ihrem Debattenbeitrag vornehmlich mit der Betreuung alter Menschen und hob hervor, daß die Mittel für die Heimhilfe und die Hauskrankenpflege im kommenden Jahr um 65 Prozent angehoben würden. 580.000 Pflegestunden könnten daher geleistet werden. Die Zahl der Pensionistenklubs werde um fünf auf 140 vergrößert.

Ausgleichszulagen

Ihr Fraktionskollege Anton Windhab sprach zunächst über die Sozialdienste der Stadt und dann davon, daß der Richtsatz der Ausgleichszulage während der Regierungszeit Kreiskys um 80 Prozent erhöht worden sei. Was Wien angehe, gelten hier die gleichen Richtsätze für die Ausgleichszulagenbezieher wie bei der Pensionsversicherung, was zufolge hat, daß in allen anderen Bundesländern die Richtsätze um 17 bis 33 Prozent geringer seien.

Kritik

Stadtrat Walter Lehner (ÖVP) replizierte zunächst auch einige sozialistische Vorredner und meinte, dem Gesundheitsressort sei früher viel weniger Geld zur Verfügung gestellt worden. Auch was das Krankenhaus Wien-Ost angehe, so sei dessen Raum- und Funktionsplan unter Stadtrat Dr. Glück bereits 1972 fertiggestellt gewesen und trotz Glücks Urgenzen sei nie die Detailplanung in Angriff genommen worden.

Auch die heuer erstmals durchgeführte Rötelnimpfung gehe auf den früheren ÖVP-Stadtrat zurück, wie auch etliche Elemente des nun vorgelegten Gesundheitsberichtes aus der Ära Glück stammten.

Lehner fragte sodann, ob es stimme, daß das Krankenhaus Rudolfsstiftung deshalb nicht fertiggestellt werden könne, weil die gemeindeeigene Firma Odelga ihren Lieferverpflichtungen nicht nachkomme. Darüber gäbe es zwei Gerüchte: Die Odelga exportiere zuviel oder aber die Stadt habe bei der Firma bereits so hohe Schulden, daß sie nicht mehr liefern wolle.

Als ein Debakel bezeichnete es Lehner, daß im kommenden Jahr für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses als 19. Bau-rate von der Stadt lediglich 290 Millionen S zur Verfügung gestellt würden. Und dies, obwohl im Spitzenausschuß für das kommende Jahr 950 Millionen S beschlossen worden seien. Aber weil der Bund seinen 50prozentigen Anteil einfach skrupellos gekürzt habe, sei Wien diesem schlechten Beispiel gefolgt, so daß dem AKH lediglich insgesamt 580 Millionen Schilling zur Verfügung stünden. Der Bund habe darüber hinaus den ebenfalls paktierten Dezember-Beitrag von 107 Millionen Schilling nicht bezahlt, sondern nur 20 Millionen Schilling bereitgestellt. Durch die Reduktion würden vor allem der Ausbau der Kinderklinik und der Psychiatrie betroffen, weil für beide statt der 240 benötigten Millionen S nur 140 Millionen bereitgestellt werden könnten. "So schlecht ist Wien vom Bund noch nie behandelt worden".

Mehr Geld

GR. Krenn (FPÖ) meldete sich noch einmal zu diesem Kapitel und beschwerte sich darüber, daß der Krankenhausplan von Stadtrat Stacher nicht dem Ausschuß vorgelegt worden sei. Seine Fraktion habe zudem in den letzten Jahren oft genug mehr Geld für das Krankenhaus Ost und das Altersheim Süd verlangt.

Antworten

Stadtrat Dr. Stacher kam auf die Notstromsituation in den Wiener Spitälern zurück und erklärte, es hätte bereits unter seinem Vorgänger einen Vorfall à la Glanzing gegeben, ohne daß daraus Konsequenzen gezogen worden wären. Er hingegen habe sofort die notwendigen Maßnahmen eingeleitet.

Was die Finanzierung des Krankenhauses Ost und des Alterheimes Süd angehe, so seien im laufenden Budget die Planungsraten auf je 14 Millionen S erhöht worden. Für das kommende Jahr stünden 60 respektive 65 Millionen S zur Verfügung. Zur Präsentation des Krankenhausplanes habe er alle Ausschußmitglieder eingeladen gehabt. Bezüglich der Armutsstudie müsse man berücksichtigen, daß die Zahlen aus dem Jahr 1971 stammten und seither die Einkommen ja spürbar erhöht worden seien. Schließlich erklärte Stacher noch, als er sein Amt angetreten habe, seien in den psychiatrischen Krankenhäusern Wiens täglich im Durchschnitt 50 Patienten auf Matratzen gelegen, weil die Betten nicht ausreichten. Dies sei seit einem halben Jahr nicht mehr der Fall. Der Gesundheitsstadtrat gab abschließend noch bekannt, in den Wiener Krankenpflegeschulen seien jene rund hundert Schüler untergebracht worden, die in den niederösterreichischen Schulen nicht mehr hätten aufgenommen werden können.

Rede und Gegenrede

Amtsführender Stadtrat Mayr (SPÖ) erinnerte zu den Ausführungen von Stadtrat Lehner über das AKH daran, daß ein Vertrag mit dem Bund besteht, dessen Bestimmungen einzuhalten sind. Was die säumigen Zahlungen seitens des Bundes betrifft, so soll der ausständige Betrag für heuer in der Höhe von 99 Millionen S in den nächsten Tagen überwiesen werden. Dazu kommt dann die 99 Millionen von der Gemeinde Wien, womit alle Verpflichtungen für heuer erfüllt werden können.

GR. Gertrude Härtel (ÖVP) wies in einer neuerlichen Wortmeldung die gegen den früheren Gesundheitsstadtrat Dr. Glück erhobenen Vorwürfe der versäumten Maßnahmen auf dem Gesundheitssektor zurück. Ihrer Meinung nach habe es dafür stets an den nötigen finanziellen Mitteln gefehlt.

Stadtrat Stacher meldete sich erneut zu Wort. Er bezeichnete die Umwandlung von großen Krankensälen in kleinere Krankenzimmer mit vier bis sechs Betten als ein langfristiges Ziel. Zur Situation der I. Unfallchirurgischen Abteilung im AKH: Die Zustände an dieser Abteilung sind bereits seit Jahren katastrophal. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, daß man bemüht gewesen wäre, hier möglichst rasch eine Lösung zu finden. So sei geplant gewesen, eine Unfallchirurgie im Krankenhaus Lainz - voraussichtlicher Kostenpunkt 150 Millionen S - zu errichten.

Diese Lösungsmöglichkeit ist jedoch bisher am Widerstand des Professorenkollegiums gescheitert.

Spezialdebatte - Stadtgestaltung und Verkehr

Zum Thema Stadtgestaltung und Verkehr sprach als erster Redner GR. Hirnschall (FPÖ) und befaßte sich mit dem Ausbau der Wiener Vorortelinie zu einer leistungsfähigen S-Bahn. Er stellte fest, daß in diesen Belangen die Gemeinde Wien und der Bund keine gemeinsamen Vorstellungen hätten. Seine Fraktion hätte schon öfter konstruktive Vorschläge gemacht. Eine Studie über Frequenzerwartungen - die ursprünglich als unrentabel bezeichnet worden war - sei nun abgeschlossen. Die Frequenz erwies sich zwar als gering, doch könne man sie als durchaus rentabel bezeichnen. Es wurde festgestellt, daß in den Früh- und Abendstunden je vier Garnituren völlig ausgelastet sein würden.

Der Redner gab schließlich seiner Überzeugung Ausdruck, daß der Ausbau der S-Bahn den "Fahrgastschwund" bei den Verkehrsbetrieben nicht nur auffangen, sondern sogar eine Trendumkehrung herbeiführen könne. Voraussetzung für den Verkehr in Ballungsräumen sei die Schaffung eines Verkehrsverbundes mit Fahrplan-system und Tarifsysteem.

Hirnschall kritisierte die Planung der Autobahn bei der Traisengasse. Jetzt sollte man sich genau überlegen, wo man wirklich die Autobahn haben wolle. Diese Planung sei jedenfalls eine Isolierung der Autobahn vom übrigen Straßennetz.

U-Bahn-Bau sichert Arbeitsplätze

GR. Holubarz (SPÖ) wandte sich dem U-Bahn-Bau zu. Bisher wurden eine Million Kubikmeter Erde ausgehoben. Das ergebe einen Frachtzug von 600 Kilometer Länge. Gewiß, so betonte der Redner, sei es zu unangenehmen Behinderungen gekommen, doch sollte man auch sehen, daß der U-Bahn-Bau, auch während der Bauzeit, Positives gebracht hat. So sind bereits 55 Waggons für die U-Bahn, im Werte von über einer Milliarde, in Auftrag gegeben worden.

Der "Silberpfeil", wie der erste U-Bahn-Zug genannt wird, sei von Arbeitern, Angestellten und Technikern der Simmeringer Waggonfabrik gebaut worden. Er kann als der leiseste U-Bahn-Zug Europas bezeichnet werden. Darüber hinaus, sagte Holubarz, wird die Industrie weitere Aufträge erhalten. Der Bau der U-Bahn wird aber auch eine Schlüsselstellung für viele kleinere Betriebe sein.

Holubarz sprach dann noch über die Fußgängerzonen, die anfangs mit Skepsis aufgenommen wurden, heute aber zu den beliebtesten Gegenden Wiens zählen. Man müßte weitere Gebiete Wiens zu Fußgängerzonen machen.

Kritik an U-Bahn-Planung

Die Finanzierung des U-Bahn-Baues sei im kommenden Jahr nicht ausreichend gesichert, kritisierte GR. Dr. Peter Mayr (ÖVP). Trotz enormer Baukostensteigerungen sei die Höhe des Gesamtbeitrages gleich geblieben. 1975 werde daher weniger gebaut als 1974 und das trotz der Beteuerungen der SPÖ-Vertreter, daß alles getan werde, um der Bevölkerung möglichst rasch ein zusätzliches, attraktives Massenverkehrsmittel anzubieten. Auswirkungen des Sparens am falschen Platz seien schon jetzt zu bemerken: Der Bauabschnitt 4 der Linie U 1 sei wegen Geldmangels zeitlich verschoben worden. Dieser Abschnitt, der vom Nestroyplatz bis zum Praterstern reicht, werde wesentlich später als vorgesehen fertiggestellt werden können.

An der Gesamtkonzeption kritisierte Mayr, daß sich die Stadtplanung um die Vorschläge der österreichischen Bundesbahnen, das innerstädtische Eisenbahnnetz teilweise als Schnellbahnnetz auszubauen, zu wenig gekümmert habe. Dadurch sei die Chance vertan worden, auf der Stadtbahntrasse der künftigen U 4 einen Schnellbahnast aus dem Westen über Hütteldorf bis zur Landstraße zu führen.

Nach Mayr fehlten wichtige Beschlüsse über Detailprojekte der Wiener U-Bahn. Die Entscheidung über die endgültige Trassenführung der U 3, der U 6 und über die Art der Weiterführung der U 1 vom Praterstern nach Kagran stünden noch aus. Mayr kritisierte besonders die Diskussion über eine eventuelle Tieflage der U-Bahn im Bereich Praterstern-Kagran. Die Hochlage biete viel mehr Vorteile. Am anderen Ende der U 1 sei verabsäumt worden, die Trasse bis nach Ober-Laa zu verlängern. Bei der derzeitigen

Endstelle der U 1 am Reumannplatz hätte man schon mit dem Bau der Tiefgarage beginnen müssen.

Die Unsicherheit bei der Gestaltung des Karlsplatzes, die Fehler beim Wohnbau - große Siedlungen würden oft ohne Anbindung an leistungsfähige Massenverkehrsmittel errichtet - seien weitere Beispiele für die Konzeptlosigkeit.

Im Zusammenhang mit der Stadterneuerung regte Dr. Mayr an, alle Gesetze aufeinander abzustimmen, um Pannen zu vermeiden. Im übrigen sei die Richtigkeit der Anträge seiner Partei im Zusammenhang mit dem Stadterneuerungsgesetz durch die praktische Erfahrung der Stadtplanung im ersten Assanierungsgebiet Wiens in Ottakring voll bestätigt worden.

Wiener Verkehrsprobleme lösbar

GR. Stockinger (SPÖ) beschäftigte sich in seinem Debattenbeitrag mit den Verkehrsproblemen. Obwohl mit einer weiteren starken Zunahme des Autoverkehrs gerechnet werden muß, sind die Probleme lösbar - allerdings wird man keine Stadtviertel niederreißen, um die "autogerechte" Stadt zu schaffen, sondern man wird, dem Arbeitsprogramm der Sozialisten entsprechend, den Verkehr nach einer "menschengerechten" Stadt ausrichten.

Für den Wirtschaftsverkehr ist das Auto notwendig, erklärte der Redner, und für den Freizeit- und Erholungsverkehr bequem. Aber im Stadtzentrum und in den Spitzenverkehrszeiten muß den öffentlichen Verkehrsmitteln der Vorzug gegeben werden. Der Ausbau des übergeordneten Straßennetzes wird daher weiterhin konzeptmäßig verfolgt werden. Dafür stehen im kommenden Jahr neben den 730 Millionen S aus dem Bundesbudget 200 Millionen im Wiener Budget zur Verfügung. Sollen jedoch die öffentlichen Verkehrsmittel zu den Verkehrsspitzen ihre Aufgabe bewältigen, muß ihre Attraktivität großzügigst vermehrt werden. Dazu wird das U-Bahn-Grundnetz wesentlich beitragen. Aber auch der weitere Ausbau des Schnellbahnnetzes ist vorgesehen: Zu den konkreten Plänen zählt die Errichtung der S-Bahn-Station Großfeldsiedlung, der viergleisige Ausbau der Strecke Hetzendorf-Liesing und der Ausbau der Ostbahn als S-Bahn-Strecke nach Floridsdorf. Langfristig ist der S-Bahn-Betrieb zwischen Penzing und Meidling und in weiterer Folge auf der Vorortelinie in Planung. Die Voraussetzungen dafür sind die Elektrifizierungsarbeiten, die nun vorangetrieben werden.

Was das kurzfristiger zu erfüllende Beschleunigungsprogramm der Verkehrsbetriebe betrifft - Sperrlinien, Stuttgarter Schwellen an den Gleisen, steuerbare Verkehrsampeln - wurde die Baudirektion angewiesen, zwei Musterlinien der Straßenbahn zu projektieren, damit der Beweis für die Wirksamkeit dieser Maßnahmen geliefert werden kann.

Vorwurf: Konzeptlosigkeit

GR. Dr. Ebert (ÖVP) erklärte, Wien sei wahrscheinlich die einzige Großstadt der Welt ohne Verkehrskonzept und ohne Konzept für die gesamte Verbauung. Es würden immer nur Einzelmaßnahmen gesetzt. Diese Konzeptlosigkeit sei an zahlreichen Mißständen und Fehlplanungen schuld: So verfügten die neuen Wohnbereiche am Stadtrand nicht über die entsprechende Infrastruktur. In diesem Zusammenhang kritisierte Ebert, es würde dem Konsum, den vor allem Vizebürgermeister Pfoch sehr protegiere, bei der Vergabe von Baurechtsgründen eine monopolartige Sonderstellung eingeräumt, die als Geschenk aus dem Steuertopf qualifiziert werden könnte. Auch bei den Problemen der dicht verbauten inneren Bezirke mangle es an herzhaften Lösungen. Obwohl immer mehr kleine Geschäfte zusperreten, würden in Vösendorf und in Wien selbst riesige Großmärkte errichtet, während alle anderen Länder von solchen Lösungen längst abrückten.

Die Stadtverwaltung werde auch einmal Farbe bekennen müssen, was mit dem Gürtel geschehen soll, fuhr Ebert fort. Der Wirtschaftsverkehr in seiner Gesamtheit scheine überhaupt in keinem Konzept auf. Die immer größeren Erschwernisse würden natürlich über den Preis vom Konsumenten bezahlt und daran sei die SPÖ im Rathaus mitverantwortlich. Für Park-and-ride sei im Budget nicht ein Groschen vorgesorgt, das Straßenbaubudget gehe zurück, die U-Bahn werde viel zu spät gebaut und alles in allem seien die Sozialisten im Rathaus um hundert Jahre zurück (lange Zwischenrufe bei der SPÖ).

Leistungsfähige Straßen

GR. Schemer (SPÖ) meinte als nächster Debattenredner, daß mindestens eine Million Wiener am Auto Interesse hätten und daher nicht von einer Minderheit gesprochen werden könne. Schließlich seien in Wien rund 420.000 PKWs zugelassen. Im Interesse der

Wohnviertel müßte der Verkehr gebündelt werden. Daher brauche man leistungsfähige Straßen. Die Zerstörung der Städte habe eigentlich im vorigen Jahrhundert begonnen, wobei es primär um den Bau von Repräsentationsgebäuden im Kernbereich und von Wohngebieten mit möglichst hoher Rendite in den peripheren Bezirken gegangen sei.

Was das Interesse der ÖVP an der Planung angehe, so müsse er feststellen, daß diese Partei früher die Planung grundsätzlich abgelehnt habe und die SPÖ ihrer Planungsfreundlichkeit wegen mit den Kommunisten gleichgesetzt habe. Das Stadterneuerungs- und Assanierungsgesetz sei durch die Blockade der ÖVP um etliche Jahre zu spät gekommen, so daß leider weiterhin an der Stadterweiterung gearbeitet werden müsse. Die neuen Gesetze im Interesse einer Stadterneuerung würden erst in einigen Jahren zum Tragen kommen.

Für die Wirtschaft meinte Schemer, habe die Stadtverwaltung bis 1973 rund fünf Millionen Quadratmeter Betriebsbau- gebiet erschlossen und dafür 774 Millionen Schilling aufgewendet (Dr. Ebert: "Das zahlen ja die Firmen".).

"Reißbrett-Planung"

GR. Jedletzberger (ÖVP) bemängelte an der Planung, daß sie oft nur auf dem Reißbrett erfolge, ohne auf bestehende Einrichtungen Rücksicht zu nehmen. So sei im 21. Bezirk im Verlauf der künftigen U 7 ein U-Bahn-Bahnhof in einem intensiv landwirtschaftlich genutzten Gebiet geplant. Es sei zu hoffen, daß eine andere Trassenführung gefunden werden könne.

Im Projekt der Autobahn zum Flughafen sei eine Brücke vorgesehen, die keinerlei Zweck habe, weil es keine Straße gibt, die darüberführen könnte.

In Ballungszentren - wie in der Großfeldsiedlung und in Simmering - hätten Jugendliche zu wenig Betätigungsmöglichkeiten, so daß die Jugendkriminalität erschreckend ansteige. Hier könnten Sportplätze Abhilfe schaffen.

Die Wichtigkeit der Landwirtschaft für Wien illustrierte GR. Jedletzberger durch folgende Zahlen: 57 Prozent der Fläche wird landwirtschaftlich genutzt, 19 Prozent sind Forste und 24 Prozent Bauareal. Nicht weniger als 70 Prozent des Frischgemüses für Wien werde von hier ansässigen Gärtnern produziert. ./.

Abschließend gab GR. Jedletzberger der Befürchtung Ausdruck, daß durch die Ostliberalisierung, die mit 1. Jänner 1975 in Kraft tritt, landwirtschaftliche Produkte so billig angeboten werden könnten, daß die Wiener Gärtner wirtschaftlich geschädigt werden.

"Ankündigungspolitik"

GR. Hahn (ÖVP) begann seinen Debattenbeitrag mit der Feststellung, daß die von den Sprechern aufgeworfenen Fragen nicht immer mit der erwünschten Präzision beantwortet würden. Im Zusammenhang mit der Demolierung der Jubiläumshäuser in Ottakring sei noch vieles ungeklärt. Er rief in Erinnerung, daß der Komplex von Kommerzialrat Babak um 1,8 Millionen Schilling gekauft und eineinhalb Jahre später an eine gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft weiterverkauft worden sei.

Als von der ÖVP die Schaffung einer Auskunftsstelle über Assanierungsangelegenheiten gefordert wurde, sei dieser Antrag zunächst abgelehnt worden. Später wurde er jedoch insofern erfüllt, als die Stadtverwaltung einen Informations-Autobus in das Ottakringer Assanierungsgebiet schickte. Es sei wichtig, mit den betroffenen Mietern zu sprechen - wenn auch gegenwärtig gar nicht die Mittel vorhanden seien, um die Assanierung in nächster Zeit zu beginnen.

Nach einer Anfragenbeantwortung vom Juni 1974 befinden sich 492 Althäuser im Besitz der Gemeinde Wien, darin 1.420 Mietobjekte leer stehen. Allerdings sei noch nicht erhoben, wieviele dieser Wohnungen verbessert werden können, damit man sie wieder vermieten kann.

Abschließend kam der Klubobmann der ÖVP auf das vor zwei Wochen mit großem publizistischen Aufwand veröffentlichte Projekt Freyung zu sprechen. Ankündigungspolitik werde gegenwärtig bekanntlich groß geschrieben - der Aufwand sei aber nicht gerechtfertigt, wenn keine Gewähr besteht, die Realisierung des Projekts in den nächsten zwei, drei Jahren zu beginnen. GR. Hahn gab seiner Hoffnung Ausdruck, von Bürgermeister Gratz näheres über die Finanzierung dieses Großprojektes zu erfahren.

./.

Antworten

Da in der Debatte über die Geschäftsgruppe V einige Fragen an den Amtsführenden Stadtrat gestellt wurden, meldete sich Ing. Fritz Hofmann zu Wort. Er wies den Vorwurf von Präsident Hahn zurück, die SPÖ-Fraktion habe ein gutes Verhältnis zu Grundstücksmaklern. Der von Hahn zitierte Kauf der sogenannten Jubiläumshäuser sei im zuständigen Ausschuß einstimmig beschlossen worden, auch mit den Stimmen der ÖVP. Diese Feststellung sei im Interesse der Steuerung der Wahrheit absolut notwendig.

Einen Großteil der Kritik an der Planung wertete Hofmann als Mißverständnis. An Dr. Hirnschall gewandt: Der Neubau auf dem Gelände des Franz Josefs-Bahnhofes werde so geplant, daß die Bahnhofsobjekte selbst bei einer anderen Trassenführung für andere Zwecke verwendet werden können. Die Wiental-Autobahn - Hirnschall könne sich durch Planunterlagen davon überzeugen - werde auf keinen Fall den Charakter einer Freilandautobahn haben, sondern städtischen Bedürfnissen angepaßt sein. Hofmann ersuchte Dr. Hirnschall, ihm eine Trassenführung für die sogenannte Lobau-Autobahn zu nennen. Die Wiener Stadtplanung glaube, auf den Außenring verzichten zu können. Niederösterreich bestehe auf einer Schließung des Ringes, habe sich jedoch bisher nicht bereit erklärt, selbst eine Trassenführung vorzuschlagen.

An die Adresse Dr. Mayr gewandt: In der nächsten gemeinderätlichen Planungskommission werde ein Netzplan vorgelegt werden, der die geänderte Trassenführung der U 3 berücksichtige. Nahezu alle Planungen in Wien seien immer im Einvernehmen mit der Kammer erfolgt - und auch Dr. Mayr könne eigentlich nicht so unwissend sein, wie er es im Gemeinderat gern vorgebe. Zu dem Vorwurf, die großen Wohnsiedlungen seien an keine Massenverkehrsmittel angebunden: Die Großfeldsiedlung besitze einen Anschluß an die Schnellbahn. An die Adresse Dr. Ebert gewandt: Er solle damit aufhören, die Bewohner der Großfeldsiedlung zu diskriminieren und die Situation so darzustellen, als wohnten in diesem Gebiet ausschließlich jugendliche Kriminelle und psychisch Labile. Auch die Behauptung, daß keine Infrastruktur vorhanden sei, stimme nicht. Rund 100 Geschäfte bewiesen das Gegenteil, Arbeitsplätze seien in nächster Umgebung geschaffen worden.

Hofmann bezichtigte die ÖVP der Doppelzüngigkeit und versuchte dies, an einem konkreten Beispiel zu beweisen. Dr. Ebert habe die

Tatsache, daß die Donauufer-Autobahn noch nicht fertig sei, als Versagen der Planung klassifiziert, andererseits hätten die ÖVP-Funktionäre in der jüngsten Vergangenheit alles dazu getan, um Bürgerinitiativen gegen die Errichtung dieser neuen Verkehrsader zu stärken und zu ermutigen.

Auch der Vorwurf, daß für den Straßenbau im kommenden Jahr zu wenig Geld vorhanden sei, stimme nicht. Durch die größere finanzielle Beteiligung des Bundes, die der sozialistischen Regierung zu verdanken sei, gebe es 1975 für den Straßenbau mehr Geld als in den früheren Jahren.

Spezialdebatte - Umwelt und öffentliche Einrichtungen

GR. Bauer (FPÖ) würdigte einleitend die besonderen Schwierigkeiten der Geschäftsgruppe "Umwelt und öffentliche Einrichtungen" und die faire Amtsführung des an ihrer Spitze stehenden Stadtrates. Positiv zu bewerten seien auch die Verabschiedung des Baumschutzgesetzes, oder etwa die Aktion "Autoabschleppen". Doch bemängelte der Redner, daß es kein Luftüberwachungsgesetz mit dem dazugehörigen Alarmplan gebe. Desgleichen fehle ein Luftreinhaltegesetz.

Weiter kritisierte der Redner, daß Wien den Möglichkeiten des "Recycling" noch immer kaum Aufmerksamkeit schenke. So habe etwa Frankreich durch das Wiederverwerten von Glas bereits eine Besserung seiner Außenhandelsbilanz erreicht, die Schweiz und die Bundesrepublik Deutschland verwerten 36 bzw. 45 Prozent der Papierabfälle wieder. Die Stadt Lausanne habe zur Erleichterung der Wiederverwertung die Trennung des Mülls nach Papier, Glas, Kunststoffen und Metallen eingeführt. In Skandinavien wurden bereits 70 Prozent des Haushaltsmülls dem "Recycling" zugeführt. Von der Wiener Stadtverwaltung seien hingegen auf entsprechende Vorschläge nur negative Reaktionen erfolgt.

In Bezug auf die Bäderplanung kritisierte GR. Bauer das Vorgehen beim Projekt "Höpflerbad" in Wien-Atzgersdorf. Hier seien 1972, 73 und 74 erste Bauraten bewilligt worden und in einer Broschüre des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien von 1974 der baldige Baubeginn angekündigt worden, im Budgetvoranschlag 1975 finde sich aber keine entsprechende Post. Entweder müsse es sich bei diesem Vorgehen um einen Fall von Fehlplanung handeln oder aber um das Erwecken falscher

Hoffnungen in der Bevölkerung. Der Redner kritisierte weiter den schlechten und unrationellen Zustand der älteren Wiener Hallenbäder und die ungünstigen Öffnungszeiten. Er wies weiter darauf hin, daß in vielen Bezirken ein großer Nachholbedarf bestehe.

Auf den Presse- und Informationsdienst eingehend, erklärte GR. Bauer, daß die Budgetansatzsteigerung von seiner Fraktion lieber bei den Kindergärten und anderen sozialen Einrichtungen gesehen worden wäre. Neben sehr positiv zu bewertenden Produkten wie dem Wohnungstausch-Anzeiger und der Broschüre "Viel Freude mit ihrer Gemeindewohnung" habe der Informationsdienst auch etwa die Plakataktion "Bilanz für Wien" durchgeführt, die keinen Informationswert für die Wiener habe und als Parteipropaganda ein Mißbrauch von Steuermitteln darstelle.

Im Hinblick auf die Zeitschrift "wien aktuell": Es würde keinen großen Verlust bedeuten, wenn diese Zeitschrift in Zukunft nur mehr monatlich erscheinen würde.

Abschließend stellte GR. Bauer namens der FPÖ-Fraktion den Antrag, die Budgetmittel für den Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien auf den Stand des Vorjahres zurückzukürzen.

Lob für Feuerwehr

GR. Nussbaum (SPÖ) würdigte die Leistungen der Wiener Feuerwehr, die auf ständig steigende Einsatzzahlen zurückblicken kann. Waren es 1967 rund 10.000 Einsätze, stieg diese Zahl 1973 auf 18.909 an, für 1974 werden es mehr als 19.000 Einsätze sein.

1973 betraf nur ein Viertel der Einsätze Brände, der Tätigkeitsbereich der Feuerwehr umfaßt immer mehr bau- und betriebstechnische Hilfeleistungen.

Um die Schlagkraft der Feuerwehr zu erhöhen, wurde in Zusammenarbeit mit privaten Firmen ein neues Rüstlöschfahrzeug entwickelt. Davon befinden sich bereits sechs im Einsatz, acht weitere sind in Bau.

Abschließend forderte der Redner ein zeitgemäßes Katastrophenschutzgesetz; es soll garantieren, daß im Bedarfsfall auch Firmen und die Bevölkerung zu Hilfeleistungen herangezogen werden können.

Wasserfragen

Als nächster Debattenredner wies GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz (ÖVP) auf die Möglichkeit hin, daß auch die Stadt Wien die Möglichkeit habe, Mittel aus dem Wasserwirtschaftsfonds zu erhalten. Allerdings werden diese Geldmittel nur für die Reinhaltung von Seen und fließenden Gewässer vergeben, der Bau der Großkläranlage falle nicht unter die Bedingungen. Die Fertigstellung dieser Kläranlage - sie wird die größte Europas sein - sei schon zwei Jahre im Verzug; wie man höre, sei sie ein Opfer der Stabilisierungsmaßnahmen geworden.

Ein Drittel des Wiener Trinkwassers wird gegenwärtig aus Uferfiltraten in Nußdorf und in der Lobau gewonnen. Über das Grundwasser im 20. und 21. Bezirk bestehen allerdings nur höchst lückenhafte Kenntnisse, obwohl das Gutachten eines Schweizer Wasserfachmanns eingeholt worden sei. Auch im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz, der tiefe Eingriffe in das Grundwassersystem des betreffenden Gebiets mit sich bringt, sei ein umfassendes hydrogeologisches Gutachten notwendig, weshalb GR. Dr. Strunz einen entsprechenden Antrag einbrachte.

Drei weitere Anträge betrafen das Thermalbad Ober-Laa, die Einberufung der Fachbeiräte und die Müllverbrennungsanlagen. Von den Liesing-Anrainern liegen Beschwerden über den Gestank des in diesen Wasserlauf eingeleiteten Mineralwassers vor; es sollte vor der Einleitung entgast werden.

Die Fachbeiräte für den Umweltschutz sind seit zwei Jahren nicht mehr einberufen worden.

Hinsichtlich der Müllverbrennungsanlagen lägen Gutachten vor, daß die Emissionen dieser Anlagen die erlaubten Grenzwerte überschreiten, weshalb der nachträgliche Einbau von Rauchwaschanlagen notwendig geworden sei.

Umweltschutz

GR. Braun (SPÖ) beschäftigte sich ausführlich mit dem Umweltschutz und wies darauf hin, daß für dessen Belange im kommenden Jahr um 200 Millionen S mehr präliminiert seien als für heuer. Das Problem sei dabei nicht bloß in der Erhaltung einer natür-

lichen Umwelt, sondern auch in deren Erschließung beziehungsweise Gestaltung zu sehen. In einem Jahr jedenfalls seien in Wien 10.500 Bäume, 45.000 Sträucher und 2.500 Rosen gepflanzt sowie 305 Gartenbänke neu aufgestellt und über 1.500 repariert worden. Der Höhepunkt des gärtnerischen Wirkens in Wien sei ohne Zweifel die WIG 74 gewesen, die freilich von Anfang an ins Schußfeld der ÖVP und der ihr nahestehenden Massenmedien geraten sei. Und dies, obwohl international die WIG die höchste Anerkennung gefunden habe. Aber die ÖVP habe ja sogar am "Tag der offenen Tür" Wien und seine Verwaltung beschimpft. Braun erklärte zudem, es müsse auch die Bevölkerung für die Belange des Umweltschutzes mehr sensibilisiert und motiviert werden. Was schließlich das Baumschutzgesetz angehe, so stelle es einen großen Fortschritt dar, und habe nicht zuletzt dazu geführt, daß zumindest drei Millionen Schilling im Jahr für zusätzliche Baumpflanzungen zur Verfügung stünden.

Sperrfriedhöfe

GR. Dr. Glatzl (ÖVP) beschäftigte sich mit dem Problem der sogenannten Sperrfriedhöfe. Viele alte Friedhöfe - wie etwa der Sankt Marxer Friedhof, der Heiligenstädter Friedhof oder der Stammersdorfer Ortsfriedhof - müßten als Kulturdenkmäler betrachtet werden. Der Redner brachte einen Antrag in Erinnerung, den die ÖVP vor einem Jahr gestellt hatte, und der eine Änderung der Stadtverfassung verlangte, um das Friedhofswesen als kulturelle Einrichtung zu verankern. Dieser Antrag habe keine Beachtung gefunden. Auch das Interesse kirchlicher Stellen an der Übernahme einiger der Sperrfriedhöfe sei seitens der Stadt Wien nicht aufgegriffen worden. Der Redner zitierte dann die eine Meldung der "Rathaus-Korrespondenz", in der darüber berichtet wurde, daß die Bezirksvertretungen die Aufschiebung der Friedhofssperre um 5 bis 10 Jahre verlangen können. Einige Bezirke - wie Währing, Donaustadt, Simmering, Hietzing - hätten dies bereits getan. Die VP-Fraktion schlage nochmals vor, den Bezirksvertretungen das Vorschlagsrecht über die Aufhebung der Sperre zu überlassen und Verhandlungen mit jenen Stellen aufzunehmen, die an der Übernahme alter Ortsfriedhöfe interessiert sind.

Wünsche der Bevölkerung berücksichtigt

GR. Peska (SPÖ) erklärte, daß der Antrag auf die Auflassung von 16 der 46 Wiener Friedhöfe 1953 und 1965 von der ÖVP eingebracht worden war. Der Gemeinderat habe dann einstimmig beschlossen, die Beisetzungen auf diesen Friedhöfen mit Ende 1975 einzustellen, die Betreuung der Grabstellen jedoch noch bis 1985 zu ermöglichen. Später könnten aus den Friedhöfen Parkanlagen entstehen. Beispiele dieser Art seien heute der Währinger-, Schubert-, Waldmüller-, März-, Strauß- und Lannerpark.

Wünsche der Bevölkerung seien jedoch von den Sozialisten aufgegriffen worden. Stadtrat Schieder hat eine diesbezügliche Vorgangsweise in der zitierten Meldung der "Rathaus-Korrespondenz" aufgezeigt: Über Antrag der Bezirksvertretungen könne die Frist des Sperrtermins um 5 oder 10 Jahre verschoben werden. Auf Grund dieser Anträge werde dann der Gemeinderat darüber entscheiden. Eine totale Aufhebung der Sperre wäre jedoch problematisch, weil ein Zustand der Rechtsunsicherheit entstehen würde. Es sind inzwischen viele Exhumierungen vorgenommen und andere Grabstellen erworben worden. Zivilrechtsprozesse und Schadenersatzklagen würden die Wiener Gerichte jahrelang beschäftigen. Der Verwaltungsaufwand wäre ebenfalls enorm. Mehr als 35.000 Gräberkosten müßten neu berechnet werden. Dem Ausfall der 16 Friedhöfe mit einer Fläche von 284.000 Quadratmeter stehen bereits neue Erweiterungsflächen von 654.000 Quadratmeter gegenüber. Es gibt somit im Gesamtbereich der Stadt genügend Beerdigungsflächen.

Presse- und Informationsdienst

GR. Edlinger (SPÖ) beschäftigte sich in seinem Debattenbeitrag mit der Problematik der informierten Öffentlichkeit. Er meinte, daß nur die volle Information über die Entscheidungskriterien dazu führen könne, was die Sozialisten anstreben: nämlich für eine Bevölkerung zu arbeiten, die nicht nur alle fünf Jahre sagt was sie denkt, sondern permanent bereit sei, an der Gestaltung Wiens mitzuarbeiten. Informationen zu besitzen dürfte nicht nur das Privileg weniger sein, sondern sei das Recht jedes einzelnen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wies Edlinger den Vorwurf, der Presse- und Informationsdienst sei reine Parteipropaganda, entschieden zurück. Als Beispiele für die überparteiliche Tätigkeit des PID nannte er unter anderem die täglich erscheinende "Rathaus-Korrespondenz" sowie die Rathaus-Information als eine echte Serviceeinrichtung, die bisher bereits von rund 25.000 Telefonbeziehungsweise 9.000 Telefonbandanrufen frequentiert wurde und fast 100.000 Wienerinnen und Wienern Rat und Hilfe geboten hat. Weiter nannte er die zahlreichen Aktivitäten des PID auf dem Sektor der Personalwerbung, den täglichen "Tip vom Rathausmann" sowie die Zeitschrift "wien aktuell", die einen echten Beitrag zur Information der Bevölkerung leistet.

Als beispielsweise die Abbruchsspekulanten noch kurz vor Inkrafttreten der von den Sozialisten angestrebten bundesgesetzlichen Regelung ihr Scherflein auf Kosten des ärmsten Teiles der Wiener Bevölkerung ins Trockene bringen wollten, war eine vom PID vorbereitete Kampagne des Bürgermeisters dazu gedacht, die Betroffenen über ihre Rechte und Möglichkeiten zu informieren. Diese Kampagne könne wohl nur dann als Parteipropaganda betrachtet werden, falls man sich mit den Praktiken der Spekulanten identifiziere.

Die Bürger der Stadt hätten ein Recht darauf, über die Leitlinien der Kommunalpolitik informiert zu werden. Und zwar durch die Träger dieser Kommunalverwaltung - und dies sei eben die Gemeinde Wien selbst.

Wo bleibt Informationsbüro?

In seiner Replik wandte sich GR. Daller (ÖVP) gegen die Behauptung, die ÖVP wolle bei der von ihr angestrebten Kürzung der Budgetmittel für den Presse- und Informationsdienst auch die Personalwerbung für Krankenschwestern und Diplompfleger kürzen. Dies sei nicht richtig, da für die Personalwerbung eine andere Ausgabenpost bestehe.

Der Redner bekrittelt weiter, daß die gesamte publizistische Tätigkeit des Presse- und Informationsdienstes von "wien aktuell" über die Broschüren den Charakter der Werbung und zwar der Werbung für ideologische Zwecke trage. Dies zeige sich schon an der aufwendigen Gestaltung. Abschließend wies der Redner darauf hin, daß das von Bürgermeister Gratz angekündigte Informationsbüro noch immer nicht verwirklicht worden sei.

Alles für Umweltschutz

Amtsf. Stadtrat Schieder (SPÖ) wies den ÖVP-Vorwurf zurück, daß die Stadtverwaltung der Luftverschmutzung zu wenig Augenmerk schenke. Sie tue alles, was im Bereich ihrer Möglichkeiten liege. Er müsse allerdings darauf aufmerksam machen, daß die Luftverunreinigung durch Gewerbebetriebe Bundesangelegenheit sei. Die Behauptung, die Stadt sei dafür zuständig, sei daher falsch. Auch eine Beschränkung der Abgase der Kraftfahrzeuge könne nur vom Bund verfügt werden. Im Wiener Memorandum wird eine solche Beschränkung vom Bund verlangt. Die Behauptung, das Land sei zuständig, entspreche daher nicht den Tatsachen.

Was die Verschmutzung der Luft durch die Beheizung anlange, sei tatsächlich das Bundesland zuständig. Hier seien aber zahlreiche gesetzliche Initiativen zur Beschränkung der Luftverschmutzung bereits verwirklicht und teilweise im Stadium der Verwirklichung.

Auch das Fehlen eines Smog-Alarmplanes könne nicht der Stadt und ihren politischen Repräsentanten in diesem Bereich angelastet werden. Auch in diesem Fall sei der Bund zuständig. Er, Schieder, warte ab, ob das Gesundheitsministerium in der nächsten Zeit ein Luftreinhaltegesetz, das natürlich auch einen Smog-Alarmplan beinhalten muß, vom Parlament verabschiedet wird. Sollte dies nicht der Fall sein, werde er dafür sorgen, daß in jenen Bereichen, bei denen das Land zuständig ist, Landesnormen festgesetzt werden. Eine Anregung von GR. DDr. Strunz, die Messung von krebserregenden Stoffen in der Wiener Luft einzubeziehen, nehme er gerne entgegen. Die neuen Geräte der Luftmeßzentrale ermöglichen Kontrollen dieser Art.

Zur Kritik an der Informationstätigkeit der Stadtverwaltung und den Kosten: Wenn man sich zu einer umfassenden Information bekenne, könne man nicht im gleichen Atemzug die Kosten für diese Information ablehnen. Man müsse sich auch zu den Kosten

bekennen. Doch dies sei offensichtlich bei der ÖVP nicht der Fall. Wenn es nach den Vorstellungen der ÖVP-Fraktion ginge, dann gäbe es keine Broschüren mit umfangreicherem Inhalt, dann gäbe es keine bessere Information der Bürger, dann gäbe es keine besseren Postwürfe, dann gäbe es keine umfassendere Informationsübermittlung an die Massenmedien, dann gäbe es überhaupt keine Informationsinitiativen mehr, dann gäbe es bestenfalls unzulängliche Improvisation.

Die Beratungen werden morgen Donnerstag, 12. Dezember, nach der Sitzung des Wiener Landtages, die um 9 Uhr beginnt, fortgesetzt. Kapitel: Wohnen und Liegenschaftswesen sowie restliche Tagesordnung.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

k o m m u n a l :

=====

die neuen gaspreise

15 wien, 11.12. (rk) in einer pressekonferenz im rathaus informierte buergermeister leopold g r a t z am mittwoch ueber die neuen preise der wiener gaswerke: der preis fuer eine megacalorie wird beim haushaltstarif von 20.23 auf 30.65 groschen, das sind rund 51 prozent, beim gewerbe- und industrietarif von 18.72 auf 29.14 groschen, das sind rund 55 prozent, erhoehrt. die neuen gaspreise gelten ab 1. jaenner 1975.

buergermeister gratz teilte mit, dass mittwoch vormittag die verhandlungen mit den interessenvertretungen stattgefunden haben. daraufhin habe er, dem als Landeshauptmann die entscheidung als preisbehoerde uebertragen wurde, diese entscheidung getroffen.

ursache der preiserhoehung sind die enorm gestiegenen preise fuer erdgas. im kommenden jahr wird das sowjetische erdgas um 128 prozent, das oesterreichische erdgas um 70 prozent teurer sein. diese verteuerungen koennen die gaswerke unmoeglich aus eigenem tragen, sie muessen an die kunden weitergegeben werden.

stadtwerke-generaldirektor dr. karl r e i s i n g e r verwies darauf, dass der gaspreis seit 1951 unveraendert war, eine wohl einmalige erscheinung im wirtschaftsleben. die wesentlichen kosten der gaswerke, etwa fuer personal, rohrleitungen, zaehler usw., sind seither auf das fuenfache gestiegen. nur ausserordentliche rationalisierungen haben es ermoeglicht, diese kostenerhoehungen bisher zu tragen. so wurde der personalstand der gaswerke trotz gestiegener belastung seit 1951 um 44 prozent gesenkt.

im preisantrag der stadtwerke waren ausser der nun festgelegten erhoehung auch eine erhoehung der zaehlergebuehr um 53 prozent und ein baukostenzuschuss fuer gasheizungen von 10 groschen je kilokalorie anschlusswert vorgesehen. Landeshauptmann g r a t z hat diese beiden erhoehungen abgelehnt. sie waeren, wie er dazu erklarte, sachlich gerechtfertigt gewesen. es solle aber eindeutig klargestellt werden, dass es nur darum gehe, die aus dem ausland gekommene gasverteuerung abzudecken und nicht gleichzeitig auch andere tarifprobleme zu loesen. den baukostenzuschuss habe er ueberdies aus gruenden des umweltschutzes abgelehnt: die stadt ist daran interessiert, ./.

dass moeglichst viele auf die umweltfreundliche gasheizung uebergehen, die dank der umstellung auf erdgas auch fast uneingeschraenkt angeboten werden kann. deshalb soll fuer diese heizung auch ein finanzieller anreiz gegeben werden, der bei einhebung eines baukostenzuschusses wegfallen wuerde.

durch die streichung der beiden vorgeschlagenen erhoehungen kann die "geldluecke" der wiener stadtwerke, die vor den tariferhoehungen fast eine milliarde schilling ausgemacht hat, nicht ganz geschlossen werden. es bleibt ein offener rest von rund 50 millionen.

buergermeister gratz kam auch auf seinen in einer wiener tageszeitung veroeffentlichten vorschlag zu sprechen, der autofahrer zum umsteigen auf die oeffentlichen verkehrsmittel veranlassen soll: die autofahrer sollen einen zuschlag zur kraftfahrzeugsteuer bezahlen, dafuer koennen sie mit dem zulassungsschein die oeffentlichen verkehrsmittel gratis benuetzen.

die kraftfahrzeugsteuer betraegt derzeit zwischen 444 und 2.700 schilling im jahr und erbrachte 1973 in wien rund 275 millionen s. nimmt man an, dass ein viertel der 385.000 wiener autofahrer von diesem angebot gebrauch machen wuerde, so wuerde eine verdopplung der kraftfahrzeugsteuer ungefaehr jenen betrag ergeben, den die monatsnetzkarten fuer diese "umsteiger" kosten wuerden. der autofahrer, der von diesem angebot gebrauch macht, koennte aber bei einem mittelklassenwagen um nur 60 s monatlich die oeffentlichen verkehrsmittel jederzeit benuetzen.

man muesse, sagte gratz, endlich aus einem teufelskreis herauskommen. gegenwaertig komme die strassenbahn zu langsam weiter, weil zu viele autos auf den strassen sind. dadurch ist sie unattraktiv, und weitere leute steigen auf das eigene fahrzeug um. dadurch gibt es noch mehr autos auf den strassen, die strassenbahn kommt noch langsamer weiter und wird noch unattraktiver.

wenn es tatsaechlich gelingt, durch den neuen vorschlag - den der buergermeister uebrigens einem telefonanruf eines wiener buergers verdankt - einen nennenswerten teil der autofahrer zum

umsteigen zu veranlassen, so ist ein wichtiger schritt zur durchbrechung dieses teufelskreises getan. gratz kuendigte eine stichprobenerhebung und eine praktische erprobung des vorschlags an.

auf die frage, ob die wiener verkehrstarife eine groessere zahl zusaetzlicher fahrgaeste ueberhaupt bewaeltigen koennten, verwies stadtrat franz nekula auf die "pickerltage" am jahresbeginn, wo keine groesseren probleme entstanden.

1552

k o m m u n a l :

=====

volksbefragung ueber massenverkehrsmittel

20 wien, 11.12. (rk) buergermeister leopold g r a t z hat, wie mittwoch abend im hoerfunkt und fernsehen berichtet wurde, die absicht, im kommenden jahr eine volksbefragung durchzufuehren. thema dieser volksbefragung soll die attraktivierung der oeffentlichen verkehrsmittel sein.

1801

ortstaxe neu festgesetzt

3 wien, 11.12. (rk) einstimmig hat der finanzausschuss des gemeinderates eine novelle zum fremdenverkehrsfoerderungsgesetz genehmigt. mit diesem gesetz wird auch die ortstaxe, die zur finanzierung der fremdenverkehrsfoerderung von den beherbergungsbetrieben eingehoben wird, neu festgesetzt. gegenueber dem urspruenglichen entwurf der novelle kam es dabei durch einen gemeinsamen antrag von spoe und oevp zu einer aenderung. danach entfaellt die ortstaxe bei einem beherbergungsentgelt bis 20 schilling fuer 24 stunden. bei 20 bis 50 schilling betraegt sie 2 schilling, bei 100 bis 150 s macht sie 4 s aus. sie steigt progressiv weiter bis zu 18 s bei einem beherbergungsentgelt von mehr als 1.000 s pro tag.

die gesetzesnovelle wird donnerstag im wiener landtag behandelt werden.

1000

k u l t u r :

=====

bildfolgen aus einem schauspielerleben

13 wien, 11.12. (rk) szenenfotos begleiten rosa albach-rettys weg von ihrer ersten beruehrung mit den theaterbrettern bis zum abschied vom theater durch alle stationen ihrer grossen buehnenkarriere. die wichtigsten aus dieser fuelle praesentiert das historische museum der stadt wien in seiner donnerstag eroeffneten "geschenkausstellung" zum bevorstehenden 100. geburtstag der schauspielerin.

theaterzettel, kostueme, die "die albach-retty" einst getragen und buehnenmobiliar, zwischen dem sie sich bewegt hat, ergaenzen diese exposition ebenso wie eine auswahl aus der verehrerpost, aber auch aus dem privaten briefwechsel der kuenstlerin aus vielen jahrzehnten. dazwischen laechelt die noch immer agile jubilarin von fotos, die erst vor wenigen tagen in ihrem refugium im badener kuenstlerheim geschossen wurden. bei der gestaltung der ausstellung stand die ruestige hunderterin der direktion des historischen museums mit vielen guten ratschlaegen und ihrem nie versagenden erinnerungsvermoegen zur verfuegung. nostalgisches schwelgen in theatererinnerungen wird diese sonderschau im historischen museum der stadt wien am karlsplatz allen albach-retty-fans bis 2. februar moeglich machen. die ausstellung wird (wie das historische museum selbst) durchgehend, ausser am 25. dezember, am 1. jaenner und an allen montagen, geoeffnet sein.

ab dem 1. jaenner gelten die durch die arbeitszeitverkuerzung notwendig gewordenen neuen oeffnungszeiten des historischen museums: dienstag, mittwoch und freitag von 10 bis 16 uhr, donnerstag von 10 bis 19 uhr, samstag von 14 bis 18 uhr, sonn- und feiertags von 9 bis 13 uhr.

s p o r t :

=====

jahresrueckblick auf die leistungen der stadt wien fuer den sport

1 wien, 11.12. (rk) sportstadtrat kurt h e l l e r gab jetzt einen jahresrueckblick ueber die arbeit der wiener stadtverwaltung bezueglich der leistungen fuer den sport in wien.

im jahre 1974 war es gelungen, besonders viele menschen zu aktiver koerperlicher betaetigung zu bewegen. es konnte ein groesseres angebot an sportstaetten, auch fuer nicht-vereinsmitglieder, gemacht werden. grosszuegige investitionen brachten multifunktionale freizeitzentren.

die arbeiten an den bauvorhaben ''hallenstadion'' im prater und ''sportzentrum west'' in huetteldorf wurden vorangetrieben. der ausbau des ''schwimmsportzentrums wiener stadion'' konnte rechtzeitig zu den europameisterschaften 1974 im schwimmen, springen und wasserball abgeschlossen werden. die arbeiten an den sportanlagen heubergstaetten, kandlerstrasse und brigittenauer laende, wurden planmaessig fortgesetzt. die anlage des wiener sportklubs erhaelt eine flutlichtanlage. mit der ausgestaltung des badeteiches hirschstetten entsteht ein neues zentrum im naeherholungsbereich der stadt wien.

die hohe-wand-wiese erhielt eine zweite rohrleitung zur erzeugung kuenstlichen schnees. auf der himmelhofwiese entstand durch die fertigstellung der schlepliftanlage ein neues skisportzentrum.

das wiener landessportgesetz bildete die grundlage fuer die konstituierung der wiener landessportorganisation. die gremien dieser organisation (wiener landessportamt, wiener landessportpraesidium, wiener landessportfachrat) haben ihre taetigkeit aufgenommen und bilden die geeignete plattform fuer alle zur loesung der probleme des sports erforderlichen beratungen.

das sportamt betreibt derzeit 20 jugendspielplaetze und 44 oeffentlich zugaengliche ball- und kinderspielplaetze.

die betriebskosten fuer die staedtischen turnsaele und sporthallen sowie schwimmballen und die von der wiener stadthalle ver-

walteten trainingsanlagen wurden vom sportamt der stadt wien uebernommen.

die mittel fuer die direkte sportfoerderung der ma 51 werden konsequent jahr fuer jahr erhoeht. so konnten 1974 einschliesslich des sportgroschens und der foerderung aus den ertraegnissen der vergnuegungssteuer beihilfen in der hoehe von 67,500.000 s gewahrt werden. es wurden somit die schwimm-em 1974, die em im badminton sowie die vorbereitungen fuer die weltmeisterschaften 1975 im judo durch bereitstellung namhafter betraege ermoeeglicht. mehr als zehn millionen schilling wurden den wiener bundes- und national-ligavereinen zur verfuegung gestellt.

besonderen zuspruch erfreuten sich die jugendsportaktion wie 'sportplatz der offenen tuer', 'jugendeislaufaktion', 'fahrt zum schnee', 'lernt schwimmen', 'talent', 'mutter-kind-schwimmen', 'vater-kind-schwimmen'.

die vom sportamt der stadt wien angebotenen sportaktionen erfahren durch die aktion 'lehrlingssport' eine weitere bereicherung. durch diese aktion sollen die etwa tausend wiener rathauslehrlinge erfasst und in moeglichst grosser zahl fuer vernuenftige sportliche betaetigung gewonnen werden.

neben den 372 turnsaelen, so fuehrte heller aus, stehen den wiener sportorganisationen auch die staedtischen sporthallen in der wendstattgasse, in kaiser-ebersdorf in der pastorgasse und in der steinergasse zur verfuegung.

gerade auf dem gebiet des sporthallenbaus ist in naechster zeit mit der weiteren verwirklichung des bauprogrammes gemaess dem sporthallenkonzept zu rechnen.



Donnerstag, 12. Dezember 1974

Blatt 3074

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Bürgermeister empfing Studentendelegation
(rosa) Wiener Landtag
 Wiener Budgetdebatte
 Wiener Gemeinderat

Sport: Stadthalle: Volkssportzentrum der Wiener
(grün)

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Wiener Landtag

=====

Wiener Krankenanstaltengesetz

Wien, 12.12. (RK) Unter dem Vorsitz von Landtagspräsidentin Maria Hlawka nahm der Wiener Landtag Donnerstag seine Beratungen auf. Im ersten Tagesordnungspunkt wurde die zweite Novelle zum Wiener Krankenanstaltengesetz behandelt. Stadtrat Prof. Dr. Stacher (SPÖ) referierte als Berichterstatter über die wesentlichsten Bestimmungen der Gesetzesvorlage. Dazu gehören unter anderem die Unterscheidung zwischen Allgemeinen Krankenanstalten, Sonderkrankenanstalten, Heime für Genesende, Pflegeanstalten für chronisch Kranke, Gebär- und Entbindungsanstalten, Sanatorien und selbständige Ambulatorien. Ebenso sieht die Novelle eine Aufgliederung der Krankenanstalten in Standard-, Schwerpunkt- und Zentralkrankenanstalten vor. Weitere wichtige Bestimmungen betreffen die Durchführung des straflosen Schwangerschaftsabbruches und der ambulatorischen Vorsorgeuntersuchung in Krankenanstalten, die kollektive Führung, die Pflegegebühren, die Ausbildung und Weiterbildung der in den Krankenanstaltenverwaltungen und -leitungen tätigen Personen und die freie Vereinbarung der Arzthonorare.

FPÖ: Abänderungsanträge

Abg. Krenn (FPÖ) bezeichnete zunächst die Abschaffung der 3. Gebührenklasse in den Spitälern als "Augenauswischerei". Zum vorliegenden Gesetzentwurf brachte er mehrere Abänderungsanträge ein, und zwar zu den Bestimmungen betreffend den Tätigkeitsbereich der Ambulatorien, den Schwangerschaftsabbruch in Wiener Krankenanstalten, der kollegialen Führung, der Vorsorgeuntersuchung in den Ambulatorien, der Pflegegebühren beziehungsweise Anstaltsgebühren und der freien Honorarvereinbarung mit den Ärzten. Seiner Meinung nach handelt es sich bei der vorliegenden Novelle nur um eine sehr schlechte Neufassung. Seine Fraktion könne nur dann ihre Zustimmung geben, wenn die von ihr eingebrachten Abänderungsanträge entsprechende Berücksichtigung finden sollten.

Gegen Schwangerschaftsabbruch

Abg. Dr. Maria Flemming (ÖVP) beschäftigte sich ausschließlich mit der Bestimmung, die die Durchführung eines straflosen Schwangerschaftsabbruches regelt, wobei sie sich vehement für den Schutz des ungeborenen Lebens aussprach. Abtreibung bedeutet, wie sie meinte, in jedem Fall Tötung des menschlichen Lebens. Obwohl man im Lager der Fristenlösung sehr häufig auch Frauen der Emanzipation findet, sei die Frage der Abtreibung keine Frage der Emanzipation. Und die Fristenlösung bedeutet keineswegs eine Befreiung der Frau. Gewiß gebe es heute noch soziale Verhältnisse, die die Frauen zur Abtreibung treiben, doch dürfe es sich unsere Gesellschaft in dieser Frage nicht so leicht und billig machen. Sie deponierte noch einmal, daß sie für die reine "Wohlstandsabtreibung" kein Verständnis habe und wiederholte ihre Forderung bezüglich der Unantastbarkeit des menschlichen Lebens. Die ÖVP werde diese Fristenlösung niemals hinnehmen und fordere deshalb deren ersatzlose Streichung.

Freies Entscheidungsrecht für die Frau

Abg. Johanna Dohnal (SPÖ) beschäftigte sich ebenfalls sehr eingehend mit dem Problem des Schwangerschaftsabbruches. Dabei warf sie der ÖVP vor, daß diese genauso wie im Parlament einem humanen Strafrecht, auch diesem wichtigen Punkt des vorliegenden Gesetzes ihre Zustimmung verweigert. Und dies, obwohl sie genau wisse, daß der Paragraph 144 kein geeignetes Mittel war, Schwangerschaftsunterbrechungen zu verhindern. Ganz im Gegenteil! Eine Frau, die den Weg zur illegalen Schwangerschaftsunterbrechung begonnen hat, ist diesen Weg auch zu Ende gegangen, oft - zum bitteren Ende! Dies soll nunmehr geändert werden, denn erst die Entkriminalisierung gibt die Chance, eine Frau von der Schwangerschaftsunterbrechung abzuhalten beziehungsweise durch Aufklärung über Familienplanung weitere unerwünschte Schwangerschaften zu verhindern. Dies sei aber nur dann möglich, wenn der Druck der Strafe, die Angst vor der Strafe, von der Frau genommen werde. Auf den Begriff des "ungeborenen Lebens" zu sprechen kommend, meinte sie, daß dieser absurd sei. Ungeborenes Leben in diesem Sinne gebe es nicht, denn das Leben bedingt die Geburt.

Sehr ausführlich befaßte sie sich sodann mit dem hohen Prozentsatz an Schädigungen bei ungewollten, aber geborenen Kindern. Bezüglich der "Aktion Leben": Hier warf sie der ÖVP Greuelpropaganda vor. Gerade aus der Abortusmortalität in Österreich sei zu ersehen, daß nur ein verschwindend kleiner Prozentsatz dieser Schwangerschaftsabbrüche nicht kunstgerecht durchgeführt wurde. Nur die ganz Armen liefen zum Pfuscher - und damit in die Hände der Richter. Mit ihrer Ablehnung würde die ÖVP die Frauen wieder in die Illegalität treiben, sie in zwei Klassen einteilen, in jene, die es sich wie bisher richten können und jene, die ~~de~~ facto wieder beim alten Paragraph 144 landen würden. Durch ihre Ablehnung müsse die ÖVP nunmehr Farbe bekennen. Sie könne sich nun nicht mehr hinter einer Aktion verstecken. Erst ab 1. Jänner 1975 werde es möglich sein, die Frauen frei von der Angst der Strafe zu beraten. Das "Ja" für das Kind wurde ihnen noch nie so leicht gemacht wie jetzt und zwar auch durch die vielen familienpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung - wie zum Beispiel die erhöhte Geburtenbeihilfe und das erhöhte, echt wirksame Karenzurlaubsentgelt.

Stadtrat Lehner (ÖVP) bezeichnete die Novelle zum Wiener Krankenanstaltengesetz als nicht voll ausgereift. Über viele Punkte hätte länger und eingehender diskutiert werden müssen, dies umso mehr, als Wien bekanntlich der größte Spitalerhalter Österreichs ist.

So sei die Regelung der medizinischen Vorsorgeuntersuchung unbefriedigend, die Spitäler werden nicht in der Lage sein, diese durchzuführen. Schwierigkeiten werde es auch hinsichtlich der Bettenstationen in den Ambulatorien geben.

Anschließend brachte der Debattenredner namens seiner Fraktion Abänderungsanträge ein, betreffend die Schwerpunktspitäler, die Letztverantwortlichkeit der ärztlichen Leiter, die Ausbildung der verantwortlichen Leiter für wirtschaftliche, administrative und technische Angelegenheiten und die freie Vereinbarung der Ärztehonorare.

Der nächste Debattenredner, Landtagsabgeordneter Dr. Zeman (SPÖ), bezeichnete die Novellierung des Wiener Krankenanstaltengesetzes als eine notwendig gewordene Maßnahme, die dem höchsten Ziel, der Gesundheit, diene.

Ganz neu sei die Einführung von Tag- und Nachtspitälern, die damit ihre gesetzliche Grundlage erhalten. Die Betten in den Ambulatorien sind für kurzfristige Behandlungen gedacht, wie sie der Tag bringt, jede zahlenmäßige Beschränkung der Bettenanzahl wäre willkürlich - manches Ambulatorium wird vielleicht überhaupt keine Betten brauchen. Ein bereits bestehendes Beispiel für kurzfristige Belagbetten sei die Zentrale der Wiener Rettung, wo Behandlungen leichter Fälle durchgeführt werden können.

Auch Dr. Zemann beschäftigte sich mit dem Schwangerschaftsabbruch. Das Grundsatzgesetz des Bundes habe es notwendig gemacht, auch in der Novelle des Landesgesetzes einen Passus einzubauen, der den Ärzten und Krankenschwestern den straflosen Schwangerschaftsabbruch ohne berufliche Repressalien und Nachteile ermöglicht. Durch die Fristenlösung werde viel Unrecht vergangener Jahrzehnte und Jahrhunderte den Frauen gegenüber gutgemacht. Zu den Vorsorgeuntersuchungen: Nach anfänglichem Widerstand habe nun auch die Ärztekammer eingesehen, daß bei ausschließlicher Untersuchung durch praktische Ärzte die Basis nicht breit genug sei. Mit Recht würde kein Bürger dieses Landes einsehen, warum er in den Wartezimmern praktischer Ärzte stundenlang sitzen muß, während gut ausgerüstete Ambulanzen in den Spitälern leerstehen.

Klarstellung der ÖVP

Labg. Dr. Maria Flemming (ÖVP) nütze eine neuerliche Wortmeldung zu einer Klarstellung ihrer Fraktion: Das Volksbegehren zur Abschaffung der Fristenlösung werde nicht von der ÖVP initiiert. Bester Beweis sei eine der bekanntesten Exponentinnen der "Aktion Leben", Renate Erich. Sie habe in einer Fernsehsendung öffentlich bekannt, seinerzeit den SPÖ-Kandidaten für den Bundespräsidenten, Dr. Kirchschläger, gewählt zu haben. Der SPÖ warf Dr. Fleming vor, keinen Wählerauftrag zur Durchsetzung der Fristenlösung zu haßen.

Zeit der Bevormundung vorüber

LAbg. Franziska Fast (SPÖ) replizierte, daß die SPÖ sehr wohl einen Wählerauftrag habe. Die ÖVP sei schlecht beraten, wenn sie sich ausschließlich daran orientiere, was Frauen unter dem Zwang der Kontrolle durch Nachbarn oder Bekannte unterschrieben. In einer Wahlurne würden viele Frauen anders entscheiden als unter den Augen von Agitatoren der "Aktion Leben". Fast stellte fest, daß seit Jahrtausenden die Männergesellschaft über das Schicksal von Frauen und ihrer Leibesfrucht entschieden habe. Die Zeit der Bevormundung der Frau müsse endlich zu Ende gehen. Gerade in der ÖVP seien jedoch starke Widerstände bemerkbar, unter denen auch die frühere Sozialministerin Grete Rehor - eine Politikerin, die sie sehr schätze - zu leiden gehabt habe.

Medizinische Zielsetzungen

Im Schlußwort erklärte Stadtrat Stacher, die Frage der Ambulatorien beinhalte keine gesellschaftspolitischen, sondern lediglich medizinische Zielsetzungen. Was eine der hauptsächlich kritisierten Bestimmungen angehe, so sei damit lediglich grundsätzlich festgehalten, daß jeder Arzt frei nach seinem Gewissen entscheiden könne. Es sei nicht einzusehen, warum ihn ein Spital daran hindern sollte. Die Ausweitung der Ambulatorien, fuhr Stacher fort, werde seiner Meinung nach keineswegs zu einer Belastung der Wiener Steuerzahler führen. Derzeit würden etwa 90 Prozent der Gesamtausgaben für die Gesundheit in den Spitälern benötigt, obwohl dort nur rund 50 Prozent der Behandlungen durchgeführt würden. Eine Vermehrung der Zahl der Behandlungen außerhalb der Spitäler müßte eigentlich zu einer finanziellen Entlastung führen.

Was schließlich die Vorsorgeuntersuchungen angehe, so sehe er überhaupt nicht ein, warum die Bestimmungen aus dem Gesetz eliminiert werden sollen. Da jeder Mensch das Recht auf Gesundheit habe, heiße das auch das Recht auf Vorsorgemedizin. Einerseits werde über einen Mangel an praktischen Ärzten geklagt, der natürlich der Vorsorgemedizin nicht zuträglich sei, andererseits sollte die Vorsorgemedizin den Spitälern verwehrt sein?

Zu den insgesamt 17 Abänderungs- und Zusatzanträgen von ÖVP und FPÖ gab Stadtrat Stacher die Empfehlung, 16 davon abzulehnen und lediglich einen der FPÖ, durch den eine geringfügige Änderung bezüglich der Sonderklasse bewirkt wird, anzunehmen.

Abstimmung: Dieser eine Abänderungsantrag wurde einstimmig angenommen, die anderen 16 mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. Die Novelle selbst wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Höhere Ortstaxen

StR. Mayr (SPÖ) referierte über die Änderung des Fremdenverkehrsförderungsgesetzes, mit der die Ortstaxen neu festgelegt werden. Die Änderung, die ab 1. April gelten wird, sieht vor: Keine Ortstaxe für Beherbergungsentgelte bis zu 20 S, von 20 bis 50 S sind 2 S Ortstaxe, von 50 bis 100 S eine Taxe von 3 S und von 100 bis 150 S Entgelt eine Ortstaxe von 4 S vorgesehen. Die Ortstaxe erhöht sich dann jeweils um 2 S pro 150-S-Stufe des Beherbergungsentgelts. Über 1.000 S beträgt die Ortstaxe einheitlich 18 S.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Mit einem Dank für die gute Zusammenarbeit schloß Zweiter Landtagspräsident Otto Schweda die letzte Landtagssitzung dieses Jahres.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

Spezialdebatte - Wohnen und Liegenschaftswesen

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Gratz nahm nach dem Landtag der Gemeinderat die Budgetberatungen über das VII. Hauptstück, Wohnen und Liegenschaftswesen, wieder auf.

GR. Krenn (FPÖ) kritisierte, daß der Ekazent und der Konsumgenossenschaft Baurechtszinse von 7,63 S für unverbautes und von 15,46 S für verbautes Gebiet pro Quadratmeter gewährt werden, während andere Firmen bis zu 120 S Miete pro Monat als Untermieter bezahlen müßten. Dadurch werde die Chancengleichheit verletzt.

Zum Kapitel Wohnung erklärte der Redner, daß der städtische Wohnungsbau immer geringer werde. Wurden heuer noch 2.500 Wohnungen fertiggestellt, würden es wahrscheinlich im kommenden Jahr noch weniger sein. Bereits 22.000 Wohnungswerber stünden auf der Warteliste des Wohnungsamtes. Mit der an sich erfreulichen Neufestsetzung der Einkommensgrenze für den Anspruch auf eine Gemeindewohnung würden es noch mehr werden.

An der Liegenschaftspolitik kritisierte der Redner, daß Liegenschaften oft zu sehr unterschiedlichen Bedingungen angekauft werden. Im übrigen habe die Stadt Wien seiner Meinung nach genügend Grundreserven. Er brachte den Abänderungsantrag ein, die Ausgabenpost für Grundankäufe von 530,500.000 S auf 400 Millionen herabzusetzen, und die freiwerdenden 130 Millionen für den Bau des Krankenhauses Ost und des Pflegeheimes Süd zu verwenden. Sollte der Antrag abgelehnt werden, würde die FPÖ dem Voranschlagskapitel nicht zustimmen.

Leistungen im Wohnbau

GR. Elisabeth Schindler (SPÖ) betonte, daß in Wien vor allem der Wohnkomfort eine besondere Berücksichtigung finde. Allerdings, so stellte die Rednerin fest, sei es nicht Aufgabe der Gemeinde, Luxuswohnungen aus Mitteln der Allgemeinheit zu bauen.

In der Per Albin Hansson-Siedlung-Ost seien erstmals Körperbehindertenwohnungen in größerem Ausmaß gebaut worden, was großen Anklang gefunden habe. Derzeit werden solche Wohnungen in der Brigittenau und in Donaustadt gebaut. Die Stadt Wien ist

darüber hinaus weiter bemüht, weitere Möglichkeiten zu suchen, um diesen Menschen zu helfen.

Aber nicht nur für Körperbehinderte werde auf diesem Gebiet etwas getan. Auch für alte, gebrechliche Menschen, die nicht mehr imstande sind, die oberen Stockwerke zu erreichen, wurden nachträglich in Altbauwohnungen Aufzüge eingebaut. Für das Jahr 1975 sind weitere 174 Aufzüge in Altbauwohnungen vorgesehen. Derzeit stehen in Wien 2.592 Aufzüge zur Verfügung.

In der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1974 wurden nicht weniger als 2.079 Anträge auf Wohnungsverbesserungszuschüsse gestellt. Es handle sich hier um Mieter von Altbauten, die Wohnungszusammenlegungen, Bäder- und WC-Einbauten vorgenommen haben. Allein 32.076 Wohnungen wurden so mit Bädern, bzw. mit Duschen ausgestattet. Insgesamt, so stellte Schindler fest, seien derzeit 50 Prozent der Wiener Wohnungen mit Bädern ausgestattet.

Von den Umbauten der veralteten Waschküchen waren anfangs die Mieter nicht sehr begeistert, da die Umbauzeiten gewisse Einschränkungen bedeuten. Nach dem Einbau der neuen Waschanlagen jedoch gaben die Mieter ihrer Zufriedenheit Ausdruck, da sie nun ein ganz neues "Waschgefühl" hätten.

Da die steigenden Bau- und Grundpreise von den Mietern der Neubauwohnungen nur schwer zu verkraften sind, habe die Stadt Wien die sozialste und fortschrittlichste Subjektförderung eingeführt. Je nach Einkommen und Wohnungsgröße wird den Mietern eine Kreditrückzahlung gewährt. In der Zeit vom 1. Juli bis 31. Oktober gab es nicht weniger als 7.050 Vorsprachen, und einem Großteil der Antragsteller konnte bereits eine Kreditrückvergütung, die oftmals bis zu Zweidrittel der Miete ausmacht, gewährt werden. In ganz besonderer Weise nimmt man sich junger Ehepaare an, betonte GR. Schindler, denn Ehepaaren unter 30 Jahren wird als Grundlage der Kreditrückzahlung eine Person zum Haushalt dazugezählt.

Eigentumsübertragung

GR. Habl (ÖVP) brachte einen Antrag ein, nach dem die Übertragung von derzeit in Gemeindebesitz befindlichen Baugründen in das Eigentum jenes Personenkreises, dem das Baurecht gewährt worden sei, ermöglicht würde. Die aus dieser Übertragung der Gemeinde zufließenden Geldmittel sollten für Zwecke der Wohnbauförderung und der Wohnungsverbesserung gebunden werden.

Weiter stellte GR. Habl den Antrag, daß die zuständigen Magistratsabteilungen Entwürfe zu erarbeiten hätten, nach denen eine solche Eigentumsübertragung auch an die Mieter von Gemeindewohnungen ermöglicht würde, wenn für die Wohnungen ein Baukostenzuschuß geleistet würde.

Drittens beantragte GR. Habl, die zuständigen Magistratsabteilungen sollten Entwürfe ausarbeiten, nach denen eine solche Eigentumsübertragung an private Interessenten auch ~~bei noch nicht verbaute~~ gemeindeeigenen Grundstücken beziehungsweise gemeindeeigenen Grundanteilen an Siedlungshäusern erfolgen könnte. Die Einnahmen, die durch solche Eigentumsübertragungen gemäß dem zweiten und dritten Antrag zustandekommen, sollten ebenfalls für Zwecke der Wohnbauförderung beziehungsweise Wohnungsverbesserung gebunden werden.

Offensive Grundankaufspolitik

GR. Outolny (SPÖ) wies auf den Widerspruch zwischen der ÖVP-Forderung nach vermehrtem Wohnungsbau und der ebenfalls geforderten Beschränkung der Geldmittel für den Grundstückankauf hin. Weiter führte der Redner aus, daß die Bemühungen um Assanierung schon bestehender Wohngebiete oft am Profitstreben oder bloßen Starrsinn eines einzelnen Liegenschaftsbesitzers scheiterten beziehungsweise durch diese verschleppt würden, was erhebliche Mehrkosten verursache. Er trete daher für eine offensive Grundankaufspolitik der öffentlichen Hand gerade in den Assanierungsgebieten ein. Der Redner forderte weiter als Instrument zur Steuerung des Bodenmarktes und der Bodenpreisentwicklung durch die öffentliche Hand die Schaffung einer Bodenwertabgabe für nicht bebaute oder nicht widmungsgemäß verbaute Flächen.

Abschließend erklärte der Redner, das etappenweise Vorgehen bei der Assanierung sei notwendig, weil mit dem neuen Gesetzesinstrumentarium ja erst Erfahrungen gesammelt werden müßten, bevor man sich an große Vorhaben wage.

Wohnungsbau geht z rück

StR. Neusser (ÖVP) kritisierte, daß das vorliegende Budget zu wenig transparent sei. Als Beispiel dafür nannte er die Budgetposten für die Aufzugseinbauten. Im Mittelpunkt seiner weiteren Ausführungen stand der städtische Wohnungsbau in Wien, der wie er ausführte, seit dem Jahr 1967 ständig zurückgegangen ist. Hatte es im Jahre 1967 noch 15.518 fertiggestellte Wohnungen gegeben, so ging ihre Zahl im Jahre 1973 auf 6.930 zurück. Dies komme auch am fallenden Budgetanteil deutlich zum Ausdruck: 1971 betrug der Budgetanteil noch sieben Prozent, für 1975 ist er auf 4,75 Prozent zurückgefallen. StR. Neusser erinnerte in diesem Zusammenhang an das Versprechen, jährlich 5.000 Wohnungen zu errichten. Bei der Wohnbauförderung sei die Transparenz noch geringer. Im kommenden Jahr werden es nämlich nur 3.200 geförderte Wohnungen sein. StR. Neusser reklamierte in diesem Zusammenhang das Versprechen, jährlich 10.000 Wohnungen zu fördern beziehungsweise zu bauen. Er wies auf die beunruhigend steigenden Arbeitslosenzahlen in Deutschland hin und meinte, daß in Österreich die Bauwirtschaft eine Schlüsselindustrie sei, die gerade bei Rückgängen von der Öffentlichkeit gefördert werden müßte. Weiter übte er Kritik am Umstand, daß sich der Großteil der Wohnungen in einem schlechten baulichen Zustand befindet und größtenteils nicht mehr dem heutigen Standard entspricht. Zur Stadterneuerung: Hier dürfe man das Kind nicht mit dem Bade ausschütten, sondern müsse mit Bedacht vorgehen. Neusser kritisierte sodann die Vergabemodalität von Baurechtsgründen und nannte dafür als Beispiel die Aufschließung der Baurechtsgründe im 22. Bezirk, der sogenannten Haschagründe, für den Konsumverein. Es habe sich dabei um ein 74 Millionen-"Geschenk" gehandelt. Abschließend unterstrich er die Notwendigkeit, beim Wohnungsbau einerseits auf die Qualität Bedacht zu nehmen, andererseits bei der Errichtung auch auf das Stadtbild Rücksicht zu nehmen.

Replik

Stadtrat Hans Mayr (SPÖ) meldete sich gleich anschließend, um sofort auf einen Teil der Ausführungen von Stadtrat Neusser zu replizieren. Der Finanzstadtrat erklärte, Neusser habe sich bei seiner Darstellung über die Finanzierung in Sachen Wohnbauförderung respektive Wohnbauverbesserung sicherlich unbewusst geirrt, weil die Materie überaus kompliziert sei. Aber er, Mayr, habe eben die Kameratechnik nicht erfunden ("das Budgetchinesisch", rief GR. Hoffmann, ÖVP). Jedenfalls müsse man bei den Mitteln für die Wohnungsverbesserung bedenken, daß es sich hier bei den Ausgaben um Annuitätenzuschüsse handle, die nun schon seit 1969 gegeben würden. Anders wiederum sei die Situation bei der Wohnbauförderung, bei der berücksichtigt werden müsse, daß etliche Vorhaben ja aus dem Vorjahr stammten. Seiner Meinung nach, schloß Mayr, sei Neusser im Zahlengestrüpp hängen geblieben.

Gleiche Chance

GR. Lustig (SPÖ) erklärte, jedermann müsse die gleiche Chance auf eine angemessene Wohnung haben. Die Stadt habe 1974 durch eine Änderung beim "zumutbaren Wohnungsaufwand" die Situation verbessert. Insgesamt seien in Wien seit 1945 rund 250.000 Wohnungen neu gebaut worden, davon etwa 125.000 von der Stadtverwaltung. Fast ein Drittel des gesamten Wiener Wohnungsbestandes sei also in diesem Zeitraum gebaut worden. Es sei richtig, daß in den letzten Jahren durch die Entwicklung auf dem Bausektor ein Rückgang bei der Fertigstellung von Wohnungen zu verzeichnen sei. Die Zahlen von Präsident Hahn - etwa 3.000 Gemeindewohnungen im Jahr - stimmten jedoch nicht. In den letzten sechs Jahren seien insgesamt 24.293 Gemeindewohnungen fertiggestellt worden, im Jahresdurchschnitt also 4.050. Die durchschnittliche Wohnungsgröße mache nun 75 Quadratmeter aus und wenn man die Durchschnittsgröße bis zum Jahr 1969 von rund 60 Quadratmeter der gesamten Bauleistung zugrunde legte, wären im Jahresdurchschnitt 5.061 Wohnungen früheren Ausmaßes errichtet worden. Da die Zahl der Wohnungen insgesamt ständig steige, verstehe er nicht, fuhr Lustig fort, wie die ÖVP bei dem ebenfalls immer größer werdenden Erhaltungsaufwand Kürzungen vornehmen wolle: Etwa durch Einsparungen bei der Müllbeseitigung, der Rattenbekämpfung oder gar beim Hausbesorger? Wenn man dies den Hausbesorgern sagte, wären sie wohl im nächsten

Baupreissteigerungen

Vizebürgermeister Pfösch (SPÖ) stellte fest, daß der Hochbau in Wien nicht, wie behauptet wurde, drastisch eingeschränkt worden sei. Die Steigerung im zweiten Quartal 1974 habe vielmehr 11,7 Prozent betragen.

In diesem Jahr habe die Stadtverwaltung im innerstädtischen Bereich 50.000 Quadratmeter Grund für Wohnbauten erworben. (Insgesamt 193.000 Quadratmeter.) Das ist viel, wenn man bedenkt, daß im innerstädtischen Bereich schwerer Gründe zu erhalten sind als am Stadtrand.

Vor vier Jahren kostete die Errichtung einer Gemeindeförderung 300.000 Schilling - jetzt belaufen sich die Kosten auf 500.000 Schilling. Die Steigerung des Baupreises um 130 Prozent zeigt die Schwierigkeiten auf dem Bausektor.

Zur Frage der Baurechtsvergabe: Die Baurechte werden jetzt und auch in Zukunft im Hinblick auf das öffentliche Interesse vergeben. Dabei werden jene Baugenossenschaften bevorzugt, die sich durch niedrige Baupreise und qualifizierte Bauten profiliert haben.

Die Stadtverwaltung unternehme alles, um Spekulationen beim Grundkauf zu verhindern. Bisher wurden fünf Gesellschaften gesperrt und erhalten keine Mittel aus der Wohnbauförderung, weil ihnen Spekulationen nachgewiesen werden konnten.

Es sei richtig, daß die Mietrechtsreform im Parlament durch den Dreiparteien-Antrag im Gemeinderat ins Rollen gebracht wurde. Leider habe aber die ÖVP bei dieser Reform die Freizügigkeit des Wohnungstausches verhindert. Auch beim Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz habe die ÖVP bei wesentlichen Positionen nicht zugestimmt.

Wohnungsspekulation unterbunden

GR. Dr. Ebert (ÖVP) versuchte an Hand einer Statistik der Zentralsparkasse nachzuweisen, daß es um die Bauwirtschaft in Wien nicht so gut bestellt sei, wie die SPÖ gern vorgebe. Der Anteil der Bauwirtschaft am Bruttoregionalprodukt sei im Vergleich zu der gesamtösterreichischen Bilanz zu gering. Dr. Ebert appellierte an Vize-

bürgermeister Pfoch, konkrete Vorschläge zu unterbreiten, um Wohnungsspekulation im sozialen Wohnungsbau zu unterbinden und immer wiederkehrende Mißstände abzustellen. Er beklagte, daß in dieser Richtung keine Initiativen unternommen worden seien und erklärte die Bereitschaft seiner Fraktion zur Zusammenarbeit.

Schlußwort

In seinem kurzen Schlußwort meinte Finanzstadtrat Mayr, daß die große Linie des Budgets durch die Debatte bestätigt worden sei. Kritik habe es nur in Detailbereichen gegeben. Die Zielsetzungen - Sicherung der Vollbeschäftigung, Stabilisierung des Geldwertes und weiteres Wachstum der Wirtschaft - seien nicht ernsthaft angezweifelt worden. Der Budgetvoranschlag für das Jahr 1975 sei ein geeignetes Instrument, um in die Wirtschaft planend einzugreifen. Das Budget versetze die Verantwortlichen dieser Stadt in die Lage, "die Wirtschaft als Hebel unseres Wollens zu benützen und nicht als Spielball der Auseinandersetzungen".

Abstimmung

Das Budget und die Stabilisierungsquote wurden mit den Stimmen der SPÖ, die Durchführungsbestimmungen zum Budget von den beiden großen Parteien im Rathaus beschlossen. Die Abänderungsanträge der ÖVP und FPÖ wurden abgelehnt, die Beschluß- und Resolutionsanträge den zuständigen ^{Gremien} zugewiesen. Die Budgetdebatte war damit um 15.45 Uhr abgeschlossen. (Es folgt nun die Behandlung der restlichen Tagesordnung. Morgen Freitag wird der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke behandelt).

Friedhofserweiterung

GR. Holubarz (SPÖ) referierte über eine Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes zur Erweiterung des Inzersdorfer Friedhofs. GR. Dr. Peter Mayr (ÖVP) nahm dies zum Anlaß, um die Überprüfung der Sperre von 16 anderen Wiener Friedhöfen anzuregen.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Baurechtsvertrag

GR. Bednar (SPÖ) referierte über einen Baurechtsvertrag zwischen der Stadt Wien und der Konsumgenossenschaft betreffend ein knapp 50.000 Quadratmeter umfassendes Gebiet in Groß-Jedlersdorf. GR. Krenn (FPÖ) kritisierte abermals die Höhe des Baurechtszinses und meldete grundsätzliche Bedenken gegen die ständige Errichtung von Großmärkten an. GR. Ebert (ÖVP) erklärte, daß die Gemeinde Wien durch den derart niedrig festgesetzten Baurechtszins auf 17,5 Millionen Schilling verzichte. Im Schlußwort stellte GR. Bednar fest, daß auch der Konsum die Aufschließungskosten bezahlen müsse. Mit derartigen Verträgen werde die Versorgung in Neubaugebieten der Stadt gesichert.

Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Bauring-Debatte

StR. Hans Mayr (SPÖ) legte einen weiteren Bericht des Kontrollamtes über den Bauring vor, der sich mit der Bürgschaft für die Schweizer Firma Beficor befaßt. Der Bauring bürgte für 10 Millionen Schweizer Franken, die für die Errichtung von Hotels und Zweitwohnungen in Spanien verwendet werden sollten. Die Firma Beficor ist eine sogenannte "Briefkastenfirma" ohne Geschäftsapparat, die auch noch nie eine Bilanz gelegt hat. Sie hat den Kredit in Anspruch genommen, aber nichts gebaut und sie kann auch keine Sicherheiten bieten. Nicht einwandfrei sind auch ein 50-Millionen-Kredit für Wohnbau und weitere Bürgschaften für Bauten in Spanien und Griechenland. Die ehemaligen Geschäftsführer des Baurings sind nicht mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns vorgegangen. Sie haben ihre Verpflichtung, vorher die Genehmigung des Aufsichtsrates einzuholen und keine neuen Auslandsgeschäfte mehr zu machen, nicht eingehalten. Sie haften deshalb für den eingetretenen Schaden. Der Bürgermeister hat den Kontrollamtsbericht bereits der Staatsanwaltschaft übermittelt.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) verwies darauf, daß auch das Kontrollamt keine völlige Klärung herbeiführen konnte. Im Bauring wußte man gar nicht, wie hoch die Bürgschaft für die Beficor war, man mußte das erst mit Hilfe eines Wirtschaftsprüfers bei der kreditgebenden Bank feststellen. Man kann nur

sagen, daß hier entweder ein korrupter Vorgang vorliegt oder die beiden Geschäftsführer nicht ganz bei Trost waren. Unklar ist auch die Rolle von Architekt Ursprunger, der dieses Geschäft vermittelt hat. Er vermittelte außerdem einen Kredit von 50 Millionen S zu 11 Prozent Vorzugszinsen für einen Wohnbau des Baurings in Neuwaldegg. Das betreffende Grundstück liegt im Wald- und Wiesengürtel, es kann deshalb nicht gebaut werden. Das Geld liegt auf Sperrkonto, der Zinsenverlust des Baurings beträgt jährlich 2,6 Millionen S. Der Bauring hat noch eine weitere Bürgschaftsverpflichtung von etwa 150 Millionen Schilling an die Baugenossenschaften "Helios" und "Wohnkomfort", die nur teilweise durch Hypotheken abgedeckt ist. Dr. Hirnschall brachte den Antrag ein, der Bürgermeister solle ersucht werden, eine Untersuchung dieses Geschäftes durch das Kontrollamt zu veranlassen.

Auch GR. Dr. Macher (ÖVP) vertrat die Auffassung, daß die beiden früheren Geschäftsführer des Baurings entweder kriminell oder nicht bei Trost gewesen seien. Das Abkommen mit der Beficor ergibt wirtschaftlich keinen Sinn. Was das Vorhaben in Neuwaldegg betrifft, so lag entweder grobe Fahrlässigkeit vor, sich nicht vorher über die Verbauungsmöglichkeit informiert zu haben - oder die Spekulation, daß eine gemeindeeigene Firma die Baugenehmigung auch im Wald- und Wiesengürtel erhalten werde. ÖVP-Stadtrat Dr. Goller hat schon im Juli 1973 auf die Fragwürdigkeit des Geschäftes in Saudi-Arabien hingewiesen und Sofortmaßnahmen verlangt. Hätte man damals die Geschäftsführer abberufen, wäre das Geschäft mit der Beficor nicht zustande gekommen, ein Verlust von 62 Millionen Schilling wäre vermieden worden. Dr. Macher meinte, es sei ein auffallender Unterschied im Verhalten der Mehrheit vor und nach dem 21. Oktober 1973 festzustellen - vor und nach dem Wahltag. Man wollte offenbar vor der Wahl nicht zugeben, daß die Opposition Recht hatte. Deshalb wurden die Geschäftsführer erst im Dezember 1973 entfernt - und mit 30.000 Schilling monatlich in Pension geschickt.

GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) erklärte, daß man zur Abberufung eines Geschäftsführers entsprechend fundierte Unterlagen braucht. Als sie vorlagen, erfolgte die Abberufung. Bis heute erhielten die beiden entlassenen Geschäftsführer keine Pension, sondern lediglich eine Abfertigung, über die sicher noch bei Gericht gesprochen wird.

Zum Vorhaben in Neuwaldegg: Ein Teil des Grundstückes liegt im Wald- und Wiesengürtel, der andere Teil aber ist als Bauland gewidmet. Die Baugenehmigung liegt bereits vor. Sonderbar ist es, daß ein Fernseh-Redakteur genaue Zitate aus einer Aufsichtsrats-Sitzung des Bauring hatte. Dadurch erfuhr die Beficor vorzeitig von der Absicht, sich aus der Geschäftsbeziehung zurückzuziehen, die Position der neuen Bauring-Geschäftsführung wurde dadurch geschwächt. Das paßt zu einer Äußerung des ÖVP-Landespartei sekretärs Fürst gegenüber einem Nachrichtenmagazin, wonach die rund 50 Aufsichtsräte der ÖVP in gemeindeeigenen Unternehmen die Augen offen halten müßten, um der Falkestraße politische Munition zu liefern. Die ÖVP versucht, um jeden Preis aus wirtschaftlichen Fragen politisches Kapital zu schlagen.

GR. Dr. Habl (ÖVP) warf der früheren Geschäftsführung des Bauring vor, den Aufsichtsrat nicht oder falsch informiert zu haben. Der Aufsichtsrat kann nur darüber befinden, was ihm die Geschäftsführung vorlegt. Dem Bürgermeister warf er vor, mehr Informationen gehabt, aber nicht eingegriffen zu haben. Dr. Habl erklärte, daß die ÖVP-Aufsichtsräte dem Fernsehen keine Informationen über den Verlauf von Aufsichtsratssitzungen gegeben haben.

Im Schlußwort zitierte Stadtrat Hans Mayr aus der von Dr. Macher angeführten Rede von Stadtrat Goller, um, wie er sagte, "eine Legendenbildung zu zerstören". Goller hat sich gegen den Flugplatzbau in Saudi-Arabien gewendet, weil er militärisch verwendet werden könnte und von gewissen Risiken gesprochen - aber nicht mehr. Mayr verwies darauf, daß er sehr rasch nach seinem Amtsantritt gehandelt habe. Lange Zeit bestand nur ein Verdacht gegen die Geschäftsführung. Alle Beteiligten haben sich sehr bemüht, Klarheit zu schaffen. Aber die Geschäftsführer haben unrichtige Auskünfte erteilt und die Buchhaltung war ein Sauhaufen. Deshalb war eben einige Zeit erforderlich, bis endlich Klarheit bestand. Für Sozialisten ist es keine Frage, wer an der Spitze eines Unternehmens steht. Er hat jedenfalls die volle Verantwortung zu tragen. Es gibt gewisse Toleranzgrenzen, denn jeder macht Fehler und kann sich irren.

Aber es gibt nicht die geringste Nachsicht, wenn jemand seine Vollmacht mißbraucht. Dann muß man mit allen Mitteln Klarheit schaffen und die Konsequenzen ziehen. Die Kontrollamtsberichte über den Bauring sind der Beweis für diese Haltung.

GR. Dr. Wöber (ÖVP) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung und stellte fest, daß GR. Habl schon im März 1973 im Aufsichtsrat Unterlagen verlangte, die SP-Mehrheit aber den Geschäftsführern die Mauer gemacht habe. In Zwischenrufen von der SPÖ wurde festgestellt, daß dies keine tatsächliche Berichtigung, sondern ein Debattenbeitrag sei. GR. Suttner (SPÖ): "Das ist ein Mißbrauch der Geschäftsordnung".

Abstimmung: Der Kontrollamtsbericht wurde einstimmig angenommen, der FPÖ-Antrag ebenso einstimmig dem Bürgermeister zugewiesen.

Subventionen

Berichterstatter StR. Hans Mayr (SPÖ) beantragte die Annahme der elften Subventionsliste 1974 mit einer Gesamtsumme von 1.430.000 S. GR. Krenn (FPÖ) begrüßte namens seiner Fraktion besonders die Subvention von 100.000 S an den Verband der Handel- und Gewerbetreibenden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Als Berichterstatter beantragte StR. Mayr (SPÖ) dann die Kenntnisnahme der im dritten periodischen Bericht aus 1974 enthaltenen Überschreitungen in der Höhe von 2.659.861.000 S. GR. Wöber (ÖVP) verlangte die Änderung der Textierung dahingehend, daß die Vorlage des Berichtes über diese Überschreitungen zur Kenntnis genommen werde. Der Antrag wurde in dieser geänderten Form einstimmig angenommen.

Die Sitzung wird morgen mit den Beratungen über den Wirtschaftsplan der Stadtwerke für das Jahr 1975 sowie über die Tarifänderungen fortgesetzt und abgeschlossen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

k o m m u n a l :

=====

buengermeister empfang studentendelegation

4 wien, 12.12. (rk) buengermeister leopold g r a t z ,
vizebuengermeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r
und gemeinderat rudolf e d l i n g e r empfangen donnerstag
vormittag im rathaus die sprecher einer studentendemonstration.

die studenten erklarten, dass sie vor allem auf die
schwierige wohnsituation in den 66 wiener studentenheimen auf-
merksam machen wollten, die durch steigende kosten- und repressive
heimordnungen verursacht seien. sie verlangten guenstigere
strom- und gastarife, eine ruecknahme der fernheizpreis-
erhoehung und die vollstaendige umlegung der gewinne aus der
sommervermietung auf die studentenheime.

buengermeister g r a t z erwiderte, dass es nicht
moeglich sei, eine einzelne gruppe bei tarifen zu beguenstigen.
er erklarte sich jedoch bereit, die in den studentenheimen
verrechneten tarifarten zu ueberpruefen und, wenn hier tatsaech-
lich eine haerte vorliege, fuer eine aenderung zu sorgen. die
studenten nahmen diese erklaerung befriedigt zur kenntnis.

vizebuengermeisterin f r o e h l i c h - s a n d n e r
erinnerte daran, dass erst vor wenigen tagen eine vollversammlung
im internationalen studentenheim der stadt wien stattgefunden
hat, der lange diskussionen vorangegangen waren. die studenten
haben dort die neue hausordnung begruesst und als die modernste
oesterreichs anerkannt. die preise in diesem heim liegen
unter dem durchschnitt der anderen, nicht von der stadt wien
gefuehrten studentenheimen. das verlangen, den vollen gewinn aus
der sommervermietung auf die studentenheime umzulegen, bezeichnete
die vizebuengermeisterin als ueberraschend. das ginge zu lasten
der jugendgaestehaeuser - und das stuende doch im widerspruch zum
wunsch der studenten nach solidarisation mit der uebrigen jugend.

richtigstellung

wien, 12.12. (rk) die in der 'rathaus-korrespondenz' vom 11. dezember (blatt 3046) im referat von gemeinderat gertrude h a e r t e l (oevp) genannten angaben ueber wiener minimal-einkommen sind nicht, wie irrtuemlich berichtet wurde, einer studie der arbeiterkammer, sondern einer tageszeitung entnommen.

+++

c richtigstellung zu landtag (1)

wien, 12.12. (rk) im debattenbeitrag von labg. maria f l e m m i n g (oevp) soll der satz in der 13. zeile folgendermassen lauten: 'sie deponierte noch einmal, dass die oevp fuer die straflosigkeit des schwangerschaftsabbruches in j e d e r not-situation der frau eintrete, dass sie aber fuer die reine 'wohlstandsabtreibung' kein verstaendnis habe ...'.

+++

s p o r t :

=====

stadthalle: volkssportzentrum der wiener

1 wien, 12.12. (rk) fast dreissig prozent der sporttreibenden wiener suchen regelmaessig die wiener stadthalle auf, um ihren wohlstandsbauch zu verkleinern. die besucherfrequenz des heurigen jahres uebertraf die groessten erwartungen. waehrend man im vorjahr ''nur'' rund 140.000 besucher zaehlte, wird heuer bis zum jahresende der 200.000ste gast erwartet.

vor allem dominiert in der wiener stadthalle das supersportbad, sowohl fuer die sportler als auch fuer ''wasserratten''. ungestoert von den badegaesten, die sich im grossen schwimmbecken bei einer wassertemperatur von 26 grad celsius tummeln, sind spitzenkoenner im trainingsbecken unter sich und finden ideale uebungsmoeglichkeiten vor. diese tatsache wuerdigen auch die funktionaere des oesterreichischen schwimmverbandes. weitere gustostueckeln: getrennter saunabetrieb fuer sportler und erholungsuchende, eine barfusswiese, eine sonnenterrasse und ein restaurant.

voll ausgelastet ist auch die eishalle, wo taeglich mehr als tausend schlittschuhlaeufer ueber die eisflaeche schleifen. besonderer beliebtheit erfreut sich die eishalle bei den schulen, fuer die kostenloser eislaufunterricht im rahmen des koerpensports abgehalten wird. weiter gibt es einen ''eiskindergarten'' und eistanzabende fuer senioren.

zahlreiche betriebe mieten die ruderhalle, um ihren beschaeftigten ein fitness-training zu bieten. fitness kann auch im ''fitness-raum'' betrieben werden, wo gewichte, hantel, eine rudermaschine, eine sprossenwand und heimtrainer vorhanden sind.

rund 50.000 menschen bevoelkern jaehrlich die kegelhalle, die taeglich von 17 bis 24 uhr in betrieb ist.

die sporthallen auf dem vogelweidplatz stehen den vereinen und verbaenden fuer trainings- und spielbetrieb kostenlos zur verfuegung.

als ''sportplatz der offenen tuer'' hat sich im vergangenen jahr die wiener stadthalle besonders bewaehrt. bei dieser vom

sportamt der stadt wien durchgefuehrten aktion in der stadthalle konnten taeglich rund 300 teilnehmer registriert werden.

diese rekordbesuche zeigen deutlich, dass die wiener stadtverwaltung und als treibende kraft sportstadtrat kurt h e l l e r recht behalten haben, als sie darangingen, das angebot zu sportlicher betaetigung der wiener bevoelkerung auszuweiten. die koordinierung aller nutzungsbereiche - schule - vereine - oeffentlichkeit - traegt hier ihre fruechte: die wiener stadthalle wurde zum volkssportzentrum der wiener.

0926

Freitag, 13. Dezember 1974

Blatt 3096

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal:
(rosa)
- Broschüre und Ausstellung über Wiens Budget
Budgetdebatten-Statistik
Weitere Anträge auf Verlängerung der Sperr-
fristen für Friedhöfe
Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke
- Lokal:
(orange)
- Verkehrsmaßnahmen der kommenden Woche:
Verkehrsarme Zonen in Meidling und Mariahilf
Stadtparksteg wieder benützbar
Die Rettung im November: Mehr Interventionen
bei Unfällen

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

K o m m u n a l :Wirtschaftsplan der Stadtwerke
=====

StR. Franz Nekula (SPÖ), der Freitag im Gemeinderat den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für 1975 vorlegte, erinnerte an die weltwirtschaftlichen Veränderungen in diesem Jahr. Bei Vorlage des letzten Wirtschaftsplanes konnte noch niemand ahnen, daß es zu so schwerwiegenden Entwicklungen auf dem Energiesektor und in weiterer Folge auf dem Kapitalektor kommen würde. In den Zahlen der Wirtschaftspläne kommen diese Entwicklungen deutlich zum Ausdruck: Für 1974 wurde ein Wirtschaftsplan vorgelegt, der mit einem Abgang von 90 Millionen S praktisch ausgeglichen war, während für 1975 ein Abgang von 1.329 Millionen S angenommen wird.

Während der Energiekrise am Beginn dieses Jahres hat sich die Investitionspolitik der Stadtwerke als richtig erwiesen. Infolge der Vorratspolitik konnte die Energieversorgung sichergestellt werden. Die Stadtwerke konnten sogar der privaten Wirtschaft, die keine solche Vorratspolitik betrieben hatte, durch Überlassung von Heizöl helfen. Auch die Verkehrsbetriebe haben während der sogenannten "Pickerltage" ihre Leistungsfähigkeit bewiesen.

Die Situation hat sich weltweit weiter verschlechtert. Das zeigt auch der Wirtschaftsplan der Stadtwerke. Steigenden Ausgaben stehen nur gleichbleibende Einnahmen gegenüber. Daraus ergibt sich zunächst ein unbedeckter Geldbedarf von 3.487 Millionen S. Es mußten deshalb dringende Investitionen von 1.049 Millionen S vorläufig gesperrt werden. Außerdem ist die Aufnahme einer Anleihe von 1.500 Millionen S vorgesehen. Es bleibt noch immer eine Geldlücke von 938 Millionen S, für die keine andere Bedeckung gefunden werden kann, als Tarifmaßnahmen.

"In diesen Zahlen", erklärte StR. Nekula, "drückt sich im wesentlichen die Explosion der Primärenergiekosten aus, die die ganze Welt erschüttert und mit ihrer vollen Wucht auch die Wiener Stadtwerke trifft". Allein die Verteuerung von Öl und Gas belastet die Wiener Stadtwerke nächstes Jahr mit Mehrkosten von rund einer Milliarde Schilling.

StR. Nekula verwies darauf, daß die Strompreiserhöhung heuer im Februar den österreichischen E-Werken Investitionsmittel bringen sollte. Sie wurde jedoch bei den Wiener E-Werken von der Öl-

preiserhöhung aufgezehrt. Andere E-Werke, die Wasserkraftwerke betreiben, waren davon nicht betroffen. Wenn bei Niederwasserstand die Speicher- und Flußkraftwerke nicht genügend Energie erzeugen können, müssen die kalorischen Kraftwerke ausgleichend wirken. Wenn in dieser Form ein Ausgleich gefunden wird, dann drängt sich die Frage auf, ob nicht auch ein Ausgleich bei den Kosten der Primärenergie in Form eines Energiepools gefunden werden könnte.

Zu den enormen Kostensteigerungen und zu den Schwierigkeiten auf dem Kapitalmarkt kommt noch ein Mengenproblem. Ebenso wie die Straßen der Stadt keine unbegrenzte Aufnahmefähigkeit für den Verkehr haben, kann auch nicht damit gerechnet werden, daß die bisherige Entwicklung des Energieverbrauchs ohne Grenzen fortgesetzt werden kann. Es zeigt sich, daß die überproportional wachsenden Bedürfnisse auf dem Energiemarkt nur mit überproportional steigenden Kosten zu bewältigen sind, die trotz allen Bemühungen um sozial vertretbare Tarife schließlich auf den Verbraucher durchschlagen müssen.

Zu den von außen kommenden Belastungen kommen die steigenden Personalkosten. Vor zehn Jahren betrug der Personalaufwand der Stadtwerke 1,2 Milliarden S. Nächstes Jahr wird er um eine volle Milliarde höher liegen, obwohl seither durch Rationalisierungen tausend Dienstposten eingespart wurden. Ähnlich ist es bei den Materialkosten: Kostete vor zwei Jahren ein Großraumtriebwagen 4,2 Millionen S, so kostet er jetzt 6,8 Millionen S, das sind um 61,2 Prozent mehr.

Die E-Werke werden das Gasturbinen-Kraftwerk Leopoldau planmäßig fertigstellen, hier erfolgten keine Geldsperren. Beim geplanten neuen Block in Simmering sind hingegen von 289 Millionen S vorläufig nur 65 Millionen S verfügbar. Damit besteht die Gefahr, daß dieser Block nicht, wie vorgesehen, 1978 fertig wird, was die Versorgungssicherheit gefährden könnte. Schwerwiegend sind auch die großen Sperren beim Netzausbau.

Bei den Gaswerken mußten 184 von 281 Millionen S gesperrt werden. Rohr- und Zählererneuerungen können deshalb nicht im erforderlichen Umfang durchgeführt werden, eine Verlangsamung der Umstellung auf Erdgas ist nicht auszuschließen.

Die beiden Energieversorgungsunternehmen wären trotz dieser schwierigen Situation durchaus in der Lage, die nötigen Mittel zu erwirtschaften, wenn man ihnen kostendeckende Tarife gestatten würde.

Anders ist es bei den Verkehrsbetrieben, die - wie in allen vergleichbaren Städten - keinesfalls kostendeckend geführt werden können. Hier muß der volkswirtschaftliche Nutzen berücksichtigt werden, der darin besteht, daß das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben ohne die Verkehrsbetriebe nicht funktionieren könnte. Es gibt viele Vorschläge, wie dieser volkswirtschaftliche Nutzen berücksichtigt werden könnte. Sie gipfeln im sogenannten Nulltarif, dessen Verfechter allerdings nicht erklären, wie die dann fehlenden Tarifeinnahmen gedeckt werden sollen.

Die Stadt Wien leistet 1975 für die Verkehrsbetriebe - vom U-Bahn-Bau abgesehen - einen Zuschuß von 1,1 Milliarden S. Auch dieser hohe Betrag reicht nicht aus, um den Finanzplan auszugleichen. Bei den Verkehrsbetrieben werden sich die Investitionssperren in einer Verlangsamung des Übergangs zum schaffnerlosen Betrieb auswirken. Darüber hinaus wird die Möglichkeit eingeschränkt, in den Stoßzeiten zusätzliche Fahrzeuge einzusetzen. Wo die notwendige Erneuerung des Unterbaus nicht durchgeführt werden kann, müssen Langsamfahrstellen eingerichtet werden. Daß solche Maßnahmen dem allseits vertretenen Vorrang des öffentlichen Verkehrs diametral entgegengesetzt sind, versteht sich von selbst. Die Verkehrsbetriebe haben alles getan, was sie aus eigener Kraft tun konnten. Zwei Zahlen zeigen ihre Rationalisierung: 1934 kamen 60.000 Beförderungsfälle auf einen Bediensteten, jetzt sind es 116.000, also fast doppelt so viel. Aber sie brauchen auch Hilfe von außen: das gilt für die Hebung der Attraktivität, die nur dann eintreten kann, wenn man ihnen die notwendige Bewegungsfreiheit verschafft, aber auch für ihre finanzielle Bedrängnis.

Welches Wirtschaftsunternehmen ist in der Lage, einem ständig steigenden Kostendruck ohne entsprechende Maßnahmen auf der Einnahmenseite standzuhalten? Warum wird dies bei den öffentlichen Unternehmungen und speziell bei den Verkehrsbetrieben so selten und so schwer eingesehen? Warum werden so eminent wirtschaftliche Probleme, wie die Gebarung der Wiener Stadtwerke,

nicht ebenso nüchtern dargestellt und diskutiert wie etwa Presseorgane die notwendige Erhöhung ihrer Verkaufspreise begründeten? Wenn die Unternehmen ihre Leistungen weiterhin ungestört bringen sollen, wenn dieses wertvolle Vermögen der Stadt nicht unter Auszehrung leiden und verkümmern soll, dann muß man die Verantwortung aufbringen, Tarifmaßnahmen zu setzen.

Stadtrat Nekula brachte dann die bereits bekannten Anträge auf Änderung der Gas-, Strom- und Verkehrstarife ein. Er verwies darauf, daß damit die Geldlücke von 938 Millionen Schilling nicht gänzlich geschlossen werden kann, sondern ein offener Rest von 90 Millionen Schilling verbleibt.

Stadtrat Nekula verlas auch zwei Minderheitsanträge der ÖVP. Im ersten wird die Zurückweisung des Wirtschaftsplanes an die Generaldirektion der Stadtwerke zur Ausarbeitung von ausreichenden Geldbeckungsvorschlägen verlangt, im zweiten die Tarifierhöhung bei den Verkehrsbetrieben abgelehnt.

Stadtwerke-Debatte

Als erster Debattenredner unterzog GR. Bauer (FPÖ) den Wirtschaftsplan und die vorgeschlagenen Tarifregulierungen einer scharfen Kritik. Bei einem Verlust von 1,3 Milliarden Schilling müsse dieser Wirtschaftsplan als der katastrophalste aller Zeiten und der heutige Tag als "schwarzer Freitag" in der Kommunalpolitik der Nachkriegszeit bezeichnet werden. Die geplanten Tarifierhöhungen bei den Verkehrsbetrieben bis zu fünfzig Prozent, beim Stromgrundpreis bis zu 150 Prozent und beim Gasarbeitspreis von über 50 Prozent seien als Paradebeispiel eines unverantwortlichen Preisexzesses anzusehen. Wenn aber trotz dieser Preissteigerungen die Investitionen nicht mehr vorgenommen werden können, viele Millionen an Anleihen aufgenommen werden müssen und dennoch die Schulden nicht bezahlt werden können sowie ein gigantisches Defizit bleibe - dann sei das eine Bankrotterklärung der sozialistischen Kommunalpolitik.

Im Detail erklärte GR. Bauer zu den Tarifierhöhungen: Beim Gaspreis gäbe es zahlreiche Ungereimtheiten und offene Fragen, es fehlten genaue Kalkulationsunterlagen. Die Gasverteuerung werde einen Durchschnittshaushalt, der mit Gas heizt, um 2.500 Schilling im Jahr mehr belasten. Zum Stromtarif sagte der Redner, daß

bereits vor einem halben Jahr der normale Tarif um 6,5 Prozent und der Nachtstrompreis um 20 Prozent erhöht worden sei. Mit der neuerlichen Tarifierhöhung werde somit der Nachtstrom innerhalb von zehn Monaten um 23 Prozent teurer. Mit der Tarifierhöhung bei den Verkehrsbetrieben werde die Wiener Straßenbahn zur teuersten Europas. Das werde zu einem Fahrgastrückgang mit allen seinen Auswirkungen in einem Ballungsraum führen. Es sei bezeichnend für die Sozialistische Partei, daß ausgerechnet der Kinderfahrchein um 50 Prozent und die tägliche Fahrt zur Arbeit um 33 bis 37 Prozent verteuert werde. Die Einführung der Netzkarten werde für die Arbeitenden keine Verbesserung bringen.

Zusammenfassend erklärte der Redner nochmals den Wirtschaftsplan als katastrophal und verlangte einen völlig neuen Anfang der kommunalen Wirtschaftspolitik: Die rasche Entflechtung der Versorgungsbetriebe untereinander und die Trennung von anderen Wirtschaftunternehmungen, Schluß zu machen mit dem Unsinn der Gebrauchsabgaben, gezielte finanzielle Unterstützung der echten Kommunalbetriebe und die Trennung von Nichtkommunalbetrieben, die nur Verluste produzieren. Eingespart könnte bei Firmenbeteiligungen, bei Grundkäufen und Prestigebauten wie die UNO-City werden.

"Offenbarungseid" der Stadtwerke

GR. Dkfm. Ammann (ÖVP) erklärte, heute werde der "Offenbarungseid" der Stadtwerke geleistet. Wie anders sollte dieser Wirtschaftsplan mit den Tarifierhöhungen bezeichnet werden, nachdem Stadtrat Nekula 1970 schon von einer beginnenden Sanierung gesprochen habe. Auch der "Genieblitz" von Bürgermeister Gratz mußte zufolge der wirtschaftlichen Gegebenheiten ausbleiben. Darüber könne auch verbale Virtuosität nicht hinwegtäuschen. Wenn der Bürgermeister in einem Artikel in der AZ erklärt habe, man könnte sich unter Umständen noch fünf Jahre lang eine Subventionierung der Tarife leisten, aber dann müßte mit dem Bau von Spitälern, Schulen, der U-Bahn, etc. Schluß gemacht werden, so sei dies eine Zumutung an die Bevölkerung. Obwohl in einem Bericht der Stadtwerke vor einem Jahr die wirtschaftliche Situation als schlecht dargestellt worden sei und Tarifierhöhungen als notwendig bezeichnet worden sind, habe Gratz damals einen einjährigen Tarifstop angekündigt.

Laut dem Wirtschaftsplan sei eine Finanzierungslücke von 3,5 Milliarden und ein ungedecktes Gelderfordernis von rund einer Milliarde vorhanden. Die Folgen davon, nach einem Bericht der Generaldirektion der Stadtwerke selbst, fuhr Ammann fort, seien Mängel in der Stromversorgung, in der Gasversorgung und auch bei den Verkehrsleistungen. "Das ist die Pleite", erklärte Ammann. Das Duo Androsch-Gratz trete immer schneller in die Tarifpedale und es werde so getan, als seien daran ausschließlich die Araber und die Russen schuld. Dabei anerkenne die Volkspartei beim Gas zufolge der Preiserhöhung bei der Primärenergie eine Tarifierhöhung von 30, aber nicht von 51 Prozent. Was den Straßenbahntarif angehe, so habe es Bürgermeister Gratz bei der letzten Wiener Konferenz als unmoralisch bezeichnet, von einem Defizit des Dienstleistungsbetriebes Verkehrsbetriebe zu sprechen, um wenige Tage später selbst die Tarifierhöhung mit dem "Defizit" von rund einer Milliarde zu begründen.

Ammann ging auch auf die Überlegung des Bürgermeisters ein, eine Verdoppelung der Kraftfahrzeugsteuer vorzunehmen und dafür jeden Autobesitzer gratis mit der Straßenbahn fahren zu lassen. Dies würde bedeuten, daß der Eigentümer selbst des teuersten Autos im Monat 225 Schilling zahlen würde, während ein Nichtautobesitzer für die gleiche Leistung der Verkehrsbetriebe, nämlich für eine Netzkarte, 294 Schilling zahlen müßte. Der Generaldirektor mit einem Swimmingpool sei also besser dran als das "arme Mutterl", das sich nur eine Schale Kaffee wärmt, warf Ammann Gratz einen von diesen in einem Interview gebrachten Vergleich vor. Der Vorschlag sei jedenfalls genauso seriös wie jener von Bundeskanzler Kreisky, künftig sollten Dienstfahrten mit dem Taxi absolviert werden.

Besonders heftig kritisierte Ammann den Widerspruch zwischen der vorjährigen Ankündigung von Bürgermeister Gratz über die Gleichheit im Informationsstand für alle politischen Parteien und der Realität im Rathaus. Die ÖVP habe erst vor elf Tagen den Entwurf für die neuen Tramwaytarife bekommen und erst wenige Stunden vor dem Beschluß im zuständigen Ausschuß die Einzelheiten über den neuen Gaspreis erfahren. Und wenn schon zuvor die AZ geschrieben habe, es würden neue Ausweise für die Netzkarten gedruckt, so sei die Tarifhoheit des Gemeinderates eine Farce. Der Wirtschaftsplan und die Tarifanträge seien ein Spiegelbild für die schlechte Finanzpolitik nicht nur der Stadt, sondern auch des Bundes.

Verständnis für Tarifregelung

GR. Hatzl (SPÖ) erklärte in der Debatte zum Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke, daß die Vorlage des Planes für 1975 die Möglichkeit bietet, ein Bekenntnis zu den Leistungen der Stadtwerke und der Stadtverwaltung, aber auch zu den Bediensteten abzulegen. Seit der Zusammenfassung der Stadtwerke im Jahre 1949 sei der Energiebedarf bei Strom von 800000 auf 4,500.000 MWH, die Gasabgabe von 300 Millionen Kubikmeter auf fast 1.200 Millionen Kubikmeter gestiegen. Nur die Zahl der beförderten Personen bei den Verkehrsbetrieben sank von 575 Millionen auf 405 Millionen. Der Redner warf der ÖVP vor, während der 50iger und 60iger Jahre keine zukunftsorientierte Politik betrieben zu haben. Er bezeichnete die Stadtwerke als ein Opfer der mangelnden Vorsorge der früheren ÖVP-Ressortverantwortlichen.

Der unbedeckte Betrag von 938 Millionen Schilling im Wirtschaftsplan konnte durch höhere Anleihen beziehungsweise weitere Sperren im Investitionsplan nicht verringert werden, da solche Maßnahmen wirtschaftlich nicht vertretbar sind. Der Antrag sieht daher als Bedeckung des Abgangs Mehrerträge aus Tarifregulierungen vor. Der Gemeinderat habe daher in verantwortungsbewußter Weise der gegenwärtigen Situation Rechnung zu tragen. Den Abänderungsantrag der ÖVP bezeichnete Hatzl als demagogisch. Eine Bereinigung betriebsfremder Lasten bei den E- und Gaswerken, wie von der ÖVP vorgeschlagen, würde nur die Verkehrsbetriebe in verstärktem finanziellen Maße treffen und neue erhöhte Tarifgebühren nötig machen. Bei den E-Werken sind die stärksten Sperren beim Ausbau des Kraftwerkes Simmering, beim Ausbau und der Erneuerung der Leitungsnetze sowie bei den Umspann- und Unterwerken. Bei den Gaswerken ist die Umstellung auf Erdgas gefährdet, das Gasrohrnetz kann nicht entsprechend erneuert werden und die notwendige Anschaffung von Gaszählern gefährdet. Bei den Verkehrsbetrieben sind weniger Mittel für den Ersatz auszuscheidender Straßenbahnwagen und für die notwendigen Reparaturen vorhanden.

Der Debattenredner warf der Opposition mangelndes Interesse an der Entwicklung Wiens vor, und forderte sie auf, künftighin positiv mitzuarbeiten beziehungsweise mitzuhelfen, der Wiener

Bevölkerung die gegenwärtige Situation objektiv näher zu bringen und für das Verständnis der Tarifregelung zu sorgen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführung widmete er sich sehr eingehend den bereits erbrachten Leistungen im Jahre 1974. Dabei nannte er unter anderem die großen Fortschritte bei der Erdgasumstellung. Insgesamt wurden mehr als 23 Kilometer an Rohrleitungen verlegt, der Gesamtprozentsatz der umbauwürdigen Gasgeräte betrug mehr als 72 Prozent. Ebenso ging der Baufortschritt einer Erdgasdruckregel- und Meßstation rasch vorwärts. Die Fertigstellung des Gasturbinenkraftwerkes steht unmittelbar bevor. Die Planungsarbeit für die Errichtung der U-Bahn-Unterwerke für die Stromversorgung der künftigen U-Bahn ist gleichfalls bereits teilweise abgeschlossen. Bei den Verkehrsbetrieben wurden an die 200 Beiwagen, Triebwagen oder Autobusse umgebaut oder angeschafft. Bei dieser Gelegenheit unterstrich Hatzl den Umstand, daß es nur der Leistungsbereitschaft des Personals zu danken war, daß der Betrieb bei den Verkehrsbetrieben aufrecht erhalten werden konnte. Insgesamt wurden 2,7 Millionen Überstunden geleistet. Umweltfreundlich war die Fortsetzung des Umbaus der Autobusse auf Flüssiggasgemisch, womit eine starke Reduzierung der Schadstoffe erreicht wird.

Hatzl wies sodann auf die erfolgreiche Bilanz seit Übernahme dieses Ressorts durch Stadtrat Nekula hin. Als Beispiele dafür nannte er unter anderem das erste und zweite Beschleunigungsprogramm, die Forcierung der Umstellung auf Großraumwagen, die Umstellung auf schaffnerlosen Betrieb sowie eine Reihe von Netzverbesserungen in Wien. Seiner Meinung nach seien die Leistungen der letzten sechs Jahre bei weitem gewaltiger, als in den früheren Jahren der ÖVP-Ressortverwaltung.

Die Stadtwerke hätten unter dem seit Jahren anhaltenden finanziellen und auch personellen Druck ständig rationalisiert und würden diese Bemühungen im Interesse der Wiener auch in Zukunft fortsetzen. So ist allein der Personalstand um 6.000 in den letzten 20 Jahren gesunken. Hatzl nahm dies zum Anlaß, den Bediensteten der Stadtwerke für ihr Bemühen bei der Versorgung der Wiener Bevölkerung zu danken.

Keine Attraktivität

GR. Ing. Kreiner (ÖVP) bedauerte, daß die Vorschläge seiner Fraktion nicht diskutiert worden seien, hätte man sie aufgegriffen, wären keine Tariferhöhungen bei den Verkehrsbetrieben, keine Tariferhöhung bei den E-Werken nötig gewesen, sondern nur eine tragbare Erhöhung bei den Gaswerken.

Das Konkurrenzverhältnis öffentlicher Verkehr - Individualverkehr sei durch die Tatsache gekennzeichnet, daß die Verkehrsbetriebe nicht durch Erhöhung ihrer Attraktivität Kunden zu gewinnen versuchen, sondern durch ein Schlechtmachen ihres Konkurrenten, des Individualverkehrs. Wie gering die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel sei, hätten die "Pickerltage" gezeigt: Nach ihrer Auffassung seien die Autofahrer fluchtartig wieder zu ihren Fahrzeugen zurückgekehrt.

Die geringe Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel in Wien gehe auch aus dem Vergleich der Wegzeiten hervor: Berufstätige benötigen für den täglichen Weg zur Arbeitsstätte mit Straßenbahn oder Autobus 38,3 Minuten, Benutzer des eigenen Autos dagegen nur 22,5 Minuten.

Dann kam der Debattenredner auf Verbesserungsmöglichkeiten des öffentlichen Verkehrs zu sprechen. Im Bundesbudget seien für den Ausbau des Nahverkehrs 500 Millionen vorgesehen - wieviel davon entfällt auf Wien? Wie stehe es mit der Einführung von Linientaxis? Die Kontrolloren der Straßenbahn sollten weniger das Personal der Verkehrsbetriebe kontrollieren, sondern lieber mehr Schwarzfahrer erwischen. Die Zahl der Schwarzfahrer betrage 13 Millionen pro Jahr, das ergibt einen Ausfall von 37,7 Millionen Schilling.

Durch die Tariferhöhung werde das Realerträgnis pro verkauften Fahrschein von 3,43 Schilling auf 4,15 angehoben, was 21 Prozent darstellt. Es sei zweifelhaft, ob das angestrebte Umsteigen vom Auto auf die Straßenbahn stattfinden werde, zumal - wie die Statistik zeigt - der größere Teil der Berufstätigen ohnehin Straßenbahn und Autobus benützt: Zu Fuß erreichen 25,5 Prozent ihren Arbeitsplatz, mit dem Auto sind 34,4 Prozent unterwegs, während 40,1 Prozent öffentliche Verkehrsmittel benützen.

Wiener Wirtschaftskraft erhalten

GR. Schreiner (SPÖ) wies in seinem Debattenbeitrag zunächst auf die Leistungen der Bundeshauptstadt im Rahmen der gesamt-österreichischen Wirtschaft hin und erklärte, daß es zu den wichtigsten Aufgaben des Gemeinderates zähle, diese Wirtschaftskraft Wiens zu erhalten und auszubauen. Die drei großen Versorgungsbetriebe der Stadtwerke stellten Grundpfeiler der Wiener Wirtschaft dar. Während aber andere Sparten der Wirtschaft in Wien prosperierten, haben die Wiener Stadtwerke schwere finanzielle Sorgen.

Im Einklang mit allen Vorrednern wies GR. Schreiner auf die dramatische Situation hin: Die Stadtwerke können sich notwendige Investitionen nicht mehr leisten, Instandsetzungen können sie nur mehr unter größten Anstrengungen durchführen, sie leiden so stark unter Kapitalmangel, daß Engpässe bei Gehaltszahlungen durch Kredite überbrückt werden müssen. Die Kreditlast steigt damit ins Untragbare. Der Erfolgsplan 1975 schließt mit einem Verlust von mehr als 1,3 Milliarden S. Trotz der Aufnahme einer Anleihe im Jahre 1975 werde der Finanzplan mit 938 Millionen S ungedeckt sein. Um diesen Betrag zu decken, wurde der Tarifiertrag gestellt.

Verantwortlich für den akuten Zustand machte der Redner die stark gestiegenen Kosten der Primärenergie. Die Steigerung der Ölpreise auf das Doppelte und die steigenden Preise für das russische Erdgas haben die E-Werke mit voller Wucht getroffen und rapid in die roten Ziffern geführt. Für dieses Erdgas werden auch die Gaswerke 1975 mehr als das Doppelte zu bezahlen haben. Und die Verkehrsbetriebe, von denen kein vernünftiger Mensch eine ausgeglichene Gebarung verlangen könne, litten unter der Tatsache, daß sie ein personalintensiver Betrieb sind. Der Redner wies auf die gewaltigen Rationalisierungsmaßnahmen in allen drei Betrieben hin. Vor allem der Personalstand der Stadtwerke hatte von 20.043 Bediensteten im Jahre 1955 auf 14.687 Bedienstete im Jahre 1975 gesenkt werden können. Dennoch erhöhte sich der Personalaufwand im gleichen Zeitraum von 677 Millionen auf 2.217 Millionen S. Zu ähnlichen Ergebnissen komme man auch bei den anderen Aufwandsposten.

Durch all diese Jahre hindurch sei die Tarifpolitik äußerst zurückhaltend gewesen: Der Gaspreis ist sogar seit 1951 unverändert geblieben. Obwohl nach wie vor dieser Grundsatz gelte, dem sozial Schwachen Strom und Gas so billig wie nur möglich zu liefern, müsse man nun die Bevölkerung um Verständnis dafür bitten, jenen Beitrag zu leisten, der die Stadtwerke weiterhin in die Lage setzen soll, genügend Energie zu liefern und den öffentlichen Verkehr weiter auszubauen. Nach den Vorstellungen der Opposition müßten jedoch dringend notwendige Instandsetzungen am öffentlichen Gut eingestellt, neue Vorhaben unterlassen werden, müßten soziale Leistungen gesperrt, müßte mit dem Wohnungsbau Schluß gemacht und jährlich wachsende Beträge dafür verwendet werden, um die Tarife auf der gleichen Höhe zu halten. Die Menschen dieser Stadt seien sicher klüger als jene Ratgeber, die das vorschlagen.

Nach den maßvollen Tarifvorschlägen für Gas und Strom werde der Wiener Strompreis noch immer billiger sein als in anderen Bundesländern, meinte der Redner. Und die Verkehrsbetriebe böten ein Sichtkartensystem an, das praktisch eine starke Verbilligung brächte, personalsparend wirke und von keiner Großstadt in dieser Preislage geboten werde.

Gemeinderat Schreiner brachte damit im Zusammenhang einen Abänderungsantrag ein, der die Gültigkeit der 5-, 6-, und 7-Tage-Netzarten auch auf gesetzliche Feiertage ausdehnt.

Abschließend erklärte der Redner, daß es zukünftig gut sein werde, die Kostendeckung für E-Werke und Gaswerke im Auge zu behalten. Die Verkehrsbetriebe werde man aber im Interesse der Allgemeinheit aus den Mitteln der Allgemeinheit weiter finanziell unterstützen.

Abschluß Wirtschaftsplan-Debatte

Stadtrat Nekula (SPÖ) bezeichnete es als Widerspruch, wenn Debattenredner einerseits über wachsende Verschuldung und steigende Kosten sprachen, andererseits kritisierten, daß zu wenig investiert werde. Die Forderung, man möge wegen der so enorm gestiegenen Ölpreise keine kalorischen Kraftwerke mehr bauen, ist unerfüllbar. Man erinnere sich an die Winter 1971/72 und 1972/73, als wegen des Wassermangels die Wasserkraftwerke nicht genug Strom liefern konnten und die kalorischen Kraftwerke die Versorgung sichern mußten.

Es ist ein sinnvolles Nebeneinander der verschiedenen Kraftwerksarten notwendig. Stadtrat Nekula wandte sich gegen die Feststellung, daß der Kinderfahrschein um 50 Prozent verteuert wurde. Die Verkehrsbetriebe wollen gar nicht, daß die Eltern ihren Kindern das Geld für diesen teuren Fahrschein geben. Sie wollen, daß alle Kinder mit dem billigen Vorverkaufsfahrschein fahren.

Stadtrat Nekula betonte, man müsse verantwortungsbewußt für die Unternehmen eintreten, ohne die es kein modernes städtisches Leben geben kann. Wenn die Versorgung mit Strom und Gas und der öffentliche Verkehr gesichert sind, so beweist das, daß in den vergangenen Jahren gut vorgesorgt wurde.

Allen Mitarbeitern der Stadtwerke, die auch an Sonn- und Feiertagen und in der Nacht einsatzbereit sind, dankte Stadtrat Nekula (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Abstimmung: Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1975 sowie die Änderung der Strom-, Gas- und Verkehrstarife wurden mit den Stimmen der SPÖ genehmigt. Der Abänderungsantrag der SPÖ, mit dem die Gültigkeit der Wochennetzkarten auch auf Feiertage ausgedehnt wird, wurde einstimmig beschlossen.

Schlußwort des Bürgermeisters

Bürgermeister Leopold Gratz teilte mit, daß im Jahre 1974 im Gemeinderat 1149 Geschäftsstücke behandelt wurden, ein Vielfaches dieser Zahl in den Ausschüssen. Für diese große Arbeit danke er herzlich den Gemeinderäten, den Mitgliedern der Bezirksvertretungen, den Bezirksvorstehern und den Mitgliedern des Stadtsenates. Er bat, diesen Dank an die Familien weiterzugeben, ohne deren Verständnis eine so große Arbeitsleistung nicht möglich gewesen wäre.

Bürgermeister Gratz dankte weiter allen Mitarbeitern der Stadtverwaltung, ohne deren Einsatz ein geordnetes Leben in der Stadt nicht möglich wäre. Er dankte den Angehörigen der Exekutive und den Wienern im österreichischen Bundesheer, vor allem denen, die im Mittleren Osten zur Sicherung des Friedens beitragen. Allen Wienerinnen und Wienern wünschte Bürgermeister Gratz ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückhaftes 1975.

(Ende des Sitzungsberichtes)

k o m m u n a l :

=====

broschuere und ausstellung ueber wiens budget

6 wien, 13.12. (rk) der presse- und informationsdienst der stadt wien hat eine broschuere veroeffentlicht, die in knapper form ueber das wiener budget fuer 1975 informiert. die broschuere enthaelt kurze darstellungen aller geschaeftsgruppen, der grossbauten und des wirtschaftlichen hintergrundes, mit zahlreichen grafiken illustriert. die budgetbroschuere ist kostenlos in der rathaus-information oder ueber telefonische oder schriftliche anforderung beim presse- und informationsdienst, 1016 wien, volskgartenstrasse 3, telefon 42 800/2939 erhaeltlich.

in der schmidthalle des rathauses ist ausserdem eine informationsausstellung ueber das budget zu sehen, die freitag eroeffnet wurde. sie stellt die wesentlichen teile des budgets uebersichtlich dar.

im vorwort zur broschuere stellt buergermeister leopold g r a t z fest: "zum ersten mal legt die stadtverwaltung eine publikation vor, die einen ueberblick ueber das budget gibt. allen interessierten wird es damit erleichtert, sich ueber die einnahmen und ausgaben der stadt, ueber ihre vorhaben und ihre verwaltungstaetigkeit zu informieren. wir sehen darin einen weiteren schritt bei der einloesung unseres versprechens, die informationstaetigkeit der stadtverwaltung auszubauen und damit die voraussetzungen fuer eine aktive mitwirkung der bevoelkerung in der kommunalarbeit zu verbessern".

1230

k o m m u n a l :

=====

budgetdebatten-statistik

7 wien, 13.12. (rk) die reform des ablaufes der budgetdebatte im wiener rathaus hat sich offensichtlich guenstig ausgewirkt, wie ein kleiner statistischer vergleich zeigt: im vorjahr dauerte die budgetdebatte 31 stunden und 55 minuten, wobei 57 redner das wort ergriffen. die diesjaehrige budgetdebatte nahm nur 22 stunden und 20 minuten in anspruch, dafuer aber meldeten sich 65 redner zu wort. es ist also offensichtlich gelungen, eine belebung der debatte zu erreichen.

1232

L o k a l :

=====

verkehrsmassnahmen der kommenden woche:

verkehrsarme zonen in meidling und mariahilf

1 wien, 13.12. (rk) auch morgen samstag gelten fuer die innere mariahilfer strasse und die meidlinger hauptstrasse das fahr- und halteverbot fuer den individualverkehr, damit die bevoelkerung in diesen beiden wichtigen geschaeftsstrassen ungestoert und bequem weihnachtseinkaeufe erledigen kann. die verkehrsbeschraenkungen gelten in der meidlinger hauptstrasse von 9 bis 18.30 uhr und in der mariahilfer strasse von 10 bis 18.30 uhr.

ab 15. dezember gilt uebrigens wieder das schienenparkverbot tag und nacht.

stadtparksteg wieder benuetzbar

der fussgaengersteg ueber die wien im bereich des stadtparkes ist nach einer sanierung der holzkonstruktion ab heute, freitag mittag, wieder benuetzbar. fuer die reparation wurden rund 250.000 s aufgewendet.

0938

l o k a l :

=====

die rettung im november:

mehr interventionen bei unfaellen

2 wien, 13.12. (rk) die zahl der hilfeleistungen der wiener rettung hat bei unfaellen - insbesondere bei verkehrsunfaellen -, kreislaufstoerungen und herzerkrankungen stark zugenommen. dies geht aus dem taetigkeitsbericht des rettungs- und krankenbefoerderungsdienstes der stadt wien fuer november hervor. so betrug die zahl der ausfahrten des rettungsdienstes in diesem monat 4.050 (im vorjahr waren es 3.903), davon waren allein 495 verkehrsunfaelle mit ueber tausend verletzten personen. bei selbstmordversuchen wurde 65 mal interveniert, in zwei faellen kam jede hilfe zu spaet.

der krankenbefoerderungsdienst transportierte im november insgesamt 5.857 personen, wobei 77.062 kilometer zurueckgelegt wurden. dabei handelt es sich um 5.248 interne faelle, 245 infektionen und 364 geistesranke. vom sanitaetspersonal wurden insgesamt sechs entbindungen teils im rettungswagen, teils in der wohnung durchgefuehrt.

0941

k o m m u n a l :

=====

weitere antraege auf verlaengerung der sperrfristen
fuer friedhoeefe

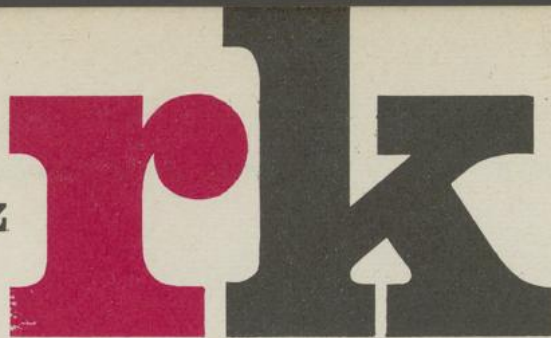
12 wien, 13.12. (rk) in den vergangenen tagen wurden von mehreren bezirksvertretungen weitere antraege an den gemeinderat auf verlaengerung der sperrfrist fuer verschiedene friedhoeefe beschlossen.

die bezirksvertretung doebbling ersuchte einstimmig, die sperrfrist fuer den heiligenstaedter friedhof um zehn jahre zu verschieben.

die bezirksvertretung von liesing beschloss gleichfalls einstimmig, den gemeinderat zu ersuchen, die fristen fuer die sperre der friedhoeefe erlaa, siebenhirten und kalksburg um zehn jahre zu verlaengern.

auch die bezirksvertretung penzing ersuchte einstimmig um verlaengerung der sperrfrist fuer den friedhof hadersdorf-weidlingau um zehn jahre.

1558



Samstag, 14. Dezember 1974

Blatt 3114

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

Bürgermeistersendung: Gratz - Lieber einige Monate unpopulär als verantwortungslos

Wohnbauförderungsmittel in der Höhe von 92,3 Millionen Schilling bewilligt

Lokal:
(orange)

Weihnachtsaktion für sozial bedürftige Wiener Kinder

Kultur:
(gelb)

Karl Böhm und Forschungsgruppe Navratil-Polzer
Rennerpreisträger 1974

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So. 14
bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

buengermeistersendung:

gratz: lieber einige wochen lang unpopulaer als verantwortungslos

1 wien, 14.12. (rk) er sei lieber einige wochen lang unpopulaer als verantwortungslos, erklaerte buengermeister leopold g r a t z in seiner rundfunksendung ueber die tariferhoehungen bei strom und gas und die umschichtungen bei den tarifen der verkehrsbetriebe. ohne tariferhoehungen wuerde in einigen jahren eine energienot entstehen, die stadtverwaltung koennte zwar die bestehenden tarife noch einige jahre verkraften, jedoch um den preis, dass dann das gesamte vorhandene kapital verbraucht waere und ueberhaupt keine leistungen der stadtverwaltung fuer die buenger dieser stadt moeglich waeren. die sicherheit der versorgung hat ihren preis, meinte der buengermeister und erinnerte daran, dass die preise fuer erdoel und erdgas in der letzten zeit exorbitant gestiegen seien.

+++

k o m m u n a l :

=====

wohnbaufoerderungsmittel in der hoehe von
92,3 millionen schilling bewilligt

2 wien, 14.12. (rk) die wiener Landesregierung genehmigte auf antrag von Landeshauptmann-stellvertreter hubert p f o c h darlehen aus der wohnbaufoerderung 1968 in der gesamthoehe von 92,3 millionen. davon sind 12,7 millionen nachfoerderungen. mit dem bewilligten darlehen koennen 295 wohnungen und zwei geschaefts-lokale errichtet werden.

+++

L o k a l :

=====

weihnachtsaktion fuer sozial beduerftige wiener kinder

3 wien, 14.12. (rk) das wiener jugendhilfswerk schliesst sein arbeitsjahr 1974 mit einer weihnachtsaktion fuer sozial beduerftige kinder ab. 240 wiener kinder werden ihre weihnachtsferien in den kindererholungsheimen lehenhof und sulzbach bei bad ischl verbringen. die persoentlichen weihnachtswuensche dieser kinder, die alle aus familien mit sozialem notstand ausgewaehlt wurden, wurden von den fuersorgerinnen der bezirksjugendaemter ermittelt. nach moeglichkeit werden die kinder diese gaben am 24. dezember auf ihrem weihnachtstisch finden. die mitarbeiter der erholungs-fuersorge haben hiefuer in den letzten wochen bereits grossein-kaeufe getaetigt, die von puppen, baukaesten und fussbaellen bis zu buechern, fotoapparaten, armbanduhren und transistorradios reichen.

+++

k u l t u r :

=====

karl boehm und forschungsgruppe navratil-polzer
rennerpreistraeger 1974

4 wien, 14.12. (rk) auf grund eines einstimmigen beschlusses des von ihm eingesetzten kuratoriums hat buergermeister leopold g r a t z bestimmt, dass die preise aus der dr. karl rennerstiftung der stadt wien fuer das jahr 1974 an generalmusikdirektor prof. dr. karl b o e h m und die forschungsgruppe n a v r a t i l - p o l z e r verliehen werden sollen. generalmusikdirektor boehm erhaelt einen preis in der hoehe von 200.000 s, die unter der leitung von prof. dr. johann navratil und prof. dr. kurt polzer stehende zehnkoeufige forschungsgruppe einen solchen in der hoehe von 400.000 s .

die preisverleihung wird voraussichtlich im janner 1975 stattfinden.

+++



Montag, 16. Dezember 1974

Blatt 3127

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

Ausstellung "Moderne Leopoldstadt"
"Wien an die Donau"

Lokal:
(orange)

Marktlage vor Weihnachten: Stabile Preise
Verkehrsbehinderungen durch Demonstration

Kultur:
(gelb)

Wiener Festwochen mit neuer Arena
Bezirksmuseum Rudolfsheim-Fünfhaus: Sonderausstellung "90 Jahre Amtshaus"

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So. 14
bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

"wien an die donau"

3 wien, 16.12. (rk) die Leopoldstadt habe fuer eine gesamtstaedtische zielsetzung "wien an die donau" zufolge lage und tradition eine besondere bedeutung, erklarte montag stadtrat ing. fritz h o f m a n n bei einer pressekonferenz im leopoldstaedter heimatmuseum, an der auch bezirksvorsteher hubert h l a d e j teilnahm. anlass ist eine ausstellung "moderne leopoldstadt", die montag abend eroeffnet wird. die bedeutung des bezirkles sei unter anderem auch beim grossen wettbewerb ueber den wiener donauraum zutage gekommen und ihr werde auch bereits durch konkrete projekte der stadtverwaltung rechnung getragen.

so wuerden drei grossraeumige wohnverbauungen in der leopoldstadt in den naechsten jahren verwirklicht: rund tausend wohnungen werden auf den ehemaligen e-werk-gruenden in der engertstrasse entstehen, die erste baustufe fuer den frueheren elektraplatz wird rund 500 wohnungen bringen (endzustand etwa 900 wohnungen) und schliesslich werden auf den ehemaligen siemensschuckert-gruenden mehr als 500 wohnungen gebaut werden. ausserdem werden auf dem frueheren areal von bunzl und biach rund 600 arbeitsplaetze des tertiaerbereiches entstehen. die pensionsversicherungsanstalt wird hier einen wettbewerb durchfuehren, bei dem nicht zuletzt durch die lage vis a vis der un-city auf den gesamten donaubereich ruecksicht genommen wird.

bei den grossflaechigen verbauungen wird schon von der flaechenwidmung her darauf ruecksicht genommen, eine leichte durchgaenglichkeit zur donau hin - auch mit hilfe von fussgaengerbruecken ueber den handelskai - zu erzielen. an diesen fusswegen sollen auch moeglichst viele einrichtungen der sozialen infrastruktur situiert werden. schliesslich werden grundrissloesungen bei den wohnbauten in der weise bevorzugt, dass die wohnraeume

von den verkehrsflaechen abgewendet und die nebenraeume und stiegenanlagen den strassen zugeordnet werden.

der wettbewerb ueber den wiener donaubereich hat zudem gezeigt, dass in der leopoldstadt langfristig eine reihe von bedeutsamen entwicklungsbereichen zur verfuegung stehen. so wurde unter anderem vorgeschlagen, die ausserordentlich hohe standortqualitaet des jetzigen messegeelaendes fuer eine wohnverbauung zu nutzen. schliesslich ist bekanntlich seit geraumer zeit das areal des alten nordbahnhofes fuer eine city-erweiterung ins auge gefasst.

eine besondere und ueberregionale rolle fuer die erholung der wiener bevoelkerung wird auch zukuenftig dem prater zukommen. auch die uferbereiche des handelskai koennten nach entsprechender gestaltung erholungsfunktionen erfuelen.

(forts.moegl.)

1115

L o k a l :

=====

marktlage vor weihnachten:

stabile preise

1 wien, 16.12. (rk) der weihnachtstisch der wiener kann heuer wieder reichlich gedeckt werden: bei den wichtigsten nahrungs- und genussmitteln sowie bei den traditionellen weihnachtsspezialitaeten sind kaum engpaesse zu erwarten.

die anlieferungen an gefluegel - vor allem huehner und trut- huehner - werden den erhoekten bedarf zu den feiertagen decken koennen. zusaetzlich wird gefluegel, besonders enten und gaense, aus den oststaaten importiert. in den kuehlhaeusern lagern 4.600 tonnen gefluegel; weitere anlieferungen werden fuer diese woche erwartet. die verbraucherpreise sind derzeit guenstiger als im vorjahr, preissteigerungen sind nicht zu erwarten.

saisonbedingt ist die lieferung inlaendischer frischeier zu gering, sie wird deshalb durch importe aus den eg- und oststaaten ergaenzt. ausser den derzeit vorraetigen 10,3 millionen stueck frischeiern werden in dieser woche noch groessere mengen an importeiern auf den markt kommen. im vergleich zum vorjahr sind die preise sowohl fuer inlaendische als auch fuer auslaendische ware bis zu 15 groschen je stueck niedriger.

bei suesswasserfischen sind ebenfalls keine versorgungsschwierigkeiten zu erwarten. die traditionellen weihnachtskarpfen - sie werden vor allem aus niederoesterreich, der steiermark und der cssr geliefert - sind allerdings wesentlich teurer als zu weihnachten 1973. die verbraucherpreise liegen um 5 schilling pro kilogramm ueber den vorjahrspreisen. auch die reichlich vorhandenen tiefgefrorenen und frischen seefische sind aufgrund der weltmarktpreise trotz der im oktober und november durchgefuehrten preissenkungen fuer tiefgefrorene dorschfilets noch immer teurer als im vorjahr.

der bedarf an frischfleisch wird voll gedeckt werden koennen. besonders bei stierfleisch ist sogar ein gewisses ueberangebot festzustellen. auch kalb- und schweinefleisch wird in grossen mengen angeboten. ausserdem lagern in den wiener kuehllagerhaeusern

noch 4.500 tonnen fleisch. die fleischpreise sind uebrigens derzeit stabil.

bei selch- und wurstwaren sind keine engpaesse zu erwarten. die nachfrage nach wildbret wird ebenfalls ohne schwierigkeiten befriedigt werden koennen - 180 tonnen sind vorraetig. mit einem steigen der verbraucherpreise vor den feiertagen wird auch hier nicht gerechnet.

wien wird ausschliesslich mit wintergemuese aus der heimischen produktion beliefert werden koennen. salatgemuese hingegen muss zum teil aus frankreich, holland und italien importiert werden. gurken- und paradieserimporte sind ebenfalls notwendig. bei keiner gemuesesorte sind jedoch wesentliche preissteigerungen zu erwarten.

bei obst werden vor allem preisguetige inlaendische aepfel angeboten. birnen aus italien, orangen aus griechenland, spanien, italien und israel sowie tuerkische mandarinen und italienische zitronen sollen den erhoekten obstbedarf decken. die versorgung des wiener marktes mit bananen ist gleichfalls gewaehrleistet. auch beim obst wird sich die guenstige preissituation vor den weihnachtsfeiertagen voraussichtlich nicht aendern.

0930

L o k a l :

=====

verkehrsbehinderungen durch demonstration

5 wien, 16.12. (rk) wegen einer demonstration wird es diensttag, den 17. dezember, voraussichtlich ab etwa 16.45 uhr zur behinderung des verkehrs auf der inneren mariahilfer strasse und ab etwa 17 uhr auch auf der ringstrasse kommen. es ist mit folgenden einschraenkungen des strassenbahn- und autobusverkehrs zu rechnen:

linie 5 nur bis uhlplatz, linien 13a und 14a nur bis pilgramgasse, linie 52 nur bis bahnhof rudolfsheim, linie 58 nur bis guertel, linie d nur bis boerse, linie j nur bis uhlplatz beziehungsweise hauptallee, linie t nur bis schwarzenbergplatz und weiter zum suedbahnhof, die linien ak, bk, 25r und 25k nur bis praterstern, die linien a und b bis schwarzenbergplatz und weiter zum suedbahnhof. die dauer dieser einschraenkungen ist vom verlauf der demonstration abhaengig.

1155

k u l t u r :

=====

Wiener festwochen mit neuer arena

6 wien, 16.12. (rk) in der ehemaligen blumenhalle auf dem phorusplatz im 4. bezirk wird die arena der wiener festwochen 1975 ihr quartier aufschlagen. das ist eine der novitaeten, die die praesidentin der wiener festwochen gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r sowie festwochenintendant ulrich b a u m g a r t n e r und generalsekretaer peter w e i s e r in ihrer pressekonferenz am montag vorstellten. gastieren werden in dieser neuen arena, die etwa 500 personen aufnehmen kann, verschiedene in- und auslaendische gruppen mit dem "magic circus" aus paris an der spitze.

im strauss-jahr 1975 werden natuerlich auch die wiener festwochen einen grossen teil ihres programms diesem jubilaem widmen. als spektakulaerstes ereignis wird mstislav rostropowitsch im theater an der wien eine auffuehrung der "fledermaus" praesentieren. im zeichen von johann strauss werden auch die orchesterkonzerte im konzerthaus stehen: in jedem orchesterkonzert wird mindestens eine konzertante auffuehrung eines johann strauss-opus stattfinden. wie generalsekretaer weiser dazu erklarte, sei das auch der versuch, die vor 1938 durchaus uebliche integration von johann strauss-werken in "klassische" orchesterprogramme wieder aufleben zu lassen.

das konzertprogramm werden die wiener philharmoniker unter claudio abbado und karl boehm, die wiener symphoniker unter carlo maria giulini, erich leinsdorf, moshe atzmon und julius rudel, das philadelphia orchestra unter eugene ormandy, das berliner radio-symphonieorchester unter lorin maazel und das orf-symphonieorchester bestreiten.

im bereich des sektors theater wies die praesidentin der festwochen in der pressekonferenz auf die schwierigkeiten in der koordination mit der programmplanung der bundestheater hin. an auslaendischen gastgruppen werden das "theatron technis" (athen) mit

./.

"die voegel" von aristophanes, das "teatro lirico nacional" (madrid) mit "donna francisquita" von amadeo vives sowie die "english national opera" mit "patience" und "gloriana" vertreten sein. die wiener privattheater stellen sich mit "eine nacht in venedig" (raimundtheater) und "fanny elssler" (wiener kammeroper) sowie "zu ebener erde und erster stock" (theater in der josefstadt) ein. die kammeroper wird ausserdem eine pantomimische auffuehrung von strauss-walzern in der bearbeitung von arnold schoenberg praesentieren.

die "balletttradition" der wiener festwochen wird mit einem gastspiel des "tokio-ballet" fortgesetzt.

zum 150. geburtstag des walzerkoenigs veranstaltet die wiener stadtbibliothek in der volkshalle des wiener rathauses eine grosse johann strauss-ausstellung. einem prominenten zeitgenossen von strauss, hans makart, ist eine ausstellung des kulturamtes der stadt wien in der hermesvilla in lainz gewidmet. die albertina praesentiert "adolf loos - leben und werk".

k u l t u r :

=====

bezirksmuseum rudolfsheim-fuenfhaus:

sonderausstellung ''90 jahre amtshaus''

2 wien, 16.12. (rk) anlaesslich der schlussteinlegung des amtshauses fuer den 15. bezirk vor 90 jahren, zeigt das bezirksmuseum rudolfsheim-fuenfhaus, rosinagasse 4, derzeit eine sonderausstellung. zu sehen sind alte fotos und zeichnungen, die die entwicklung des bezirkes seit damals dokumentieren.

das bezirksmuseum ist jeden ersten und dritten dienstag im monat in der zeit von 16 bis 18 uhr geoeffnet. gruppenfuehrungen sind nach telefonischer vereinbarung (telefon 83 36 11, klappe 204) jederzeit moeglich.

0932

k o m m u n a l :

=====

ausstellung ''moderne Leopoldstadt''

7 wien, 16.12. (rk) im verlauf der pressekonferenz mit stadtrat
ing. fritz h o f m a n n gab bezirksvorsteher hubert h l a d e j
am montag bekannt, dass die ausstellung ''moderne Leopoldstadt'',
die heute montag abend eroeffnet wird, bis 12. jaenner zugaenglich
sein wird. die oeffnungszeiten sind: mittwoch von 17 bis 19 uhr,
samstag 14.30 bis 17 uhr, sonntag 9 bis 12 uhr. die exposition
befindet sich im bezirksmuseum, eingang direkt von der strasse
karmelitergasse 9 im amtshaus fuer den 2. bezirk.

1338



Dienstag, 17. Dezember 1974

Blatt 3129

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

(rosa)

"Ratgeber für Wiener" vergriffen

Im Rathaus wurden 15 Bundesheerangehörige geehrt

Lokal:

(orange)

Fische werden nun genau geprüft

Weihnachts- und Silvesterfeiern für Einsame

Rückkauf alter Fahrscheine

Weihnachtsgeschenke für "stille Kinderdörfer"

Kultur:

(gelb)

Ausstellungsplanung der Wiener Stadtbibliothek
für 1975

Sport:

(grün)

Parallelschlalom in Wien ist gesichert

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

17. dezember 1974

''rathaus-korrespondenz''

blatt 3130

k o m m u n a l :

=====

''ratgeber fuer wiener'' vergriffen

1 wien, 17.12. (rk) die nachfrage nach dem ''ratgeber fuer wiener'' hat alle erwartungen uebertroffen: die dritte auflage, die in einer hoehe von 25.000 stueck am 28. september erschienen ist, ist bereits restlos vergriffen. der presse- und informationsdienst der stadt wien bereitet derzeit eine verbesserte neuauflage vor, die im kommenden fruehjahr erscheinen wird.

0911

L o k a l :

=====

fische werden nun genau geprueft
fischlaboratorium in der lebensmitteluntersuchungsanstalt der
stadt wien

2 wien, 17.12. (rk) jetzt ist auch eine genaue und umfassende kontrolle der fische, die auf den wiener markt kommen, moeglich: in der lebensmitteluntersuchungsanstalt der stadt wien wurde ein fischlaboratorium eingerichtet, das erste in einer staatlichen untersuchungsanstalt. die einrichtungen erlauben ausser der spezialisierten untersuchung von einzelproben, die schon bisher erfolgte, auch die routinemaessige kontrolle von massensendungen. vor weihnachten ist hier natuerlich besonders viel zu tun. die fachleute geben der wirtschaft ein gutes zeugnis: bei karpfen gab es bisher ueberhaupt keine beanstandungen, bei seefischen nur in einem einzelfall.

im september und oktober lief das schwerpunktprogramm "raeucherfische". anlass dafuer waren die reaktiv haeufigen beschwerden ueber parasiten in buecklingen. das hauptgewicht lag deshalb bei der untersuchung von buecklingen und geraeucherten makrelen. es wurden aber auch geraeucherte forellen, reinanken und dgl. ueberprueft, weil gerade solche kostspieligen produkte manchmal wegen zu geringem absatz und zu langer lagerung verderben.

geraeucherte makrelen erwiesen sich bis auf wenige ausnahmen als einwandfrei und genusstauglich, sie waren auch alle parasitenfrei. anders war es leider bei den buecklingen. bei diesen kommen haeufig in der bauchhoehle etwa 1 cm lange wurmfoermige parasiten vor. durch strenge auswahl der fische zum raeuchern und durch technologische massnahmen ist sicherzustellen, dass nur parasitenfreie ware auf den markt kommt. mehrere buecklingsproben mussten beanstandet und aus dem verkehr gezogen werden. offenbar als folge dieser umfassenden und genauen kontrollen hat sich in letzter zeit eine wesentliche besserung ergeben: es gab keine beanstandungen mehr.

november und dezember sind die grosse saison fuer karpfen und seefische, deswegen stehen sie derzeit im vorgrund der untersuchungen.

auf eis gelagerte fische und fischfilets gehoeren zu den verderblichsten lebensmitteln. oeffter gab es frueher beschwerden ueber mangelnde frische. da auch bei diesen produkten haeufig wurmfoermige parasiten vorkommen, werden sie von deutschen fischhandelsfirmen vor dem verpacken haeufig durchleuchtet.

von der lebensmitteluntersuchungsanstalt der stadt wien wurden seit november 205 proben diverser fischfilets genau untersucht. alle kuehlfische, die von den importfirmen angeboten wurden, erwiesen sich als frisch und parasitenfrei. lediglich fuenf proben waren infolge mangelhafter kuehlung in einem detailgeschaeft verdorben.

weihnachtskarpfen werden meist lebend nach wien gebracht. in den letzten wochen wurden proben aus allen anlieferungen einer allgemeinen untersuchung auf genusstauglichkeit, besonders aber auf salmonellen (paratyphuserreger) untersucht. dabei werden proben von der haut, den kiemen und dem muskelfleisch eingehend bakteriell geprueft. alle untersuchten karpfen waren gut gehalten und einwandfrei genusstauglich.

die nunmehr aufgenommen routinemaessigen fischuntersuchungen veranlassen zweifellos importeure und haendler zu noch groesserer vorsicht und geben dem konsumenten die gewaehr, dass er in wien nur einwandfreie fische bekommt.

L o k a l :

=====

weihnachts- und silvesterfeiern fuer einsame

3 wien, 17.12. (rk) wie bereits in den vergangenen jahren werden von der stadtverwaltung in mehreren bezirken am 24. und 31. dezember die pensionistenklubs fuer einsame menschen offengehalten. der besuch der klublokalitaeten ist allen einsamen personen, auch wenn sie nicht klubbesucher sind, frei zugaenglich. der sinn dieser aktion liegt vor allem darin, alleinstehenden wienerinnen und wienern gerade an jenen tagen, an denen sie sich vielleicht besonders verlassen und einsam fuehlen, gelegenheit zu bieten, dieser einsamkeit zu entfliehen. infolge des grossen zuspruchs in den letzten jahren wurde die zahl der klublokalitaeten, die an diesen beiden tagen offen haben, ueber initiative von gesundheits- und sozialstadtrat prof. dr. alois s t a c h e r, erhoehrt. interessenten, die keine pensionistenklubbesucher sind, wird nahegelegt, sich fuer die veranstaltungen am 24. und 31. dezember bei den zustaendigen sozialreferaten oder bezirksvorstellungen bis spaetestens 23. dezember vormerken zu lassen.

am heiligen abend werden folgende pensionistenklubs geoeffnet sein:

2, pazmanitengasse 17 (13 bis 17 uhr), 2, ybbsstrasse 15-21 (13 bis 17 uhr), 7, bandgasse 8 (16 bis 19 uhr), 8, benno- platz 1 a (16 bis 19 uhr), 10, puchsbaumplatz 13 (16 bis 20 uhr), 11, enkplatz 2 (14 bis 17 uhr), 13, wolkersbergenstrasse 170 (16 bis 18 uhr), 15, goldschlagstrasse 108 (16 bis 19.30 uhr), 16, wurlitzergasse 59 (14 bis 18 uhr), 17, weissgasse 15/ eingang haslingergasse 29 (15 bis 19 uhr), 18, weimarer strasse 8-10 (15 bis 19 uhr), 20, aignerstrasse 2-6 (14 bis 18 uhr), 21, jedleseer strasse 66 (15 bis 20 uhr) und 22, erzherzog karl-strasse 65/20/eingang gumpowiczstrasse (15 bis 20 uhr).

zu silvester sind folgende pensionistenklubs offen:

7, lindengasse 44 (17 bis 20 uhr), 10, puchsbaumplatz 13 (16 bis 20 uhr), 11, enkplatz 2 (14 bis 17 uhr), 16, wurlitzergasse 59 (14 bis 18 uhr), 17, weissgasse 15/eingang haslingergasse 29 (15 bis 19 uhr) und 20, aignerstrasse 2-6 (14 bis 18 uhr).

L o k a l :

=====

rueckkauf alter fahrscheine

4 wien, 17.12. (rk) die alten fahrscheine der wiener verkehrs-
betriebe, die ab 2. jaenner 1975 ungueltig sind, werden von den
verkehrsbetrieben zurueckgekauft. der rueckkauf erfolgt von 2. bis
31. jaenner in den eigenen vorverkaufsstellen, in den direktions-
gebaeuden 4, favoritenstrasse 9-11 und 6, rahlgasse 3 sowie in den
verkehrskanzleien der betriebsbahnhoeefe der strassenbahn und der
autobusgaragen.

0919

L o k a l :

=====

weihnachtsgeschenke fuer "stille kinderdoerfer"

8 wien, 17.12. (rk) spielzeug fuer den weihnachtlichen gaben-
tisch der 15 wiener grosspflegefamilien, die in fachkreisen auch
gerne "stille kinderdoerfer" genannt werden, gibt es am
kommenden donnerstag, dem 19. dezember, um 18 uhr, in der wiener
spielzeugschachtel. jugendstadtraetin gertrude f r o e h l i c h -
s a n d n e r und der leiter des jugendamtes der stadt wien ober-
senatsrat dr. p r o h a s k a haben die eltern dieser 15 wiener
grosspflegefamilien eingeladen, in der spielzeugschachtel das
beste spielzeug fuer ihre schuetzlinge auszuwaehlen. als fach-
maennische beratung werden hiebei neben den mitarbeitern der spiel-
zeugschachtel auch die jugendstadtraetin und der jugendamtsleiter
zur verfuegung stehen.

die wiener grosspflegefamilien haben sich seit ihrer gruendung
als ausgezeichnete betreuungsmoeglichkeit fuer jene kinder
erwiesen, die in ihrer natuerlichen familie nicht die noetigen
voraussetzungen finden. derzeit betreuen diese 15 elternpaare
73 kinder. insgesamt haben sie im laufe der zeit bereits 210 kinder
versorgt. neun dieser kinder wurden im laufe der zeit von ihren
pfelegeltern sogar adoptiert, um eine rueckgabe in die leiblichen
familien und dadurch eine schwere seelische belastung der kinder
zu vermeiden.

die stadt wien bezahlt derzeit fuer in wiener grosspflege-
familien untergebrachte kinder 14 mal jaehrlich je 1.400 schilling.
ueberdies erhaelt die familie bei der uebernahme des Kindes einen
einmaligen ausstattungsbeitrag von 1.500 schilling pro kind.
ausserdem uebernimmt die stadt wien die praemie fuer die haftpflicht-
versicherung der pflegeeltern, die fuer von ihnen betreute
kinder auch die familienbeihilfe erhalten.

k o m m u n a l :

=====

im rathaus wurden 15 bundesheerangehoerige geehrt

11 wien, 17.12. (rk) in vertretung von landeshauptmann leopold gratz ueberreichte dienstag vormittag landeshauptmann-stellvertreterin gertrude froehlich-sandner 15 wiener bundesheerangehoerigen verdienst- und ehrenzeichen des landes wien.

unter den ausgezeichneten befanden sich oberst leopold langer, zugeteilter offizier des militaercommandos wien, der das silberne ehrenzeichen erhielt.

das goldene verdienstzeichen erhielten: oberstleutnant werner peters, major egon ehrlich, major rudolf hunger und amtsdirektor karl gamauf.

zehn offiziere und beamte, darunter eine frau, erhielten aus der hand der landeshauptmann-stellvertreterin das silberne ehrenzeichen.

frau froehlich-sandner hiess im roten salon des rathauses die festgaeste, unter denen sich stadtrat neusser, der dritte landtagspraesident fritz hahn und der militaercommandant von wien, general schrems befanden, herzlichst willkommen. in ihrer festansprache hob sie die einsatzbereitschaft des bundesheeres hervor und meinte, dass man gerade bei solcher gelegenheit, stellvertretend fuer alle wiener, auch dem bundesheer ein "danke schoen" sagen muss.

k u l t u r :

=====

ausstellungsplanung der wiener stadtbibliothek fuer 1975

5 wien, 17.12. (rk) ein umfangreiches ausstellungsprogramm hat sich die wiener stadtbibliothek neben ihrer bibliotheksarbeit auch fuer das kommende jahr vorgenommen. neben der grossen johann strauss-ausstellung, die in der zeit vom 22. mai bis 31. oktober 1975 in der volkshalle des wiener rathauses zu sehen sein wird, wird sie im ausstellungsraum des kulturamtes auf dem friedrich schmidt-platz zwischen mitte oktober und ende november 1975 ihre wichtigsten neuerwerbungen in einer exposition der oeffentlichkeit praesentieren. eine reihe von ausstellungen auf dem ausstellungsgang vor den bibliotheksraeumen der stadtbibliothek im wiener rathaus werden unter anderem den themen "fasching in wien 1850 - 1900", "vor 30 jahren - kriegsende in wien", "200 jahre augarten - 100 jahre donaregulierung und zahnradbahn auf den kahlenberg", "schoene kostbare buecher" und "rainer maria rilke zum 100. geburtstag" gewidmet sein.

0920

s p o r t :

=====

parallelslalom in wien ist gesichert

6 wien, 17.12. (rk) der zustaendige gemeinderatsausschuss genehmigte in seiner letzten sitzungen fuer den am 21. jaenner 1975 durchzufuehrenden parallelslalom auf der hohen wand-wiese eine subvention von 150.000 schilling.

damit sind die bemuehungen von sportstadtrat kurt h e l l e r , eine derart grosse und internationale veranstaltung nach wien zu bringen, auch finanziell abgesichert.

der skilaenderkampf zwischen oesterreich und italien, in form eines parallelslaloms auf der hohen wand-wiese, wird vom akademische skiklub wien unter dem motto: "wien, die hauptstadt des skilandes oesterreich" durchgefuehrt. es wird ein erstklassiges internationales starterfeld nach wien gebracht. in zukunft will man den paralellslalom in den weltcup einbeziehen.

der 21. jaenner 1975 als austragungstag wurde aus zweierlei gruenden gewaehlt, um erstens einmal diese konkurrenz zwischen den weltcuprennen von kitzbuehel und innsbruck unterzubringen und zweitens ist man der meinung, und dies auf grund der bisher seit bestehen der hohen wand-wiese gemachten erfahrungen, dass dieses datum als reaktiv schneesicher oder zumindest kaeltesicher fuer die hohe wand-wiese gilt. bei schneemangel werden die von der stadt wien errichteten und im vergangenen jahr ergaenzten schneekanonen fuer fahrtuechtige skipisten sorgen.

wie das sportamt der stadt wien mitteilte, hat toni s a i l e r den start der absolut besten oesterreichischen slalomspezialisten zugesagt. eine gleiche zusage kam vom praesidenten des italienischen wintersportverbandes (fisi).

um die zustandebringung dieser grossveranstaltung bemuehen sich auch andere oeffentliche stellen: der militaerkommandant von wien, general karl s c h r e m s erklaerte sich bereit, zelte des

./.

bundesheeres fuer diese veranstaltung kostenlos zur verfuegung zu stellen.

die postverwaltung sagte zu, dass die besucher des parallelslaloms ohne aufpreis mit einem normalen strassenbahnfahrschein die hohe wand-wiese mit postautobussen erreichen koennen. (ab huetteldorf, stadtbahn oder linie 52, endstation.) gleichfalls liegt seitens der postverwaltung eine zusicherung vor, dass autobusse in ausreichender zahl am veranstaltungstag bereitgestellt werden.

1012

Mittwoch, 18. Dezember 1974

Blatt 3140

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

Vizebürgermeister Pfoch - zehn Jahre Stadtrat
Gestaltungskonzept Josefstadt
Weihnachtsfeier für Hietzinger Waisenkinder
Alsergrund: Neue, wichtige Ampelanlage in Betrieb
Ab Jänner: Mobile Gemeindeschwestern nehmen
Tätigkeit auf

Lokal:
(orange)

Heuer mehr Autobusse für die "Fahrt zum Schnee"
Keine Ehe- und Familienberatung während der
Weihnachtsfeiertage
Ehrenzeichen für Blau, Stradal und Traintinger
Orden für Paul Löwinger
Unfall beim Betonieren: Drei Verletzte

Kultur:
(gelb)

Postsendung von 1942 erreichte die Wiener
Stadtbibliothek

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So. 14
bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

vizebuürgermeister pfoch - zehn jahre stadtrat

1 wien, 18.12. (rk) Landeshauptmann-stellvertreter und vizebuürgermeister hubert p f o c h wurde vor zehn jahren - am 19. dezember 1964 - vom wiener gemeinderat zum amtsfuehrenden stadtrat gewaehlt. er ist somit neben stadtrat kurt heller das 'dienstaelteste' mitglied der derzeitigen wiener landesregierung beziehungsweise des stadtsenats.

hubert pfoch, 1920 in wien geboren, gelernter tischler, ist seit seiner jugend mit der wiener arbeiterbewegung eng verbunden. er widmete sich vor allem der arbeit in den jugendorganisationen der sozialdemokraten. 1946 wurde er zum obmann der wiener sozialistischen jugend gewaehlt, 1949 entsandte ihn sein heimatbezirk ottakring in den gemeinderat. als mitbegruender der baugenossenschaft ottakring und des wohnbauvereins 'junge generation' widmete er sich schon damals der schaffung neuen wohnraums auf der basis des selbsthilfeprinzips, womit vor allem jungen ehapaaren unter ausschluss eines gewinnmotivs zu einer wohnung verholffen werden konnte.

seit 1963 ist pfoch obmann der spoe-bezirksorganisation ottakring. zur gleichen zeit berief ihn der klub der sozialistischen gemeinderaete zu seinem sekretaer. mit der wahl zum amtsfuehrenden stadtrat uebernahm 1964 pfoch zunaechst das ressort 'oeffentliche einrichtungen', das von der kanalisation ueber die trinkwasserversorgung, die verwaltung der baeder, die stadtreinigung bis zum fuhrpark die wesentlichen versorgungs- und entsorgungseinrichtungen der stadtverwaltung umfasste. die sicherung der hochwertigen trinkwasserversorgung standen im vordergrund: die ringwasserleitung wurde gebaut, die wasserbehaelter wurden zwecks schaffung von wasserreserven ausgebaut. das grundwasserwerk lobau wurde fertiggestellt, die einleitung der sieben quellen in die hochquellenleitung wurde durchgefuehrt. die vorarbeiten fuer die dritte wasserleitung aus der mitterndorfer senke wurde begonnen. der bau der klaeranlage inzersdorf-blumental wurde vollendet und die

planung fuer die hauptklaeranlage simmering begonnen. damit wurden wesentliche beitraege zum umwelt- und gewaesserschutz geleistet.

im gleichen zeitraum wurde ueber auftrag von pfoch ein baederkonzept fuer wien ausgearbeitet, das den grosszuegigen ausbau bestehender und den bau neuer hallen-, sommer- und kinderfreibaeder vorsieht. im rahmen dieses konzepts konnten heuer unter anderen das stadthallenbad und das dianabad der bevoelkerung zur verfuegung gestellt werden.

1969 wurden pfoch die agenden des neugeschaffenen ressorts fuer hochbau uebertragen. neben dem wohnungs- und schulbau standen die grossen spitalsbauten, wie die des allgemeinen krankenhauses, des wilhelminenspitals, des rudolfspitals, der bau des pavillons fuer entwicklungsgestoerte kinder auf dem rosenhuegel sowie die grossbauten des fleischzentrums sankt marx und des blumen-, obst- und gemuesegrossmarktes in inzersdorf im vordergrund.

im herbst 1973 wurde pfoch zum vizebuergemeister gewaehlt und gleichzeitig mit der umstrukturierten geschaeftsgruppe (roem) 7 fuer wohnen und liegenschaftswesen betraut. die erfuellung aller staedtischen hochbauvorhaben, insbesondere die des wohnbaues und der wohnbaufoerderung, obliegen nun vizebuergemeister pfoch ebenso wie die aufgaben des staedtischen wohnungsamtes und der verwaltung und instandsetzung der staedtischen wohn- und amts-haeuser, dem erwerb von liegenschaften und grundstuecken sowie die der zivil- und strafrechtsangelegenheiten.

k o m m u n a l :

=====

gestaltungskonzept josefstadt
sieben modellkonzepte sollen denkanstoesse geben

wien, 18.12. (rk) im rahmen einer pressekonferenz bei der auch oevp-stadtrat walter l e h n e r anwesend war, stellte dienstag der bezirksvorsteher der josefstadt, walter k a s p a r e k , im amtshaus schlesingerplatz 4 ein bezirkskonzept vor, das - wie er betonte - nur denkanstoesse geben und zu einer konfrontation und diskussion mit der zustandigen geschaeftsgruppe der stadt wien (stadtgestaltung und verkehr) fuehren soll.

bezirksvorsteher kasperek fuehrte aus, dass in der letzten zeit die bevoelkerungszahl der josefstadt um 6.000 auf rund 30.000 gesunken sei. fast ein drittel der einwohner sei weit aelter als 60 jahre. die jungen menschen wuerden zwar gerne im bezirk wohnen, aber nicht unter den derzeitigen bedingungen. dieser abwanderungsprozess sollte gestoppt, der bezirk muesse vitalisiert werden. dazu soll das bezirkskonzept beitragen.

auf initiative des bezirksvorstehers arbeitete ein architeknteam - r e s c h , l i t z k a , n e v e r s a l - sieben modellkonzepte aus, denen - wie architekt resch ausfuehrte - ganz bewusst keine wissenschaftlichen untersuchungen zugrunde liegen und die lediglich als diskussionsgrundlage dienen sollen.

im sitzungssaal der bezirksvertretung wurde gleichzeitig eine ausstellung ueber das bezirkskonzept eroeffnet, die fuer jedermann zugaenglich ist. bezirksvorsteher kasperek will nach einer moeglichst ausfuehrlichen diskussion mit der bevoelkerung das gestaltungskonzept dem zustandigen gemeinderatsausschuss uebermitteln.

architekt r e s c h erlaeuterte die modellkonzepte. zielsetzung ist, dass einzelne wohngebiete aufgewertet, erholungsflaechen geschaffen, garagen errichtet, fussgaengerzonen und

verkehrsarme bereiche geschaffen werden, der durchzugs- und zufahrtsverkehr entflochten wird und die kulturellen einrichtungen aufgewertet und erweitert werden.

so schlagen die architekten im rahmen des verkehrskonzeptes den ersatz der strassenbahnlinie j fuer den bereich josefstaedter strasse zwischen guertel und ring durch kleinbusse (city-bus) vor. auf den anderen streckenteilen dieser linie, sollen andere strassenbahnlinien fuer ersatz sorgen.

das erste modellkonzept sieht eine "fussgaengerfreundliche zone josefstaedter strasse" vor. die josefstaedter strasse mit ihren geschaeften stellt sich naemlich fuer das architektenteam als eindeutiges bezirkzentrum dar. diese fussgaengerfreundliche zone ist aber unmoeglich, solange eine allzstarke verkehrsbelastung gegeben ist. der strassenboden muesste eingeebnet werden. ruhe- und gruenzonen sowie eine zusammenfassung von geschaeftsfronten zu einheitlichen vordaechern werden vorgeschlagen.

ein weiteres konzept ist der "freizeitzone schoenbornpark" gewidmet. direkt auf dem vorhandenen betonbunker soll ein hallenbad errichtet, das bestehende troepferbad soll zur sauna umgebaut werden. durch baumpflanzung in der florianigasse und in der piaristengasse soll ein zusammenschluss mit dem platz vor der piaristenkirche und der fussgaengerfreundlichen zone josefstaedter strasse erreicht werden.

weitere interessante konzepte sind dem "theaterzentrum josefstadt", dem "zentrum pfeilgasse", der "wohnstrasse pfeilgasse", dem "wohnhof skodagasse" und dem "wohnteil lenaugasse" gewidmet.

bezirksvorsteher-stellvertreter dr. erwin n o w a k erklaerte, dass die sozialistische fraktion gemeinsam mit der oevp-fraktion an dem konzept gearbeitet habe, betonte jedoch, dass er die kontaktaufnahme mit dem zustaendigen gemeinderatsausschuss schon vor der erarbeitung des bezirkskonzeptes empfohlen habe, weil dieses ja ins gesamt-konzept der stadt passen muesse. als diskussionsgrundlage sei das bezirkskonzept jedenfalls geeignet.

+++

k o m m u n a l :

=====

weihnachtsfeier fuer hietzinger waisenkinder

4 wien, 18.12. (rk) der bezirksvorsteher des 13. bezirkes, eduard p o p p , verwendet sein budget unter anderem auch fuer soziale zwecke: kommenden freitag wird im amtshaus hietzing eine weihnachtsfeier fuer 66 waisen- und halbweisenkinder sowie deren begleitpersonen stattfinden.

bei dieser feier wird ein ensemble der polizeimusik wien spielen. von einem weihnachtsmann erhalten die kinder huedsche geschenke.

0932

L o k a l :

=====

heuer mehr autobusse fuer die "fahrt zum schnee"

2 wien, 18.12. (rk) infolge der immer groesser werdenden nachfrage nach wintersportaktionen hat sportstadtrat kurt h e l l e r die magistratsabteilung 51 - sportangelegenheiten - beauftragt, die "fahrt zum schnee" in der kommenden saison auszuweiten.

in zusammenarbeit mit dem landesjugendreferat wien und dem verein wiener jugendkreis, wird das sportamt der stadt wien die bekannten sonntagsskifahrten fuer 8 bis 15jaehrige wiener kinder unter dem titel "fahrt zum schnee" heuer an acht sonntagen mit je 15 autobussen durchfuehren.

diese aktion beginnt sonntag, dem 12. jaenner 1975 und endet am 2. maerz 1975.

als abfahrtsstellen sind vorgesehen:

- 1, rathaus - lichtenfelsgasse
- 21, grossfeldsiedlung (parkplatz ekazent)
- 22, haus der begegnung - bernoullistrasse
- 23, steinseekreuzung (altmannsdorfer strasse - anton baumgartner-strasse.

die gewuenschte einstiegstelle ist bei der anmeldung bekanntzugeben, die in der magistratsabteilung 51 - sportangelegenheiten - persoendlich am diensttag, dem 7. jaenner 1975 um 16 uhr vorzunehmen ist.

in diesem zusammenhang sei ausdruecklich darauf verwiesen, dass alle sonntagsfahrten eine beschraenkte teilnehmerzahl haben.

die kosten pro teilnehmer und fahrt in der hoehe von 50 schilling sind bei der anmeldung zu erlegen.

die fahrziele richten sich nach der schneelage, befinden sich jedoch im 150-kilometer-bereich von wien.

telefonische anmeldungen oder reservierungen koennen n i c h t vorgenommen werden.

0929

L o k a l :

=====

keine ehe- und familienberatung waehrend der
weihnachtsfeiertage

5 wien, 18.12. (rk) waehrend der kommenden weihnachts- und
neujahrsfeiertage entfallen in den eheberatungs- und familien-
planungsstellen der stadt wien die beratungen.

in der beratungsstelle 1, gonzagagasse 23, findet die letzte
beratung donnerstag, den 19. dezember, die erste beratung
donnerstag, den 9. jaenner 1975 statt.

im 12. bezirk, meidlinger hauptstrasse 2, ist der letzte
beratungstag am mittwoch, dem 18. dezember 1974, der erste
beratungstag mittwoch, den 8. jaenner 1975.

ab jaenner 1975 werden fuer diese beiden beratungsstellen
jeden montag und donnerstag in der zeit von 13.30 bis
15.30 uhr unter der telefonnummer 66 14, klappe 648 anmeldungen
entgegengenommen.

in der familienplanungsstelle 22, schroedingerplatz 2 fand die
letzte beratung vergangenen montag, die erste beratung findet
montag, den 13. jaenner 1975, statt.

in der sammelweis-frauenklinik 18, bastiengasse 36-38 besteht
noch bis 23. dezember die moeglichkeit der beratung, im kommenden
jahr wird die beratungstaetigkeit dienstag, den 7. jaenner 1975
wieder aufgenommen werden.

die familienplanungsstelle im wilhelminenspital 16, mont-
leartstrasse 37 hat kommenden donnerstag, den 19. dezember den
letzten beratungstag und nimmt am 2. jaenner 1975 ihre beratungs-
taetigkeit wieder auf.

0935

L o k a l :

=====

ehrenzeichen fuer blau, stradal und traintinger

7 wien, 18.12. (rk) drei verdiente persoenlichkeiten wurden mittwoch im roten salon des wiener rathaus ausgezeichnet. in anwesenheit zahlreicher ehrengaeste - unter ihnen der dritte praesident des wiener landtags, fritz h a h n , stadtrat dr. guenther g o l l e r und magistratsdirektor dr. rudolf e r t l - ueberreichte landeshauptmann-stellvertreter hubert p f o c h dem oberamtsrat i. r. robert b l a u , dem publizisten prof. otto s t r a d a l und dem organisationsleiter der "kurier"-aktionen, franz t r a i n t i n e r , das silberne ehrenzeichen fuer verdienste um das land wien.

1028

L o k a l :

=====

orden fuer paul loewinger

9 wien, 18.12. (rk) im roten salon des wiener rathauses wurden mittwoch mehrere verdiente persoentlichkeiten ausgezeichnet.

Landeshauptmann-stellvertreter hubert p f o c h ueberreichte in anwesenheit zahlreicher ehrengaeste - unter ihnen vizekanzler a. d. dr. fritz b o c k , stadtrat dr. guenther g o l l e r sowie die Landtagspraesidenten maria h l a w k a und fritz h a h n - das goldene verdienstzeichen des landes wien an den aus der sendung "autofahrer unterwegs" bekannten versicherungsfachmann emmerich a r l e t h , den dentisten stephan b r u n n e r , den komponisten richard c z a p e k , an den direktor i. r. hans g r u e n a u e r - er ist mitglied mehrere eissportvereine -, an den dentisten rudolf j a m m , den medizinalrat dr. kurt m u e l l e r sowie an den dentisten erich p i n k .

theaterdirektor und schauspieler paul l o e w i n g e r , dem ebenfalls das goldene verdienstzeichen verliehen worden war, war verhindert. an seiner stelle nahm sissy l o e w i n g e r die auszeichnung entgegen.

1233

k o m m u n a l ;

=====

alsergrund: neue, wichtige ampelanlage in betrieb

10 wien, 18.12. (rk) morgen, donnerstag, um 10 uhr, wird im 9. bezirk auf der kreuzung spitalgasse - lazarettgasse - sensengasse eine wichtige ampelanlage in betrieb genommen, die unter anderem auch die ein- und ausfahrt allgemeines krankenhaus regelt.

die anlage wurde in weiterverfolgung des verkehrskonzeptes des bezirkes errichtet, in dessen rahmen in den letzten jahren vier neuralgische punkte des alsergrundes durch ampelanlagen entschaeft und verkehrssicherer gemacht werden konnten: die kreuzungen alserbachstrasse - liechtensteinstrasse - boltzmann-gasse, alserbachstrasse - nussdorfer strasse - sechsschimmelgasse, schlickplatz und lazarettgasse - pelikangasse (ein- und ausfahrt neues allgemeins krankenhaus).

1242

k u l t u r :

=====

postsendung von 1942 erreichte die wiener stadtbibliothek

3 wien, 18.12. (rk) ein paket von wertvollen handschriften des mitbegruenders der wiener medizinischen schule und weltberuehmten anatomen josef hyrtl traf dieser tage in der wiener stadt-bibliothek ein. das paket war von einem inzwischen verstorbenen medizin-historiker bereits im jahre 1942 in deutschland an die wiener stadtbibliothek postversandfaehig gemacht worden. wegen der bombenangriffe und der weiteren kriegsereignisse konnten die manuskripte aber nicht abgesendet werden und erst bei der aufarbeitung des nachlasses ihres mannes stiess die witwe des spenders nach 32 jahren wieder auf die manuskripte.

das paket enthaelt etwa 200 engbeschriebene blaetter, vor allem komplette manuskripte fuer vorlesungen, vortraege usw. unter anderem findet sich darin auch die komplette handschriftliche rede hyrtls zur eroeffnung der anatomischen vorlesungen im josephinum aus dem jahre 1849, das manuskript seiner festrede zur 500-jahr-feier der wiener universitaet am 2. august 1865 und der entwurf zu seiner antrittsrede als rektor der wiener universitaet am 1. oktober 1864 ueber "die materialistische weltanschauung unserer zeit".

0931

k o m m u n a l :

=====

ab jaenner:

mobile gemeindeschwestern nehmen taetigkeit auf

11 wien, 18.12. (rk) anfang jaenner werden in wien oesterreichs erste mobile krankenschwestern ihre taetigkeit aufnehmen. die gemeindeschwestern werden zunaechst im 22. bezirk, wo gegenwaertig der groesste mangel an praktischen aerzten besteht, zum einsatz kommen. sie sollen vor allem alten menschen und patienten, die keine stationaere behandlung brauchen, ambulante pflege bringen und damit spitaeler und praktische aerzte entlasten. ihr aktionsradius wird neben der direkten krankenhilfe (verbandwechsel, katheterspuelen, diaetueberwachung und anderes mehr) auch eine mittelrolle zwischen behandelndem arzt und patienten sein. um ein moeglichst effizientes und praxisnahes system zu gewaehrleisten, wird diese aktion gemeinsam vom gesundheitsministerium und der gemeinde wien gestartet. dies kuendigte gesundheits- und sozialstadtrat prof. dr. alois s t a c h e r mittwoch in einer gemeinsamen pressekonferenz mit bundesminister dr. ingrid l e o d o l t e r im presseclub concordia an. anlass fuer dieses pressegesprach war die praesentation zweier, vom oesterreichischen bundesinstitut fuer gesundheitswesen und vom wiener institut fuer stadtforschung durchgefuehrter studien ueber die aertzliche versorgung in oesterreich beziehungsweise in wien.

laut dr. s c h a e f e r , leiter des bundesinstituts fuer gesundheitswesen, habe die gesamtoesterreichische studie ergeben, dass es gegenwaertig noch immer unterversorgte geographische regionen und medizinische sektoren gebe. es fehlen praktische aerzte am stadtrand und in laendlichen gebieten, ebenso wie aerzte in gewissen facharztsparten. ebenso mache sich der trend zum facharzt und die tendenz der aerzte, im spital beziehungsweise in einem anstellungsverhaeltnis

zu bleiben (streben nach sicherheit) bemerkbar. gegenwaertig ist nur mehr jeder zweite arzt in der freien praxis taetig. vor zehn jahren haben noch zwei von drei medizinern als niedergelassene aerzte praktiziert. in diesem zusammenhang wies der institutsleiter auch auf die relativ hohe ueberalterung bei den aerzten hin: 51,9 prozent der praktischen aerzte sind ueber 55 jahre alt. was den nachwuchs der aerzteschaft betrifft, so hat sich dieser in den letzten jahren vorwiegend auf die fachmedizin und auf die spitalstaetigkeit orientiert. die zahl der aerzte, die sich als allgemeinpraktiker niederlassen, ist mit etwa 60 pro jahr seit 1961 fast konstant.

bundesminister dr. l e o d o l t e r wies in ihren ausfuehrungen unter anderem darauf hin, dass die allgemeinaerztliche versorgung bisher von der hohen promoventenzahl der nachkriegsjahre bestritten worden ist. diese gruppe naehert sich nun der altersgrenze, so dass in den naechsten zehn jahren etwa 2.500 praktische aerzte ersetzt werden muessen. dafuer stehen etwa 1.400 aerzte, die derzeit in ausbildung zum praktischen arzt sind, zur verfuegung. ihrer meinung nach koennte dieser engpass, der besonders um 1980 spuerbar werden wird, vermieden werden, wenn die faktische ausbildungszeit von sechseinhalb auf die gesetzlichen drei jahre zurueckgefuehrt und der eintritt in die praxis attraktiver gestaltet werden wuerde.

wien: ungleichmaessige regionale verteilung

was die situation in wien betrifft, so schneide wien, wie der generalsekretaer des wiener stadtforschungsinstitutes, k o r z e n - d o e r f e r , erklarte, im statistischen vergleich der oesterreichischen bundeslaender mit 3.105 niedergelassenen aerzten sehr gut ab. theoretisch teilen sich 525 wiener eine arztpraxis. dass der durchschnittswiener davon wenig merkt, ist vor allem auf die ungleichmaessige regionale verteilung der aerzte in den wiener bezirken zurueckzufuehren. entfallen etwa im 1. bezirk 739 und im 4. bezirk 899 bewohner auf einen praktischen aerzt, so lauten diese zahlen im aeusseren simmering 4.147 und im 22. bezirk 2.418 einwohner je praktischen arzt. derartige unterschiede in

der versorgung gelten auch fuer die fachaerzte. bei den gynaekologen etwa sind die extremwerte 553 (1. bezirk) und 11.793 (22. bezirk) je frauenarzt. weiters nannte korzendoerfer den umstand, dass wiens niedergelassene aerzte zumeist neben ihrer praxistaetigkeit eine vielfalt von funktionen zu erfuellen haben. so befinden sich unter wiens niedergelassenen aerzten zum beispiel 174 primarii oder vorstaende von universitaetskliniken, 65 universitaetsdozenten, 173 oberoerzte an spitaelern, 122 physikatsaerzte und 106 schulaerzte. ein viertel aller niedergelassenen aerzte wiens hat keinen krankenkassenvertrag. dazu kommt wie schon in der gesamtosterreichischen studie die ueberalterung: jeder fuenfte praktische arzt ist aelter als 65 jahre. "problemgebiete" der aertzliche versorgung ergaben sich fuer den bereich der praktischen aerzte vor allem im 10., 11., 20., 21., 22. und 23. bezirk. bei den fachaerzten waren unterversorgte gebiete im 10., 11., 21., 22. und 23. bezirk, bei den kinderaerzten vor allem im 12. und 21. bezirk festzustellen.

prof. s t a c h e r wies in seinen ausfuehrungen auf den auch in wien immer staerker werdenden trend der aerzte zu einem angestelltenverhaeltnis hin. eine umfrage bei jungen spitalsaerzten habe ergeben, dass die ausbildung in den spitaelern kuenftighin wesentlich praxisbezogener sein sollte. als massnahmen zur verbesserung der aertzlichen versorgung nannte er unter anderem die kreditaktion der gemeinde wien bei neueroeffnung einer praxis und die kuenftige einplanung von praxisgemeinschaften bei der errichtung von wohnhausbauten. abschliessend kuendigte er noch die realisierung des erweiterten aertzlichen notdienstes in wien fuer ende jaenner oder anfang februar an.

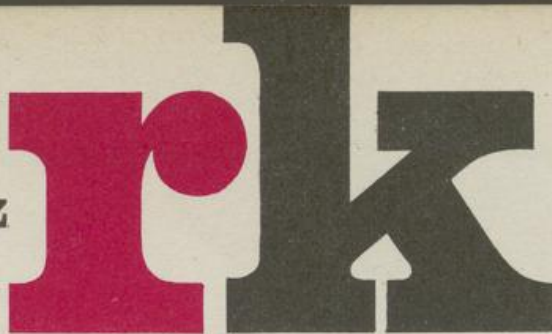
L o k a l :

=====

unfall beim betonieren: drei verletzte

12 wien, 18.12. (rk) bei dem schweren unfall, der sich mittwoch um 11.40 uhr auf der u-bahn-baustelle neumannplatz ereignete, wurden insgesamt drei maenner verletzt: der 26 jahre alte franz allbrecher aus wildbachberg in der steiermark (zwei kinder) und der gleichaltrige walter kolls aus floridsdorf (ein kind) wurden schwer verletzt, als aus noch unbekannter ursache der etwa 20 meter lange pumpenarm eines transportbetonwagens ploetzlich abbrach und auf die arbeiter stuerzte. ausserdem wurde der 32 jahre alte hans-dieter oberer aus simmering, der maschinist des betonfahrzeuges, unbestimmten grades verletzt. alle drei verletzten wurden vom rettungsdienst ins meidlinger unfallkrankenhaus gebracht. die erhebungen der polizei und des arbeitsinspektorates sind noch nicht abgeschlossen.

1431



Donnerstag, 19. Dezember 1974

Blatt 3156

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

Projekt für Gürtelstraße
Neue Sozialbroschüre
Wellental im kommunalen Wohnbau überwunden -
Heuer bereits Baubeginn von 4.300 Wohnungen
Verein "Niederösterreich-Wien" konstituiert

Lokal:
(orange)

"Accessoires"-Modeschau im Schloß Hetzendorf
Neue Netzkarten ab 27. Dezember
"Aktion Leben": Blanko-Beglaubigungen für nicht
geleistete Unterschriften

Kultur:
(gelb)

Stadt Wien hat 1975 80 Millionen für Altstadt-
erhaltung parat

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So. 14
bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

projekt fuer guertelstrasse

1 wien, 19.12. (rk) fuer den ausbau der landstrasser hauptstrasse im bereich des landstrasser guertel bis zur schlachthausgasse - es ist dies ein teil der b-221 "wiener guertel-strasse" - hat der gemeinderatsausschuss fuer stadtgestaltung und verkehr die ausarbeitung eines generellen projektes beschlossen. die arbeit wurden an den zivilingenieur alfred p a u s e r uebertragen, an kosten wurden 370.000 schilling genehmigt.

0908

neue sozialbroschuere

2 wien, 19.12. (rk) eine neue informationsbroschuere ueber "soziale hilfen der stadt wien" wird in der naechsten zeit allen interessierten buergern wiens kostenlos zugestellt. diese broschuere, die eine sinnvolle ergaenzung der sozialen hilfen und beratungsstellen der stadtverwaltung darstellt, soll vor allem ein unerlaesslicher ratgeber fuer aeltere personen sein. immer wieder wird von den fachleuten des sozialen dienstes festgestellt, dass hilfebeduerftige mangelhaft informiert sind. die publikation soll dem abhelfen.

0909

L o k a l :

=====

"accessoires"-modeschau im schloss hetzendorf

wien, 19.12. (rk) die accesoires rueckte die mittwoch von der hetzendorfer modeschule der stadt wien praesentierete modeschau der schuelerinnen in den vordergrund. besonderes interesses galt - in anbetracht der jahreszeit verstaendlich - modischem aus maschen. unter dem motto "maschen-puzzle" praesentierten die schueler der 1. und 2. klasse des unterrichtsgegenstandes modisches werken eine kollektion handgestrickter und gehaekelter accessoires, die von schals, schultertuechern, pollundern und muetzen bis zu gestrickten guerteln und masken reicht.

auch die fachabteilung fuer strick- und wirkmode stellte sich mit einem reigen gestrickten beiwerks vor. hier lag das gewicht vor allem auf der kombination verschiedener gestrickter und gehaekelter accessoires zu sets.

auf den olympia-winter 1976 bereitet sich die fachabteilung fuer modell-modisterei vor. die gezeigten huete und kappen waren das ergebnis eines internen wettbewerbes, mit dem eine modellkollektion von genaekten kopfbedeckungen fuer das sportinteressierte publikum erarbeitet werden sollte.

die fachabteilung fuer stoff und leder leistete ihren beitrug zum reigen modischer accessoires mit modellvorschlaegen fuer sporttaschen. bevorzugte materialien: wirkpluesch, stoff und natuerlich alle arten von leder.

die vorstellung der accessoires "made in hetzendorf" sollte nicht nur die kreative leistung der schueler der modeschule der stadt wien sondern auch ihre fachgerechte technisch-gewerbliche ausbildung unter beweis gestellt werden.

+++

L o k a l :

=====

neue netzkarten ab 27. dezember

3 wien, 19.12. (rk) die neuen netzkarten der wiener verkehrs-
betriebe sind ab 27. dezember bei allen vorverkaufsstellen er-
haeltlich. sie werden nur in verbindung mit einer wertmarke
abgegeben, die grundkarten selbst sind gratis.

die grundkarten haben auf der vorderseite platz fuer die
jeweilige wertmarke und fuer das lichtbild, ohne das die karte
ungueltig ist. das fehlen eines lichtbildes wird allerdings
bis 1. februar 1975 toleriert. auf der rueckseite der karte
sind name und anschrift des inhabers anzugeben und mit seiner
unterschrift zu ergaenzen.

die grundkarten sind einheitlich weiss, die einzelnen
kategorien unterscheiden sich durch die farbe der wertmarken. die
wertmarke fuer die halbjahres-netzkarte um 1.617 (bisher 3.000)
schilling ist violett, fuer die monatsnetzkarte um 294 (bisher
600) schilling ist gelb. die 5-tage-wertmarke um 48 schilling ist
dunkelchamois, die 6-tage-wertmarke um 59 schilling braun und die
7-tage-wertmarke um 70 schilling gruen.

die wochennetzkarten gelten zum unterschied von den
bisherigen streckenkarten auch an gesetzlichen feiertagen.

netzkarten gelten fuer alle strassenbahnlinien, fuer alle
autobuslinien im einheitstarif, fuer die stadtbahn und fuer
die schnellbahn. sie gelten nicht fuer die innerstaedtischen
autobuslinien und fuer die kahlenberg-linie.

0912

L o k a l :

=====

ein stueck kaerntner strasse wird saniert

4 wien, 19.12. (rk) der abschnitt der kaerntner strasse zwischen boesendorferstrasse und kaerntner ring, der zufolge des u-bahn-baues gesperrt gewesen ist, wird nun zumindestens teilweise wieder instandgesetzt, um vor allem den baustellenverkehr zum bereich der kaerntnertor-garage besser abwickeln zu koennen. der gemeinderatsausschuss fuer stadtgestaltung und verkehr hat die schaffung einer acht meter breiten fahrspur in diesem bereich gutgeheissen und dafuer 400.000 schilling genehmigt. nach fertigstellung der arbeiten, mit denen unverzueglich begonnen werden soll, wird ein rechtsabbiegen von der ringstrasse in richtung oper durch die baufahrzeuge nicht mehr notwendig sein und damit der verkehr am ring fluessiger abgewickelt werden koennen.

0914

muellabfuhr kommt am stephanitag

5 wien, 19.12. (rk) ueber die weihnachtsfeiertage ist der muellanfall in allen haushalten erfahrungsgemaess besonders gross. die staedtische muellabfuhr wird deshalb auch am stephanitag (26. dezember) ihre touren fahren. die stadtreinigung bittet deshalb, die haustore am feiertag offen zu halten.

0915

k o m m u n a l :

=====

wellental im kommunalen wohnbau ueberwunden
heuer bereits baubeginn von 4.300 wohnungen

6 wien, 19.12. (rk) im gemeinderatsausschuss fuer wohnen und liegenschaftswesen fiel donnerstag - bildlich ausgedrueckt - der startschuss fuer den baubeginn der staedtischen wohnhausanlage mit mehr als tausend wohnungen auf den ehemaligen e-werksgruenden in 2, engertthstrasse - handelskai: die vergabung der generalunternehmerarbeiten fuer den ersten bauteil wurde mit einem kostenaufwand von 465 millionen s bewilligt. weiter wurden die generalunternehmerarbeiten fuer den block sued mit 14 stiegenhaeusern der grossen wohnhausanlage in 21, mitterhofergsse, mit kosten von 310 millionen s genehmigt.

mit dem baubeginn an diesen neuen wohnhausanlagen ist das wellental im kommunalen wohnbau ueberwunden. wie vizebuergemeister hubert p f o c h im rahmen einer kleinen feier anlaesslich seines zehnjahrigen "dienstjubilaeums" als amtsfuehrender stadtrat, an der buergemeister leopold g r a t z , stadtbau- direktor anton s e d a und stadtbaudirektor a. d. prof. rudolf k o l l e r , sowie die leitenden beamten der abteilungen seiner geschaeftsgruppe teilnahmen, erklaeerte, wurde damit heuer mit dem bau von 4.300 wohnungen begonnen. das ist um rund 2.000 mehr als jahre 1973. auch bei der sicherung von grund und boden konnte heuer ein erfreulicher fortschritt erzielt werden: mehr als vier millionen quadratmeter grundflaechen konnte die stadt wien dank einer offensiven bodenpolitik erwerben. die haelfte davon dient der sicherung und erweiterung des wald- und wiesenguertels, ein viertel gewaehrleistet die wasserversorgung durch die dritte wasserleitung aus der mitterndorfer senke. der rest stellt eine wichtige reserve fuer wohnbauzwecke, tiefbauvorhaben, erholungs- und freizeiteinrichtungen und sonstige infrastrukturelle einrichtungen, die das wohlfinden der bevoelkerung auch in zukunft garantieren sollen, dar.

k u l t u r :

stadt wien hat 1975 80 millionen fuer altstadterhaltung parat

7 wien, 19.12. (rk) 80 millionen schilling wird die stadt wien im jahre des denkmalschutzes 1975 fuer zwecke der altstadterhaltung zur verfuegung haben. 40 millionen davon werden an subventionsmitteln durch den altstadterhaltungsfonds der stadt wien zur verfuegung stehen, weitere 40 millionen koennen in form von zinsfreien krediten an die besitzer erhaltungswuerdiger objekte vergeben werden. dies erklarte donnerstag vizebuergemeisterin und kulturstadtraetin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r in einem gespraech mit journalisten.

das kreditvolumen wird jeweils zur haelfte der stadt wien von der zentralsparkasse der gemeinde wien und creditanstaltbankverein zur verfuegung gestellt. diese kredite werden bei einer laufzeit von zwei jahren und tilgungsfreiheit in den beiden ersten jahren in der form zurueckgezahlt werden, dass der foerderungswerber nur die reine kreditsumme aufzubringen hat, waehrend die zinsenbelastung von der stadt wien uebernommen wird. die zentralsparkasse hat auch fuer die folgejahre die bereitstellung eines kreditvolumens von jeweils 20 millionen schilling zu denselben konditionen zugesagt. die stadt wien hofft, mit der creditanstaltbankverein zu einem aehnlichen uebereinkommen auch fuer die folgejahre zu kommen.

wie die kulturstadtraetin weiter ausfuehrte, werden 1975 folgende projekte vorrangig behandelt werden: im fruehling 1975 wird es auf dem spittelberg zum spatentwurf fuer die wiederinstandsetzung der hauserzeile spittelberggasse sowie des hauses stiftgasse 8 kommen. in diesen insgesamt sieben objekten werden 21 wohnungen, zwei bueros, sechs geschaeftslokale, eine gastwirtschaft und zwei kioske mit einer gesamt nutzflaeche von 2.691 quadratmetern entstehen. neben diesen vorhaben der gesiba wird die arbeitsgemeinschaft "ig-spittelberg" an zwei hier von der stadt zur verfuegung gestellten hausern gelegenheit haben, ihre vorstellungen

von einer preislich guentigeren und trotzdem adaequaten sanierung von haeusern unter beweis zu stellen.

als zweites praesent der stadt wien zum denkmalschutzjahr wird mit der generalbestandsaufnahme fuer die revitalisierung des neugebaeudes begonnen. die notwendigen vorarbeiten, auf deren grundlage erst die erstellung eines genauen zeit- und kostenplanes fuer das gesamtprojekt neugebaeude moeglich sein wird, umfassen eine funktionsstudie, eine untersuchung des bauzustandes, die erhebung des denkmalpflegerisch unabaenderlichen bestandes beziehungsweise des grades der rekonstruktionsmoeglichkeit, eine exakte vermessung und eine kostenberechnung. vizebuergermeisterin froehlich-sandner brachte in dem pressegespraech auch ihre hoffnung zum ausdruck, dass die stadt wien bei diesem gigantischen vorhaben von seiten des bundes aehnliche tatkraeftige und finanzielle unterstuetzung erfahren werde, wie andere bundeslaender bei vergleichbaren vorhaben.

weiter wird die stadt wien 1975 den versuch unternehmen, die sensationellen antiken funde bei den ausgrabungen in unter-laa in einer form dauerhaft fuer die oeffentlichkeit zugaenglich zu machen, die auch die sakrale funktion der in diesem areal befindlichen unter-laaer-kirche nicht stoert.

an weiteren vorhaben wird die eroeffnung des neuen kultur-zentrums in der alten kunstschieme schmirler in der schoenlatern-gasse 1975 zur durchfuehrung kommen. auf dem gebiet der plastik stoest das vorhaben der stadt wien, anton hanak durch einen posthumen abguss eines seiner werke zu ehren, leider aufgrund der komplizierten erbfolgesituation auf betraechtliche schwierigkeiten. auch bei der geplanten aufstellung der fernkornplastik "st. georgs ritter" ergeben sich schwierigkeiten, weil die veraenderungen der luftkonsistenz in der wiener innenstadt die urspruenglich geplante aufstellung im freien nicht mehr moeglich machen.

schliesslich kuendigte die kulturstadtraetin an, dass das denkmalschutzreferat seine bereits geleistete arbeit und die probleme moderner denkmalpflege in einer derzeit in vorbereitung

befindlichen ausstellung beziehungsweise in zwei dokumentarfilmen vorstellen wird. die ausstellung wird nach der praesentation in wien die wiener stadtbildpflege bei der grossen denkmalschutz-ausstellung im mai 1975 in bruegge sowie in rom, stockholm und bonn vertreten. die beiden filmstreifen - ein 16 und ein 35 millimeter-film von 20 beziehungsweise 40 minuten dauer - sind neben dem einsatz in kinos und fernsehen auch fuer die bildungsarbeit geplant.

1438

L o k a l :

=====

"aktion leben": blanko-beglaubigungen fuer nicht geleistete unterschriften

9 wien, 19.12. (rk) in den letzten tagen wurden zahlreiche unterstuetzungserklaerungen fuer das von einem organisationskomitee in aussicht genommene volksbegehren zum schutze des menschlichen lebens den magistratischen dienststellen zur bestaetigung des wahlrechtes vorgelegt.

bei der ueberpruefung dieser unterstuetzungserklaerungen tauchten zahlreiche formulare auf, bei denen die notariellen beglaubigungen der unterschriften eklatante maengel aufwiesen.

es draengt sich der verdacht auf, dass hier die grundlegenden prinzipien notarieller amtsfuehrung verletzt wurden, denn nicht weniger als 115 unterstuetzungserklaerungen trugen entweder keine unterschrift des unterstuetzenden, oder es fehlte die beglaubigung durch den notar, bowohl die formulare die notariatssiegel aufwiesen.

die zustaendige magistratsabteilung 62 kam daher zu der ansicht, dass eine unbekannte anzahl von unterstuetzungserklaerungen mit blanko-beglaubigungen fuer noch nicht geleistete unterschriften ausgegeben wurde.

der magistrat hat unverzueglich das bundesministerium fuer inneres, die staatsanwaltschaft wien und die notariatskammer fuer wien, niederoesterreich und das burgenland von diesen vorfaellen in kennntnis gesetzt.

1515

k o m m u n a l :

=====

verein "niederoesterreich - wien" konstituiert

10 wien, 19.12. (rk) im sitzungssaal der niederoestereichischen landesregierung fand donnerstag mittag die konstituierende sitzung des vereines "niederoesterreich - wien" zur sicherstellung der gemeinsamen erholungsraeume statt. durch beschluesse der beiden laender gehoeren dem verein als vertreter in der mitgliederversammlung landeshauptmann-stellvertreter siegfried l u d w i g , landeshauptmann-stellvertreter h a n s c z e t t e l und landesrat k a r l s c h n e i d e r fuer niederoesterreich und die stadtraete p e t e r s c h i e d e r , i n g . f r i t z h o f m a n n und w a l t e r l e h n e r fuer wien an.

zum vorsitzenden der mitgliederversammlung wurde fuer das kommende jahr einstimmig landeshauptmann-stellvertreter ludwig nominiert. 1976 wird ludwig von stadtrat schieder abgeloeest. der vorstand besteht aus zwei mitgliedern: landeshauptmann-stellvertreter ludwig und stadtrat schieder.

der verein kann sofort zu arbeiten beginnen. die mitgliedsbeitraege der beiden bundeslaender in der hoehe von fuenf millionen schilling werden in den naechsten tagen an den verein ueberwiesen. zu geschaeftsfuehrern des vereines wurden die geschaeftsfuehrer der laxenburg-betriebsges. m.b.h. bestellt.

1505



Freitag, 20. Dezember 1974

Blatt 3167

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Was die Wiener in der Freizeit machen
(rosa) Innere Stadt: 26 Beamte ausgezeichnet

Lokal: Ein "Groner" für den Bürgermeister
(orange) Öffentlicher Verkehr am 24. Dezember
In Weihnachts- und Semesterferien: Kindereis-
laufen gratis

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

was die wiener in der freizeit machen

5 wien, 20.12. (rk) in einer umfangreichen studie, die freitag stadtrat ing. fritz h o f m a n n bei einem pressegesprach bekanntgab, wurde im auftrag der stadtstrukturplanung das freizeitverhalten der wiener dargestellt. dabei wurde zum teil sehr detailliert das verhalten an werktagen, an wochenenden und im urlaub untersucht. die arbeit wurde von drei instituten durchgefuehrt: die befragung selbst vom institut fuer empirische sozialforschung, die auswertung fuer das freizeitverhalten in wien durch das institut fuer erholungs- und freiraumplanung und schliesslich hat das oesterreichische institut fuer raumplanung die daten ueber das freizeitverhalten der wiener im umland samt einer speziellen auswertung ueber den heurigenbesuch ausgewertet.

die haeufigsten antworten auf die frage nach den freizeitaktivitaeten entfielen mit rund 91 prozent auf den gruenflaechenbesuch, auf das fernsehen mit 89 prozent, das radiohoeren und schallplattenspielen mit fast dem gleichen prozentsatz und schliesslich auf das lesen (ohne tageszeitungen) mit knapp ueber 70 prozent.

die mittleren raenge in dieser antwortskala nehmen das basteln und fotografieren, besuche von museen, konzerten und theater, karten- und brettspiele und - vor allem an wochenenden - private geselligkeiten ein.

am unteren ende dieser liste rangieren unter anderem die teilnahme an kulturellen kursen und vortraegen, die kuenstlerische betaetigung sowie auch der besuch von sportveranstaltungen - 11,4 prozent werktags, 25,2 prozent an wochenenden - und die pflege des eigenen kraftfahrzeuges (13,4 prozent werktags, 17,3 prozent am wochenende).

die wiener wurden auch nach der beliebtheit der verschiedenen freizeitaktivitaeten befragt: das lesen von buechern, magazinen und romanheften rangiert dabei mit 36,9 prozent vor

basteln, handarbeiten, fotografieren, etc. mit 29,4 prozent und dem fernsehen mit 28,9 prozent an der spitze. erst am vierten platz folgen spaziergaenge und wanderungen (26,4 prozent) vor radio- und schallplattenhoeren (20,8 prozent) und sportliche betaetigung (15,5 prozent).

im rahmen dieser untersuchung wurde unter anderem besonders die sportliche betaetigung der wiener bevoelkerung erhoben und dabei in drei kategorien eingeteilt: vergnuegungssport, regelmassige sportausuebung mit koerperlicher anstrengung und schliesslich leistungssport mit geregelterm training. waehrend 63,5 prozent angeben, sich irgendwie sportlich zu betaetigen, bekennen sich nur mehr 20,3 prozent der bevoelkerung zur zweiten kategorie und nur mehr 4,3 prozent betrieben leistungssport (7,3 prozent bei den maennern, 1,9 prozent bei den frauen).

die am haeufigsten ausgeuebte sportart der wiener bevoelkerung ist das schwimmen: 48,5 prozent der wiener erklaerten, werktags zu schwimmen, 59,6 prozent tun dies am wochenende und gar 66,7 prozent verbringen ihren urlaub teilweise im wasser. den zweiten rang nimmt im urlaub mit 39,1 prozent das bergsteigen, an den normalen wochenenden aber mit 25 prozent das schifahren ein. der schisport rangiert waehrend des urlaubs mit 26 prozent am dritten platz, waehrend das bergsteigen mit 21 prozent an den wochenenden diesen rang einnimmt.

ueberhaupt keinen sport auszuueben geben fuer die werktage 24,7 prozent, fuer die wochenende 9,3 prozent und fuer den urlaub 5,8 prozent aller wiener an.

beim baederbesuch stehen am wochenende die sommerbaeder ausserhalb wiens mit 25,8 prozent vor dem wildbaden mit 20,1 prozent, den staedtischen sommerbaedern mit 19,9 prozent und den hallenbaedern mit 18,9 prozent und den schotterteichen mit 12,4 prozent an der spitze. an werktagen ist das bild ein anderes: mit 25,7 prozent fuehren die hallenbaeder vor den staedtischen sommerbaedern, dem wildbaden, den sommerbaedern ausserhalb wiens und den schotterteichen.

etwa jeder zweite wiener (52 prozent) unternimmt laengere spaziergaenge oder wanderungen in die umgebung wiens. der suedliche wienerwald ist bei den zielen mit 31 prozent spitzenreiter vor dem

lainzer tiergarten und dessen vorland (22 prozent), dem westlichen wienerwald mit 21 prozent und der oestlichen umgebung wiens (bisamberg, kreuzenstein) sowie dem suedlichen umland (ziegelteichgebiete, laxenburg) mit jeweils 18 prozent. das noerdliche wiener umland (klosterneuburg) ist in dieser tabelle mit 16 prozent am ende.

von besonderer bedeutung ist die erhebung zur bereicherung des grundlagenmaterials ueber die verflechtungen der wiener bevoelkerung mit niederoesterreich, dem burgenland und teilen der steiermark: nicht weniger als 24 prozent aller wiener haushalte besitzen eine freizeitunterkunft, vom alten bauernhaus ueber den eleganten bungalow bis zur kleinen schrebergartenhuette. weitere 6 prozent der haushalte verfuegen zwar selbst nicht ueber eine freizeitunterkunft, koennen jedoch eine solche mitbenuetzen. wenn der derzeitige trend anhaelt, werden in zehn jahren 40 bis 50 prozent aller wiener haushalte auch freizeitunterkuenfte besitzen.

der heurigenbesuch der wiener bevoelkerung wurde gesondert untersucht: wenn, dann geht jeder vierte wiener an werktagen und fast jeder zweite an wochenenden zum heurigen. diese zahlen sagen ueber die haeufigkeit dieses besuches noch nichts aus. an werktagen sind grinzing, sievering, neustift und neuwaldegg mit 15 prozent die beliebtesten heurigenorte, 10 prozent bevorzugen das gebiet rund um den bisamberg, 4 prozent fahren nach klosterneuburg, 3 prozent ins burgenland und je 2 prozent in die orte der suedbahnstrecke beziehungsweise in andere gemeinden niederoesterreichs. an den wochenenden veraendert sich diese rangordnung erheblich: 22 prozent entfallen auf die klassischen wiener hauerorte, 17 prozent auf gemeinden der suedbahnstrecke, 16 prozent auf das gebiet des bisamberges, 8 prozent auf das burgenland, 7 prozent auf andere niederoesterreichische orte und schliesslich 6 prozent auf klosterneuburg. das wichtigste verkehrsmittel beim heurigenbesuch ist fuer 48 prozent beziehungsweise 43 prozent (werktags oder wochenende) der wiener das personenauto. 33 prozent beziehungsweise 34 prozent benutzen oeffentliche verkehrsmittel einschliesslich der taxis.

bei der erhebung kam auch zutage, dass 57,2 prozent aller wiener haushalte ueber einen pkw verfuegen, 6,5 prozent der haushalte haben einen zweitwagen und 0,6 prozent geben den besitz von

drei autos an. fast vier fuenftel der wiener haushalte, naemlich 79,5 prozent, verfuegen ueber ein schwarz-weiss-fernsehgeraet, 13,3 prozent zudem ueber ein farbgeraet.

schliesslich sind auch die wuensche nach der form der arbeitszeitverkuerzung erfragt worden: 40 prozent der wiener wollen die arbeitszeitverkuerzung so durchgefuehrt, dass ihre wochenenden laenger werden. voraussetzung dafuer ist deren meinung nach der schulfreie samstag. 31 prozent der bevoelkerung haben sich fuer die arbeitszeitverkuerzung in form einer urlaubsverlaengerung ausgesprochen und nur 18 prozent treten fuer eine reduzierung der taeglichen arbeitszeit ein. (forts.mgl.)

1050

k o m m u n a l :

=====

innere stadt: 26 beamte ausgezeichnet

4 wien, 20.12. (rk) im rahmen einer kleinen feier im wappensaal des alten rathauses wuerdigten donnerstag nachmittag bezirksvorsteher ing. heinrich a. h e i n z und bezirksvorsteher-stellvertreter franz d r e x l e r die besonderen leistungen von beamten des magistratischen bezirksamtes der inneren stadt und beamten des magistrats, die mit belangen des 1. bezirkes betraut sind. ing. heinz ueberreichte 26 beamten anerkennungsdekrete. die bezirksvorsteherung innere stadt hat bereits in den vergangenen jahren beamte der feuerwehr und der polizei geehrt.

0947

L o k a l :

ein "groner" fuer den buergermeister

1 wien, 20.12. (rk) das grosse groner-wien-lexikon, fuer das als herausgeber und autor oberarchivrat dr. felix c z e i k e vom wiener stadt- und landesarchiv verantwortlich zeichnet, wurde donnerstag nachmittag vom verleger fritz p. molden und dem herausgeber an buergermeister leopold g r a t z ueberreicht. der neue groner - 912 seiten stark - stellt das erste umfassende lexikon ueber wien dar. der groner erschien zum erstenmal im jahr 1919 als kleines baendchen.

0933

L o k a l :

oeffentlicher verkehr am 24. dezember

2 wien, 20.12. (rk) weil die verkehrsfrequenz am nachmittag und abend des 24. dezember erfahrungsgemaess gering ist und weil es moeglichst vielen mitarbeitern der verkehrsbetriebe ermoeglicht werden soll, den weihnachtsabend mit ihrer familie zu verbringen, werden folgende einschraenkungen des strassenbahn- und autobus-verkehrs am 24. dezember vorgenommen:

a und ak ab 19 uhr eingestellt, statt dessen a (durchgestrichen) zwischen praterstern und stadlauer bruecke. 92 ab 18.30 uhr eingestellt, statt dessen g2 (durchgestrichen) zwischen hohe warte und schottentor. 30a ab 19.34 uhr in 60-minuten-intervallen. 49a ab 18 uhr nur mit postautobussen. 52 ab 19 uhr nur zwischen baumgarten- und bahnhof rudolfshelm. die innerstaedtischen autobuslinien 1s, 2s und 3s verkehren nur bis 14 uhr, die kahlenberglinie 38s nur bis 18 uhr. es entfallen die verlaengerungen der linie 0 bis raxstrasse, der linie 9 bis meidling und der linie 25 ueber ring und kai. die verstaerkungslinien 29 und 31/5 verkehren nicht.

am 25. und 26. dezember gilt der sonntagstarif.

wegen der sperre vieler betriebe am 27. dezember entfallen an diesem tag die verlaengerungen der linie 0 zur raxstrasse, der linie 9 bis meidling und der linie 25 ueber ring und kai, ausserdem die verstaerkungslinien 29 und 31/5.

0935

L o k a l :

=====

in weihnachts- und semesterferien:

kindereislaufen gratis

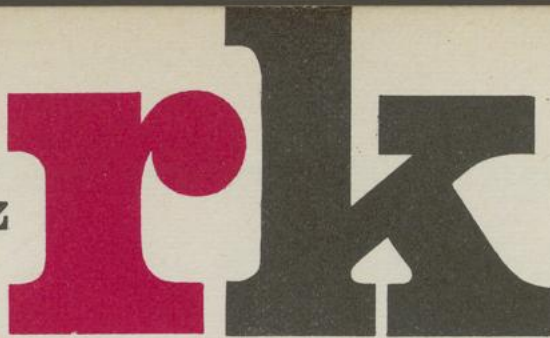
3 wien, 20.12. (rk) mit einem "christkindl" stellt sich buergermeister leopold g r a t z bei der wiener jugend ein. in einem gespraech mit sportstadtrat kurt h e l l e r aeusserte der buergermeister den wunsch, fuer die wiener kinder, die in den weihnachts- und semesterferien nicht die moeglichkeit haben von wien wegzufahren, die donauparkhalle und die wiener stadthalle fuer ein gratis-eislaufen freizugeben.

das sportamt der stadt wien wird diese aktion ins leben rufen und fuer das gratis-eislaufen erfahrene eislehrer zur verfuegung stellen.

die "buergermeister-aktion" wird in der halle e der donauparkhalle gestartet, wo montag, dem 23. dezember, freitag, dem 27. und montag, dem 30. dezember, sowie am 2. und 3. jaenner 1975, in der zeit von 14 bis 16.20 uhr die kinder gratis eislaufen koennen.

vom 3. bis 7. februar 1975 - semesterferien - steht die eishalle der wiener stadthalle von 8 bis 13 uhr den wiener kindern gratis zur verfuegung.

0937



Samstag, 21. Dezember 1974

Blatt 3176

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Wald- und Wiesengürtel wird größer
(rosa) Eislaufplatz in Simmering
Rathausinformation zu den Feiertagen

Lokal: Kommende Woche: Journaldienst bei den Sozialreferaten
(orange) Weihnachtsfeier für Einsame
Weihnachtseislaufen zum Nulltarif erweitert

Kultur: Franz Schmidt zum 100. Geburtstag
(gelb)

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

wald- und wiesenguertel wird groesser

1 wien, 21.12. (rk) durch einen grunderwerb kann das erholungsgebiet des wald- und wiesenguertels rund um wien neuerlich erweitert werden: der gemeinderatsausschuss fuer wohnen und liegenschaftswesen genehmigte den ankauf eines mehr als 5 hektar grossen grundstueckes in wien 14, an der karl bekehrty-strasse. das grundstueck liegt derzeit in einem landschaftsschutzgebiet, wird jedoch auf wald- und wiesenguertel umgewidmet werden.

+++

eislauflplatz in simmering

2 wien, 21.12. (rk) schon lange war es ein herzenswunsch der simmeringer jugend, einen eislauflplatz im bezirk benuetzen zu koennen. bisher mussten die jungen leute naemlich in andere bezirke fahren, um ihrem lieblingssport nachgehen zu koennen. auf initiative der simmeringer bezirksvorsteherung ist es nun gelungen, alle voraussetzungen zur inbetriebnahme eines natur-eislauflplatzes fuer die wintersaison 1974/75 zu schaffen. auf dem sportplatz der wiener kinderfreunde in der leberstrasse wird bei entsprechenden minusgraden die moeglichkeit bestehen, dem eislauflsport zu huldigen.

+++

k o m m u n a l :

=====

rathausinformation zu den feiertagen

6 wien, 21.12. (rk) die rathausinformation in der schmidthalle ist am 24. dezember (heiliger abend) und am 31. dezember (silvester) bis 12 uhr geoeffnet. die rathausinformation ist jedoch jederzeit unter der telefonnummer 43 89 89 ueber tonband zu erreichen.

+++

L o k a l :

=====

kommende woche:

journaldienst bei den sozialreferaten

3 wien, 21.12. (rk) kommenden freitag, den 27. dezember, findet in einer reihe von sozialreferaten in der zeit von 7.30 bis 16 uhr ein journaldienst statt, um ratsuchenden auch in der weihnachtswoche die moeglichkeit der beratung zu geben. die diensthabenden sozialreferate befinden sich in folgenden bezirken:

3, karl borromaeus-platz 3, 5, schoenbrunner strasse 54, 9, waehringer strasse 43, 12, meidlinger hauptstrasse 2, 13, hietzinger kai 1, 16, richard wagner-platz 19, 19, gatterburggasse 14, 20, brigittaplatz 10, 21, am spitz 1 und 23, liesing, perchtoldsdorfer strasse 2.

darueber hinaus hat der bahnhof-sozialdienst am westbahnhof und am suedbahnhof auch waehrend der feiertage ganztaeigig dienst.

die sozialberatungsstellen der stadt wien bleiben anlaesslich der weihnachtsfeiertage vom 24. dezember 1974 bis einschliesslich 6. jaenner 1975 geschlossen.

+++

l o k a l :

=====

weihnachtsfeier fuer einsame

4 wien, 21.12. (rk) die bezirksvorsteherung simmering veranstaltet auch heuer am nachmittag des 24. dezember in den raeumlichkeiten des pensionistenklubs im magistratischen bezirksamt 11, enkplatz 2, eine kleine weihnachtsfeier fuer einsame. wie bezirksvorsteher johann p a u l a s vor der bezirksvertretung mitteilte, werden zu der feier alle jene - meist aeltere menschen - eingeladen, von denen bekannt ist, dass sie den abend des weihnachtsfestes allein und ohne ansprache verbringen muessen.

die froehliche feier bei kuchen und wein soll den gaesten helfen, depressive gedanken zu verdraengen. jeder gast wird uebrigens eine weihnachtstasche mit lebensmitteln im wert von 100 schilling erhalten, was von betriebsraeten der fraktion sozialistischer gewerkschafter aus verschiedenen simmeringer betrieben ermoeeglicht wurde.

+++

L o k a l :

=====

weihnachtseislaufen zum nulltarif erweitert

5 wien, 21.12. (rk) die aktion "gratiseislaufen in den weihnachtsferien" wurde nun auf wunsch des wiener buergermeisters leopold g r a t z auch auf die wiener stadthalle ausgedehnt.

nachdem die donauparkhalle fuer das kindereislaufen in den weihnachtsferien freigegeben wurde, hat sportstadtrat kurt h e l l e r das sportamt der stadt wien beauftragt, auch die halle c der wiener stadthalle fuer die aktion "gratiseislaufen in den weihnachtsferien" freizugeben.

somit gilt auch in der stadthalle am 23., 24., 27., 28., 30. und 31. dezember sowie vom 2. bis 4. jaenner 1975 in der zeit von 8 bis 13 uhr fuer wiener kinder der nulltarif.

+++

k u l t u r :

=====

franz schmidt zum 100. geburtstag

7 wien, 21.12. (rk) am sonntag, dem 22. dezember jaehrt sich zum 100. mal der geburtstag des komponisten franz s c h m i d t . schmidt wurde in pressburg geboren und fand schon in seinem elternhaus verstaendnisvolle foerderung seines musikalischen talentes. 1888 uebersiedelte seine familie nach wien, wo der junge schmidt das konservatorium der gesellschaft der musikfreunde besuchte. 1896 wurde er als sieger aus einem ausscheidungswettbewerb mit 40 teilnehmern in das orchester der wiener philharmoniker aufgenommen, dem er bis 1911 angehoerte. schon 1901 kehrte er - diesmal als lehrer - an das konservatorium zurueck und blieb ihm auch nach deren ernennung zur staatlichen musikakademie treu. seine klassen fuer cello- und klavierspiel, kontrapunkt- und kompositionslehre bildeten in der folgezeit den hauptanziehungspunkt fuer in- und auslaendische schueler. die kroenung der musikpaedagogischen laufbahn schmidts war die wahl zum rektor der musikakademie.

sein eigenes kompositorisches schaffen umfasste kammermusik, orgelwerke und opern wie "notre dame". das schwergewicht lag aber im bereich der symphonien, von denen die tragische symphonie (1933) besondere geltung errang. das oratorium "das buch mit den sieben siegeln" bedeutete die gipfelleistung in schmidts schaffen.

franz schmidt wurde unter anderem mit dem professor- und hofratstitel ausgezeichnet, er erhielt die ehrenmitgliedschaft der wiener philharmoniker und der gesellschaft der musikfreunde, das ehrendoktorat der wiener universitaet und den beethovenpreis der berliner akademie der kuenste. seine sterblichen ueberreste wurden in einem ehrengrab der stadt wien auf dem zentralfriedhof beigesetzt.

+++



Montag, 23. Dezember 1974

Blatt 3183

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal: Bargeldloses Zinsinkasso für 30.000 Gemeindemieter
(rosa) Der "Tramwayschienenritzenkratzer" verschwindet
- Lokal: 1000 Mann gegen Straßenglätte
(orange) Weihnachtsmann stieg von Magirusleiter
Leichtes Steigen der grippalen Erkrankungen
- Kultur: Rosa Albach-Retty zum Hunderter
(gelb) Originalmanuskript zu "Groß-Wien"-Walzer wieder-
aufgefunden

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

bargeldloses zinsinkasso fuer 30.000 gemeindemieter

1 wien, 23.12. (rk) mit 1. jaenner 1975 machten 30.665 gemeindemieter von der moeglichkeit gebrauch, den monatlichen mietzins bargeldlos zu entrichten. die monatlichen betraege werden von ihrem girokonto per einziehungsauftrag ueberwiesen.

die umstellung auf die bargeldlose zinszahlung konnte von der staedtischen wohnhauserverwaltung im laufe des jahres 1974 fuer einen grossteil der wiener bezirke durchgefuehrt werden - und zwar fuer die bezirke 4 bis 10, 12 bis 17 und 23. ab juli 1975 kommen die bezirke 18 bis 21 dazu. fuer die restlichen bezirke 1 bis 3, 11 und 22 werden die umfangreichen vorarbeiten voraussichtlich im herbst 1975 abgeschlossen werden koennen.

von den bisher erfassten rund 92.000 gemeindemieter haben sich 31 prozent fuer die einfache art der ueberweisung des mietzinses durch die bank entschieden.

0936

k o m m u n a l :

=====

der "tramwayschienenritzenkratzer" verschwindet

2 wien, 23.12. (rk) der gute alte "tramwayschienenritzenkratzer" mit giesskanne und flachbesen sowie sein motorisierter "kollege", bisher vom schienenbestueckten strassenbild nicht wegzudenken, werden bald der vergangenheit angehoren.

zwei bedienstete der wiener stadtwerke haben in team-arbeit eine bemerkenswerte konstruktion entwickelt, fuer die in zukunft alle wiener, die im bereich von strassenbahngleisboegen wohnen, dankbar sein werden: einer der strassenbahner entwickelte eine rillenschienen-schmiervorrichtung zur vermeidung des quietschens beim befahren von gleisboegen, der andere konstruierte eine fett-presse zum fuellen der schmiervorrichtungen,

die in team-arbeit hergestellte neukonstruktion, die in gleisboegen eingebaut wird, sichert eine absolut zuverlaessige und sparsame schmierung der gleisboegen. sie erfordert geringe herstellungs-, wartungs- und reparaturkosten und kann als umweltfreundliche massnahme gewertet werden. achtzehn solcher schmiervorrichtungen wurden bereits eingebaut. da sie sich vor-zueglich bewahrt haben, werden derzeit 50 weitere gebaut.

durch diese neukonstruktion wird mehr als eine halbe million schilling eingespart. der ausschuss fuer das vorschlagswesen der stadt wien im bereiche der wiener stadtwerke hat daher fuer den erfinder der fettpresse eine praemie von 25.000 schilling und fuer den konstrukteur der schmiervorrichtung eine praemie von 30.000 schilling beschlossen.

0938

L o k a l :

=====

1000 mann gegen strassenglaette

5 wien, 23.12. (rk) montag frueh trat bei einer temperatur um plus ein grad und klarem himmel vor allem am oestlichen und suedlichen stadtrand und auf den bruecken strassenglaette auf. die magistratsabteilung 48 organisierte deshalb ab 2 uhr frueh einen streudienst, bei dem mehr als 1000 arbeitskraefte eingesetzt wurden.

1030

L o k a l :

weihnachtsmann stieg von magirusleiter

6 wien, 23.12. (rk) in der hauptfeuerwache mariahilf stieg sonntag nachmittag der weihnachtsmann von der ausgefahrenen magirusleiter zu boden. die feuerwehrmaenner dieser wache hatten zum bereits traditionellen weihnachtsfest rund 130 kinder aus verschiedenen heimen in wien eingeladen. die geschaeftsleute der mariahilfer strasse hatten fuer dieses vorverlegte weihnachtsfest waren und spielsachen zur verfuegung gestellt. vizebuergenmeisterin gertrude froehlich-sandner, umweltstadtrat peter schieder, der fuer die feuerwehr verantwortliche politiker, und stadtschulratspraesident hofrat doktor hermann schnell, nahmen als ehrengaeste an dieser feier teil.

1055

k u l t u r :

=====

rosa albach-retty zum hunderter

3 wien, 23.12. (rk) am zweiten weihnachtsfeiertag dieses jahres wird die doyenne des wiener burgtheaters, rosa a l b a c h - r e t t y , ihren hundertsten geburtstag feiern. als spross einer schauspielerfamilie in hanau geboren, wurde sie schon im elternhaus mit dem "theaterbazillus" infiziert und debuetierte mit 17 jahren am deutschen theater in berlin auf empfehlung keines geringeren als josef kainz. nach drei jahren an dieser institution kam frau retty an das berliner lessingtheater und wurde von dort 1894 an das deutsche volkstheater in wien engagiert. das wiener publikum kannte sie allerdings bereits: anlaesslich der "theater- und musikausstellung" war sie 1892 mit dem ensemble des deutschen theaters berlin zu einem gastspiel in wien gewesen.

am 2. maerz 1895 debuetierte sie mit grossem erfolg am volkstheater in wien in dem lustspiel "ein kind des gluecks" von charlotte birch-pfeiffer und eroberte rasch die herzen des wiener theaterpublikums. 1903 engagierte sie direktor schlenther an das burgtheater, dem sie nach dem gesetz des hauses noch immer als aktives mitglied angehoert, obwohl ihr letzter buhnenauftritt 1956 erfolgte. neben ihrem unvergleichlichen komischen talent stellte rosa albach-retty auch als interpretin klassischer heroinen ihre frau. so machte sie unter anderem als "juedin von toledo", als hilde in "frau vom meere", als franziska in "minna von barnhelm" und als frau aase in "peer gynt" theatergeschichte. beliebt in weitesten publikumskreisen errang sie auch durch ihre filmrollen.

1958 ehrte sie die stadt wien durch die verleihung der kainz-medaille, 1960 folgte die ehrenmedaille der bundeshauptstadt wien. 1963 erhielt sie das ehrenkreuz fuer wissenschaft und kunst erster klasse.

./.

zum 100. geburtstag, den die kuenstlerin im kuenstlerheim in baden bei wien verbringt, zeigt das historische museum der stadt wien eine ausstellung "rosa albach-retty - portraet einer schauspielerin". die ausstellung ist bis inklusive 2. februar geoeffnet, am 25. dezember und am 1. jaenner sowie an allen montagen bleibt die ausstellung geschlossen.

0949

k u l t u r :

=====

originalmanuskript zu "gross-wien"-walzer wiederaufgefunden

4 wien, 23.12. (rk) im zuge der vorarbeiten zur johann strauss-
ausstellung 1975 ist es dem leiter der musiksammlung der wiener
stadtbibliothek, prof. dr. fritz r a c e k , gelungen, das
originalmanuskript des walzers "gross-wien" von johann strauss
sohn (o.p. 440) wieder aufzufinden. prof. racek konnte die partitur
aus 31 bisher groesstenteils nicht naeher bestimmten eigenhaendigen
partiturblaettern, die aus vier verschiedenen nachlaessen in den
jahren 1900 bis 1968 in den besitz der wiener stadtbibliothek
kamen, wieder zusammenstellen. der walzer ist 1891 entstanden.
die wiedergefundene partitur wird in der johann strauss-ausstellung
in der volkshalle des wiener rathauses zu sehen sein.

0951

L o k a l :

=====

Leichtes steigen der grippalen erkrankungen

7 wien, 23.12. (rk) in wien steigt gegenwaertig die zahl der grippalen erkrankungen leicht an. nach einer mitteilung des gesundheitsamtes gab es in der vergangenen woche insgesamt rund 18.000 neuerkrankungen. dies bedeutet, verglichen mit der woche vom 9. bis 15. dezember, eine zunahme um 5.000 erkrankungen. diese zahlen liegen jedoch noch immer wesentlich niedriger als jene des vorjahres. damals waren bis zu 40.000 neuerkrankungen pro woche gemeldet worden. die allgemeine erkrankungsquote in den betrieben kann ebenfalls als normal bezeichnet werden. der allgemeine krankensstand betraegt derzeit etwa 4,5 prozent der arbeitnehmer.

laut auskunft des gesundheitsamtes handelt es sich dabei zumeist um fuer den eintritt der kalten jahreszeit typische erkaeltungskrankheiten und grippale infekte. bei den "grippefaellen" handelt es sich nur in geringer zahl um die echte virusgrippe. so wurde von der virologischen lehrkanzel der universitaet wien in einzelnen faellen das virus der sogenannten "neuseelaendischen grippe", das mit dem bekannten hongkong-grippevirus gewissermassen verwandt ist, festgestellt.

seit 1970 besteht im gesundheitsamt der stadt wien ein sogenanntes "grippeinformationssystem", das eine fortlaufende ueberwachung gewaehrleistet. da eine generelle meldepflicht der grippeartigen erkrankungen praktisch nicht moeglich ist, werden die meldungen einer etwa drei prozent der wiener bevoelkerung betreuenden aerztegruppe statistisch ausgewertet und auf die gesamtbevoelkerung hochgerechnet. weiters werden auch die krankensstaende in schulen und betrieben erfasst. ergaenzend dazu werden unter den fachhygienikern stichprobenweise virologische und serologische untersuchungen zur feststellung der jeweiligen krankheitserreger durchgefuehrt. auf diese weise ist es moeglich, jederzeit einen fortlaufenden - in epidemiezeiten sogar einen taeglichen - ueberblick ueber art und ausmass der grippeartigen erkrankungen zu gewinnen.



Dienstag, 24. Dezember 1974

Blatt 3192

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Neue Flächenwidmung beim Lainzer Tiergarten
(rosa)

Lokal: Ganztageschulen: Schüleressen um 72 Schilling
(orange) Rathaus-Christkindl: "Heimatschein" für gelähmte Frau

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl) von
7.30 bis 19.30 Uhr, Sa.10 bis 17 Uhr, So 14
bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

neue flaechenwidmung beim lainzer tiergarten

1 wien, 24.12. (rk) der gemeinderatsausschuss fuer stadtgestaltung und verkehr hat eine aenderung des flaechenwidmungs- und bebauungsplanes fuer das gebiet lainzer tiergarten - josef lister-gasse - wlassakstrasse gutgeheissen. diese aenderung des flaechenwidmungsplanes zielt darauf ab, groessere, zusammenhaengende gruenflaechen zu erhalten, die direkt an das wienerwaldareal anschliessen. daher soll ein areal, das derzeit schon als erholungsgebiet ausgewiesen ist, in den wald- und wiesenguertel einbezogen werden. im interesse einer sinnvollen erschliessung soll zudem ein fussgaengerweg entlang der mauer des lainzer tiergartens von der sportstaette hoerndlwald bis zum st. weiter tuerl gefuehrt werden. ein weiterer fussgaengerweg ist wesentlich vom jennerplatz und der loefflergasse entlang der hangwiese vorgesehen.

0926

l o k a l :

=====

ganztagschulen: schueleressen um 72 schilling

2 wien, 24.12. (rk) ein elternbeitrag von nur 72 schilling pro woche kostet das schueleressen jenen eltern, die ihre kinder an dem derzeit an vier wiener schulen durchgefuehrten ganztagschulversuch teilnehmen lassen. fuer diesen betrag erhalten die kinder taeglich ein mittagessen und eine nachmittagsjause. mit der lieferung des essens wurden die woek und der wiener verkehrsverein beauftragt.

0931

l o k a l :

=====

rathaus-christkindl: 'heimatschein' fuer gelaehmte frau

4 wien, 24.12. (rk) am heiligen abend gab es in floridsdorf ein weihnachtsfest ganz besonderer art. es erklangen zwar keine weihnachtslieder, dennoch spuerte man in der arbeiterwohnung in der floridsdorfer gerichtsgasse weihnachtsfreude, als hoher besuch aus dem wiener rathaus eintraf: stadtrat kurt h e l l e r brachte selbst einer vom schicksal schwer geprueften frau ein 'christkindl' in form eines nuechternen dokumentes - des staatsbuergerschafts-nachweises.

zu traenen geruehrt nahm die 35jaehrigen maria f r i e d e l t, eine gelaehmte frau, das ersehnte dokument aus der hand des stadtrates entgegen: 'das ist mein schoenstes weihnachtsfest...'

es begann vor dreissig jahren, als die familie friedelt ihre rumaenische heimat verlassen musste und sie der krieg durch halb europa trieb. die damals fuenfjaehrige maria erkrankte. bei kriegsende befand sich die familie mit vielen ihrer Leidensgenossen in bayern. ein grossteil der fluechtlinge wollte wieder in ihre heimat. so auch die friedelits. mit ross und wagen zogen sie wieder nach dem osten. hunger, kaelte und unsagbare strapazen mussten sie ertragen. von ihrer uebrigen familie getrennt, kamen matthias und katharina friedelt mit ihrer tochter in treppen, rumaenien, an. das kind war infolge der entbehrungen und des fehlens aerztlicher betreuung gelaehmt.

erst 1963 gelang es der familie, im rahmen der familienzusammenfuehrung nach oesterreich zu kommen. seither ist maria an den rollstuhl gebunden. die schicksalsgepruefte frau hatte zwar bei ihren eltern ein zu hause gefunden, sie hatte aber keine heimat.

diesem schicksal rechnung tragend, haben sich die beamten der stadt wien bemueht, der frau wiener eine heimat zu geben. stadtrat kurt heller setzte sich persoendlich ein und gab den auftrag, das ansuchen positiv zu erledigen.

am heiligen abend war es soweit: maria friedelt, nicht von guetern gesegnet, ist dennoch gluecklich: 'das christkind brachte mir eine neue heimat. es ist das schoenste weihnachtsfest meines lebens.'

Freitag, 27. Dezember 1974

Blatt 3196

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Lokal: Turbulente Feiertage für Feuerwehr und Rettung
(orange) Silvesternachtverkehr der Verkehrsbetriebe
Explosion nach Raketenexperiment - ein Toter

Lokal/Sport: "Fahrt zum Schnee" erweitert
(grün)

Kommunal: Wien als Freizeitort der Niederösterreicher
(rosa)

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl) von
7.30 bis 19.30 Uhr, Sa.10 bis 17 Uhr, So.14
bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband.

L o k a l :

=====

turbulente feiertage fuer feuerwehr und rettung

1 wien, 27.12.74 (rk) keineswegs still waren die weihnachtsfeiertage fuer feuerwehr und rettungsdienst. am christtag gab es einen grosseinsatz der feuerwehr durch den grossbrand auf dem westbahnhof, der in den mittagsstunden ausgebrochen war. beim eintreffen der ersten loeschfahrzeuge befanden sich die 750 quadratmeter grosse salonwagenhalle sowie die darin eingestellten fuenf personenwagen und acht gueterwaggons in vollbrand. das dach der halle war zum groessten teil eingestuerzt. unmittelbar darauf wurde alarmstufe 3 fuer die feuerwehr gegeben. mit insgesamt zehn rohren wurde die brandbekaempfung aufgenommen, teilweise musste schwerer atemschutz eingesetzt werden. die feuerwehrmaenner transportierten sechs propangasflaschen und dreissig behaelter mit saurehaeltigen reinigungsmitteln ins freie. mit einer verschublock wurden die brennenden waggons aus der halle gezogen und draussen geloesch. erst gegen 17 uhr war der grosseinsatz beendet.

vermutlich eine brennende kerze auf einem adventkranz, die man abzuloeschen vergessen hatte, war die ursache eines geschaeftsbrandes in einem stadtbahnbogen auf dem waehringer guertel. der in flammen stehende adventkranz war auf den darunterstehenden tisch gefallen und hatte mehrere moebelstuecke in brand gesetzt. durch den raschen einsatz der feuerwehr konnte das uebergreifen des brandes auf die anschliessenden verkaufsraeume verhindert werden.

eine schwierige fahrzeugbergung musste die feuerwehr auf der baumgartenbruecke in penzing durchfuehren. auf der vereisten fahrbahn war frau grete puhr, 18, gentzgasse 117, mit ihrem volkswagen ins schleudern gekommen, der wagen durchbrach das brueckengelaeender und drohte auf die geleise der stadtbahn zu stuerzen. die noch im auto sitzende lenkerin wurde unverletzt geborgen, nach abschaltung der stadtbahn-oberleitung konnte der wagen mit einem kranfahrzeug auf die fahrbahn gehoben werden.

hochbetrieb hatte auch der rettungsdienst. die fuer weihnachten ungewoehnliche wettersituation verursachte ein ansteigen der grippalen affekte und der herz-kreislaeferkrankungen. da der aertzliche notdienst ueberlastet war, musste die rettung einspringen. am heiligen abend wurden 124 ausfahrten mit spitalseinlieferungen verzeichnet, am christtag 148.

k o m m u n a l :

=====

wien als freizeitort der niederoesterreicher

2 wien, 27.12. (rk) im rahmen der grossen studie ueber das freizeitverhalten der wiener bevoelkerung wurde in sechs niederoesterreichischen umlandgemeinden von wien auch eine erhebung durchgefuehrt, aus welchen gruenden niederoesterreicher wien besuchen.

der loewenanteil der werktags absolvierten besorgungen der bewohner des umlandes von wien entfaellt dabei auf private einkaeufe. rund 75 prozent der bewohner aus dem wiener umland, die entweder in niederoesterreich arbeiten oder nicht mehr berufstaetig sind, suchen wien zum zweck privater einkaeufe durchschnittlich ein- bis zweimal im monat auf. etwa jeder zweite niederoesterreicher faehrt zum besuch von freunden oder verwandten nach wien, jedoch nicht so haeufig wie die 'einkaeufer'. in der rangordnung folgen arztbesuche und erledigungen bei aemtern.

von den 600 personen in den umlandgemeinden, die bei dieser speziellen erhebung befragt worden sind, gaben rund 80 prozent an, werktags freizeiteinrichtungen in der bundeshauptstadt zu benuetzen bzw. freizeitaktivitaeten auszuueben. neben den besorgungen fallen folgende aktivitaeten an: auslagenbummel 51 prozent, besuch von kaffeehaeusern oder espressi 38 prozent, gasthausbesuche 23 prozent und besuche eines restaurants mit 19 prozent.

an den wochentagen scheinen die freizeiteinrichtungen wiens also nur in recht geringem ausmass anlass fuer einen besuch der stadt zu sein. lediglich theater- und konzertveranstaltungen werden von 28 prozent der im umland lebenden niederoesterreicher durchschnittlich ein- bis zweimal im jahr auch an werktagen besucht.

an wochenenden hingegen fahren 39 prozent der buerger der umliegenden gemeinden durchschnittlich 14mal im jahr hauptsaechlich zum besuch von freunden und verwandten bzw. um berufliche und private besorgungen zu erledigen. etwa ein viertel dieser besucher geht auch anderen freizeitbeschaeftigungen nach, doch sind dies von allen bewohnern der umlandgemeinden bloss etwa zehn prozent. auch an wochenenden dominiert bei den begleitaktivitaeten mit 72 prozent der auslagenbummel. der gleiche prozentsatz entfaellt auf den besuch von kaffeehaeusern, waehrend theater- und konzertbesuche mit 69 prozent vor den kinobesuchen mit 55 prozent folgen.

l o k a l / s p o r t :

=====

''fahrt zum schnee'' erweitert

3 wien, 27.12.74 (rk) mehr als fuenftausend wiener kinder im alter zwischen acht und fuenfzehn jahren koennen heuer an der jugendskiaktion ''fahrt zum schnee'' teilnehmen. sportstadtrat kurt h e l l e r beauftragte das sportamt der stadt wien, bei den kommenden sonntagsskifahrten die teilnehmerzahl auf 650 pro sonntag zu erweitern.

die aktion beginnt am sonntag, dem 12. jaenner 1975. fuenfzehn autobusse werden die wiener kinder in die schoensten skigebiete, wie st. aegyder gscheid, steinhaus am semmering, lassingtal und nach wienerbruck bringen. die kosten betragen 50 schilling pro kind und fahrt.

dennoch sei ausdruecklich darauf verwieden, dass trotz erweiterung dieser aktion alle sonntagsfahrten nur eine beschraenkte teilnehmerzahl haben. die anmeldung fuer die ''fahrt zum schnee'' erfolgt am 7. jaenner 1975 um 16 uhr in der magistratsabteilung 51, wien 8, friedrich schmidt- platz 4.

1011

L o k a l :

=====

silvesternachtverkehr der verkehrsbetriebe

4 wien, 27.12. (rk) in der nacht des grossen feierns stehen die wiener verkehrsbetriebe bereit, um alle sicher an ihr ziel zu bringen. im silvesternachtverkehr werden 24 strassenbahn- und autobuslinien bis etwa 5 uhr frueh verkehren, der fahrpreis betraegt einheitlich 12 schilling pro person.

folgende linien werden verkehren:

''a'' (elderschplatz - ring - kai - elderschplatz), ''ak'' (elderschplatz - kai - ring - elderschplatz), ''d'' (nussdorf - boerse), ''t'' (st. marx - landstrasser hauptstrasse - schwarzenbergplatz - suedbahnhof), ''18'' (liechtenwerder platz - guertel - stadionbruecke), 25 (kagran - praterstern), ''26'' (stadlau - praterstern), ''28a'' (grossfeldsiedlung - bahnhof floridsdorf), ''29'' (floridsdorfer bruecke - schwedenbruecke), ''35a'' (salmansdorf - floridsdorfer bruecke), ''38'' (grinzing - schottentor), ''43'' (neuwaldegg - schottentor), ''46'' (joachimsthaler platz - bellaria), ''49'' (huettelendorf - bellaria), ''58'' (unter st. veit - burgring), ''60'' (rodaun - kennedy-bruecke), ''62'' (lainz - oper), ''65'' (stefan fadinger-platz - oper), ''66'' (raxstrasse - oper), ''71'' (zentralfriedhof - schwarzenbergplatz), ''132'' (strebendorf - bahnhof floridsdorf), ''167'' (per albin hansson-siedlung ost-oper), ''331'' (stammersdorf - ringturm).

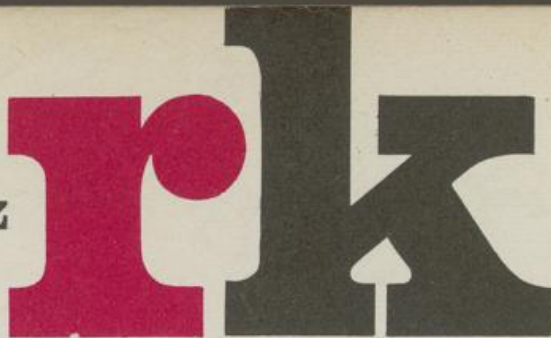
l o k a l :

=====

explosion nach raketenexperiment - ein toter

5 wien, 27.12. (rk) in einer wohnung in der autokaderstrasse 3-7, in floridsdorf, kam es freitag frueh zu einer explosion, als ein junger mann mit raketen experimentierte. bei der explosion wurde der junge mann, dessen name bisher noch nicht feststeht, getoetet. im klosett der wohnung, wohin scheinbar der junge mann fluechtete, als sich der feuerwerkskoerper entzuendete, wurden die entlueftungsschaechte, gas- und wasserrohre schwer beschaedigt. der explosion folgte ein brand, der das gesamte mobilar der wohnung einaescherte. (forts. moeglich)

1035



Samstag, 28. Dezember 1974

Blatt 3202

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

Bürgermeistersendung: Gratz warnt vor Silvesterböllerrunfug

Lokal:
(orange)

220 neue Waschmaschinen für städtische Wohnhäuser

Kultur:
(gelb)

Carl Millöcker - zum Gedenken

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl) von
7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So. 14
bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband.

k o m m u n a l

=====

buengermeistersendung:

gratz warnt vor silvesterboellerunfug

1 wien, 28.12. (rk) in seiner letzten sendung vor dem jahresende warnte buengermeister leopold g r a t z vor dem silvesterboellerunfug in wien. freude an falschverstandenen brauchtum habe in den vergangenen jahren zahlreiche verletzte und sogar menschenleben gefordert. durch das pyrotechnikgesetz seien nun strenge gesetzliche bestimmungen in kraft, nach denen das zuenden von sprengkoerpern unter umstaenden mit geldstrafen bis zu 30.000 schilling der sechs wochen arrest geahndet wuerden. gratz kuendigte an, dass jeder unfug in wien rigoros geahndet werde.

in einem kurzen rueckblick hob wiens stadtoberhaupt die schwerpunkte der kommunalarbeit des jahres 1974 hervor. das zu ende gehende jahr sei ein jahr der gesundheits - und sozialoffensive, der bemuehungen um eine umweltverbesserung, der initiativen fuer den verkehr und die energieverorgung gewesen. die vorgeschlagene aenderung der stadtverfassung biete garantie fuer eine weitere demokratisierung kommunalpolitischer willensbildung. eines sei gewiss: die mitarbeit der bevoelkerung muesse noch staerker mobilisiert werden. gratz dankte fuer kritik und anregung von seiten der bevoelkerung und unterstrich die verbundenheit wiens mit allen anderen oesterreichischen bundeslaendern.

l o k a l :

=====

220 neue waschmaschinen fuer staedtische wohnhaeuser

2 wien, 28.12. (rk) zahlreiche waschkuechen in staedtischen wohnhausanlagen werden im kommenden jahr modernisiert werden: der gemeinderatsausschuss fuer wohnen und liegenschaftswesen beschloss in seiner letzten sitzung, fuer diesen zweck 7,160.000 s auszugeben. mit diesem betrag koennen 223 neue waschmaschinen, 35 waeschetrockner und 223 waeschezentrifugen angeschafft werden.

k u l t u r :

=====

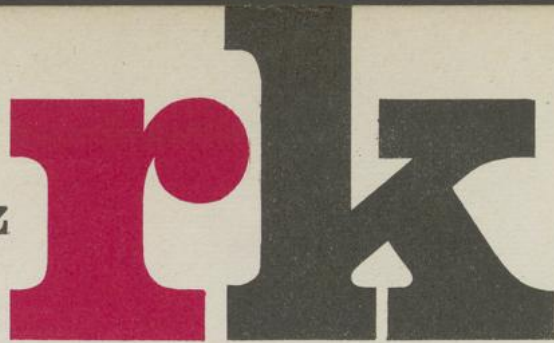
carl milloecker - zum gedenken

3 wien, 28.12.(rk) auf den 31. dezember faellt der 75. todes-
tage des komponisten carl milloecker.

miloecker wurde am 19. april 1842 in wien als sohn eines gold-
schmiedes geboren. er besuchte das konservatorium und studierte dann
theorie bei franz josef zierer und josef laimegger. 1858 erhielt
miloecker ein engagement als floetist im orchester des theaters
in der josefstadt. auf empfehlung franz von supples uebernahm er 1864
den posten eines kapellmeisters am thalia-theater in graz und brachte
dort als kaum zweiundzwanzigjaehriger seine ersten singspiele ''der
tote gast'' und ''die lustigen binder'', auf die buehne. im jahre
1866 wurde miloecker von direktor strampfer als kapellmeister im
theater an der wien engagiert. nach anfaenglichen anpassungsschwie-
rigkeiten und einem kurzen gastspiel als kapellmeister am deutschen
theater in budapest (1868) blieb miloecker vierzehn jahre dem
theater an der wien treu. in dieser zeit komponierte er eine statt-
liche anzahl von singspielen und operetten, von denen ''graefin
dubarry'', ''der bettelstudent'' und ''gasparone'' welterfolge wur-
den.

1883 hatte miloecker die kapellmeistertaetigkeit aufgegeben,
um sich ganz der komposition zu widmen. es gelangen ihm allerdings
nur mehr achtungserfolge, wie '' das nordlicht'' (1896), seine
letzte operette. bald nach deren premiere erlitt der komponist
einen schlaganfall mit sprachstoerungen, von dem er sich nicht mehr
erholen konnte. am 31. dezember 1899 verstarb er nach einem neuer-
lichen schlaganfall. cal miloecker wurde vorerst in baden bei
wien beigesetzt und am 27. oktober 1901 in ein ehrenggrab auf dem
wiener zentralfriedhof ueberfuehrt.

die gemeinde wien benannte eine gasse in der naehe des theaters
an der wien, in der miloecker viele jahre wohnte, miloeckergasse.



Montag, 30. Dezember 1974

Blatt 3206

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

Bäderkommission arbeitet an neuem Bäderkonzept
Stadtarchiv von 8 bis 18 Uhr
rk-Artikel werden signiert

Lokal:
(orange)

Zwei neue Fahrzeuge für Autoabschleppen
Silvesterturmbblasen auf dem Wiener Rathausplatz
Dezember-Streckenkarten gelten am 1. Jänner

Kultur:
(gelb)

Richard Krotschak - 70. Geburtstag

Sport:
(grün)

Aktivitäten auf dem Sportsektor im kommenden Jahr

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
14 bis 17 Uhr, Übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

baederkommission arbeitet an neuem baederkonzept

1 wien, 30.12. (rk) in der ersten arbeitssitzung der wiener baederkommission, der die gemeindefaechter l u s t i g (vorsitzender), p e s k a und ddr. s t r u n z, beamte aus neun magistratsabteilungen, vertreter der gewerkschaft und der wiener wirtschaftskammer angehoren, wurden dieser tage die weichen fuer die arbeit in der naechsten zeit gestellt. einstimmig wurde beschlossen, in den naechsten sitzungen eine bestandsaufnahme aller staedtischen baeder, eine uebersicht ueber die initiativen der stadtverwaltung zur ausgestaltung neuer badeteiche, eine bestandsaufnahme der privatbaeder, eine studie ueber die wuensche der bevoelkerung an baedereinrichtungen und badegewohnheiten der wiener und ueber die hygienisch-bakteriologischen verhaeltnisse in den wiener baedern vorzulegen.

alle ueberlegungen, initiativen und untersuchungen sollen grundlagen fuer ein neu zu erstellendes umfassendes baederkonzept sein, das der entwicklung rechnung traegt und den beduerfnissen der bewohner moeglichst optimal angepasst ist.

umweltstadtrat peter s c h i e d e r hat in vielen bereichen die voraussetzungen fuer eine umfassende bestandsaufnahme bereits geschaffen. so sind die vorarbeiten zur erfassung der badegewohnheiten und badewuensche der wiener nahezu abgeschlossen.

die einfuehrung der 40-stunden-woche ab 1. jaenner macht auch eine aenderung der betriebszeiten in manchen baedern notwendig. der fuer baederangelegenheiten eingesetzte unterausschuss des gemeinderates billigte dieser tage die geaenderten betriebszeiten in einigen baedern. die wichtigste aenderung in den volksbaedern: verlaengerung der betriebszeit an wochentagen bis 19 uhr, sperre am sonntag. auch in den drei warmbaedern hermannbad, floridsdorf-weisselgasse und liesing wird die sonntagssperre eingefuehrt. in den sechs hallenbaedern dianabad, amalienbad, theresienbad, joengerbad, ottakringer und floridsdorfer bad bleiben die betriebszeiten im grossen und ganzen unveraendert. kleinere korrekturen sind noch in ausarbeitung. in den kinderfreibaedern wird der betrieb an samstagvormittagen eingestellt.

30. dezember 1974

''rathaus-korrespondenz''

blatt 3208

k o m m u n a l :

=====

stadtarchiv von 8 bis 18 uhr

2 wien, 30.12. (rk) wegen der verkuerzung der arbeitszeit auf 40 wochenstunden ist das wiener stadt- und landesarchiv im rathaus ab 2. jaenner 1975 montag bis freitag von 8 bis 18 uhr (bisher bis 18.30 uhr) geoeffnet.

0934

L o k a l :

=====

zwei neue fahrzeuge fuer autoabschleppen

3 wien, 30.12. (rk) zwei neue fahrzeuge mit kraenen und abschleppgeraeten sollen in kuerze von der stadtverwaltung gekauft werden. um eine rationelle ausnuetzung der lastautos zu erreichen, werden sie so ausgestattet sein, dass sie ausserhalb der abschleppzeit auch fuer die schneeraeumung verwendet werden koennen. die kosten in der hoehe von 2,5 millionen schilling wurden vom gemeinderatsausschuss fuer umwelt und oeffentliche einrichtungen genehmigt.

0935

l o k a l :

=====

silvesterturmblasen auf dem wiener rathausplatz

4 wien, 30.12. (rk) der triumphmarsch von georg friedrich haendel, die anton bruckner-fanfare und ein potpourri der beliebtesten weihnachtslieder stehen auf dem programm des heurigen silvesterturmblasens vom turm des wiener rathauses. das zwischen 18 und 18.30 uhr ablaufende programm wird vom trompeterchor der stadt wien unter der leitung von prof. josef l e v o r a bestritten. um 24 uhr werden im anschluss an ein weihnachtsmusikprogramm 12 glockenschlaege das neue jahr einlaeuten. anschliessend erklingt eine aufnahme des donauwalzers mit den wiener philharmonikern unter der leitung von clemens krauss.

0936

L o k a l :

=====

dezember-streckenkarten gelten am 1. jaenner

7 wien, 30.12. (rk) um zeit fuer die umstellung der fahrschein-automaten zu haben, gilt der neue strassenbahn-tarif erst ab 2. jaenner. auch die monatsnetzarten, deren preis von 600 auf 294 schilling ermaessigt wurde, gelten deshalb erst ab 2. jaenner. im interesse der fahrgaeste gelten deshalb die monatsnetzarten und monatsstreckenkarten vom dezember auch am 1. jaenner 1975.

der vorverkauf der neuen netzarten hat bereits begonnen. die wochennetzarten gelten ab montag, den 6. jaenner. ausser den bisher ueblichen 5-tage- und 6-tage-karten gibt es jetzt auch eine 7-tage-karte. waehrend die wochenstreckenkarten nur an werktagen gueltig waren, kann man mit den neuen wochennetzarten auch an feiertagen fahren. der erste tag ihrer gueltigkeit, der 6. jaenner, ist bereits ein feiertag. an diesem tag sind die meisten vorverkaufsstellen geschlossen. es empfiehlt sich deshalb, die wertmarke schon in dieser woche zu kaufen.

die netzarten sind nur mit lichtbild gueltig. bis 1. februar wird jedoch das fehlen des lichtbildes toleriert.

alte fahrscheine werden in den vorverkaufsstellen gegen neue fahrscheine mit entsprechender aufzahlung umgetauscht. in den direktionsgebaeuden 4, favoritenstrasse 9 - 11 und 6, rahl-gasse 3 werden alte fahrscheine zurueckgekauft.

1030

k u l t u r :

=====

richard krotschak - 70. geburtstag

5 wien, 30.12. (rk) am 31. dezember vollendet der professor fuer violoncello an der hochschule fuer musik und darstellende kunst, richard k r o t s c h a k , das 70. lebensjahr.

richard krotschak wurde in iglau geboren. schon in jungen jahren kam er an die wiener musikakademie und nahm bei dem angesehenen cellisten paul gruemmer unterricht. noch vor abschluss seines studiums an der akademie wurde er als solocellist der wiener symphoniker verpflichtet. elf jahre spaeter holte ihn clemens krauss an die wiener staatsoper, wo er ab 1934 als solocellist wirkte. im jahre 1945 wurde krotschak professor fuer violoncello an der akademie fuer musik und darstellende kunst, der jetzigen hochschule fuer musik und darstellende kunst. prof. krotschak hat viele hervorragende cellisten, die heute im in- und ausland taetig sind, ausgebildet. er konnte seine erfahrungen nicht nur als solist und orchestermusiker, sondern auch als kammermusikspieler an die studierenden weitergeben, trat er doch selbst als cellist im schneiderhan-quartett beziehungsweise im musikvereinsquartett - wie es sich spaeter nannte - hervor. prof. richard krotschak ist traeger des ehrenkreuzes fuer wissenschaft und kunst.

1018

s p o r t :

=====

aktivitaeten auf dem sportsektor im kommenden jahr

6 wien, 30.12. (rk) im kommenden jahr werden auf dem gebiet des sports in wien noch mehr aktivitaeten gesetzt als bisher, erklarte sportstadtrat kurt h e l l e r in einer vorschau auf das jahr 1975.

mehr als 161 millionen schilling stehen fuer den sport zur verfuegung. davon sind in erster linie etwa 70 millionen fuer bauvorhaben und mehr als 60 millionen fuer die sportfoerderung vorgesehen.

zur durchfuehrung des investitionsprogrammes der von der wiener stadthalle verwalteten sportanlagen steht ein betrag von 14,8 millionen schilling zur verfuegung, die baurate fuer das hallenstadion (20,8 millionen s) und fuer das sportzentrum west (20 millionen s) ermoeglichen eine zuegige fortsetzung der bauvorhaben. die sportanlage in der laxenburger strasse ist praktisch fertiggestellt und die bauarbeiten an den sportanlagen brigittenauer laende und ringelseeplatz werden fortgesetzt.

eine reihe von internationalen grossveranstaltungen stehen in diesem jahr ins haus, die durch entsprechend hohe subventionen der stadt wien unterstuetzt werden: der skilaenderkampf oesterreich - italien, der in form eines parallelslaloms auf der hohen wandwiese voraussichtlich am 9. februar 1975 ueber die buehne geht, wird den wienern gelegenheit geben, duelle gros - klammer und thoeni - hinterseer zu erleben. dazu kommen die weltmeisterschaften im judo, das europaeische ranglistenturnier im tischtennis "top 12" sowie die europameisterschaften im jagd- und wurftaubenschliessen. die durchfuehrung der wiener sporttage durch den askoe-wien und der internationalen sportwochen durch die wiener union wird durch gewaehrung betraechtlicher subventionen ermoeglicht.

beihilfen in der hoehe von fuenf millionen schilling erhalten die wiener sportorganisationen zur deckung ihrer aufwendungen fuer ihre sportanlagen.

die stadt wien uebernimmt die betriebskosten fuer die staedti-schen turnsaele und sporthallen sowie fuer die schwimmballen und

die von der wiener stadthalle verwalteten trainingsanlagen, so dass diese einrichtungen den wiener sportorganisationen fuer training und wettkampf kostenlos zur verfuegung gestellt werden koennen. fuer diesen zweck werden im kommenden jahr mehr als 35 millionen aufgewendet.

die bemuehungen der dachverbaende um die entwicklung des breitensports werden mit 700.000 schilling unterstuetzt. erstmalig wird auch fuer die foerderung des spitzensports ein betrag von einer million zur verfuegung stehen, der fuer die teilnahme an gesamtosterreichischen meisterschaften und an internationalen cupbewerben aufgewendet werden soll.

selbstverstaendlich werden auch die bewaehrten jugendsportaktionen wie "sportplatz der offenen tuer", "jugendeislaufaktion", "fahrt zum schnee", "lernt schwimmen", "mutter und kind-schwimmen", "vater und kind-schwimmen" sowie "talentleistungsschwimmen" weiter fortgesetzt werden.

die vom sportamt der stadt wien angebotenen sportaktionen erfahren durch die aktion "lehrlingssport" eine weitere bereicherung. durch die geplanten massnahmen sollen die wiener rathauslehrlinge erfasst und in moeglichst grosser zahl fuer eine vernuenftige sportliche betaetigung gewonnen werden.

dieses aktionsprogramm wird durch die fortsetzung der "fahrt zum spiel" abgerundet.

in vorbereitung ist eine foerderungsaktion fuer den wiener turnsport, die in zusammenarbeiten mit dem fachverband fuer turnen und der bundesanstalt fuer leibeserziehung durchgefuehrt werden soll.

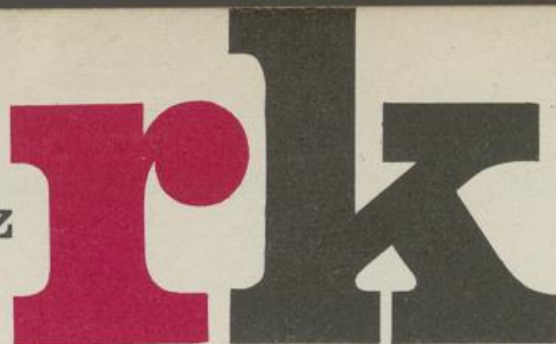
nach der devise "langlaeufer leben laenger" wird auf der sportanlage in der laxenburger strasse, eine langlaufloipe aus kunststoff eingerichtet, die sowohl den spitzensportlern fuer ihr training als auch gesundheitssportlern zur verfuegung stehen wird.

das angebot der neuen dreifachturnhallen, von denen derzeit bereits vier in betrieb sind, wird durch die errichtung von zwei weiteren hallen vergroessert.

wie sportstadtrat kurt heller in seiner vorschau auf das jahr 1975 weiter ausfuehrte, sind auch eine reihe von legistischen

aufgaben zu bewaeltigen: die ausarbeitung eines neuen sportplatzschutzgesetzes, durch welches das aus dem jahr 1921 stammende und laengst nicht mehr zeitgemaesse spiel- und sportplatzschutzgesetz und sportplatzanforderungsgesetz ersetzt werden soll. durch ein wiener skischulgesetz soll der betrieb von skischulen auf eine rechtliche grundlage gestellt werden. die vorbereitung eines gesetzes zur ausbildung von sportlehrern (landessportschulgesetz) rundet die aktivitaeten auf diesem taetigkeitsbereich der stadt wien ab.

1028



Dienstag, 31. Dezember 1974

Blatt 3217

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

Gartenarchitekten planen Grünflächen in
städtischen Wohnhausanlagen
Neue Grundaufschließung für Betriebsbaugebiet

Lokal:
(orange)

Kindereislaufen war großer Erfolg
Schweinepest in Simmering

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

gartenarchitekten planen gruenflaechen in staedtischen
wohnhausanlagen

1 wien, 31.12. (rk) neue wege geht die wiener stadtverwaltung bei der gestaltung der gruenflaechen kuenftiger groesserer wohnhausanlagen: die planung der wohnverbauung auf den trabrenngruenden im 22. bezirk und einer grossen anlage in der mitterhofergasse im 21. bezirk wird nicht vom stadtgartenamt, sondern von privaten gartenarchitekten durchgefuehrt.

oberstes ziel ist es, eine ansprechende wohnliche gestaltung, gute nutzbarkeit durch die bewohner, ein vorteilhaftes kleinklima und optischen und akustischen schutz gegen den verkehr zu erreichen.

fuer diese planungsarbeiten bewilligte der gemeinderatsausschuss fuer umwelt und oeffentliche einrichtungen insgesamt rund zwei millionen schilling. die gruenflaeche auf den trabrenngruenden werden von professor ing. v. m o e d l h a m m e r , an der mitterhofergasse von prof. dipl.-ing. r. g a e l z e r geplant.

0911

k o m m u n a l :

=====

neue grundaufschliessung fuer betriebsbaugebiet

2 wien, 31.12. (rk) als eine kraeftige injektion fuer die wiener wirtschaft in zweifacher hinsicht bezeichnete umweltstadtrat peter s c h i e d e r den vom gemeinderatsausschuss fuer umwelt und oeffentliche einrichtungen bewilligten antrag zur erschliessung eines neuen industrie- und gewerbegebietes im 23. bezirk.

im bereich wiener flur werden in den naechsten jahren fuer die versorgung einer rund 200.000 quadratmeter grossen flaeche mit kanaelen, gas, wasser, strom, strassen und beleuchtung 76,5 mil-lionen schilling ausgegeben.

etwas mehr als zwei millionen schilling wurden in diesem jahr bereits verbaut. die flaechenerschliessung durch die stadtverwaltung ist eine der zahlreichen foederungs-massnahmen zur verbesserung der wirtschaftsstruktur.

durch diese neue initiative werden in unmittelbarer naehe grosser wohngebiete zahlreiche neue arbeitsplaetze geschaffen.

0913

L o k a l :

=====

kindereislaufen war grosser erfolg

3 wien, 31.12. (rk) die initiative von buergermeister leopold g r a t z , wiener kindern waehrend der weihnachtsferien ein gratiseislaufen zu bieten, fand grossen anklang: in die stadthalle kamen jedesmal 900 bis 1100 kinder, in die donauparkhalle nicht viel weniger.

kinder koennen in der stadthalle noch donnerstag, freitag und samstag von 8 bis 13 uhr gratis eislaufen, in der donauparkhalle donnerstag und freitag von 14 bis 16 uhr.

0914

L o k a l :

=====

schweinepest in simmering

4 wien, 31.12. (rk) in einem gehoeft in der kaiser-ebersdorfer strasse im 11. bezirk ist schweinepest aufgetreten. durch verordnung des Landeshauptmanns wurde deshalb das gebiet, das von der kaiser-ebersdorfer strasse, der hoentengasse, der groeretgasse, der kimmelgasse und der schmidgunstgasse begrenzt ist, zum sperrgebiet erkluert. in diesem sperrgebiet sind gemaess den verordnung des Landeshauptmanns von wien vom 13. september 1967 das verbringen von nutz- und zuchtschweinen verboten, der transport von schlachtschweinen eingeschraenkt und die vieh- und schlachtbeschau bei hausschlachtungen vorgeschrieben. das sperrgebiet wird voraussichtlich bis 10. jaenner 1975 bestehen bleiben.

0916



